

## **Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen**

Die 14. Sitzung des Rates findet am

**Mittwoch, 11.05.2022, 16:00 Uhr,**

in der Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151, 57072 Siegen, Großer Saal, statt.

---

### **A.      ÖFFENTLICHE SITZUNG**

1.      Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 02.03.2022
- 1.1    Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 06.04.2022
2.      Fragestunde
- 2.1    Einsatz von Wasserstofffahrzeugen
3.      Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung
4.      Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses, Feststellung des Jahresabschlusses 2019 und Entlastung des Bürgermeisters
5.      Errichtung von PV-Freiflächenanlagen als Klimaschutzmaßnahme  
- Abschlussbericht der Potenzialflächenanalyse
6.      Bericht zum öffentlich geförderten Wohnungsbau in der Stadt Siegen
7.      Überplanmäßige Bereitstellung für Mehrkosten bei der Baumaßnahme "Ausbau der Albert-Schweitzer-Schule zur Erfüllung des Raumbedarfs", hier Neubau Containerranlage hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
8.      Unterrichtung des Rates über die Ausführung von Beschlüssen
9.      Nachbesetzung in Ausschüssen

### **B.      NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG**

1.      Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 06.04.2022
- 1.1    Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 06.04.2022
2.      Personalangelegenheit
3.      Bericht über einen Aufenthaltsstatus

4. Abschluss eines städtebaulichen Vertrages und eines Kaufvertrages in Bezug auf die Vermarktung des ehemaligen Hotels Waldhardt in Seelbach
5. Mietsache
6. Unterrichtung des Rates über die Ausführung von nichtöffentlichen Beschlüssen
7. VERSCHIEDENES
8. MITTEILUNGEN AN DIE PRESSE

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter [www.siegen.de](http://www.siegen.de) abrufbar.

---

Siegen, 29.04.2022

Steffen Mues  
Bürgermeister



## **Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen**

Die 14. Sitzung des Rates findet am

**Mittwoch, 11.05.2022, 16:00 Uhr,**

in der Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151, 57072 Siegen, Großer Saal, statt.

---

**A.      ÖFFENTLICHE SITZUNG**

**2.1      Einsatz von Wasserstofffahrzeugen**

**2.2      Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung**

**B.      NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG**

**2      Bericht über einen Aufenthaltsstatus**

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter [www.siegen.de](http://www.siegen.de) abrufbar.

---

Siegen, 06.05.2022

Steffen Mues  
Bürgermeister

## **Ö F F E N T L I C H E   N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 14. Sitzung des Rates**

vom:            **11.05.2022**

von:            **16:07 Uhr**

bis:            **17:53 Uhr**

Ort:            **Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151,  
57072 Siegen, Großer Saal**

### **Anwesend waren:**

#### Vom Rat:

Bürgermeister Mues, Steffen  
Stv Becker, Melanie  
Stv Bell, Achim  
Stv Bertelmann, Hans-Günter  
Stv Bleckmann, Lisa  
Stv Böcking, Verena  
Stv Boller, Joachim  
Stv Christian, Thomas  
Stv Cziba, Ansgar  
Stv Dil, Yilmaz  
Stv Eberlein, Birgit  
Stv Eckhardt, Klaus  
Stv Englert, Franz  
Stv Grimm, Benjamin  
Stv Grisse, Robert  
Stv Groß, Michael  
Stv Hähner, André  
Stv Harnacke, Maik  
Stv Heilmann, Martin  
Stv Helm, Martin  
Stv Heupel, Rüdiger  
Stv Hof, Felix  
Stv Hokkaömeroglu, Emetullah  
Stv Jung, Angela

als Vorsitzender

Stv Kamieth, Jens	
Stv Keßler, Silvia	
Stv Klein, Henning	
Stv Klein, Marc	
Stv Köckritz, Anja Alexandra	- bis 18.27 Uhr (TOP 2 nöt)
Stv Könen, Wolfgang Max	
Stv König, Svenja	
Stv Kraft, Florian	
Stv Krumm, Heike	
Stv Langer, Günther	- bis 17.20 Uhr (TOP 8 öT)
Stv Lechthaler, Tim	
Stv Lorenz, Reiner	
Stv Ludewig, Chiara	
Stv Molzberger, Adhemar	
Stv Nüchtern, Markus	- ab 16.20 Uhr (TOP 5)
Stv Patt, Alexander	
Stv Pfeifer, Joachim	
Stv Pflogsch, Teresa Elisabeth	
Stv Rompf, Jürgen	
Stv Rompf-Selimi, Nazlije	
Stv Rujanski, Detlef	
Stv Schiltz, Ingmar	
Stv Schmidt, Isabelle Cathrin	
Stv Schmidt, Lena	
Stv Schneider, Silke	
Stv Schoew, Torsten	
Stv Schulz, Jürgen	
Stv Schwarz, Sibylle	
Stv Schwarzer, Michael	
Stv Shirley, Julia	
Stv Six, Annette	
Stv Sondermann, Christian Paul	
Stv Stahl, Peter H.	
Stv Steffe, Roland	
Stv Stinner, Jürgen	
Stv Thimm, Heiko	
Stv Tigges, Johannes	
Stv Weber, Frank	
Stv Wittenburg, Samuel	
Stv Zöller, Klaus	- ab 16-25 Uhr (TOP 5)
Stv Dr. Zybill, Christian	

Als Zuhörer im nichtöffentlichen Teil:

s. B. Hellwig, Raimund

Von der Verwaltung:

StK Cavelius  
StBR Schumann  
StR Fries  
Dezernent Schmidt  
Städt. VD Dorsch  
Städt. VD Werthenbach  
VA Dr. Schutz  
VA Spötter  
VA Krippendorf  
StOI Pfeifer  
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Bialowons-Sting, Eva-Marie  
Stv Reifenrath, Frank  
Stv Schmidt, Sabrina  
Stv Steuber, Hartmut  
Stv Wagener, Tanja  
Stv Walter, Klaus Volker

**A.      ÖFFENTLICHE SITZUNG**

Zur Tagesordnung:

Gegen die Erweiterung der Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil um Punkt 7 bestehen keine Einwände.

**1.      Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 02.03.2022**

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

**14. Rat 11.05.2022**

**1.1      Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 06.04.2022**

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

**14. Rat 11.05.2022**

## 2. Fragestunde

### 2.1 Einsatz von Wasserstofffahrzeugen - Anfrage des Stv Steffe

Vorlage Nr. AF 93/2022

Vorlage Nr. AF 93/2022 A

Die Fragen sind mit der Ergänzungsvorlage abschließend beantwortet.

**14. Rat 11.05.2022**

### 2.2 Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung

Vorlage Nr. AF 94/2022

Vorlage Nr. AF 94/2022 A

Die Nachfrage, zu welchem Termin die kompletten Maßnahmen umgesetzt werden können, wird im Nachgang zur Sitzung von der Fachabteilung beantwortet.

*„Es kommt darauf an, was die internen Abstimmungen ergeben und wie die Maßnahmen am Ende umgesetzt werden können. Je nach dem, sind unterschiedliche Vorbereitungsarbeiten und ggf. auch organisatorische Maßnahmen erforderlich. Eine ernsthafte zeitliche Prognose ist deshalb nicht möglich – grob geschätzt prognostiziert frühestens 2025.“*

**14. Rat 11.05.2022**

## 3. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

**14. Rat 11.05.2022**

## 4. Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses, Feststellung des Jahresabschlusses 2019 und Entlastung des Bürgermeisters

Vorlage Nr. VL 891/2022

Bürgermeister Mues verlässt den Sitzungsraum, 1 stellv. Bürgermeisterin Jung übernimmt die Sitzungsleitung.

Frau König berichtet als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses über dessen Beratung und Beschlussempfehlung.

*Der Bericht ist der Originalversion der Niederschrift als Anlage beigelegt. Im elektronischen Dokument steht er unter dem entsprechenden Punkt zur Verfügung.*

**Beschluss:**

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt den der Vorlage als Anlage 1 beigefügten Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 der Stadt Siegen einschließlich des erteilten uneingeschränkten Bestätigungsvermerks zur Kenntnis.
2. Der Rat nimmt den nachfolgenden schriftlichen Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Jahresabschlussprüfung 2019 sowie die Erklärung des Rechnungsprüfungsausschusses, dass er nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen erhebt und den vom Bürgermeister aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht 2019 vom 15.10.2021 billigt, zur Kenntnis.
3. Der Rat stellt gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW den Jahresabschluss der Stadt Siegen zum 31.12.2019 vom 15.10.2021 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 1.014.077.608,20 € und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.224.059,86 € fest.
4. Der Rat beschließt, den Jahresfehlbetrag 2019 in Höhe von 1.224.059,86 € gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW aus der allgemeinen Rücklage abzudecken.
5. Die Ratsmitglieder der Stadt Siegen erteilen dem Bürgermeister gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW Entlastung.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung (Stv Steffe)****14. Rat 11.05.2022****5. Errichtung von PV-Freiflächenanlagen als Klimaschutzmaßnahme  
- Abschlussbericht der Potenzialflächenanalyse**

Vorlage Nr. VL 865/2022

Vorlage Nr. VL 865/2022 A

Herr Schulz teilt mit, dass nach Auffassung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zwei Flächen im Bereich Bahnhof Eiserfeld nicht weiter als Potenzialfläche berücksichtigt sondern anderweitig städtebaulich aufgewertet und daher gestrichen werden sollten.

Die SPD-Fraktion erachtet die Analyse als ein richtiges Instrument in Richtung Klimaschutz, erklärt Herr Schiltz. Zu begrüßen ist, dass die Anregung der SPD-Fraktion, auch Eigentümer privater Parkplätze auf das Potenzial aufmerksam zu machen, berücksichtigt ist. Der Forderung der Grünen zu den Grundstücken am Bahnhof Eiserfeld wird seines Erachtens mit der Stellungnahme Rechnung getragen.

Die Analyse enthält nach Auffassung von Herrn Groß viel Potenzial für die Politik, erneuerbare Energien vermehrt zu nutzen. Die Interpretation von Herrn Schiltz, dass die beiden Flächen in Eiserfeld im Konzept verbleiben, aber nicht mit Priorität weiter verfolgt werden sol-

len, möchte er nicht unbedingt teilen. Wenn dies so sein sollte, könnten sie auch gestrichen werden.

Herr Boller ergänzt, anderenfalls sollten die Steckbriefe mit dem Vermerk „ungeeignet aufgrund anderer städtebaulicher Ziele“ gekennzeichnet werden.

Frau Krippendorf erläutert, dass aus Sicht der Verwaltung unter Zugrundelegung der durchgängig angewandten Untersuchungskriterien die Flächen als geeignet eingestuft werden müssen. Der Einwand der Grünen gibt Anlass dazu, alle Flächen insgesamt noch einmal dahingehend zu beleuchten, ob andere städtebauliche oder stadtentwicklungspolitische Gründe gegen eine Weiterverfolgung sprechen. Da die Nutzung von Parkplatzflächen nicht unter die Überschrift Freiflächenanalyse fällt wird auch die Anregung der SPD-Fraktion aufgegriffen, die Eigentümer in persönlicher Ansprache zu sensibilisieren.

Herr Schumann ergänzt, dass unterschieden werden sollte zwischen dem Bereich Ortseingang Eiserfeld, der entsprechend gestaltet werden soll und dem hinteren, der sowohl für gewerbliche als auch für PV-Nutzung geeignet ist.

Herr Groß hält es für sinnvoll, grundsätzlich alle Flächen auf mögliche konkurrierende Entwicklungsperspektiven hin zu betrachten und die sich daraus ergebenden Schwerpunkte in den Fachausschüssen zu besprechen.

Frau Krippendorf sagt zu, die sehr gut und gut geeigneten Flächen noch einmal einer intensiveren Betrachtung zu unterziehen und zu berichten.

Aussagen zu Prioritäten und Personalbedarf können erst zu einem späteren Zeitpunkt getroffen werden, so Herr Schumann auf die Frage von Herrn Könen.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Abschlussbericht der Verwaltung.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 2 Enthaltungen (Die Linke)**

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt das weitere Vorgehen wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 2 Enthaltungen (Die Linke)**

**14. Rat 11.05.2022**

## 6. Bericht zum öffentlich geförderten Wohnungsbau in der Stadt Siegen

Vorlage Nr. VL 779/2022

Der Bericht zeigt deutlich die erheblichen Probleme im Bereich des geförderten Wohnungsbaus, stellt Frau Bleckmann heraus. Besonders in den kommenden Jahren fallen viele Wohnungen aus der Bindung heraus, ohne dass an anderer Stelle Ersatz in Aussicht ist. Ziel sollte aber sein, zumindest einen Rückgang zu verhindern.

Die Ursachen sind vielschichtig und von verschiedenen Faktoren abhängig. Daher ist es richtig, mit den unterschiedlichen Akteuren auf dem Wohnungsmarkt ins Gespräch zu kommen. Der Fachausschuss hat sich für einen Runden Tisch ausgesprochen, um z. B. auch von den Bauträgern zu erfahren, wie und womit die Politik unterstützen kann und warum Fördermöglichkeiten nicht genutzt werden.

In diesem Zusammenhang steht auch die Frage, wie die eigene städtische Gesellschaft in diesem Segment aufgestellt werden muss. Es sind zwar diesbezüglich Fortschritte erkennbar, die Umsetzung und die Geschwindigkeit liegt jedoch deutlich hinter den Erwartungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurück.

Wenn Neubauten kurzfristig nicht realisiert werden können sieht Herr Langer eine Handlungsoption darin einzuschreiten und selbst zu agieren, wenn Wohnungspakete aus der Sozialbindung heraus verkauft werden. Seine Kritik geht dahin, dass trotz der seit Jahren bekannten Probleme nichts passiert. Er verspricht sich daher von der Initiative für einen Runden Tisch einen Austausch und die Gründe zu erfahren, warum der soziale Wohnungsbau in anderen Kommunen besser funktioniert.

Bürgermeister Mues stellt klar, dass der Einfluss der Kommune über die Ausübung eines Vorkaufsrechtes sich tatsächlich nicht so darstellt, wie in der öffentlichen Diskussion verbreitet wird. Im „Forum Wohnen“ treffen seit vielen Jahren die Akteure zusammen und werden auf die Möglichkeiten im geförderten Wohnungsbau hingewiesen. Die Gründe, warum in anderen Regionen Fördermittel mehr in Anspruch genommen werden im Siegerland, lassen sich nicht nachvollziehen.

Herr Schiltz weist darauf hin, dass die Politik durchaus mit den Beschlüssen zur Struktur der neu geplanten Wohngebiete Wellersberg, Schießberg und Bürbach und den Grundsatzbeschluss zum Anteil an gefördertem Wohnraum aktiv geworden ist. Auch der Verkauf von Grundstücken zu besonderen Konditionen ist ein Aspekt. Wichtig ist dann aber auch, dass sich alle Akteure für die Umsetzung einsetzen.

Frau Schneider äußert Bedenken, dass Wohnen in der Stadt Siegen in absehbarer Zeit nur noch für diejenigen in Betracht kommt, die sich eine Wohnung auf dem freien Markt leisten können. Sie setzt sich daher dafür ein, Grundstücke grundsätzlich nur dann zu veräußern, wenn dort geförderter Wohnraum geschaffen wird. Darüber hinaus hält sie Überlegungen für richtig, wie bestehende Wohnungen in der Bindung gehalten oder zurückgekauft werden können.



Herr Groß konstatiert, dass richtiger Weise positive Ansätze bestehen und entsprechende Beschlüsse gefasst wurden, tatsächlich aber kein sozialer Wohnungsbau in nennenswertem Umfang stattfindet. Die zurückliegenden Jahre zeigen, dass der freie Markt die Probleme nicht beheben wird. Eine kurzfristige Lösung über die städtische Gesellschaft erscheint aufgrund fehlender Strukturen nicht möglich. Alternativlos ist seines Erachtens, den Einfluss der Stadt bei der Nutzung attraktiver Flächen viel stärker geltend zu machen und im Gegenzug die Realisierung geförderten Wohnraums zu fordern. Von einem Runden Tisch, wie er vor Jahren stattgefunden hat, verspricht er sich keine durchgreifenden Verbesserungen.

Herr Schmidt merkt an, dass die heute vorgebrachten Vorschläge auch im Fachausschuss ausgiebig diskutiert und verwaltungsseitig zugesagt wurde, diese aufzuarbeiten und noch einmal vorzustellen. Festzustellen ist, dass im Zuge der aktuellen Situation, Geflüchtete aus der Ukraine unterzubringen, erheblicher Wohnraum in der Stadt und der Region zur Verfügung gestellt wird. Auch diesbezüglich sind Nachfragen zu stellen.

Herr Schumann erläutert ergänzend die bau- und bauordnungsrechtlichen Möglichkeiten, als Kommune Einfluss zu nehmen. Im Bereich privater Flächen ist die Situation in Siegen sehr vielschichtig. Der Verkauf städtischer Flächen mit entsprechenden Auflagen ist schwierig und der Wohnungsbau angesichts der aktuellen Entwicklungen für die Investoren zunehmend unattraktiv.

Bürgermeister Mues fügt hinzu, dass in Siegen ein verhältnismäßig niedriges Mietniveau im Vergleich zu anderen großen Städten besteht und auch frei finanzierter Wohnungsbau in der Gesamtbetrachtung zu einer Entspannung beiträgt.

Frau König sieht das Thema als sehr schwierig und, wie aus der Diskussion ersichtlich, als vielschichtig an. Dies alles sollte, wie es von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im vergangenen Jahr beantragt wurde, in einem Konzept zusammengefasst und analysiert werden.

=> *Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt den Bericht zum öffentlich geförderten Wohnungsbau in der Stadt Siegen zur Kenntnis.*

**14. Rat 11.05.2022**

- 7. Überplanmäßige Bereitstellung für Mehrkosten bei der Baumaßnahme "Ausbau der Albert-Schweitzer-Schule zur Erfüllung des Raumbedarfs", hier Neubau Containeranlage  
hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung**

Vorlage Nr. VL 886/2022

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung vom 19.04.2022:

Die überplanmäßige Mittelbereitstellung von 135.000,00 € zur Durchführung des Projektes „Ausbau der Albert-Schweitzer-Schule zur Erfüllung des Raumbedarfs“, Neubau Containeranlage.

Die Bausumme erhöht sich von bisher 1.640.000,00 € brutto mit der bereits erfolgten Mittelbereitstellung auf 1.730.000,00 € brutto sowie der nun erforderlichen weiteren Mittelbereitstellung auf insgesamt 1.865.000,00 € brutto. Die Deckung erfolgt aus: H0300102105 „Erweiterung und Sanierung Hallenbad Weidenau“.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**

**14. Rat 11.05.2022**

## **8. Unterrichtung des Rates über die Ausführung von Beschlüssen**

Vorlage Nr. VL 902/2022

Herr Heilmann benennt mehrere Beschlüsse, die nach Auffassung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch nicht als erledigt angesehen werden können bzw. in der Liste nicht enthalten sind:

1. Gestaltung Siegufer
2. Ausweitung der Aktivitäten der KEG
3. Abbiegeassistenten an städtischen Fahrzeugen
4. Gestaltung Fissmer-Anlage
5. Wiedereinführung Geschirrmobil
6. Solaranlagen und städtische Gestaltungssatzungen
7. Aufwandsentschädigung für Vorsitzende von Beiräten

Es folgt eine eingehende Diskussion zwischen Verwaltung und Mitgliedern der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den einzelnen Punkten und den Fragen, wann ein Beschluss aus der Liste gestrichen werden kann wenn

- konkretisierende oder weitergehende Beschlüsse gefasst wurden (Siegufer)
- sich ein Fachausschuss bzw. ein anderes Gremium mit dem Thema befasst (Geschirrmobil, KEG)
- sich die Umsetzung im Beratungsgang befindet (Solaranlagen bei Gestaltungssatzungen)

Nachfragen werden verwaltungsseitig beantwortet und letztendlich die Punkte 3, 5 und 6 als erledigt belassen.

Über die Liste der Ratsbeschlüsse hinaus wird von Herrn Wittenburg der Antrag formuliert, auch für die Fach- und Bezirksausschüsse jährlich eine Zusammenstellung vorzulegen, sofern das Gremium entscheidungsbefugt ist.

Herr Heilmann sieht für die Bezirksausschüsse diesbezüglich keinen Bedarf, da die Zahl der Beschlüsse überschaubar ist. Denkbar wäre dort ein Rückblick, ob aus der vergangenen Wahlperiode noch offene Posten vorhanden sind.

Bürgermeister Mues bittet den nicht unerheblichen zeitlichen Aufwand für eine Erfassung aller Ausschussbeschlüsse zu bedenken.

Herr Groß und Herr Wittenburg sehen den Vorteil in einer besseren Übersicht und einer größeren Verbindlichkeit für die Umsetzung von Beschlüssen.

Herr Schiltz schlägt vor, dem Aufwand Rechnung tragend, im Abstand von zwei Jahren in den Ausschüssen zu berichten.

Herr Wittenburg greift die Einwendungen auf und bittet, in einer der nächsten Sitzungen zu informieren, wie dem Anliegen Rechnung getragen werden kann.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt den Umsetzungsstand zur Kenntnis und erklärt die entsprechend gekennzeichneten Beschlüsse für erledigt mit Ausnahme der Punkte

Seite 1 Siegufer

Seite 3 KEG

Seite 11 Fissmer-Anlage

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**

**14. Rat 11.05.2022**

#### **9. Nachbesetzung in Ausschüssen und Aufsichtsrat**

Vorlage Nr. VL 884/2022

#### **Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen wählt / benennt

##### **1. in den Bezirksausschuss I – Siegen-Geisweid**

Herrn Gunter Affholderbach (s. B.) als persönlichen Stellvertreter für Herrn Dr. Thomas Reppel

##### **2. in den Sport- und Bäderausschuss**

Frau Heike Katz (Beirat für Menschen mit Behinderung) als ordentliches beratendes Mitglied

##### **3. in den Jugendhilfeausschuss**

Frau Anja Köckritz als ordentliches beratendes Mitglied.

##### **4. in den Vergabeausschuss**

Herrn Michael Schwarzer als ordentliches beratendes Mitglied und Sarah Gatersleben (s. B.) als stellv. beratendes Mitglied.

- 5. in den Bezirksausschuss I – Siegen-Geisweid**  
Frau Annette Six als beratendes Mitglied
- 6. In den Bezirksausschuss II – Siegen-Weidenau**  
Frau Annette Six als beratendes Mitglied und Frau Brigitte Eger-Kahleis (s. B.) als stellv. beratendes Mitglied
- 7. in den Bezirksausschuss VI – Siegen-Eiserfeld**  
Herrn Michael Schwarzer als stellv. Mitglied
- 8. Aufsichtsrat Stadtmarketing GmbH**  
Herrn Kenny Schulz (s. B.) als ordentliches Mitglied

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**

**14. Rat 11.05.2022**

gez.  
Bürgermeister

gez.  
Schriftführerin

## **A N F R A G E**

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

<b>Anfragesteller/in</b>	<b>Stv Steffe</b>
<b>Eingang</b>	<b>30.03.2022</b>
<b>Federführend</b>	<b>Abt. 1/2</b>

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Rat**

**11.05.2022**

Betreff:

**Einsatz von Wasserstofffahrzeugen**  
**- Anfrage des Stv Steffe**

Roland Steffe

Stadtverordneter Rat der Stadt Siegen

Roland Steffe • Schanzenweg 35 • 57076 Siegen

Herrn Bürgermeister Steffen Mues

Markt 2  
57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
30. März 2022	
GB A	PR
Abt. A12	INSTITUTE

Ø FSD  
Ø Esi

A12, b7k  
Antrag  
koordinieren!

Siegen, 24. Januar 2022

3113/ML

**Anfrage gemäß § 8 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 02.03.2022**

**Betreff: Einsatz von Wasserstofffahrzeugen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

auf der Internetseite der Stadt Siegen ist zu ersehen, dass die Stadt sich als Gründungsmitglied der "H2-Kommunen-NRW" für den Ausbau der Wasserstofftechnologie einsetzen will.

Das Land NRW hatte bisher die Anschaffung von fünf städtischen Brennstoffzellen-Fahrzeugen – davon zwei beim städtischen Entsorgungsbetrieb ESi, eines bei der Feuerwehr- mit fast 223.000 Euro gefördert. Mir scheint aber, dass inzwischen weitere Fahrzeuge hinzugekommen sind. Damit stellt sich die Frage:

1. Wie viele Wasserstofffahrzeuge sind bei der Stadt Siegen und den städt. Betrieben insgesamt nunmehr in Betrieb. Handelt es sich dabei ausschließlich um Fahrzeuge mit Brennstoffzelle?

2. Wie hoch sind die gesamt vereinnahmten Fördermittel die in Zusammenhang mit der Anschaffung aller Wasserstofffahrzeuge stehen, wie hoch sind die Ausgaben. Wie hoch wären die Ausgaben für vergleichbare Fahrzeuge mit herkömmlichen Antrieb.

Schanzenweg 35 • 57076 Siegen • Tel.: 0271-77 34 79 0

Fax: 0271 – 77 34 79 4 • Mobil: 0160- 973 106 81 .

E-Mail: rs@afd-siegen-wittgenstein.de



Stadtverordneter Rat der Stadt Siegen

3. Ist die Anschaffung weiterer Fahrzeuge – ggf. bis wann – geplant und gibt dazu ebenfalls Fördermittel

4. Wie hoch ist die durchschnittliche Fahrleistung/p.a. und die Gesamtleistung der Fahrzeuge bisher.

Wie hoch sind die damit tatsächlich anfallenden Betriebskosten für die Fahrzeuge im Vergleich zu herkömmlichen Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor

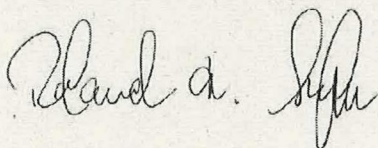
5. Gibt es eine reale Analyse der tatsächlichen Klimaauswirkungen der angeschafften Fahrzeuge im Vergleich zu einem normalen Fahrzeug

6. Im Leimbachtal wird eine Wasserstofftankstelle, die ebenfalls durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) gefördert wurde betrieben. Die Gesamtinvestitionskosten für die Tankstelle in Siegen belaufen sich auf 1.579.446 Euro. Die Fördersumme für die Tankstelle beträgt 947.668 Euro. Wie ist die bisherige Auslastung der Tankstelle und ist der Betrieb wirtschaftlich, bzw. ab wann wird der Betrieb wirtschaftlich und wann werden sich die Investitionskosten der Stadt Siegen in Höhe von 631.778 € amortisiert haben.

7. Der Kreis Siegen-Wittgenstein soll Optionen zum wasserstoffbetriebenen Busverkehr und die Bereitstellung von entsprechender Tankinfrastruktur prüfen. Wurden seitens der Verwaltung diesbezüglich Gespräche mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein geführt, um eine gemeinsame Lösung voranzutreiben? Besteht die Möglichkeit die vorhandene Wasserstofftankstelle, ggf. durch erforderliche Umbauten, auch für den Busverkehr zu nutzen und dadurch eine höhere Auslastung und verbesserten Wirtschaftlichkeit zu kommen?

Mit freundlichen Grüßen

Roland Steffe



## A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Stv
Eingang	30.03.2022
Federführend	Abt. 1/2

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

11.05.2022

Betreff:

**Einsatz von Wasserstofffahrzeugen  
- Anfrage des Stv Steffe**

Die Anfrage des Stadtverordneten wird wie folgt beantwortet:

**1. Frage:**

Wie viele Wasserstofffahrzeuge sind bei der Stadt Siegen und den städt. Betrieben insgesamt nunmehr im Betrieb.

Handelt es sich dabei ausschließlich um Fahrzeuge mit Brennstoffzelle?

**Antwort:**

Im Bereich der städtischen Verwaltung, der Feuerwehr und des Entsorgungsbetriebes sind derzeit insgesamt 7 wasserstoffbetriebene Fahrzeuge, allesamt auf Brennstoffzellenbasis, in Betrieb.

**2. Frage:**



Wie hoch sind die gesamt vereinnahmten Fördermittel, die im Zusammenhang mit der Anschaffung aller Wasserstofffahrzeuge stehen, wie hoch sind die Ausgaben. Wie hoch wären die Ausgaben für vergleichbare Fahrzeuge mit herkömmlichem Antrieb?

**Antwort:**

Für die Anschaffung aller Brennstoffzellenfahrzeuge wurden insgesamt ca. 540.000 € verausgabt. Die Fördermittel beliefen sich auf insgesamt ca. 312.000 €, sodass sich eine Förderquote von knapp 60% ergibt.

Vergleichbare Verbrennerfahrzeuge beginnen bei ca. 40.000 € und liegen damit deutlich über dem seitens der Stadt Siegen zu leistenden Eigenanteil von ca. 40% der Anschaffungskosten.

**3. Frage:**

Ist die Anschaffung weiterer Fahrzeuge geplant?

**Antwort:**

Derzeit laufen Planungen für die Anschaffung eines weiteren Brennstoffzellenfahrzeugs. Darüber hinaus wird für das Jahr 2023 die Lieferung von zwei Müllsammel-fahrzeugen erwartet.

Die grundsätzliche Bereitschaft zum Ausbau des Fuhrparks mit wasserstoffbetriebenen Fahrzeugen ist aufgrund der guten Erfahrungen bezüglich der Nutzung vorhanden. Jedoch ist die Wasserstofftankstelle die Einzige im Umkreis von rd. 80 Kilometern. Käme es hier zu längeren Ausfallzeiten, würde der Arbeitsbetrieb bei einer Aufstockung des Fahrzeugbestandes massiv eingeschränkt.

**4. Frage:**

Wie hoch ist die durchschnittliche Fahrleistung/p.a. und die Gesamtlauflistung der Fahrzeuge bisher.

Wie hoch sind die damit tatsächlich anfallenden Betriebskosten für die Fahrzeuge im Vergleich zu herkömmlichen Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor?

**Antwort:**

Die Laufleistungen der Fahrzeuge belaufen sich pro Fahrzeug auf 10.000-15.000 Jahreskilometer, bei Gesamtkilometerständen von 6.000 -35.000 Kilometern, je nach Anschaffungsdatum.

Die Betriebskosten belaufen sich pro Fahrzeug auf ca. 700€/Jahr für Inspektion, Wartung, Reparaturen und ca. 580€ jährlichen Versicherungsbeiträgen.

Der Verbrauch der Fahrzeuge liegt bei ca. 1,1-1,5 kg Wasserstoff pro 100 Kilometern, wie bei anderen Elektrofahrzeugen ist dies witterungsabhängig.

Bei einem derzeitigen deutschlandweiten Preis i.H.v. 9,50 € pro Kg Wasserstoff betragen die Kosten somit max. 14 €, wohingegen bei vergleichbaren Verbrennerfahrzeugen mit Kosten von 14-18 € zu rechnen ist.

**5. Frage:**

Gibt es eine reale Analyse der tatsächlichen Klimaauswirkungen der angeschafften Fahrzeuge im Vergleich zu einem normalen Fahrzeug?

**Antwort:**

Nein. Es gibt jedoch Studien über die Umweltverträglichkeit bezüglich Herstellung, Betrieb und Entsorgung von Brennstoffzellenfahrzeugen, die darlegen, dass es sich bei dieser Fahrzeugklasse um die umweltverträglichste Variante handelt, sofern der genutzte Wasserstoff umweltschonend hergestellt wird.

**6. Frage:**

Im Leimbachtal wird eine Wasserstofftankstelle, die durch das BMVI gefördert wurde betrieben. Die Gesamtinvestitionskosten für die Tankstelle in Siegen belaufen sich auf 1.579.446 €. Die Fördersumme für die Tankstelle beträgt 947.668 €.

Wie ist die bisherige Auslastung der Tankstelle und ist der Betrieb wirtschaftlich, bzw. ab wann wird der Betrieb wirtschaftlich und wann werden sich die Investitionskosten der Stadt Siegen in Höhe von 631.778 € amortisiert haben.

**Antwort:**

Seitens der Stadt Siegen hat es über die Verpachtung des Grundstücks hinaus, keine finanzielle Beteiligung an den Herstellungskosten der Wasserstofftankstelle gegeben. Die Investitionskosten wurden komplett durch den Betreiber und über Fördermittel des Bundes und der EU getragen.

Bezüglich Auslastung wurde seitens Betreibers mitgeteilt, dass man, obwohl es in der Stadt Siegen keinen größeren Flottenbetrieb gibt, mit rd. 70 monatlichen Tankungen bei steigender Tendenz zufrieden ist. Dies wird durch die gute Lage in Autobahnnähe begünstigt.

**7. Frage:**

Der Kreis Siegen-Wittgenstein soll Optionen zum wasserstoffbetriebenen Busverkehr und die Bereitstellung von entsprechender Tankinfrastruktur prüfen. Wurden seitens der Verwaltung diesbezüglich Gespräche mit Kreis Siegen-Wittgenstein geführt, um eine gemeinsame Lösung voranzutreiben?

Besteht die Möglichkeit, die vorhandene Wasserstofftankstelle, ggf. durch erforderliche Umbauten auch für den Busverkehr zu nutzen und dadurch zu einer höheren Auslastung und einer verbesserten Wirtschaftlichkeit zu kommen?

**Antwort:**

Mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein ist man diesbezüglich in Kontakt. Vor dem Hintergrund, dass im kommenden Jahr die beiden brennstoffzellenbetriebenen Müllfahrzeuge in Betrieb gehen sollen, werden aktuell mit dem Betreiber Gespräche geführt, damit sichergestellt ist, dass die Tankstelle zeitnah umgebaut und erweitert wird, um die Nutzung für Busse, Müllfahrzeuge und andere Nutzfahrzeuge zu ermöglichen.

gez.

Thomas Runge

Roland Steffe • Schanzenweg 35 • 57076 Siegen

Herrn Bürgermeister Steffen Mues

Markt 2  
57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
30. März 2022	
GB A	PR
Abt. A12	INSTITUTE

Ø FSD  
Ø Esi

A12, b7k  
Auftrag  
koordinieren!

Siegen, 24. Januar 2022

3113/ML

**Anfrage gemäß § 8 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 02.03.2022**

**Betreff: Einsatz von Wasserstofffahrzeugen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

auf der Internetseite der Stadt Siegen ist zu ersehen, dass die Stadt sich als Gründungsmitglied der "H2-Kommunen-NRW" für den Ausbau der Wasserstofftechnologie einsetzen will.

Das Land NRW hatte bisher die Anschaffung von fünf städtischen Brennstoffzellen-Fahrzeugen – davon zwei beim städtischen Entsorgungsbetrieb ESi, eines bei der Feuerwehr- mit fast 223.000 Euro gefördert. Mir scheint aber, dass inzwischen weitere Fahrzeuge hinzugekommen sind. Damit stellt sich die Frage:

1. Wie viele Wasserstofffahrzeuge sind bei der Stadt Siegen und den städt. Betrieben insgesamt nunmehr in Betrieb. Handelt es sich dabei ausschließlich um Fahrzeuge mit Brennstoffzelle?

2. Wie hoch sind die gesamt vereinnahmten Fördermittel die in Zusammenhang mit der Anschaffung aller Wasserstofffahrzeuge stehen, wie hoch sind die Ausgaben. Wie hoch wären die Ausgaben für vergleichbare Fahrzeuge mit herkömmlichen Antrieb.



Stadtverordneter Rat der Stadt Siegen

3. Ist die Anschaffung weiterer Fahrzeuge – ggf. bis wann – geplant und gibt dazu ebenfalls Fördermittel

4. Wie hoch ist die durchschnittliche Fahrleistung/p.a. und die Gesamtleistung der Fahrzeuge bisher.

Wie hoch sind die damit tatsächlich anfallenden Betriebskosten für die Fahrzeuge im Vergleich zu herkömmlichen Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor

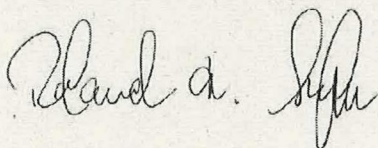
5. Gibt es eine reale Analyse der tatsächlichen Klimaauswirkungen der angeschafften Fahrzeuge im Vergleich zu einem normalen Fahrzeug

6. Im Leimbachtal wird eine Wasserstofftankstelle, die ebenfalls durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) gefördert wurde betrieben. Die Gesamtinvestitionskosten für die Tankstelle in Siegen belaufen sich auf 1.579.446 Euro. Die Fördersumme für die Tankstelle beträgt 947.668 Euro. Wie ist die bisherige Auslastung der Tankstelle und ist der Betrieb wirtschaftlich, bzw. ab wann wird der Betrieb wirtschaftlich und wann werden sich die Investitionskosten der Stadt Siegen in Höhe von 631.778 € amortisiert haben.

7. Der Kreis Siegen-Wittgenstein soll Optionen zum wasserstoffbetriebenen Busverkehr und die Bereitstellung von entsprechender Tankinfrastruktur prüfen. Wurden seitens der Verwaltung diesbezüglich Gespräche mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein geführt, um eine gemeinsame Lösung voranzutreiben? Besteht die Möglichkeit die vorhandene Wasserstofftankstelle, ggf. durch erforderliche Umbauten, auch für den Busverkehr zu nutzen und dadurch eine höhere Auslastung und verbesserten Wirtschaftlichkeit zu kommen?

Mit freundlichen Grüßen

Roland Steffe



## **A N F R A G E**

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

<b>Anfragesteller/in</b>	<b>Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen</b>
<b>Eingang</b>	<b>04.05.2022</b>
<b>Federführend</b>	<b>GB 4, Abt. 4/1</b>

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

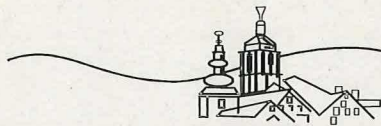
**Rat**

**11.05.2022**

Betreff:

**Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung**





Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An den Bürgermeister  
der Stadt Siegen  
Herrn S. Mues  
Rathaus Am Markt  
57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
- 4. Mai 2022	
GB 4	PR
Abt. 411	INSTITUTE

Ø 112 Ø 311

Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Im Rat der Stadt Siegen  
Markt 2/Rathaus  
57072 Siegen  
0271 - 404-1432  
gruene@siegen.de

Dienstag, 03.05.2022

Anfrage zur Sitzung des Rates am 11.05.2022  
**Sachstand Umsetzung Ratsbeschluss November 2018**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

der Rat der Stadt Siegen hat in seiner 40. Sitzung vom 21.11.2018 einen Antrag zur Parkraumbewirtschaftung, der zusammen mit denen in dieser Legislaturperiode koalierenden Fraktionen gestellt wurde, mehrheitlich beschlossen.

Einige dieser beschlossenen Maßnahmen sind bis heute allerdings noch nicht umgesetzt. Daher ergeben sich für uns folgenden Fragen:

1. Wie weit ist die Verwaltung fortgeschritten, die unter a) bis h) des Antrages vom 21.11.2018 genannten Maßnahmen umzusetzen? Insbesondere der Maßnahmen, die für die unteren Stadtbereiche gelten?  
Wann wird die Umsetzung dieses Teils des Beschlusses abgeschlossen sein?
2. Wie weit ist die Verwaltung mit der Umsetzung der Erstattungsregelung für Besucher\*innen des Museums?
3. Ist die unter Punkt 4 der Vorlage 1814/2018 beschlossene Beauftragung der KEG zur Entwicklung und Einführung eines Kontrollsystems, das sicherstellt, dass Dauerparker auf den für Kurzzeitparkende unattraktiven Parkflächen parken, umgesetzt? Wenn nicht, wann wird dies erfolgen?

Mit freundlichen Grüßen,  
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Rat der Stadt Siegen

Jürgen Schulz  
Stadtverordneter

## A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Eingang	04.05.2022
Federführend	GB 4, Abt. 4/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

11.05.2022

Betreff:

**Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung**

Die Anfrage 94/2022 wird wie folgt beantwortet:

Zu Punkt 1 der Anfrage:

Für die mit Antrag vom 21.11.2018 beschlossene zusätzliche Bewirtschaftung müssen zusätzlich 41 Parkscheinautomaten (PSA) beschafft werden. Die geschätzten Kosten in Höhe von ca. 255.000 € beinhalten die Anschaffung, Aufstellung, Parametrierung und Inbetriebnahme der Geräte.

Das Nachtragsvolumen neu zu beschaffender PSA (41 PSA) ist größer als die aktuelle Auftragshöhe (37 PSA). Nach dem aktuellen Vergaberecht muss die Stadt die PSA zwingend neu und zwar europaweit ausschreiben. Produktscharf darf dies nicht erfolgen, so dass auch nicht davon ausgegangen werden kann, dass es PSA der gleichen Art werden, die jetzt schon im Stadtgebiet eingesetzt aufgestellt sind.

Bewirtschaftet wird städtischer Parkraum von der KEG und der Abteilung Straße und Verkehr.



Die KEG bewirtschaftet im Siegener Stadtgebiet sämtliche öffentlichen Stellplätze in Parkhäusern, 5 Parkplätze und 2 Anwohnerparkpaletten in der Altstadt mit einem Gesamtvolumen von rund 3.000 Stellplätzen und betreibt Parkscheinautomaten der Firma Siemens.

Die Stadt bewirtschaftet im Siegener Stadtgebiet Parkplätze sowie Parkstreifen und verfügt über 34 PSA der Firma Siemens und 2 Wohnmobilstationen (WBS). Zuständig sind die Abteilungen Straße und Verkehr, Siegerlandhalle und Wirtschaftsförderung, wobei die Zuständigkeit der Wirtschaftsförderung per Vertrag auf die KEG übertragen wurde. Die Stadt Siegen hat mit der Firma APCOA einen Bewirtschaftungsvertrag in Anlehnung an den Hauptvertrag der KEG abgeschlossen (gültig bis 31.12.2022).

Da Überwachung, Störmeldebearbeitung und Abrechnung über den Zentralrechner der KEG erfolgen, Störmeldungen bei KEG und Stadt auflaufen, unterschiedliche Zuständigkeiten bei auftretenden Problemen nicht nutzerfreundlich sind, die Gebühreneinnahmen nicht sauber trennbar sind, das Vergaberecht der Stadtverwaltung zu Folgen wie Wartungsvertragserneuerung, neuer städtischer Störzentrale sowie neuer Erfassungs- und Abrechnungstechnik führen kann und das Personal von 4/1 die Aufgabe in keiner Stellenbeschreibung hat, gab es zwischen KEG, Kämmerei, Wirtschaftsförderung und Abteilung Straße und Verkehr Abstimmungsversuche die Aufgaben zu bündeln und an die KEG zu übertragen. Dies scheiterte bislang aufgrund wirtschaftlicher, vergaberechtlicher und verfassungsrechtlicher Bedenken, die man zurzeit versucht abteilungsübergreifend auszuräumen.

#### Zu Punkt 2 der Anfrage:

Die Erstattungsregelung für den Parkplatz Hasengarten wird seit dem 15.10.2019 für Besucherinnen und Besucher des Siegerlandmuseums umgesetzt.

Besucherinnen und Besucher des Siegerlandmuseums, welche den unteren Quittungsabschnitt zum Parkticket (Parkplatz Hasengarten) bei der Museumskasse vorzeigen und abgeben, erhalten kostenlosen Eintritt in das Museum. Gäste, die das „Handyparken“ nutzen, erhalten ebenfalls freien Eintritt.

Der kostenlose Einlass ist während der Dauer des Parktickets möglich.

Auf der Homepage des Siegerlandmuseums wird zudem auf diese Erstattungsregelung verwiesen (Anreise | Siegerlandmuseum im Oberen Schloss).

#### Zu Punkt 3 der Anfrage:

Für die unterschiedliche Zuordnung von Kurzparkern und Dauerparkern muss das Parkhaus in zwei Bereiche aufgeteilt werden. Sogenanntes „Parkhaus im Parkhaus“. Dafür muss im Rahmen der Papierkartentechnik umfangreiche zusätzliche Technik in Form von Terminals und Schranken installiert werden. Dies ist einmalig kostenintensiv, hat erhebliche Folgekosten und führt zu keinen Mehreinnahmen.

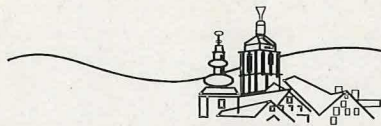
Alternativ ist die Installation einer Parkabfertigungstechnik via

Nummernschilderfassung angedacht, die zwar kostengünstiger umzusetzen ist aber ebenfalls keinerlei Refinanzierung hat.

Zudem sind zahlreiche technische Details zu prüfen.

Diesbezüglich sind mit dem beauftragten Unternehmen zur Parkraumbewirtschaftung entsprechende Verhandlungen aufgenommen worden. Ein erstes Modellprojekt soll noch in diesem Jahr erarbeitet und im Aufsichtsrat bzw. in der Gesellschafterversammlung der KEG vorgestellt werden.

gez. Schreiber



Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An den Bürgermeister  
der Stadt Siegen  
Herrn S. Mues  
Rathaus Am Markt  
57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
- 4. Mai 2022	
GB 4	PR
Abt. 411	INSTITUTE

Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Im Rat der Stadt Siegen  
Markt 2/Rathaus  
57072 Siegen  
0271 - 404-1432  
gruene@siegen.de

Dienstag, 03.05.2022

Ø 112 Ø 311

Anfrage zur Sitzung des Rates am 11.05.2022

**Sachstand Umsetzung Ratsbeschluss November 2018**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

der Rat der Stadt Siegen hat in seiner 40. Sitzung vom 21.11.2018 einen Antrag zur Parkraumbewirtschaftung, der zusammen mit denen in dieser Legislaturperiode koalierenden Fraktionen gestellt wurde, mehrheitlich beschlossen.

Einige dieser beschlossenen Maßnahmen sind bis heute allerdings noch nicht umgesetzt. Daher ergeben sich für uns folgenden Fragen:

1. Wie weit ist die Verwaltung fortgeschritten, die unter a) bis h) des Antrages vom 21.11.2018 genannten Maßnahmen umzusetzen? Insbesondere der Maßnahmen, die für die unteren Stadtbereiche gelten?  
Wann wird die Umsetzung dieses Teils des Beschlusses abgeschlossen sein?
2. Wie weit ist die Verwaltung mit der Umsetzung der Erstattungsregelung für Besucher\*innen des Museums?
3. Ist die unter Punkt 4 der Vorlage 1814/2018 beschlossene Beauftragung der KEG zur Entwicklung und Einführung eines Kontrollsystems, das sicherstellt, dass Dauerparker auf den für Kurzzeitparkende unattraktiven Parkflächen parken, umgesetzt? Wenn nicht, wann wird dies erfolgen?

Mit freundlichen Grüßen,  
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Rat der Stadt Siegen

Jürgen Schulz  
Stadtverordneter

## VERWALTUNGSVORLAGE

Siegen, 20.04.2022

Bearbeitet von: Frau König / Herrn Spötter

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

11.05.2022

Kurzbezeichnung:

**Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses, Feststellung des Jahresabschlusses 2019 und Entlastung des Bürgermeisters**

### Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt den als Anlage 1 beigefügten Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 der Stadt Siegen einschließlich des erteilten uneingeschränkten Bestätigungsvermerks zur Kenntnis.
2. Der Rat nimmt den nachfolgenden schriftlichen Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Jahresabschlussprüfung 2019 sowie die Erklärung des Rechnungsprüfungsausschusses, dass er nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen erhebt und den vom Bürgermeister aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht 2019 vom 15.10.2021 billigt, zur Kenntnis.
3. Der Rat stellt gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW den Jahresabschluss der Stadt Siegen zum 31.12.2019 vom 15.10.2021 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 1.014.077.608,20 € und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.224.059,86 € fest.
4. Der Rat beschließt, den Jahresfehlbetrag 2019 in Höhe von 1.224.059,86 € gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW aus der allgemeinen Rücklage abzudecken.
5. Die Ratsmitglieder der Stadt Siegen erteilen dem Bürgermeister gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW Entlastung.

**Sachverhalt / Begründung:**

Nach § 95 GO NRW hat die Gemeinde zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen, in dem das Ergebnis der Haushaltswirtschaft des Haushaltsjahres nachzuweisen ist.

Gemäß § 95 GO NRW besteht der Jahresabschluss aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen und der Bilanz. Der Jahresabschluss ist um einen Anhang zu erweitern. Darüber hinaus ist ein Lagebericht aufzustellen. Der Jahresabschluss einer Kommune muss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermitteln.

Gemäß 59 Abs. 3 GO NRW prüft der Rechnungsprüfungsausschuss den Jahresabschluss und den Lagebericht der Stadt Siegen unter Einbezug des Prüfberichtes der örtlichen Prüfung. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat zu dem Ergebnis der Jahresabschlussprüfung schriftlich gegenüber dem Rat Stellung zu nehmen. Am Schluss dieses Berichtes hat der Rechnungsprüfungsausschuss zu erklären, ob nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung Einwendungen zu erheben sind und ob er den vom Bürgermeister aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht billigt.

Der vom Stadtkämmerer am 15.10.2021 aufgestellte und vom Bürgermeister ebenfalls am 15.10.2021 bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 wurde vom Rat der Stadt in seiner Sitzung am 27.10.2021 (Vorlage Nr. VL 574/2021) zur Kenntnis genommen. Der Rat hat den Jahresabschluss an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung weitergeleitet.

Der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über das Ergebnis der örtlichen Prüfung ist als Anlage 1 beigelegt. Art und Umfang der Prüfung sind in dem beigelegten Prüfbericht ausführlich dargestellt und münden in einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk, der sich unter Ziffer 6 auf den Seiten 72 bis 75 des Prüfberichtes befindet. Der Jahresabschluss zum 31.12.2019 vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Siegen.

Zum Bericht des Rechnungsprüfungsamtes hat der Bürgermeister mit Schreiben vom 21.03.2022 die als Anlage 2 beigelegte Stellungnahme abgegeben. Diese wurde vorbesprochen und ist zwischen Bürgermeister, Stadtkämmerer und Rechnungsprüfung abgestimmt.

**Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses:**

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat gemäß 59 Abs. 3 GO NRW den Jahresabschluss und den Lagebericht der Stadt Siegen zum 31.12.2019 unter Einbezug des Prüfberichtes der örtlichen Prüfung geprüft.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2019 wurde in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 07.04.2022 intensiv beraten. Eine Prüfung der Belege des Haushaltsjahres 2019 fand im Rahmen der Sitzung am 30.09.2021 statt. Die Belegprüfung hat zu keinen wesentlichen Einwendungen geführt.

Gemäß § 102 Abs. 3 GO NRW ist in die Prüfung des Jahresabschlusses die Buchführung einzubeziehen. Die Prüfung des Jahresabschlusses hat sich ebenso darauf zu erstrecken, ob die gesetzlichen Vorschriften und sie ergänzenden ortsrechtlichen Bestimmungen oder sonstigen Satzungen beachtet worden sind. Die Prüfung ist so anzulegen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die zuvor genannten Bestimmungen, die sich auf die Darstellung des sich nach § 95 Abs. 1 Satz 4 GO NRW ergebenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Siegen wesentlich auswirken, bei gewissenhafter Ausübung erkannt werden.

Ebenfalls Gegenstand der Beratung des Jahresabschlusses 2019 in der Sitzung am 07.04.2022 war der Zeitpunkt der Rechnungslegung im Verhältnis zur diesbezüglichen Gesetzesfiktion, insbesondere auch im Hinblick auf mögliche Schwierigkeiten bei der Genehmigung künftiger Haushalte.

Alle im Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des städtischen Jahresabschlusses zum 31.12.2019 aufgeführten Prüfungsfeststellungen sowie Hinweise und Anregungen wurden in der Sitzung einzeln beraten. Schwerpunktmäßig waren folgende Sachverhalte Gegenstand der Prüfung bzw. der Diskussionen und weitergehenden Beratung:

- Verspätete Vorlage des Entwurfs des Jahresabschlusses zum 31.12.2019,
- Befürwortung der Änderung des Pachtvertrages Kegelbahnen (vgl. Ziffer 5.6. des Berichtes des Rechnungsprüfungsamtes, F/1 Seite 33 oben),
- Fehlende bzw. falsch berechnete zu aktivierende Eigenleistungen im Bereich Grünflächen/Betriebsvorrichtungen: Spielplätze und Kunstrasenplätze (vgl. auch Ziffer 5.7. des Berichtes des Rechnungsprüfungsamtes, Seite 37),
- Anpassung der AfA-Tabelle der Stadt Siegen im Punkt „2.091 Kunstrasenplätze“ (vgl. auch Ziffer 5.7. des Berichtes des Rechnungsprüfungsamtes, Seite 37),
- Mittelübertragungen im investiven Bereich von 2018 nach 2019 sowie von 2019 nach 2020,
- Auswirkungen von verspätet erstellten Jahresabschlüssen in Bezug auf die Genehmigung von künftigen Haushalten.

Des Weiteren wurde zur Kenntnis genommen, dass kämmereiseitig der Jahresabschluss zum 31.12.2020 noch vor der Sommerpause vorgelegt werden soll. Dies wird sowohl vom Rechnungsprüfungsausschuss als auch vom Rechnungsprüfungsamt für richtig und notwendig erachtet.

Im Rahmen der Beratung des Rechnungsprüfungsausschusses war zur Kenntnis zu nehmen, dass der ausgewiesene Jahresfehlbetrag des Haushaltsjahres 2019 von rd. 1,2 Mio. € (Vorjahr rd. 6,8 Mio. €) eine Verbesserung gegenüber der ursprünglichen Planung in der Haushaltssatzung des Jahres 2019 von rd. 5,1 Mio. € darstellt.

Zudem war vom 01.01.2009 bis zum Ende des Jahres 2019 ein Eigenkapitalverzehr in Höhe von 265,7 Mio. € (Eigenkapital in der Eröffnungsbilanz: 446,1 Mio. €) zu verzeichnen, so dass noch ein Eigenkapital von rd. 180,4 Mio. € zum 31.12.2019 verbleibt. Erfreulicherweise ist das Eigenkapital seit der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 erstmals wieder leicht, um 1,9 Mio. €, angestiegen. Hauptgrund hierfür ist neben der zuvor genannten Abschlussverbesserung die Zuschreibung aus der RWE-Aktienbewertung von rd. 3,6 Mio. €. Der Trend des rasanten und nachhaltigen Eigenkapitalverzehrs konnte somit in 2017 und 2018 deutlich verlangsamt werden und in 2019 sogar aufgehalten werden.

Die Verschuldung der Stadt Siegen zum 31.12.2019 betrug rd. 316 Mio. € (Vorjahr rd. 323 Mio. €) (Kassenkredite und fundierte Schulden) zzgl. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen gleichkommen, in Höhe von rd. 11,1 Mio. € (Vorjahr rd. 11,2 Mio. €).

Der Stand der Kassenkredite hat sich mit rd. 230 Mio. € gegenüber dem Vorjahr um rd. 10 Mio. € reduziert, ist nach wie vor aber besorgniserregend. Auf das erhebliche Zinsrisiko für die Zukunft muss erneut hingewiesen werden.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in nichtöffentlicher Sitzung am 07.04.2022 den Jahresabschluss der Stadt Siegen zum 31.12.2019 unter Einbezug des Bericht des Rechnungsprüfungsamtes intensiv beraten und mit Vorlage Nr. VL 863/2022 einstimmig beschlossen,

- dem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes vom 04.03.2022 über die Prüfung des Jahresabschlusses der Universitätsstadt Siegen zum 31.12.2019 beizutreten und in diesem Sinne gemäß § 59 Abs. 3 GO NRW dem Rat schriftlich zu berichten.
- zu erklären, dass nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen zu erheben sind und dass der Rechnungsprüfungsausschuss den vom Bürgermeister aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht billigt.
- dem Rat der Stadt Siegen zu empfehlen, den Jahresabschluss zum 31.12.2019 gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW festzustellen.
- dem Rat zu empfehlen, den Jahresfehlbetrag 2019 durch Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage abzudecken.
- den Ratsmitgliedern zu empfehlen, dem Bürgermeister gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW Entlastung zu erteilen.

**Aufgrund der durch den Rechnungsprüfungsausschuss erfolgten Prüfung wird gemäß § 59 Abs. 3 GO NRW erklärt, dass nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung keine Einwendungen zu erheben sind und der vom Bürgermeister aufgestellte Jahresabschluss und Lagebericht gebilligt werden.**

Nach § 96 Abs. 1 GO NRW stellt der Rat den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Jahresabschluss durch Beschluss fest. Zugleich beschließt er über die Behandlung des Jahresfehlbetrages.

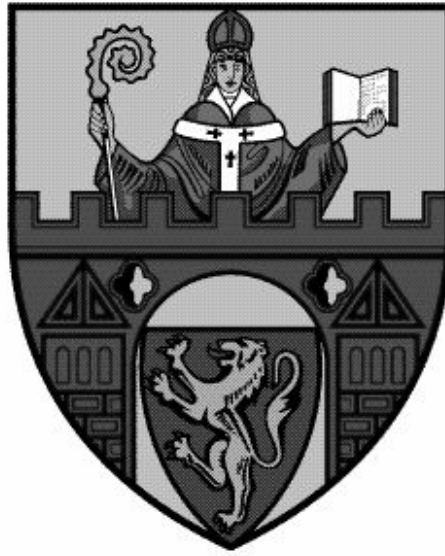
Die Entlastung des Bürgermeisters erfolgt gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW durch die Ratsmitglieder ohne die Stimme des Bürgermeisters.

gez. Svenja König  
Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses

Anlage(n):

1. [Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019](#)
2. [Stellungnahme des Bürgermeisters vom 21.03.2022 zum Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses der Universitätsstadt Siegen zum 31.12.2019](#)





**Bericht über die Prüfung  
des Jahresabschlusses der  
Universitätsstadt Siegen  
zum 31.12.2019**

**des Rechnungsprüfungsamtes der Universitätsstadt Siegen  
vom 04.03.2022**

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
Verzeichnis der Anlagen	3
Abkürzungsverzeichnis	4
<b>1. Allgemeines</b>	<b>6</b>
1.1. Prüfauftrag	6
1.2. Rechtsgrundlagen	7
1.3. Prüfungsunterlagen	7
1.4. Erklärung der Prüfungshinweise	8
<b>2. Stellungnahme zur Lagebeurteilung des Bürgermeisters</b>	<b>9</b>
<b>3. Grundsätzliche Feststellungen</b>	<b>16</b>
3.1. Verspätete Vorlage des Entwurfs des Jahresabschlusses zum 31.12.2019	16
3.2. X-Konten	16
<b>4. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfungsdurchführung</b>	<b>18</b>
4.1. Gegenstand der Prüfung	18
4.2. Art und Umfang der Prüfung	19
<b>5. Erläuterungen und Feststellungen zur Rechnungslegung</b>	<b>21</b>
5.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2019	21
5.2. Nachtragssatzung	21
5.3. Jahresabschluss	21
5.4. Buchführung	24
5.5. Feststellungen zur Ergebnisrechnung und Finanzrechnung	25
5.6. Feststellungen zu den Teilrechnungen	28
5.7. Feststellungen zur Bilanz	34
5.8. Hinweise zum Anhang	61
5.9. Örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände	64
5.10. Inventur, Inventar	65
5.11. Analyse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage	66
5.12. Hinweis zum Bestätigungsvermerk	71
<b>6. Bestätigungsvermerk</b>	<b>72</b>
<b>Anlagen</b>	

<b>Verzeichnis der Anlagen</b>		<b>Seite</b>
Anlage 1	Entwurf der Bilanz zum 31.12.2019	76
Anlage 2	Entwurf der Ergebnisrechnung 2019	78
Anlage 3	Entwurf der Finanzrechnung 2019	79
Anlage 4	Ergebnisse der Teilrechnungen 2019	80

Anmerkung:

Mit Ausnahme der Anlage 4 entsprechen die Anlagen dieses Berichts den Anlagen bzw. den Bestandteilen des in den Rat der Stadt Siegen eingebrachten Entwurfs des Jahresabschlusses 2019.

In Anlage 4 „Ergebnisse der Teilrechnungen 2019“ werden die Ergebnisse der Teilrechnungen komprimiert dargestellt. Die Auswertung wurde von der Rechnungsprüfung erstellt.

## Abkürzungsverzeichnis

AfA	Absetzung für Abnutzung
a.F.	alte Fassung
AiB	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau
B	Beanstandung
CHF	Schweizer Franken
ESi	Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen
EöB	Eröffnungsbilanz
F	Feststellung
FAD	Finanzadresse (Debitor bzw. Kreditor)
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen
GO	Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen, in der Fassung vom 18.12.2018, zuletzt geändert am 01.12.2021, in Kraft 15.12.2021 / 01.01.2022
GoA	Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfungen
GoB	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
GPA	Gemeindeprüfungsanstalt
H	Hinweis
Handreichung	NKF in Nordrhein-Westfalen, Handreichung für Kommunen (aktuell 7. Auflage)
HGB	Handelsgesetzbuch
HFA	Haupt- und Finanzausschuss
HOAI	Honorarordnung für Architekten und Ingenieure
IDR	Institut der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen in Deutschland e.V.
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
IKS	Internes Kontrollsystem
ILV	Interne Leistungsverrechnung/en
IM	Innenministerium Nordrhein-Westfalen
INFOMA	newsystem NKR/NKFSYSTEM (auch „nsk“)
IT	Informationstechnik
JA	Jahresabschluss
KAG	Kommunalabgabengesetz
KAI	Inventarisierungssoftware "Kann alles inventarisieren"
KDZ	Zweckverband „Kommunale Datenzentrale Westfalen-Süd“
KEG	KOMMUNALE ENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT SIEGEN mbH
KIRP	Kommunales integriertes Rechnungs- und Planungssystem
Kita	Kindertageseinrichtung
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz
KomHVO	Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen
kvw	Kommunale Versorgungskassen Westfalen-Lippe
MHKBG NRW	Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen NRW
MIK	Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen NRW
MN	Maßnahme
n.F.	neue Fassung
NKF	Neues Kommunales Finanzmanagement

NKFWG	Erstes Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände im Land Nordrhein-Westfalen (1. NKF-Weiterentwicklungsgesetz - NKFWG)
2. NKFWG	Zweites Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände im Land Nordrhein-Westfalen und weiterer kommunalrechtlicher Vorschriften (2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz - 2. NKFWG NRW)
NRW	Nordrhein-Westfalen
nsk	newsystem NKR/NKFSystem
OP	Offene(r) Posten
SIB	Straßeninformationsband
SIT	SIT GmbH (Südwestfalen-IT)
SoPo	Sonderposten
VV	Verwaltungsvorschrift
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
W	wiederholte Feststellung
ZOB	Zentraler Omnibusbahnhof

## 1. Allgemeines

### 1.1. Prüfauftrag

Gemäß § 59 Abs. 3 Gemeindeordnung NRW prüft der Rechnungsprüfungsausschuss den Jahresabschluss und den Lagebericht der Gemeinde unter Einbezug des Prüfungsberichtes. Er bedient sich hierbei der örtlichen Rechnungsprüfung oder eines Dritten gemäß § 102 Absatz 2 GO. Die Verantwortlichen nach Satz 2 haben an der Beratung über diese Vorlagen im Rechnungsprüfungsausschuss teilzunehmen und über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung, insbesondere wesentliche Schwächen des internen Kontrollsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, zu berichten. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat zu dem Ergebnis der Jahresabschlussprüfung schriftlich gegenüber dem Rat Stellung zu nehmen. Am Schluss dieses Berichtes hat der Rechnungsprüfungsausschuss zu erklären, ob nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung Einwendungen zu erheben sind und ob er den vom Bürgermeister aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht billigt.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind, vor Feststellung durch den Rat, durch die örtliche Rechnungsprüfung zu prüfen (Jahresabschlussprüfung). Hat keine Prüfung stattgefunden, so kann der Jahresabschluss nicht festgestellt werden. Wird der Jahresabschluss oder der Lagebericht nach Vorlage des Prüfberichtes geändert, so sind diese Unterlagen erneut zu prüfen, soweit es die Änderung erfordert. Über das Ergebnis der Prüfung ist zu berichten, der Bestätigungsvermerk ist entsprechend zu ergänzen (§ 102 Abs. 1 GO).

In die Prüfung des Jahresabschlusses ist die Buchführung einzubeziehen (§ 102 Abs. 3 GO). Die Prüfung des Jahresabschlusses hat sich darauf zu erstrecken, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden ortsrechtlichen Bestimmungen oder sonstigen Satzungen beachtet worden sind. Die Prüfung ist so anzulegen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die in § 102 Abs. 3 Satz 2 GO aufgeführten Bestimmungen, die sich auf die Darstellung des sich nach § 95 Absatz 1 Satz 4 GO ergebenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde wesentlich auswirken, bei gewissenhafter Berufsausübung erkannt werden.

In die Prüfung des Jahresabschlusses sind die Entscheidungen und Verwaltungsvorgänge aus delegierten Aufgaben auch dann einzubeziehen, wenn die Zahlungsvorgänge selbst durch den Träger der Aufgabe vorgenommen werden und insgesamt finanziell von erheblicher Bedeutung sind.

Der Lagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und ob er insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gemeinde vermittelt. Dabei ist auch zu prüfen, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind. Die Prüfung des Lageberichts hat sich auch darauf zu erstrecken, ob die gesetzlichen Vorschriften zu seiner Aufstellung beachtet worden sind.

Die mit der Jahresabschlussprüfung Beauftragten haben über Art und Umfang sowie über das Ergebnis der Prüfung zu berichten. §§ 321 und 322 des Handelsgesetzbuches gelten entsprechend. Das Ergebnis der örtlichen Prüfung ist gemäß § 102 Abs. 8 GO i.V.m. § 322 Abs. 1 HGB in einem Bestätigungsvermerk zusammenzufassen.

## 1.2. Rechtsgrundlagen

Rechtsgrundlage für die Erstellung des Jahresabschlusses 2019 war die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO), insbesondere deren 8. Teil "Haushaltswirtschaft", und die dazu erlassene Verordnung über das Haushaltswesen der Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen (Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen – KomHVO).

Rechtsgrundlage für die Prüfung war insbesondere der 10. Teil der Gemeindeordnung "Rechnungsprüfung".

## 1.3. Prüfungsunterlagen

Der Entwurf des Jahresabschlusses 2019 wurde dem Rat der Stadt Siegen in seiner Sitzung am 27.10.2021 vorgelegt. Dieser hat den Entwurf, wie gesetzlich vorgeschrieben, an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung weitergeleitet.

Das Rechnungsprüfungsamt hat den Entwurf des Jahresabschlussberichtes als PDF am 21.10.2021 und in gedruckter Form am 04.11.2021 erhalten. Weitere noch ausstehende Unterlagen in Papier bzw. digitaler Form (z.B. Teilrechnungen) sind am 22.10., 25.10., 27.10. sowie 08.11.2021 beim Rechnungsprüfungsamt eingegangen.

Die Anordnungen zu den Jahresabschlussbuchungen sowie den Sachbuchungen wurden dem Rechnungsprüfungsamt zur Verfügung gestellt. Weitere Belege wurden prüfungsbezogen und im Einzelfall von der Kämmerei erbeten.

#### 1.4. Erklärung der Prüfungshinweise

Es bedeuten:

B	Bei den mit einem "B" gekennzeichneten Beanstandungen handelt es sich um Einwendungen im Sinne von § 102 Abs. 8 GO i.V.m. 322 HGB, die zu einem eingeschränkten Bestätigungsvermerk oder zu dessen Versagung führen.
F	Hierbei handelt es sich um Prüfungsfeststellungen, die zusätzlich durch die Darstellung in einem Rechteck gekennzeichnet sind. Eine Stellungnahme wird nur dann nicht erwartet, wenn die Beanstandung anerkannt und zukünftig beachtet wird.
F/ mit Ziffer	kennzeichnet eine Prüfungsfeststellung, zu der eine Stellungnahme erwartet wird.
W	ist eine wiederholte Feststellung, zu der eine Stellungnahme nicht erwartet wird, wenn sie anerkannt wird und die Beachtung in Zukunft sichergestellt ist.
W/ mit Ziffer	ist eine wiederholte Feststellung, zu der eine Stellungnahme erwartet wird.
H	Mit "H" gekennzeichnet sind Hinweise oder Anregungen, deren Beachtung aus Sicht der Prüfung geboten oder sinnvoll erscheint. Eine Stellungnahme wird nicht zwingend erwartet, kann jedoch durchaus erfolgen.



## 2. Stellungnahme zur Lagebeurteilung des Bürgermeisters

### Vorbemerkung:

Rechtsgrundlagen für die Erstellung des Lageberichtes und den anzulegenden Prüfungsmaßstab waren die GO in der ab 01.01.2019 geltenden Fassung sowie die ab 01.01.2019 geltende KomHVO.

Gemäß § 102 Abs. 1 und Abs. 5 GO ist der Lagebericht darauf zu prüfen, ob

- er mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht,
  - er insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gemeinde vermittelt,
  - die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind
- und
- die gesetzlichen Vorschriften zu seiner Aufstellung beachtet wurden.

Rechtsgrundlage für die Erstellung des Lageberichtes 2019 war § 49 KomHVO in Verbindung mit § 95 GO.

Für die äußere Gestaltung des Lageberichtes sowie seinen Aufbau und Umfang bestehen keine besonderen Formvorgaben. Seine Aufstellung ist gemäß § 95 Abs. 2 letzter Satz GO verpflichtend.

Gemäß § 49 KomHVO ist er jedoch so zu fassen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune vermittelt wird. § 49 KomHVO bestimmt zudem:

"Dazu ist ein Überblick über die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr zu geben. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher, die nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, ist zu berichten. Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der kommunalen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune zu enthalten. In die Analyse sollen produktorientierte Ziele und Kennzahlen, soweit sie bedeutsam für das Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune sind, einbezogen und unter Bezugnahme auf die im Jahresabschluss enthaltenen Ergebnisse erläutert werden. Auch ist auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Kommune einzugehen, zu Grunde liegende Annahmen sind anzugeben."

Der Lagebericht des Jahresabschlusses 2019 der Stadt Siegen enthält Aussagen

- zur Haushaltssituation 2019 (Ziffer 6.2),
- Erläuterungen der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage (Ziffer 6.3),
- zur Personalsituation (Ziffer 6.4),
- zu den Pflichtangaben nach § 95 GO (Ziffer 6.5),
- zu den Vorgängen von besonderer Bedeutung nach Schluss des Haushaltsjahres (Ziffer 6.6) sowie
- zu den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Stadt Siegen (Ziffer 6.7).

Der Lagebericht 2019 entspricht nach Auffassung der örtlichen Rechnungsprüfung damit den formalen Anforderungen der GO und der KomHVO.

**Unter Ziffer 6.2 des Jahresabschlusses wird die Haushaltssituation 2019 dargestellt. Der Jahresfehlbetrag 2019 von rd. 1,2 Mio. € unterschreitet den geplanten Fehlbetrag der Haushaltssatzung (Ergebnisplan) von rd. 5,1 Mio. € somit um rd. 3,9 Mio. € (Mehrerträge rd. 7,0 Mio. €; Mehraufwendungen rd. 3,1 Mio. €).**

Eine Nachtragshaushaltssatzung wurde in 2019 nicht erlassen.

Unter Ziffer 6.3 des Jahresabschlusses werden in aggregierter Form die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt sowie die erheblichen Abweichungen gegenüber der Planung dargestellt.

### **Vermögen/Schulden**

Die Aktiva der Stadt Siegen haben sich in 2019 gegenüber dem Vorjahr um rd. 5,1 Mio. € erhöht (im Vorjahr um rd. 13,7 Mio. € verringert):

	2019 Mio. €	2018 Mio. €	2017 Mio. €	2016 Mio. €	2015 Mio. €
Anlagevermögen	974,8	975,6	988,2	996,6	1.010,6
Umlaufvermögen	33,1	27,5	28,5	26,1	26,3
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	6,2	5,5	5,9	8,7	5,8
Summe Aktiva	1.014,1	1.009,0	1.022,6	1.031,4	1.042,7

Der städtische Vermögensausweis wird dominiert vom Anlagevermögen (rd. 96,1 %) und beinhaltet weiterhin eine hohe Anlagenintensität, insbesondere im Bereich der Grundstücke und des Infrastrukturvermögens. Die Untergliederung und Aufteilung des städtischen Vermögens sind der Bilanz sowie der Darstellung auf Seite 42 des Erstellungsberichtes zu entnehmen.

Das Gesamtvermögen der Stadt Siegen wird jedoch nur zu rd. 17,79 % durch Eigenkapital abgedeckt (Vorjahr 17,7 %; Vorvorjahr 18,1 %).

Den größten Posten der Passivseite stellen die Verbindlichkeiten mit rd. 357,3 Mio. € dar. Dies entspricht 35,2 % der Bilanzsumme. Hiervon entfallen rd. 316,4 Mio. € auf Kredite und rd. 11,1 Mio. € auf Investitionsleasing. Weitere rd. 29,8 Mio. € entfallen auf übrige Verbindlichkeiten.

Nachstehende Tabelle verdeutlicht die Finanzierung des Vermögens auf der Passivseite von 2015 bis 2019:

	2019		2018		2017		2016		2015	
	Mio. €	% der Bilanzsumme	Mio. €	% der Bilanzsumme	Mio. €	% der Bilanzsumme	Mio. €	% der Bilanzsumme	Mio. €	% der Bilanzsumme
Eigenkapital	180,4	17,79	178,5	17,69	185,2	18,11	190,8	18,50	207,8	19,93
Sonderposten	301,3	29,71	303,5	30,08	305,9	29,91	308,3	29,89	312,1	29,93
Rückstellungen	145,7	14,37	139,7	13,85	133,3	13,04	131,2	12,71	129,9	12,46
Verbindlichkeiten insg.	357,3	35,23	358,1	35,49	369,6	36,14	372,0	36,07	365,6	35,06
davon Kredite	316,4	31,20	323,2	32,03	331,5	32,41	337,0	32,67	328,9	31,55
ohne Investitionsleasing										
Passive Rechnungsabgrenzung	29,4	2,90	29,2	2,89	28,6	2,80	29,1	2,83	27,3	2,62
Gesamt	1.014,1	100,00	1.009,0	100,00	1.022,6	100,00	1.031,4	100,00	1.042,7	100,00

Der Eigenkapitalverzehr konnte erstmals seit 2009 angehalten werden. Die Sonderposten verringern sich geringfügig. Die Rückstellungen steigen erneut um rd. 6 Mio. € (Vorjahr 6,4 Mio. €). Dies ist überwiegend durch den Anstieg der Pensionsrückstellungen (rd. 4,17 Mio. €) sowie durch den Anstieg der sonstigen Rückstellungen (rd. 1,78 Mio. €) begründet. Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind betragsmäßig zu vernachlässigen. Die Kredite konnten erfreulicherweise um rd. 6,8 Mio. € reduziert werden, auch wenn der Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten nahezu gleichgeblieben ist (wegen erhöhter Anzahlungen von rd. 4,4 Mio. €).

### Erträge/Aufwendungen

Die Fehlbetragsvorgabe der Haushaltssatzung wurde nicht voll ausgeschöpft, sondern wie folgt unterschritten:

Fehlbetrag	2019 Mio. €	2018 Mio. €	2017 Mio. €	2016 Mio. €	2015 Mio. €
laut Haushaltssatzung	5,1	13,7	18,9	20,3	25,0
gemäß Rechnungsergebnis	1,2	6,8	6,8	13,8	30,5
Differenz	- 3,9	- 6,9	-12,1	- 6,5	+ 5,5

Bei den ordentlichen Erträgen (ohne Finanzergebnis) ergab sich eine Verbesserung von rd. 6,7 Mio. €.

Demgegenüber stehen zusätzliche ordentliche Aufwendungen (ohne Finanzergebnis) in Höhe von rd. 1,1 Mio. €.

Dies führt zu einem saldierten verbesserten Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit von rd. 5,6 Mio. €.

Die Differenz (Verbesserung) zwischen Haushaltssatzung und Rechnungsergebnis von rd. 3,9 Mio. € ergibt sich aus einem um rd. 5,6 Mio. € verbesserten Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit sowie einem um rd. 1,7 Mio. € negativen Finanzergebnis. Es konnte zum dritten Mal in Folge eine deutliche Verbesserung gegenüber der Haushaltsplanung erzielt werden.

Der Jahresabschluss 2019 gibt zu den Abweichungen vom Ergebnisplan die entsprechenden Erläuterungen auf den Seiten 44 bis 48. Diese können nachvollzogen werden. Die gravierendsten Abweichungen (> 0,5 Mio. €) ergeben sich in folgenden Bereichen:

Ertrag		
Bezeichnung	Betrag rd. Mio. €	Erläuterung
Steuern und ähnliche Abgaben	0,8	Mehrerträge Gewerbesteuer/Mindererträge Einkommensteuer
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1,8	Weniger Zuweisungen AsylbLG und FlüAG
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,7	Mehrerträge im Bereich Hilfe zur Erziehung und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
Sonstige ordentliche Erträge	7,1	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Auflösung Rückstellungen im Personalbereich rd. 4,2 Mio. €</li> <li>- Konzessionsabgaben rd. 0,4 Mio. €</li> <li>- Vollverzinsung Gewerbesteuer rd. 0,7 Mio. €</li> <li>- Diverse andere 1,8 Mio. €</li> </ul>

Aufwand		
Bezeichnung	Betrag rd. Mio. €	Erläuterung
Personalaufwendungen	5,0	Zuführung zu Pensionsrückstellungen, Beihilferückstellungen, Rückstellungen für Altersteilzeit und Urlaub (6,4 Mio. €) Minderaufwendungen für Besoldung und Vergütung (1,7 Mio. €); Diverse
Versorgungsaufwendungen	1,4	Zuführung zu Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger (0,7 Mio. €); Versorgungsaufwendungen für ehemalige Bedienstete (0,7 Mio. €)
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-6,1	Nicht verausgabte Mittel Bauunterhaltung Hoch- und Tiefbau (Hochbau 5,4 Mio. €)
Transferaufwendungen	-2,4	<ul style="list-style-type: none"> <li>- AsylbLG rd. - 1,0 Mio. €</li> <li>- Gesetzliche Betriebskostenzuschüsse - 1,6 Mio. €</li> <li>- Heimerziehung + 1,6 Mio. €</li> <li>- Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge - 1,6 Mio. €</li> <li>- Diverse Weitere</li> </ul>
Sonstige ordentliche Aufwendungen	2,6	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausbuchung von Forderungen/Wertberichtigungen + 0,8 Mio. €</li> <li>- Zuführung Rückstellung + 0,6 Mio. €</li> <li>- Geschäftsaufwendungen + 0,4 Mio. €</li> <li>- Kapitalertrag-/Umsatzsteuer + 0,3 Mio. €</li> </ul>

		- Sonstiges	+ 0,5 Mio. €
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2,0	- Wertberichtigung CHF-Kredite	+ 1,8 Mio. €
		- Zinsen Kassenkredite	- 0,4 Mio. €
		- Zinsen ordentliche Kredite	- 0,3 Mio. €
		- Drohverlustrückstellung	
		- Derivate	+ 0,8 Mio. €

## Finanzlage

Der Jahresabschluss 2019 schließt mit einem Finanzmittelüberschuss von rd. 10,0 Mio. € ab. Dies stellt eine Verbesserung um rd. 50,2 Mio. € gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz 2019 dar und hat seinen überwiegenden Ursprung in nicht kassenwirksam gewordenen Auszahlungen im Bausektor, welche jedoch überwiegend nach 2020 übertragen wurden. Der Haushaltsplan sah Investitionen in Höhe von rd. 29,2 Mio. € vor, welchen die Überträge aus 2018 in Höhe von rd. 23,8 Mio. € zuzurechnen sind. Mithin stand ein Investitionsvolumen von rd. 52,9 Mio. € zur Verfügung, von welchem nur 19,4 Mio. € verausgabt wurden. Es wurden investive Mittel in Höhe von rd. 25,1 Mio. € nach 2020 vorgetragen sowie Auszahlungsermächtigungen für Rückstellungen in Höhe von 3,3 Mio. €. Dem hinzuzurechnen sind die nicht in Anspruch genommen Bauunterhaltungsmittel der Technischen Gebäudewirtschaft in Höhe von rd. 4 Mio. € und der Tiefbauabteilung von rd. 1,8 Mio. €. Auf die Vorlage 3071/2020 und die Ausführungen des Stadtkämmerers im Rat am 26.08.2020 wird ausdrücklich hingewiesen.

Auch in 2019 wurden keine zusätzlichen Kassenkredite aufgenommen. Aufgrund einer Neubewertung der CHF-Kredite per 31.12.2019 sowie vorgenommener Tilgungen werden in der Schlussbilanz 2019 Kassenkredite in Höhe von 229,9 Mio. € ausgewiesen (Minderung rd. 9,1 Mio. €).

Die Investitionskredite konnten in 2019 nicht reduziert werden (Erhöhung rd. 2,3 Mio. €).

Die liquiden Mittel verändern sich zum 31.12.2019 wie folgt:

Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	15.725.144,94 €
+ Saldo aus Investitionstätigkeit	- 5.746.428,19 €
= Finanzmittelüberschuss	9.978.716,75 €
+ Saldo Finanzierungstätigkeit	- 8.716.297,43 €
= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln per 31.12.2019	1.262.419,32 €
+ Vortrag per 31.12.2018	2.709.755,32 €
= Ausweis der liquiden Mittel in der Finanzrechnung per 31.12.2019	3.972.174,64 €

Der Ausweis der liquiden Mittel der Bilanz unter Posten 2.4 stimmt mit der Finanzrechnung zum 31.12.2019 überein.

## **Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Stadt Siegen**

### **Vorbemerkung**

Die Prüfung des Lageberichtes 2019 erfolgte im 4. Quartal des Jahres 2021. Zu diesem Zeitpunkt war das Haushaltsjahr 2020 abgeschlossen, jedoch war der Jahresabschluss 2020 noch nicht erstellt. Insofern lagen gewisse Erkenntnisse zu dem Folgejahr vor.

Unter dieser Prämisse werden zu den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Stadt Siegen folgende Anmerkungen gemacht:

### **Eigenkapitalverzehr**

Bis zum 31.12.2019 wurden rd. 265,7 Mio. € (rd. 59,6 %) des in der EÖB zum 01.01.2009 ausgewiesenen Eigenkapital von rd. 446,1 Mio. € aufgezehrt, so dass noch ein Eigenkapital von rd. 180,4 Mio. € verbleibt.

Der Trend des rasanten und nachhaltigen Eigenkapitalverzehrs konnte in 2017 und 2018 deutlich verlangsamt und in 2019 sogar aufgehalten werden. Das Eigenkapital stieg um rd. 1,9 Mio. € an.

### **Verschuldung (Bilanzpositionen 4.1 – 4.4)**

Die ausgewiesenen fundierten Schulden (Investitionskredite) in Höhe von rd. 86,5 Mio. € sowie die ausgewiesenen Kredite zur Liquiditätssicherung (sog. Kassenkredite) von rd. 229,9 Mio. € kumulieren sich zu einem Schuldenstand von rd. 316,4 Mio. €. Darin nicht berücksichtigt sind Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen (Leasing Feuerwache) in Höhe von rd. 11,1 Mio. €.

Im Jahre 2019 konnte die Verschuldung der Stadt Siegen zum dritten Mal in Folge reduziert werden. Es ist im Haushaltsjahr 2019 eine Schuldenminderung um rd. 6,8 Mio. € eingetreten.

Zum Berichtszeitpunkt steht jedoch bereits fest, dass sich das Kreditvolumen per 31.12.2020 um ca. 13 Mio. € erhöhen wird. Dies resultiert u. a. aus einer kreditfinanzierten Unternehmensbeteiligung (Stromnetz). Für 2021 ist wieder mit einer deutlichen Schuldenreduzierung zu rechnen (u.a. besondere Gewerbesteuerzahlungen).

### **Bewertung Folgejahre**

Zum Berichtszeitpunkt ist ersichtlich, dass die dramatischen Fehlbeträge der Jahre 2009 bis 2015 (Mittelwert 31,2 Mio. €) für die Jahre 2016 bis 2019 deutlich reduziert werden konnten bzw. können. Der im Dezember 2021 eingebrachte Haushaltsentwurf 2022 weist sogar eine minimale Überdeckung (0,5 Mio. €) im Ergebnisplan aus.



Der rasante Eigenkapitalverzehr kann bis 2019 gebremst werden. Für die künftigen Jahre wird ein geringer Zuwachs erwartet.

In der absoluten Verschuldungshöhe liegt nach wie vor ein erhebliches Zinsrisiko für die Haushaltsführung künftiger Jahre (1 % Zinsanstieg für alle Kredite würde grob überschlägig eine jährliche Mehrbelastung von rd. 3 Mio. € bedeuten). Bis zum Berichtszeitpunkt bestand weiterhin ein historisch niedriges Zinsniveau.

Insofern wird sich der Haushalt der Stadt, trotz der „besseren“ Jahre 2016 bis 2019, erheblichen Herausforderungen gegenübersehen. Dies gilt neben den kämmereiseitig dargestellten Risiken auf Seite 57 des Jahresabschlusses auch für anstehende Großprojekte und deren Folgekosten.

In einigen Bereichen der Stadtverwaltung (insbesondere im technischen Bereich) ist ein umsetzungstechnisches Limit erreicht. Auf die Ausführungen des Kämmerers zum Mittelabfluss (vgl. Seite 52 des Jahresabschlusses 2019) wird Bezug genommen. Es wurden Investitionsmittel in Höhe von rd. 23,8 Mio. € nach 2019 vorgetragen. Der Vortrag von 2019 nach 2020 betrug sogar 25,1 Mio. €!!! Es ist eine kaum abzuarbeitende „Bugwelle“ entstanden, welche durch die übertragenen Bauunterhaltungsmittel und die Auszahlungsermächtigungen für Rückstellungen noch deutlich erhöht wird (vgl. vorstehende Ausführungen zur Finanzlage sowie Vorlage 3071/2020).

Aufgrund der durchgeführten Prüfungshandlungen kann bestätigt werden, dass der Lagebericht mit dem Jahresabschluss 2019 und mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang steht und es insgesamt ein zutreffendes Bild der Lage der Gemeinde vermittelt (§ 102 Abs. 5 GO).

### **Corona-Pandemie**

Zum Prüfungszeitpunkt in 2021 war die Corona-Pandemie noch nicht beendet. Ab dem Haushaltsjahr 2020 wurde durch das Covid-19-Isolierungsgesetz NRW die Möglichkeit geschaffen, die pandemiebedingten Haushaltsmehrbelastung als außerordentlichen Ertrag in die Ergebnisrechnung einzustellen und bilanziell gesondert zu aktivieren und ab 2025 über längstens 50 Jahre erfolgswirksam abzuschreiben. Hierdurch soll die kommunale Handlungsfähigkeit erhalten bleiben. Endgültig können die pandemiebedingten Haushaltsbelastungen erst in einigen Jahren beziffert werden. Insofern kann eine verlässliche Beurteilung der Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Stadt Siegen über das Jahr 2021 hinaus prüfungsseitig nicht erfolgen.

### 3. Grundsätzliche Feststellungen

#### 3.1. Verspätete Vorlage des Entwurfs des Jahresabschlusses zum 31.12.2019

Der vom Stadtkämmerer am 15.10.2021 aufgestellte und vom Bürgermeister ebenfalls am 15.10.2021 bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses 2019 wurde vom Rat der Stadt in seiner Sitzung am 27.10.2021 (Vorlage-Nr. VL 574/2021) zur Kenntnis genommen und zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weitergeleitet (§ 59 Abs. 3 i.V.m. § 102 GO).

F

Nach § 95 Abs. 5 GO leitet der Bürgermeister den von ihm bestätigten Entwurf innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres dem Rat zur Feststellung zu. Diese Frist wurde beim Abschluss des Jahres 2019 um 18 Monate überschritten.
---

#### 3.2. X-Konten

Die sogenannten „X-Konten“ wurden erstmalig bei der Überleitung der Bilanzposition „2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände“ aus der Finanzsoftware KIRP in die Finanzsoftware INFOMA zum 31.12.2016 genutzt. In der Überleitung der Forderungen kam es aufgrund der unterschiedlichen Systematiken der beiden Programme zu unzutreffenden Überleitungen, deren Umbuchung aufgrund technischer Gegebenheiten nicht möglich war und deren Auswirkungen auf die Bilanz durch die Korrekturbuchungen richtig gestellt wurden.

Zu den Details der Prüfung der Überleitung und der grundsätzlichen Funktionsweise wird auf Ziffer 3.3. des Berichtes über die Prüfung des Jahresabschlusses der Universitätsstadt Siegen zum 31.12.2017, Seite 16 bis 21, verwiesen. U.a. wurde hier ausgeführt, dass die korrekte Ausweisung und Verbuchung von offenen Posten in den Folgejahren Prüfgegenstand sein wird. Im Berichtsjahr 2018 wurden deshalb die X-Konten einer (analytischen) Prüfung unterzogen, hier konnte ein Rückgang des Saldos der Forderungskorrekturen festgestellt werden.

Die Salden der X-Konten im Forderungsbereich wurden für den Jahresabschluss 2019 einer erneuten Prüfung dahingehend unterzogen, welche Veränderungen in den Salden zu den genannten Stichtagen ersichtlich sind. Eine Prüfung einzelner Buchungen wurde nicht vorgenommen.

Es wurden folgende Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr gemäß vorgelegter Summen- und Saldenliste ermittelt:

Kontonr.	Kontobezeichnung	Saldo zum		Veränderung
		31.12.2018	31.12.2019	
161990X	Korrekt. Forder. Vermögensgliederungscode 22110	- €	458.414,61 €	458.414,61 €
162990X	Korrekt. Forder. Vermögensgliederungscode 22120	- €	- €	- €
164990X	Korrekt. Forder. Vermögensgliederungscode 22140	1.748.801,93 €	2.573.217,19 €	824.415,26 €
165990X	Korrekt. Forder. Vermögensgliederungscode 22150	48.647,49 €	256.864,95 €	208.217,46 €
177120X	Korrekt. Forder. Vermögensgliederungscode 22220	- €	- 8.257,10 €	- 8.257,10 €
177130X	Korrekt. Forder. Vermögensgliederungscode 22230	6.431,75 €	- €	- 6.431,75 €
177150X	Korrekt. Forder. Vermögensgliederungscode 22250	- €	3.527,38 €	3.527,38 €
177180X	Korrektur UZE	- €	- €	- €
177190X	Korrekt. Forder. Vermögensgliederungscode 22210	- 1.367.203,21 €	- 1.571.238,86 €	- 204.035,65 €
177191X	Korrekt. Forder. Vermögensgliederungscode 22220	- €	- €	- €
177192X	Korrekt. Forder. Vermögensgliederungscode 22230	- €	- €	- €
179190X	Korrekt. Sonst. Vermögensgegenstände Code 22300	- €	- €	- €
		436.677,96 €	1.712.528,17 €	1.275.850,21 €

Danach ist der Saldo der Forderungskorrekturen gegenüber dem Vorjahr um 1.275.850,21 € angestiegen. Dies beruht nach einer Stellungnahme der Kämmererei darauf, dass die Buchungssystematik der Finanzbuchhaltungssoftware Erträge grundsätzlich als privatrechtliche Forderungen bucht, solange dem Ertragskonto nicht eine dezidierte Sachkontobuchungsgruppe zugeordnet ist. Im Jahr 2019 konnten danach noch nicht allen Ertragskonten eine entsprechende Sachkontobuchungsgruppe zugeordnet werden, was zur Buchung öffentlich-rechtlicher Forderungen als privatrechtliche Forderungen führte und den (gestiegenen) Korrekturbedarf auslöste.

Insgesamt ergaben sich im Rahmen der vorgenommenen Prüfungshandlungen über die Feststellung des gestiegenen Korrektursaldos hinaus keine Auffälligkeiten.

#### 4. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

##### 4.1. Gegenstand der Prüfung

Prüfungsgegenstand ist nach § 102 i.V.m. § 95 GO der Jahresabschluss mit Ergebnis- und Finanzrechnung, den Teilrechnungen, mit der Bilanz und Anhang mit Anlagen, daneben die Buchführung, Inventur, Inventar sowie der Lagebericht.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind, vor Feststellung durch den Rat, durch die örtliche Rechnungsprüfung zu prüfen (Jahresabschlussprüfung). Hat keine Prüfung stattgefunden, so kann der Jahresabschluss nicht festgestellt werden. Wird der Jahresabschluss oder der Lagebericht nach Vorlage des Prüfberichtes geändert, so sind diese Unterlagen erneut zu prüfen, soweit es die Änderung erfordert. Über das Ergebnis der Prüfung ist zu berichten, der Bestätigungsvermerk ist entsprechend zu ergänzen (§ 102 Abs. 1 GO).

Durch § 102 Abs. 3 GO ist außerdem vorgegeben: In die Prüfung des Jahresabschlusses ist die Buchführung einzubeziehen. Die Prüfung des Jahresabschlusses hat sich darauf zu erstrecken, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden ortsrechtlichen Bestimmungen oder sonstigen Satzungen beachtet worden sind. Die Prüfung ist so anzulegen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die in § 102 Abs. 3 Satz 2 GO aufgeführten Bestimmungen, die sich auf die Darstellung des sich nach § 95 Absatz 1 Satz 4 GO ergebenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde wesentlich auswirken, bei gewissenhafter Berufsausübung erkannt werden.

In die Prüfung des Jahresabschlusses sind gemäß § 102 Abs. 4 GO die Entscheidungen und Verwaltungsvorgänge aus delegierten Aufgaben auch dann einzubeziehen, wenn die Zahlungsvorgänge selbst durch Träger der Aufgabe vorgenommen werden und insgesamt finanziell von erheblicher Bedeutung sind. Der Bericht der örtlichen Rechnungsprüfung für den Prüfzeitraum 2019 datiert vom 25.06.2020 und wurde im Rechnungsprüfungsausschuss am 30.09.2020 beraten (VL 3121/2020). Noch offene Fragestellungen aus der Stellungnahme der Abteilung 5/1 wurden in der folgenden Sitzung am 10.02.2021 abschließend geklärt bzw. beraten.

##### *Nachrichtlich:*

*Im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung kann sich die Stadt zur Erfüllung ihrer Pflichten einer anderen kommunalen Rechnungsprüfung bedienen (§ 101 Abs. 1 GO). Von dieser Möglichkeit hat die Stadt Siegen Gebrauch gemacht. Am 26.03.2021 wurde hierzu mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung gemäß § 23 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) über die Prüfung der delegierten Sozialhilfesaufgaben nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) und der in eigener Zuständigkeit zu erbringenden Leistungen nach dem AsylbLG abgeschlossen. Die Zustimmung des Rates erfolgte am 03.03.2021 (VL 177/2021). Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung sieht eine jährliche Prüfung des Prüffeldes im Umfang von insgesamt 20 Prüfungstagen vor.*

*Der erste Bericht des Rechnungsprüfungsamtes des Kreises, der aufgrund der personellen Situation im Rechnungsprüfungsamt der Stadt Siegen neben dem Prüfungszeitraum 2021 auch*

*2020 mit einbezogen, datiert vom 29.11.2021. Wesentliche Beanstandungen ergaben sich nicht. Der Bericht wurde in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 17.02.2022 beraten (VL 756/2022).*

#### 4.2. Art und Umfang der Prüfung

Grundsätzlich ist bei der Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse in analoger Anwendung der Prüfungsstandards des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) und Instituts der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen in Deutschland (IDR) der risikoorientierte Prüfungsansatz anzuwenden, da, allein schon aufgrund der immensen Größe der Prüffelder, eine vollumfängliche Prüfung nicht möglich und auch unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten nicht sinnvoll bzw. weiter zielführend ist, da die Prüfsicherheit hierdurch nicht (weiter) wesentlich erhöht werden kann.

Prüffeststellungen und Erfahrungen aus bisherigen Prüfungen sowie aus ganzjährig durchgeführten Visa-Kontrollen der Kassenanordnungen durch das Rechnungsprüfungsamt wurden bei dem Prüfansatz berücksichtigt.

Bei der Durchführung der Prüfung wurden die Vorschriften der Gemeindeordnung, der Kommunalhaushaltsverordnung in der für das Haushaltsjahr 2019 geltenden Fassung, die Handreichung des Innenministeriums und weitere gesetzliche Vorgaben herangezogen. Bei besonderen Problemstellungen wurden auch das Handelsgesetzbuch und die vom IDW festgelegten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfungen (GoA) in die Prüfhandlungen mit einbezogen.

Im Rahmen der Prüfung wurden die Nachweise für die Angaben in Buchführung, Bewertung und Lagebericht beurteilt. Die Prüfung umfasste die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung der Bilanz. Das Rechnungsprüfungsamt wählte dazu Prüfmethoden und Stichprobenverfahren aus, die eine hinreichend sichere Grundlage für das Prüfurteil bilden.

Auf der Grundlage des oben genannten gewählten Prüfansatzes wurde zunächst eine Prüfstrategie erarbeitet, deren Umsetzung bezogen auf die Bilanzpositionen verschiedenen Prüferinnen und Prüfern oder Prüfteams im Rechnungsprüfungsamt zugewiesen wurde. Auf Grundlage der Risikobeurteilung wurden einzelne Prüfziele festgelegt und ein entsprechendes Prüfprogramm entwickelt, in dem der anzuwendende Prüfansatz sowie Art und Umfang der Prüfhandlungen festgelegt wurden.

Als Ergebnis des Risikobeurteilungsprozesses sowie der Festlegung der Prüfstrategie und der Prüfziele wurden folgende Schwerpunkte für die Prüfung der Bilanz festgelegt:

- Anlagevermögen (wesentliche Zugänge, Abschreibungen, Abgänge und Umbuchungen einschließlich aktivierter Eigenleistungen, geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau, Wertpapiere des Anlagevermögens),
- Umlaufvermögen mit  
Liquiden Mitteln (Abstimmung mit Bankmitteilungen und Finanzrechnung),
- Eigenkapital,
- Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen,
- Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung,
- Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen,
- erhaltene Anzahlungen.

Für die Einzelfallprüfungen wurden Saldenbestätigungen der für die Stadt Siegen tätigen Kreditinstitute sowie Abstimmungen mit den Beteiligungen und dem Sondervermögen genutzt.

Die versicherungsmathematischen Berechnungen der Pensions- und Beihilferückstellungen wurden im Auftrag der Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe (kvw) von der Heubeck AG, Köln, durchgeführt. Nach Auffassung der Prüfung ist die Vorgehensweise im Rahmen des Bewertungsverfahrens sachgerecht. Eigene Berechnungen wurden nicht durchgeführt.

Die von der Rechnungsprüfung erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden zur Verfügung gestellt.

Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass wesentliche Fehler mit hinreichender Sicherheit hätten erkannt werden müssen. Die Prüfhandlungen umfassten System- und Funktionstests, analytische Prüfhandlungen sowie Einzelprüfungen. Die Ergebnisse der Prüfhandlungen sind in den Arbeitspapieren des Rechnungsprüfungsamtes dokumentiert. Die Aussagen in diesem Bericht stellen eine Zusammenfassung der Endergebnisse dar.

## 5. Erläuterungen und Feststellungen zur Rechnungslegung

### 5.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2019

Nach § 102 Abs. 3 GO erstreckt sich die Prüfung des Jahresabschlusses darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden ortsrechtlichen Bestimmungen oder sonstigen Satzungen beachtet worden sind. Satzung in diesem Zusammenhang ist unter anderem die Haushaltssatzung, die nach § 78 GO die Festsetzung des Haushaltsplanes enthält.

Die Haushaltssatzung der Stadt Siegen für das Jahr 2019 ist wie folgt zustande gekommen:

	Haushalt
Aufstellung des Entwurfs durch den Stadtkämmerer	09.11.2018
Bestätigung durch den Bürgermeister	09.11.2018
Einbringung des Entwurfs in den Rat	21.11.2018
Bekanntmachung über die Offenlegung des Entwurfs*	22.11.2018
Öffentliche Auslegung** vom	01.12.2018
bis	16.01.2019
Erlass der Haushaltssatzung durch den Rat	30.01.2019
Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes	05.04.2019
Öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung**	18.04.2019
* Datum der Unterzeichnung	
** Tag der Bekanntmachung in der SZ und WAZ	

Durch § 1 der Haushaltssatzung 2019 wurden die voraussichtlich anfallenden Erträge, entstehenden Aufwendungen, die erwarteten Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen geplant und festgesetzt.

### 5.2. Nachtragssatzung

Eine Nachtragssatzung wurde im Haushaltsjahr 2019 nicht erlassen.

### 5.3. Jahresabschluss

Der Jahresabschluss gibt Rechenschaft über die Ausführung des gemeindlichen Haushaltsplanes. § 22 Abs. 4 KomHVO sieht im Zusammenhang mit Ermächtigungsübertragungen einen Plan-Ist-Vergleich vor, d.h. den Ergebnissen der Haushaltswirtschaft des zu prüfenden Abschlusses in Ergebnis- und Finanzrechnung sind die Haushaltsansätze, korrigiert um Festsetzungen der Nachtragssatzungen und zuzüglich übertragener Ermächtigungen des Vorjahres, gegenüberzustellen (fortgeschriebener Ansatz).



Dem Rat ist eine Übersicht der Übertragungen mit Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnisplan und den Finanzplan des Folgejahres vorzulegen (§ 22 Abs. 4 KomHVO). Die von 2018 nach 2019 übertragenen Ermächtigungen wurden dem Rat der Stadt Siegen zur Sitzung am 25.09.2019 vorgelegt (Verwaltungsvorlage Nr. 2607/2019). Er hat sie zur Kenntnis genommen. Im Erstellungsbericht der Kämmerei sind die Übertragungen in den Anlagen C1 bis C3 (Seite 200 ff.) dargestellt.

Die aus dem Haushalt 2019 ins Haushaltsjahr 2020 übertragenen Ermächtigungen wurden dem Rat zur Sitzung am 26.08.2020 vorgelegt (Verwaltungsvorlage Nr. 3071/2020).

Die Mittelübertragungen im Finanzplan/der Finanzrechnung wurden lediglich für die investiven Ausgaben und die Inanspruchnahme der Rückstellungen dargestellt. Für den übrigen konsumtiven Bereich entsprechen die Übertragungen der Finanzrechnung denen der Ergebnisrechnung.

Es ergaben sich in der Finanzrechnung folgende Übertragungen:

Übertragung von Rückstellungsmitteln	3.227.781,44 €
verbleiben an weiteren übertragenen konsumtiven Zahlungsermächtigungen	7.259.962,56 €
Übertragungen für laufende Verwaltungstätigkeit	10.487.744,00 €
Im Bereich der Einzahlungen wurden bei Konto Nr. # 6927000 Kreditaufnahmen von Kreditinstituten Kreditermächtigungen übertragen	10.712.000,00 €
Übertragungen für investive Auszahlungen	23.758.741,65 €

Nachstehende Tabelle stellt die Ansätze und Übertragungen den Ist-Ergebnissen des Jahresabschlusses 2019 gegenüber:

	Haushaltsplan	Übertragungen	Fortgeschriebener Ansatz	Jahresabschluss	Differenz
	€	€	€	€	€
Ordentliche Erträge	306.671.890,00	0,00	306.671.890,00	313.408.521,95	6.736.631,95
Ordentliche Aufwendungen	309.291.307,00	7.259.962,56	316.551.269,56	310.436.907,47	-6.114.362,09
Ordentliches Ergebnis	-2.619.417,00	0,00	-9.879.379,56	2.971.614,48	12.850.994,04
Finanzerträge	3.021.200,00	0,00	3.021.200,00	3.321.754,52	300.554,52
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.513.100,00	0,00	5.513.100,00	7.517.428,86	2.004.328,86
Finanzergebnis	-2.491.900,00	0,00	-2.491.900,00	-4.195.674,34	-1.703.774,34
<b>Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-5.111.317,00</b>	<b>-7.259.962,56</b>	<b>-12.371.279,56</b>	<b>-1.224.059,86</b>	<b>11.147.219,70</b>
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	296.772.840,00	0,00	296.772.840,00	306.943.458,80	10.170.618,80
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	291.615.368,00	10.487.744,00	302.103.112,00	291.218.313,86	-10.884.798,14
<b>Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>5.157.472,00</b>	<b>-10.487.744,00</b>	<b>-5.330.272,00</b>	<b>15.725.144,94</b>	<b>21.055.416,94</b>
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	18.050.400,00	0,00	18.050.400,00	13.650.517,34	-4.399.882,66
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	29.159.910,00	23.758.741,65	52.918.651,65	19.396.945,53	-33.521.706,12
<b>Saldo der Investitionstätigkeit</b>	<b>-11.109.510,00</b>	<b>-23.758.741,65</b>	<b>-34.868.251,65</b>	<b>-5.746.428,19</b>	<b>29.121.823,46</b>
Aufnahme u. Rückflüsse von Darlehen	11.109.000,00	10.712.000,00	21.821.000,00	7.837.900,00	-13.983.100,00
Aufn. von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	132.062.100,00	132.062.100,00
Tilgung u. Gewährung von Darlehen	5.699.300,00	0,00	5.699.300,00	5.616.297,43	-83.002,57
Tilg. von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	143.000.000,00	143.000.000,00
<b>Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>5.409.700,00</b>	<b>10.712.000,00</b>	<b>16.121.700,00</b>	<b>-8.716.297,43</b>	<b>-24.837.997,43</b>

#### 5.4. Buchführung

Die Stadt Siegen hat bis Ende 2016 zur Abwicklung ihres Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens das kommunale integrierte Rechnungs- und Planungssystem „KIRP“ der UNIT4 Business Software GmbH, München, eingesetzt. In 2016 war das Release 7.08 mit einer Freigabe-Verfügung vom 16.03.2016 die angewandte Buchführungssoftware. Ab dem Haushaltsjahr 2017 wird das IT-Verfahren "newsystem® NKR/NKFsystem“, Version 7, der Firma INFOMA Software Consulting GmbH, Ulm, eingesetzt.

Die KDZ Westfalen-Süd, Siegen, die zusammen mit der KDZ Citkomm, Iserlohn, in dem Zweckverband Südwestfalen-IT (SIT), Hemer, aufgegangen ist, leistet die fachliche Beratung und Betreuung, die technische Betriebssteuerung der Verfahren und die Datensicherung. Der Datenschutz, soweit er im Einflussbereich der Stadt Siegen liegt, wird durch die entsprechenden Dienstanweisungen geregelt. Die Rechtevergabe in KIRP wurde aus der Zuständigkeit der Finanzverwaltung gelöst und bis Ende 2016 durch Fachbereich 2/1 (jetzt Abteilung 1/1-1 Organisation) verwaltet. Mit der Umstellung der Buchführungssoftware von KIRP nach INFOMA zum 01.01.2017 wurde die Zuständigkeit wieder der Finanzverwaltung zugeordnet. Seit dem 01.09.2020 ist in Abteilung 3/1 - Kämmererei ein Mitarbeiter als IT-Koordinator beschäftigt, der für die Rechtevergaben zuständig ist.

Die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme wird unter Berücksichtigung der Ergebnisse der örtlichen und überörtlichen Prüfung der Bereiche IT und Kasse grundsätzlich als gewährleistet angesehen.

Vorgaben zur Erledigung der Aufgaben der Finanzbuchhaltung (Buchführung und Zahlungsabwicklung) enthalten die Regelungen der §§ 93 GO sowie 31 und 32 KomHVO.

§ 93 Abs. 2 GO schreibt vor, für die Aufgaben der Finanzbuchhaltung eine/einen Verantwortliche/n und eine/einen Stellvertreter/in zu bestellen. Die Stadt Siegen hat die Verantwortung für die Bereiche Finanzbuchhaltung (Buchführung) und Zahlungsabwicklung geteilt und für beide Bereiche Verantwortliche und Stellvertreter benannt. Für die Finanzbuchhaltung und für die Zahlungsabwicklung wurden im Berichtsjahr die jeweiligen Abteilungsleitungen des seinerzeitigen Fachbereichs 3 - Finanzen - bestellt.

Für die Finanzbuchhaltung (Buchführung und Zahlungsabwicklung) ist nach § 93 Abs. 2 GO ein Verantwortlicher/eine Verantwortliche sowie Stellvertretung zu bestellen. Ziffer 6.1 der DA Fibu regelt, dass zusätzlich ein Verantwortlicher/eine Verantwortliche für die Zahlungsabwicklung durch den Bürgermeister zu bestellen ist (vgl. auch § 93 Abs. 5 GO).

Literaturmäßig wird die Auffassung vertreten, dass die Verantwortung für die Finanzbuchhaltung (Buchhaltung) und die Zahlungsabwicklung auch getrennt geregelt werden können, sofern diese Einheiten organisatorisch getrennt sind. Hierzu wird auf die Ausführungen in der 7. Handreichung zum NKF zu § 93 GO des Innenministeriums verwiesen. Aktuell ist der Kämmerer zum Verantwortlichen für die Finanzbuchhaltung bestellt, ein weiterer Mitarbeiter zu seinem Stellvertreter. Der ausgeschiedene Leiter der Stadtkasse war in 2019 zum Verantwortlichen für die Zahlungsabwicklung bestellt, die stellvertretende Kassenleiterin zur Stellvertreterin.

Die Stadt Siegen führte in 2019 die Finanzbuchhaltung und die Zahlungsabwicklung grundsätzlich zentral im Fachbereich 3/1 – Finanzen. Ab März 2020 wurden im Geschäftsbereich 3 zwei Abteilungen gebildet: 3/1 Kämmerei und 3/2 Stadtkasse, Steuern. Diese Abteilungen gliedern sich u.a. weiter auf in die Arbeitsgruppen 3/1-2 Finanzbuchhaltung bzw. 3/2-1 Zahlungsabwicklung.

Für die Stadt Siegen hat der Bürgermeister mit Wirkung vom 01.01.2009 die Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung erlassen und dem Rat der Stadt Siegen gemäß § 32 Abs. 1 KomHVO zur Kenntnis gegeben. Gemeinsam mit weiteren Dienstanweisungen (u.a. zur Bewirtschaftung der Erträge/Einzahlungen und Aufwendungen/Auszahlungen) werden die Forderungen des § 32 KomHVO umgesetzt.

Die Aufsicht über die Finanzbuchhaltung bei der Stadt Siegen hatte im Jahr 2019 nach § 32 Abs. 4 KomHVO der Stadtkämmerer.

Die der Rechnungsprüfung vorgelegten Jahresabschlussbelege wurden stichprobenartig auf Plausibilität und Auffälligkeiten hin eingesehen. Hierbei handelt es sich um Belege, die grundsätzlich durch „JA“ in der Belegnummer gekennzeichnet sind und, da es sich um Jahresabschlussbelege handelt, dem Rechnungsprüfungsamt (unterjährig) nicht zur Prüfung vorgelegt, sondern im Rahmen der Jahresabschlussprüfung eingesehen werden. Im Wesentlichen handelt es sich um Belege zu Buchungen von Rückstellungen, Wertberichtigungen, Abgrenzungen und Korrekturen. Diese Belege datieren grundsätzlich zum 31.12. des entsprechenden Haushaltsjahres.

#### 5.5. Feststellungen zur Ergebnisrechnung und Finanzrechnung

Bei Ergebnisrechnung und Finanzrechnung wurden auf Sachkontenebene die teilweise nicht unerheblichen Abweichungen zwischen den Ist-Ergebnissen 2019 und dem Haushaltsansatz bzw. dem fortgeschriebenen Ansatz sowie die Differenzen zwischen Ergebnis- und Finanzrechnung geprüft. Ursachen für die Differenzen zwischen Ergebnis- und Finanzrechnung waren Abweichungen von Fälligkeiten, Zahlungsdaten und periodengerechter Zuordnung sowohl zwischen den Haushaltsjahren 2018 und 2019 als auch zwischen 2019 und 2020. Differenzen zwischen fortgeschriebenen Ansätzen und Ist-Ergebnissen ergaben sich durch nicht geplante Sachkonten und durch tatsächlich von der Planung abweichende Aufwendungen/Auszahlungen und Erträge/Einzahlungen.

Aus der stichprobenartig durchgeführten Prüfung ergaben sich insgesamt keine wesentlichen Feststellungen. Auf Ziffer 5.6. dieses Berichtes wird verwiesen.

### Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung des Jahresabschlusses 2019 schließt wie folgt ab:

	fortgeschriebener Ansatz 2019	Ist-Ergebnis 2019	Differenz
	€	€	e
Ordentliche Erträge	306.671.890,00	313.408.521,95	6.736.631,95
Ordentliche Aufwendungen	316.551.269,56	310.436.907,47	-6.114.362,09
Ordentliches Ergebnis	-9.879.379,56	2.971.614,48	12.850.994,04
Finanzerträge	3.021.200,00	3.321.754,52	300.554,52
Zinsen und sonstige Fi- nanzaufwendungen	5.513.100,00	7.517.428,86	2.004.328,86
Finanzergebnis	-2.491.900,00	-4.195.674,34	-1.703.774,34
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-12.371.279,56	-1.224.059,86	11.147.219,70

Aufgrund der Regelung des § 44 Abs. 3 KomHVO sind Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen nach § 90 Abs. 3 Satz 1 GO sowie aus Wertveränderungen von Finanzanlagen unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Diese Aufwendungen und Erträge sind daher nicht in der Ergebnisrechnung enthalten. Die gesetzlich geforderte Erläuterung (§ 44 Abs. 3 KomHVO) im Anhang des Jahresabschlusses wurde gegeben (Ziffer 5.2 b) auf Seite 18 Jahresabschlussbericht). Auf die Darstellung unter Ziffer 5.8. dieses Berichts wird verwiesen.

Da in 2019 keine außerordentlichen Erträge und Aufwendungen zu verzeichnen waren, stellt das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit gleichzeitig das Jahresergebnis dar.

Die einzelnen Ertrags- und Aufwandsarten mit den jeweiligen Jahresergebnissen und ein Vergleich zu den Haushaltsansätzen sind im Jahresabschluss unter Ziffer 5.5 des Anhangs dargestellt.

Die Zahlen der **Ergebnisrechnung** entsprechen den Summen der produktbezogenen Teilergebnisrechnungen.

### Finanzrechnung

Die Finanzrechnung schließt 2019 mit folgenden Ergebnissen ab:

	fortgeschriebener Ansatz 2019	Ist-Ergebnis 2019	Differenz
	€	€	€
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	296.772.840,00	306.943.458,80	10.170.618,80
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	302.103.112,00	291.218.313,86	-10.884.798,14
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-5.330.272,00	15.725.144,94	21.055.416,94
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	18.050.400,00	13.650.517,34	-4.399.882,66
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	52.918.651,65	19.396.945,53	-33.521.706,12
Saldo der Investitionstätigkeit	-34.868.251,65	-5.746.428,19	29.121.823,46
Finanzmittelfehlbetrag /-überschuss	-40.198.523,65	9.978.716,75	50.177.240,40

Aus diesem Finanzmittelfehlbetrag wird unter Berücksichtigung der Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen, Liquiditätskrediten sowie deren Tilgung und Gewährung und den Beständen an eigenen Finanzmitteln zum 01.01.2019 der Stand der liquiden Mittel zum Abschlusstag errechnet.

Die Zahlen der **Finanzrechnung** entsprechen den Summen der produktbezogenen Teilfinanzrechnungen.

## 5.6. Feststellungen zu den Teilrechnungen

Nach § 95 Abs. 1 GO besteht der Jahresabschluss unter anderem aus den Teilrechnungen, die nach § 41 KomHVO entsprechend den Teilplänen des Haushalts (§ 4 KomHVO) aufzustellen und in Teilergebnisrechnung und Teilfinanzrechnung zu gliedern sind. Gemäß § 4 KomHVO sind die Teilpläne produktorientiert zu bilden. Das Vorwort zum Haushalt 2019, Ziffer "3. Gliederung des Produkthaushalts der Universitätsstadt Siegen" (Seite 6) beschreibt das Vorgehen der Stadt Siegen:

„Die Verwaltung hat sich für eine sachorientierte und auf die Bedarfe der Universitätsstadt Siegen abgestimmte Darstellung des Haushaltes und somit für eine weitere Untergliederung der 17 gesetzlich vorgeschriebenen Produktbereiche nach Produkten (87) mit dem Ausweis der entsprechenden Teilpläne (Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne) entschieden. Auf diese Weise wird der Haushalt konsequent outputorientiert gegliedert und die sachbezogene Diskussion bei der Planerstellung und -beratung unterstützt. Eine zwangsläufige Änderung des Haushaltes vor dem Hintergrund organisatorischer Veränderungen wird so vermieden.

Haupt- und Finanzausschuss sowie der Rat der Universitätsstadt Siegen sollen den Haushalt auf Produktebene beraten und beschließen. Planungen und Entscheidungen des HFA und des Rates auf der Grundlage der Produktbereiche sind zu hoch aggregiert und intransparent. Zu den Detailberatungen der Fachausschüsse sollen ebenfalls die gebildeten Produkte herangezogen werden.

Zur konsequenten Outputsteuerung ist es in Teilbereichen der Verwaltung erforderlich, die prägnanten Leistungen eines Produktes im Rahmen der internen Rechnungslegung mit Hilfe der Kosten- und Leistungsrechnung zu beplanen und zu bewirtschaften. Die hier gewonnenen Erkenntnisse sollen in Form von Leistungs- und Kennzahleninformationen auf der Produktebene in den Haushalt einfließen.

Im Rahmen der internen Leistungsverrechnung soll die Kosten- und Leistungsrechnung mittelfristig für alle Serviceleistungen und Serviceprodukte der Verwaltung aufgebaut werden, um eine/n

- verbesserte Wirtschaftlichkeitskontrolle innerhalb der Verwaltung (Zeitreihen von Kostenentwicklungen)
- Vergleich zu den Angeboten privater Dienstleister
- Vergleich zu den Dienstleistungen anderer Kommunen

zu ermöglichen.“

Der dem Rat zu seiner Sitzung am 27.10.2021 vorgelegte Entwurf des Jahresabschlusses 2019 enthält lediglich Teilrechnungen bzw. Ausschnitte daraus auf Produktbereichsebene. Dem Rechnungsprüfungsamt wurden Teilergebnisrechnungen und Teilfinanzrechnungen auf Produktbereichs-, Produktgruppen- und Produktebene mit der Darstellung der Sachkonten zur jeweiligen Zeile der Teilrechnung zur Verfügung gestellt.



Gemäß Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 27.01.2015 über den Umfang der vorzulegenden Unterlagen sollen die Rechnungsprüfungsausschussmitglieder und die Fraktionen die Teilrechnungen auf Produktbereichs-, Produktgruppen- und Produktebene mit den Ergebnissen und der Zuordnung der Sachkonten zur jeweiligen Zeile der Teilrechnung in digitaler Form erhalten. Die Prüfung geht davon aus, dass dies, den Jahresabschluss 2019 betreffend, so erfolgt ist.

Die Ergebnisse der Teilrechnungen auf Produktbereichs-, Produktgruppen- und Produktebene sind als Anlage 4 diesem Bericht beigelegt.

Zu den Teilrechnungen ergeben sich folgende Prüfungsanmerkungen:

Produkt 02.02.01 Rettungsdienst und Krankentransport

Auf Sachkonto # 5232000 werden die Mittel für die Erstattungen des städtischen Rettungsdienstes an den Kreis Siegen-Wittgenstein für die Disponierung der städtischen Einsätze über die Leitstelle des Kreises geplant und bewirtschaftet. Für das Haushaltsjahr 2019 waren Mittel in Höhe von 770.000,00 € vorgesehen. Aufgrund der verspäteten Vorlage der Abrechnungen der Jahre 2018 und 2019 durch den Kreis erst am 18.08.2020 ergab sich die Notwendigkeit einer überplanmäßigen Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 363.000,00 €. Dieser Bereitstellung stimmte der stellvertretende Kämmerer mit Schreiben vom 22.12.2020 zu.

Im Zuge der begleitenden Prüfung hatte das Rechnungsprüfungsamt bereits Anfang Dezember 2020 darauf hingewiesen, dass es nach seiner Auffassung in diesem Fall gemäß § 83 Abs. 2 GO eine Zustimmung des Rates für erforderlich halte. Dies hat das Rechnungsprüfungsamt mit Schreiben vom 14.01.2021 erneut deutlich gemacht.

Dieser Auffassung ist der Kämmerer mit Schreiben vom 22.01.2021 unter Verweis auf den Grundsatzbeschluss des Rates vom 28.11.2001 entgegengetreten und hat die Bereitstellung der überplanmäßigen Mittel ohne die, nach seiner Auffassung nicht erforderliche, Zustimmung des Rates mitgeteilt. Zugleich hat er eine Beschlussvorlage an den Rat angekündigt, mit der eine solche Festlegung für die Zukunft getroffen werden solle.

H Die beabsichtigte Beschlussvorlage zur Überarbeitung und Neufestlegung der Erheblichkeitsdefinition im Sinne von § 83 Abs. 2 GO ist bis heute nicht dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt worden.

Dem Rat wurde mit VL 553/2021 der Beschlussvorschlag vorgelegt, einer Bereitstellung überplanmäßiger Mittel bei der Abrechnung der Aufwendungen für die Leitstelle im Jahr 2020 in Höhe von 466.000,00 € zuzustimmen. Dieser Vorlage ist der Rat in seiner Sitzung am 27.10.2021 gefolgt.

F Die Angabe zu den überplanmäßigen Aufwendungen im Anhang, Anlage D, Seite 207 von 363.706,18 € ist nicht korrekt. Es wurden insgesamt 363.000,00 € an überplanmäßigen Mitteln bereitgestellt.

#### Produkt 03.01.02 Grundschulen

Das Produkt wurde im Berichtsjahr geprüft. Prüfungsgegenstand war die Finanzierung von Betreuungsangeboten an Grundschulen, die nicht Offene Ganztagschule (OGS) sind. Im Haushaltsjahr 2019 traf das auf die Friedrich-Flender-Schule, die Glückaufschule, den Haupt- und Teilstandort der Grundschule Auf dem Hubenfeld sowie die Hammerhütter Schule zu. An diesen Schulen wurden insbesondere die Betreuungsangebote „Schule von acht bis eins“ und „Dreizehn Plus“ durchgeführt.

F

Eine konkrete Definition der von den Maßnahmenträgern bei der Durchführung der Betreuungsangebote zu erbringenden Leistung seitens der Stadt Siegen erfolgte nicht. Insbesondere wurden keine Vorgaben hinsichtlich des Personaleinsatzes (z.B. Betreuungsschlüssel) gemacht, obwohl die Personalkosten den Großteil der laufenden Kosten der Maßnahmenträger ausmachten und damit auch erheblichen Einfluss auf die Höhe etwaiger Defizite hatten.

Dies wird insbesondere vor dem Hintergrund des Beschlusses zum vollumfänglichen finanziellen Ausgleich nachgewiesener Defizite der Maßnahmenträger für das Betreuungsangebot „Schule von acht bis eins“ kritisch gesehen.

Anzumerken ist, dass mit Vorlage 2518/2019 die Finanzierungssystematik u.a. für das Betreuungsangebot „Schule von acht bis eins“ umgestellt wurde und ein finanzieller Ausgleich nachgewiesener Defizite ab dem Schuljahr 2019/2020 nicht mehr erfolgt.

#### Produkt 05.01.03 Sonstige soziale Angelegenheiten

Im Produkt „05.01.03 Sonstige Soziale Angelegenheiten“ werden verschiedene Zuwendungen des Bundes und des Landes veranschlagt. Im Berichtsjahr wurde die erhaltene Zuwendung des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben aus dem Programm "Demokratie leben" geprüft. Die Veranschlagung der Mittel erfolgt als konsumtiver Auftrag bei A050103901 - Landeszuweisungen Programm "Demokratie leben". Es handelt sich jedoch nicht um Mittel aus dem Landeshaushalt sondern aus dem Bundeshaushalt.

H

Die Zuweisungen aus dem Programm Demokratie leben wurden in den Haushaltsplänen bis 2021 fälschlicherweise als Landeszuweisungen ausgewiesen. Da es sich hier jedoch um Mittel aus dem Bundeshaushalt handelt, sollte der Haushaltsplan ab 2022 entsprechend korrigiert und die Mittel für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 auf das sachlich richtige Ertragskonto umgebucht werden.

Die Zuwendung "Demokratie leben" wurde ausgewählt, da der entsprechende Verwendungsnachweis durch das Rechnungsprüfungsamt zu testieren war. Weitere Verwendungsnachweise sind in den Folgejahren zu testieren, da sich die Bewilligungszeiträume über mehrere Jahre (aktueller Bewilligungszeitraum 2019 bis 2024) erstrecken.

Die Stadt Siegen hat mit Bewilligungsbescheid vom 16.11.2018 für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis 31.12.2019 Fördermittel vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben aus dem Programm „Demokratie Leben“ in Höhe von 100.000,00 € erhalten. Es handelt sich um eine Anteilsfinanzierung in Höhe von 90 %. Die restlichen 10 % sind aus Eigen- bzw. Drittmitteln zu finanzieren. Mit dem Bewilligungsbescheid verbunden sind die All-

gemeinen Nebenbestimmungen AnBest-GK und AnBest-P, mit denen das Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung der rechtmäßigen Mittelverwendung verpflichtet wird.

Mit Datum vom 16.06.2021 wurden der Gesamtverwendungsnachweis vom 15.06.2021 in rechtsverbindlich unterschriebener Form sowie die Verwendungsnachweise zu den Einzelprojekten mit den entsprechenden Belegen zur Prüfung vorgelegt. Die Aktions-/Initiativfonds umfassen insgesamt 19 Einzelprojekte unterschiedlicher Antragsteller und der Jugendfonds umfasst insgesamt 6 Einzelprojekte unterschiedlicher Antragsteller.

- H Die Prüfung des Gesamtverwendungsnachweises sowie der Verwendungsnachweise der Einzelprojekte aus den Aktions-/Initiativfonds und dem Jugendfonds mit den dazu eingereichten Belegen hat zu Feststellungen geführt. Diese lagen zum einen darin begründet, dass zur Prüfung notwendige Unterlagen (Honorarverträge, Vergabedokumentationen, Vergleichsangebote) fehlten. Die entsprechenden Unterlagen wurden nachgefordert und konnten vorgelegt werden. Zum anderen wurde ein fehlerhafter Verwendungsnachweis vorgelegt. Dieser wurde korrigiert und in der korrekten Fassung erneut vorgelegt. Außerdem wurden Fahrtkosten falsch abgerechnet. Dies führte dazu, dass der entsprechende Einzelverwendungsnachweis sowie auch der Gesamtverwendungsnachweis korrigiert werden mussten. Der zu viel an den Zuwendungsempfänger ausgezahlte Betrag wurde von diesem zurückerstattet. Die dem Gesamtverwendungsnachweis beigefügte Belegliste musste um weitere Rückerstattungen aus den Abrechnungen der Einzelprojekte, die zum Zeitpunkt der Ersterstellung des Verwendungsnachweises bei der Stadt Siegen noch nicht verbucht waren, ergänzt werden.

Das Prüfungsergebnis wurde im Prüfvermerk vom 15.07.2021 festgehalten. Dieser wurde gemeinsam mit den geänderten Verwendungsnachweisen an das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben übersandt. Der Feststellungsbescheid des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben liegt bis zur Abfassung des Berichtes noch nicht vor.

Weitere Prüfungshandlungen wurden im Produkt „05.01.03 Sonstige Soziale Angelegenheiten“ nicht vorgenommen. Eine Gegenüberstellung der Haushaltsansätze mit den Ergebnissen im Vergleich der Jahre 2018 und 2019 hat zu keinen Feststellungen geführt.

Insgesamt ergaben sich neben den zuvor genannten Feststellungen keine wesentlichen Beanstandungen oder Auffälligkeiten.

Produkt 15.02.01 Siegerlandhalle

Das Produkt wurde im Berichtsjahr geprüft. Prüfungsgegenstand war die Abrechnung der Verpachtung:

- des Gaststättenbetriebes des Tagungs- und Kongresszentrums Siegerlandhalle (folgend „Gastronomiebetrieb Siegerlandhalle“) sowie
- des Gaststättenbetriebs der Kegelbahnanlage des Kongresszentrums Siegerlandhalle (folgend „Kegelbahn Siegerlandhalle“).

zu Gastronomiebetrieb Siegerlandhalle

Zunächst wurde der Pachtvertrag vom 30.03.2009 (1. Nachtrag vom 30.08.2012) zwischen der Stadt Siegen (Verpächterin) und der Accenta Catering & Event-Service GmbH (Pächterin) gesichtet. Maßgeblich für die Abrechnung sind insbesondere § 9 Pachtzins, § 13 Instandhaltung der Anlagen, der Einrichtung und des Inventars, § 15 Betriebskosten sowie § 16 Haftung und Steuern.

Die entsprechenden Kassenanordnungen und Belege wurden gesichtet und auf Übereinstimmung mit den o.g. Regelungen im Pachtvertrag sowie rechnerisch geprüft. Zudem wurde geprüft, ob die Buchungen hinsichtlich der Kontierung (Sachkonto, Kostenträger, Kostenstelle) korrekt erfolgten.

H Bei der Prüfung der Abrechnung der Verpachtung des Gaststättenbetriebes des Tagungs- und Kongresszentrums Siegerlandhalle wurde festgestellt, dass der für Januar 2019 entrichtete Pachtzins um 23,81 € zu hoch ausfiel. Dies resultierte aus dem fälschlicherweise nicht erfolgten Abzug des Postens „Verrechn. Sonstige Sachbezüge Kfz 19%“ bei der Ermittlung des Umsatzes als Grundlage zur Berechnung der Pacht. Der Sachverhalt bzw. das Prüfergebnis wurde dem Institut Siegerlandhalle mitgeteilt, insofern wird auf eine Stellungnahme verzichtet.

H Die Verbuchung der Heizkostenpauschale erfolgte auf dem Konto # 4411904 „Gaststättenpacht (Forum)“. Korrekt wäre nach prüfseitiger Auffassung die Verbuchung unter # 4487902 „Erstattung Energielieferungen/Nebenkosten (Forum)“. Der Sachverhalt wurde dem Institut Siegerlandhalle mitgeteilt.

Die Prüfung ergab keine weiteren Feststellungen oder Beanstandungen.

zu Kegelbahn Siegerlandhalle

Zunächst wurde der Pachtvertrag vom 05.10.2012 zwischen der Stadt Siegen (Verpächterin) und dem Pächter gesichtet. Maßgeblich für die Abrechnung sind insbesondere § 6 Laufende Betriebskosten, Steuern und Abgaben, § 7 Pacht sowie § 8 Kegelbahnen.

Die entsprechenden Kassenanordnungen und Belege wurden gesichtet und auf Übereinstimmung mit den o.g. Regelungen im Pachtvertrag sowie rechnerisch geprüft. Zudem wurde geprüft, ob die Verbuchung hinsichtlich der Kontierung (Sachkonto, Kostenträger, Kostenstelle) korrekt war.

F/1

Gemäß § 8 des Pachtvertrages „Kegelbahnen“ ist der Pächter verpflichtet, die von der Stadt Siegen (Verpächterin) festgesetzten Kegelbahnmieten einzuziehen und an die Stadt Siegen wöchentlich nachträglich abzuführen. Bei der Prüfung der Abrechnung des Verpachtungsobjektes Kegelbahn Siegerlandhalle wurde festgestellt, dass die Abführung der Kegelbahnmieten (nicht gemeint: Umsatzpacht für die Gaststätte gemäß § 7 des Vertrages) an die Verpächterin seitens des Pächters entgegen der vertraglichen Bestimmungen monatlich erfolgt.

Die Prüfung der Abrechnung des Verpachtungsobjektes Kegelbahn Siegerlandhalle ergab darüber hinaus keine weiteren Beanstandungen.

Produkt 15.02.02 Bismarckhalle und sonstige Einrichtungen

Das Produkt wurde im Berichtsjahr geprüft. Prüfungsgegenstand war die Abrechnung der Verpachtung des Restaurationsbetriebes Bismarckhalle. Zunächst wurde der Pachtvertrag vom 23.03.2009 zwischen der Stadt Siegen (Verpächterin) und der Pächterin gesichtet. Maßgeblich für die Abrechnung sind insbesondere § 6 Pachtzins, § 9 Unterhaltung und Instandsetzung, § 10 Betriebskosten sowie § 11 Kegelbahnen.

Die entsprechenden Kassenanordnungen und Belege wurden gesichtet und auf Übereinstimmung mit den o.g. Regelungen im Pachtvertrag sowie rechnerisch geprüft. Zudem wurde geprüft, ob die Buchungen hinsichtlich der Kontierung (Sachkonto, Kostenträger, Kostenstelle) korrekt erfolgten.

Im Rahmen der Prüfung der Abrechnung des Verpachtungsobjektes Restaurationsbetrieb Bismarckhalle wird auf Folgendes hingewiesen:

H

Bei der Abrechnung der Festpacht wurde festgestellt, dass die Pacht in zwölf statt der vertraglich vereinbarten zehn Monatsraten erfolgte. Darüber hinaus wurden aufgrund einer fehlerhaften Anordnung zu geringe monatliche Raten verbucht. Verbucht wurde ein Betrag, der der monatlichen Netto-Raten entspricht. Dieser Betrag wurde als Brutto-Betrag angesetzt und die Mehrwertsteuer herausgerechnet. In der Folge wurde die Mehrwertsteuer in 2019 um 576,39 € zu niedrig ausgewiesen. Der buchhalterische Fehler wurde in 2021 rückwirkend korrigiert. Ebenso erfolgte eine Nachzahlung durch die Pächterin. Die Mehrwertsteuerabwicklung konnte aufgrund Zeitablaufs in 2019 nicht mehr korrigiert werden und wurde daher zum nächstmöglichen Zeitpunkt berücksichtigt.

Weitere Feststellungen ergaben sich nicht.

## 5.7. Feststellungen zur Bilanz

In die Prüfung der Eröffnungsbilanz wurden die Bestände aller Bilanzpositionen einbezogen und insgesamt positiv testiert. Wegen der Prüfungserleichterung für die Abschlüsse der Haushaltsjahre 2009 und 2010 beschränkte sich dies bei den Veränderungen zum 31.12.2009 und 31.12.2010 auf die Bilanzkontinuität. Die Prüfung der Bilanzen ab dem 31.12.2011 konzentrierte sich daher auf die Veränderungen nach dem jeweiligen Stichtag.

Die Prüfung der Veränderungen der Bilanzwerte in 2019 schloss die Prüfung der Darstellung dieser Veränderungen in den entsprechenden Spiegeln (Anlagen-, Forderungs-, Verbindlichkeitspiegel) des Anhangs ein.

Die Prüfung der Bilanz 2019 wurde unter den vorgenannten Vorgaben mit den unter Punkt „4.2. Art und Umfang der Prüfung“ benannten Schwerpunkten vorgenommen.

Im Folgenden werden Feststellungen und Anmerkungen zu einzelnen Bilanzposten getroffen, soweit dies dem besseren Verständnis dient und aus prüferischer Sicht für sinnvoll und erforderlich gehalten wird. Die Ziffern der folgenden Anmerkungen entsprechen denen der Gliederung der Bilanz.

### **AKTIVA**

<b>1. Anlagevermögen</b>	<b>974.827.468,03 €</b> <b>(Vorjahr 975.581.296,48 €)</b>
--------------------------	--

Das Anlagevermögen enthält gemäß § 34 Abs. 1 Satz 2 KomHVO alle Vermögensgegenstände, die dazu bestimmt sind, dauernd der Aufgabenerfüllung der Stadt Siegen zu dienen.

<b>1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>313.021,53 €</b> <b>(Vorjahr 317.665,73 €)</b>
--	--

Der Posten wurde im Vorjahr stichprobenhaft geprüft. Insofern erfolgten im Berichtsjahr keine tiefergehenden Prüfungshandlungen.

Die Angaben im Anhang und im Anlagespiegel ergaben ebenfalls keine Unstimmigkeiten oder Beanstandungen.

Insgesamt ergaben sich keine Beanstandungen.

<b>1.2 Sachanlagen</b>	<b>787.089.608,76 €</b>
	<b>(Vorjahr 791.165.661,37 €)</b>

<b>1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte</b>	<b>143.378.786,36 €</b>
	<b>(Vorjahr 142.936.614,39 €)</b>

Eine Untergliederung dieses Bilanzpostens ist gemäß § 42 Abs. 3 KomHVO mindestens in

- Grünflächen (z. B. Parkanlagen, naturschutzwürdige Flächen, Wasserflächen),
- Ackerland (landwirtschaftlich genutzte Flächen ohne Gebäude-, Hof- oder Wegeflächen),
- Wald, Forsten (der im städtischen Besitz befindliche Wald sowie sonstige forstwirtschaftlich genutzte Flächen ohne Gebäude-, Hof- oder Wegeflächen) und
- Sonstige unbebaute Grundstücke (andere, nicht unter den zuvor genannten Punkten aufgeführte Grundstücke, z.B. unbebaute Bau- oder Gewerbegrundstücke sowie Erbbaugrundstücke)

vorgesehen.

Die städtischen Grundstücke werden mittels der Inventarisierungssoftware KAI geführt. Die aus dieser Software generierten kontenscharfen Listen über Zu- und Abgänge (Käufe, Verkäufe, Teilungen, Verschmelzungen) werden dann manuell in die Anlagenbuchhaltung (INFOMA) übernommen.

<b>1.2.1.1 Grünflächen</b>	<b>63.708.574,55 €</b>
	<b>(Vorjahr 61.849.704,93 €)</b>

Diese Bilanzposition umfasst unterschiedliche Nutzungsformen, wie Park- und Grünanlagen, Sportflächen, Kleingärten, Kinderspielflächen, Friedhöfe, Naturschutzflächen sowie Wasserflächen von stehenden Gewässern (Teiche).

Zusammensetzung:

	Betrag
	€
Grund und Boden	27.880.921,65
Aufwuchs, Anlagen	18.234.257,12
Betriebsvorrichtungen	9.646.319,45
Gebäude	7.947.076,33
<b>Summe</b>	<b>63.708.574,55</b>

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016 wurde der Posten letztmalig schwerpunktmäßig geprüft. Im Berichtsjahr wurden erneut tiefergehende Prüfungshandlungen vorgenommen. Dies erfolgte aufgrund der Feststellungen im Rahmen des JA 2018 (Umbuchung Pocheweiher) sowie der sonstigen wesentlichen Zugänge und Umbuchungen.



Die Anlagenzugänge wurden hinsichtlich der Buchungswerte, des Aktivierungsdatums (Zugänge Bilanzkonto), der Festlegung der Restnutzungsdauer und der Abschreibungsbeträge geprüft.

zu Aufwuchs, Anlagen

Im Haushaltsjahr 2019 wurden auf dem Bilanzkonto # 0212001 „Aufwuchs, Anlagen Grünflächen“ zwei Anlagenzugänge mit einem Gesamtwert von 2.437.519,68 € gebucht, die aus der **Umbuchung** von der Bilanzposition „1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigung“ in die Bilanzposition „1.2.1.1 Grünflächen“ resultieren. Die Umbuchungen aus der Bilanzposition „1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigung“ der Anlagegüter ANL001330 Pocheweiher Hauptteich mit einem Wert zum 01.01.2019 von 1.883.984,01 € und ANL001331 Pocheweiher Ersatzgewässer mit einem Wert zum 01.01.2019 von 553.535,67 € erfolgten mit den korrekt in der Finanzsoftware INFOMA NSK berechneten fortgeschriebenen Anschaffungs- und Herstellungskosten in einer Gesamtsumme von 2.437.519,68 €.

Die Umbuchungen erfolgten dem Grunde und der Höhe nach korrekt.

Zudem erfolgte eine **Korrektur der Gesamtnutzungsdauer** von 80 Jahren auf 40 Jahre für die Anlagegüter ANL001910 Pocheweiher und ANL001911 Ersatzgewässer Pocheweiher entsprechend der AfA-Tabelle der Stadt Siegen Nr. 2.060 Teiche, z. B. Löschwasserteiche, Laichgewässer. Zum 01.01.2019 ergeben sich somit für die Anlagegüter ANL001910 Pocheweiher und ANL001911 Ersatzgewässer ANL001911 Restnutzungsdauern von jeweils 39,581 Jahren, die korrekt ermittelt wurden.

Im Berichtsjahr wurden **Anlagenzugänge** auf dem Bilanzkonto # 0212003 „Zugang Aufwuchs, Anlagen Grünflächen“ in Höhe von 247.253,93 € erfasst. Zur Prüfung ausgewählt wurden die Anlagenzugänge aus den nachträglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten für die Anlagegüter ANL001911 Pocheweiher Ersatzgewässer in Höhe von 53.856,60 € und ANL001910 Pocheweiher in Höhe von 183.303,42 €, insgesamt mit einer Summe von 237.160,02 €. Hieraus ergibt sich eine (wertmäßige) Prüfquote von 95,92 % bezogen auf die Summe der Anlagenzugänge.

Die Aktivierungen / Zuführungen erfolgten dem Grunde und der Höhe nach korrekt. Die jeweiligen Aktivierungszeitpunkte waren zutreffend.

zu Betriebsvorrichtungen

Auf dem Bilanzkonto # 0213003 „Zugang Betriebsvorrichtungen Grünflächen“ wurden im Berichtsjahr **Anlagenzugänge** mit einer Gesamtsumme von 343.875,50 € gebucht. Weitere Zugänge in einer Höhe von 309.663,08 €, resultierend aus **Umbuchungen**, wurden auf dem Bilanzkonto # 0213001 „Betriebsvorrichtungen Grünflächen“ gebucht. Zur Prüfung ausgewählt wurden Anlagenzugänge aus den Baumaßnahmen Kinderspielplatz Bertramsplatz (39.178,06 €), Kinderspielplatz Hebbelstraße (76.171,11 €), Kinderspielplatz Holunderweg (64.079,32 €), Kunstrasenbelag Sportplatz Kaan-Marienborn (193.030,15 €) und Kunstrasenbelag Sportplatz Rosengarten Niederschelden (190.706,72 €). Anhand der für die Prüfung

ausgewählten Anlagenzugänge (563.165,36 €) im Verhältnis zu den Anlagenzugängen (653.538,58 €) im Haushaltsjahr 2019 ergibt sich eine (wertmäßige) Prüfquote von 86,17 %.

- H Die **zu aktivierenden Eigenleistungen** wurden für die zur Prüfung ausgewählten Anlagengüter im Bereich der Spielplätze in der Gesamtsumme für das Haushaltsjahr 2019 berechnet, obwohl ein Teil der Leistungen für die Spielplätze Holunderweg und Hebbelstraße in zurückliegenden Haushaltsjahren erbracht wurde. Hierdurch kommt es nach Berechnung durch das Rechnungsprüfungsamt zu einer Verbesserung in der Ergebnisrechnung im Haushaltsjahr 2019 in Höhe von ca. 25,2 T€, die in der Ergebnisrechnung 2018 hätte erfasst werden müssen.

Für die Kunstrasenplätze Kaan-Marienborn und Niederschelden wurden unzutreffend keine **zu aktivierenden Eigenleistungen** für das Berichtsjahr gebucht. Die für das Berichtsjahr seitens der Rechnungsprüfung errechnete Summe beträgt für die zu aktivierenden Eigenleistungen für die Maßnahmen im Bereich der Kunstrasenplätze ca. 23,8 T€. Hierdurch ergibt sich in der Ergebnisrechnung 2019 eine Ergebnisverschlechterung um diesen Betrag.

- F Bei der Herstellung der Kunstrasenbeläge wurden keine zu aktivierenden Eigenleistungen gebucht, da fälschlicherweise keine Berechnung durch die baubetreuende Fachabteilung erfolgt ist. Der Sachverhalt wurde mit der Kämmerei besprochen. Aufgrund der Höhe des Betrages und der Tatsache, dass es sich um zu aktivierende Eigenleistungen handelt, deren Erfassung nicht nachgeholt werden kann, wird eine Nachbuchung nicht eingefordert.

Für die Anlagengüter ANL001743 Kunstrasenbelag Sportplatz Kaan-Marienborn und ANL001762 Kunstrasenbelag Niederschelden wurde die **Nutzungsdauer** auf 15 Jahre festgelegt. Die Stadt Siegen hat gemäß § 36 Absatz 4 KomHVO bei den Kunstrasenplätzen von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Nutzungsdauer den örtlichen Gegebenheiten anzupassen. Zudem werden bei den Kunstrasenplätzen der Unterbau und der Oberbau nicht mehr als Sachgesamtheit betrachtet.

Die Vorgehensweise (Aufteilung Unterbau/Oberbau) sowie die Festlegung der Nutzungsdauer für den Kunstrasenbelag, die mit 15 Jahren aus Sicht der Rechnungsprüfung als wirklichkeitsgetreu angesehen wird, werden mitgetragen.

- H Die Rechnungsprüfung sieht eine Anpassung der AfA-Tabelle der Stadt Siegen für den Punkt „2.091 Kunstrasenplätze“ als erforderlich an.

Die Aktivierungen der Kunstrasenbeläge erfolgten dem Grunde und der Höhe nach korrekt. Die jeweiligen Aktivierungszeitpunkte waren zutreffend.

Auf dem Bilanzkonto # 0213006 „Abgang Betriebsvorrichtungen Grünflächen“ wurden **Anlagenabgänge** in Höhe von 221.397,35 € gebucht. Zur Prüfung ausgewählt wurden die zwei größten (Teil-)Anlagenabgänge [Altbeläge] der Kunstrasenbeläge HANL001375 Sportplatz Helsbachtal (95.937,02 €) und HANL001401 Rosengarten Niederschelden (109.320,07 €) mit einer Summe von insgesamt 205.257,09 €. Hieraus ergibt sich eine (wertmäßige) Prüfquote von 92,71 %.

Seitens der Kämmerei wurde eine Berechnung durchgeführt, in der der **Anteil des Kunstrasenbelags** einschließlich Granulat mit 39 % des Restbuchwertes ermittelt wurde. Die Ermittlung des Restbuchwertes für den Kunstrasenbelag einschließlich Granulat kann seitens der Rechnungsprüfung mitgetragen werden.

Der **(Teil-)Abgang** für den Kunstrasenbelag des Sportplatzes Helsbachtal wurde zum 01.01.2019 gebucht, da dieser im Jahresabschluss 2018 fälschlicherweise nicht berücksichtigt worden ist. Der (Teil-)Abgang für den Kunstrasenbelag bei dem Sportplatz Rosengarten Niederschelden wurde in der Anlagenbuchhaltung zum 28.06.2019 gebucht.

F Bei dem Anlagenabgang Kunstrasenbelag Sportplatz Helsbachtal wurde das Abgangsdatum nicht korrekt in der Anlagenbuchhaltung im Jahr 2018 berücksichtigt, so dass eine schnellstmögliche Korrektur im Jahresabschluss 2019 mit Datum 01.01.2019 erfolgte. Bezüglich des Belags Rosengarten Niederschelden ist anzumerken, dass fälschlicherweise weiterhin die Berechnung der Normal-Afa bis zum letzten des Monats, in dem der Anlagenzugang durch eine „Neuanlage“ gebucht wurde, erfolgte.

F Die Feststellung F/5 auf Seite 56 des Berichts über die Prüfung des Jahresabschlusses 2017 und die wiederholte Feststellung W/1 auf Seite 51 des Berichts über die Prüfung des Jahresabschlusses 2018, die sich auf Anlagenabgänge im Infrastrukturvermögen Straßen, Wege, Plätze bei Anlagenzugängen infolge von Baumaßnahmen bezogen, ist aus Sicht der Rechnungsprüfung auch bei Austausch von Kunstrasenbelägen (Abgang / Zugang) anzuwenden.

Der Sachverhalt wurde mit der Kämmerei besprochen, insofern wird auf eine Stellungnahme verzichtet. Aufgrund Geringfügigkeit (< 1 T€) wird prüfungsseitig von einer Korrektur abgesehen.

Auf dem Bilanzkonto # 0213006 „Abgang Betriebsvorrichtungen Grünflächen“ wurden Anlagenabgänge in Höhe von 221.397,35 € gebucht. Diese wurden auf das Konto # 5477000 „Wertveränderungen Sachanlagen Verrechnung allgemeine Rücklage“ dem Grunde und der Höhe nach zutreffend gebucht und anschließend gemäß § 44 Abs. 3 KomHVO mit der **allgemeinen Rücklage** zutreffend verrechnet.

Hinsichtlich der Prüfung der Angaben im **Anhang** und im **Anlagespiegel** ergaben sich keine Unstimmigkeiten oder Beanstandungen.

Außer den oben genannten Hinweisen bzw. Feststellungen ergaben sich bei der Prüfung des Postens „1.2.1.1 Grünflächen“ keine weiteren Auffälligkeiten oder Beanstandungen.

**1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte** **286.865.922,11 €**  
**(Vorjahr 291.912.033,70 €)**

Unter dieser Bilanzposition werden in erster Linie Schulen (ca. 168 Mio. €), sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude (ca. 96 Mio. €) sowie Kinder- und Jugendeinrichtungen (ca. 20 Mio. €) ausgewiesen.

**1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen** **19.868.091,64 €**  
**(Vorjahr 20.279.248,48 €)**

Im Vorjahr wurde der Posten schwerpunktmäßig geprüft. Insofern wurden im Berichtsjahr keine tiefergehenden Prüfungshandlungen vorgenommen.

Insgesamt ergeben sich keine Beanstandungen oder Auffälligkeiten.

**1.2.2.2 Schulen** **168.356.592,31 €**  
**(Vorjahr 172.729.111,35 €)**

Der Posten wurde in 2017 in Stichproben geprüft. Eine detaillierte Prüfung erfolgte bezüglich:

- Gesamtschule Eiserfeld, barrierefreier Ausbau, und
- Anlagenabgang/Verkauf Marienschule I (Gebäude Marienschule I).

Insofern erfolgten im Berichtsjahr sowie im Vorjahr keine tiefergehenden Prüfungen.

Es gab keine Auffälligkeiten oder Beanstandungen.

**1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude** **96.375.394,39 €**  
**(Vorjahr 96.583.300,66 €)**

Der Posten wurde in 2017 in Stichproben geprüft. Eine detaillierte Prüfung erfolgte dabei bezüglich der Zentralisierung der Bauhöfe. Hinsichtlich des Anlagenzugangs aus dem Erwerb der Tankstelle Koblenzer Str. 84 erfolgte eine Kontendurchsicht auf Plausibilität und Auffälligkeiten.

Im Berichtsjahr sowie im Vorjahr fanden insofern keine tiefergehenden Prüfungen statt.

Es gab keine Auffälligkeiten oder Beanstandungen.

**1.2.3 Infrastrukturvermögen** **302.056.547,92 €**  
**(Vorjahr 308.839.049,98 €)**

Das Infrastrukturvermögen stellt die größte Position des Sachanlagevermögens dar und umfasst die öffentlichen Einrichtungen, die ausschließlich nach ihrer Bauweise und Funktion der örtlichen Infrastruktur zu dienen bestimmt sind. In der Bilanz der Stadt Siegen wird das nachfolgende Infrastrukturvermögen aufgeführt:

- Grund und Boden des Infrastrukturvermögens,
- Brücken und Tunnel,
- Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen,
- Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen,
- Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen,
- Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens.

Aufgrund der Höhe des Postens (2019: 29,8 % der Bilanzsumme) wurde dieser seit der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 jährlich in Stichproben mit unterschiedlicher Ausrichtung bzw. Gewichtung geprüft:

- Grund und Boden des Infrastrukturvermögens in: 2014 und 2016,
- Brücken und Tunnel in: 2014 bis 2018,
- Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen in: 2018,
- Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen in: 2011, 2014 bis 2018,
- Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens in: 2016.

Die Prüfung erstreckte sich dabei auch auf die korrespondierenden Sonderposten sowie den Posten „1.2.8. Gleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau“.

Im Berichtsjahr erfolgten keine tiefergehenden Prüfungshandlungen.

Es ergaben sich keine Auffälligkeiten oder Beanstandungen.

**1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens** **54.929.831,68 €**  
**(Vorjahr 54.549.312,87 €)**

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016 wurde der Posten letztmalig schwerpunktmäßig geprüft. Insofern wurden im Berichtsjahr keine tiefergehenden Prüfungshandlungen vorgenommen.

Im Rahmen der Prüfung der korrespondierenden Posten bzw. des Anhangs ergaben sich bezüglich dieses Postens keine Auffälligkeiten oder Hinweise auf fehlerhafte Buchungen.

**1.2.3.2 Brücken und Tunnel** **34.724.866,80 €**  
**(Vorjahr 35.692.471,48 €)**

Hier ausgewiesen werden alle Brücken, unabhängig von ihrer Nutzung für Fußgänger, Fahrzeug- oder Schienenverkehr. Die Stadt Siegen hat keine Tunnel zu bilanzieren.

Der Posten wurde in 2018 schwerpunktmäßig geprüft (vgl. Prüfbericht 2018 Seite 41 bis 43). Insofern wurden im Berichtsjahr keine tiefergehenden Prüfungshandlungen vorgenommen.

Die Prüfung des Anlagenspiegels 2019 ergab für die Bilanzposition „1.2.3.2 Brücken und Tunnel“ keine Unstimmigkeiten bzw. Beanstandungen.

Insgesamt gab es keine Auffälligkeiten oder Beanstandungen.

**1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen** **816.024,92 €**  
**(Vorjahr 3.272.331,29 €)**

Der Posten wurde im Vorjahr umfangreich geprüft (vgl. Prüfbericht 2018, Seite 44 bis 47). Insofern wurden im Berichtsjahr keine tiefergehenden Prüfungshandlungen vorgenommen.

**1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen** **208.686.812,69 €**  
**(Vorjahr 212.396.075,44 €)**

Der Posten wurde im Vorjahr schwerpunktmäßig geprüft (vgl. Prüfbericht 2018, Seite 47 bis 52). Insofern wurden im Berichtsjahr keine tiefergehenden Prüfungshandlungen vorgenommen.

Insgesamt ergaben sich keine Auffälligkeiten oder Beanstandungen.

### 1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

**9.533.888,58 €**  
**(Vorjahr 9.020.985,66 €)**

Bei diesem Posten sind alle Maschinen und technischen Anlagen erfasst, die für die Leistungserstellung durch die Stadt Siegen erforderlich sind. Hierzu gehören beispielsweise Druckmaschinen, Telefonanlagen oder Kabelnetze. Auch sämtliche Betriebsvorrichtungen (z.B. Notstromaggregate, Kompressoren, Klimaanlage oder Tresore) sind hier zu erfassen.

Des Weiteren umfasst der Bilanzposten alle Fahrzeuge im wirtschaftlichen Eigentum der Stadt Siegen, die von ihr als Transport- und Verkehrsmittel genutzt werden sowie die kommunalen Spezialfahrzeuge (z.B. Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr, Stadtreinigung, Abfallbeseitigung).

Im Jahr 2016 wurden die Fahrzeugzugänge schwerpunktmäßig geprüft. Insofern wurden im Berichtsjahr sowie auch im Vorjahr keine tiefergehenden Prüfungshandlungen vorgenommen.

Es ergaben sich keine Auffälligkeiten oder Beanstandungen.

### 1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

**20.236.175,58 €**  
**(Vorjahr 12.959.473,55 €)**

Unter dieser Bilanzposition werden Anschaffungs- und Herstellungskosten einschließlich Eigenleistungen aktiviert. In diesen Fällen steht der Leistung noch kein fertiggestellter Vermögensgegenstand gegenüber. Erst mit der Betriebsbereitschaft des Vermögensgegenstandes sind die eingestellten Beträge entsprechend der Zuordnung der jeweiligen Anlagegüter umzubuchen.

Zum Bilanzstichtag 31.12.2019 setzt sich der Posten wie folgt zusammen:

	31.12.2019	31.12.2018
	€	€
Tiefbau	13.119.978,48	8.754.901,73
Hochbau	5.287.237,46	2.575.461,85
Sonstige Anlagen im Bau	1.828.959,64	1.629.109,97
<b>Summe</b>	<b>20.236.175,58</b>	<b>12.959.473,55</b>

Aufgrund der Fehleranfälligkeit (u.a. hinsichtlich des Zeitpunktes der Fertigstellung des Vermögensgegenstandes, der Abgrenzung zum [Unterhaltungs-]Aufwand) sowie der betragsmäßigen Höhe waren die Anlagen im Bau in 2011 bis 2018 Prüfungsschwerpunkt. Insofern wurden im Berichtsjahr keine tiefergehenden Prüfungshandlungen vorgenommen.

Im Rahmen der Prüfung der korrespondierenden Posten bzw. des Anhangs ergaben sich bezüglich dieses Postens keine Auffälligkeiten oder Hinweise auf fehlerhafte Buchungen.

Insgesamt ergaben sich keine Beanstandungen oder Auffälligkeiten.

### **1.3 Finanzanlagen**

**187.424.837,74 €**  
**(Vorjahr 184.097.969,38 €)**

In der Bilanzposition Finanzanlagen werden die Vermögenswerte angesetzt, die dauerhaft finanziellen Anlagezwecken der Stadt Siegen dienen. Diese Bilanzposition untergliedert sich in folgende (Mindest-) Bestandteile (§ 42 Abs. 3 KomHVO):

- 1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen,
- 1.3.2 Beteiligungen,
- 1.3.3 Sondervermögen,
- 1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens,
- 1.3.5 Ausleihungen,
  - 1.3.5.1 an verbundene Unternehmen,
  - 1.3.5.2 an Beteiligungen,
  - 1.3.5.3 an Sondervermögen,
  - 1.3.5.4 Sonstige Ausleihungen.

Die Finanzanlagen i.H.v. 187.424.837,74 € stellten 19,2 % (Vorjahr: 18,9 %) des Anlagevermögens bzw. 18,5 % (Vorjahr: 18,2 %) der Bilanzsumme dar.

Die in der Bilanz ausgewiesenen

- Anteile an verbundenen Unternehmen (+ 25.000,00 € zum Vorjahr),
- Beteiligungen (+ 1.000,00 € zum Vorjahr),
- Sondervermögen (keine Veränderung zum Vorjahr)

blieben im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert.

Hauptgrund für die Erhöhung des Postens „1.3 Finanzanlagen“ um insgesamt 3,3 Mio. € zum Vorjahr ist die Zuschreibung bei den Wertpapieren (RWE-Aktien) in Höhe von 3.569.215,04 € (Vorjahr: 637.660,47 €).



**1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen**

**65.951.623,83 €**  
**(Vorjahr 65.926.623,83 €)**

Unter diesem Posten werden Anteile an folgenden Unternehmen ausgewiesen:

- KOMMUNALE ENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT SIEGEN mbH, Siegen (Anteil Stadt: 100 %)
- Stadtmarketing Siegen GmbH, Siegen (Anteil Stadt: 100 %)
- Siegener Versorgungsbetriebe GmbH, Siegen (Anteil Stadt: 74,882 %).

Am 02.09.2019 wurde die Stadtmarketing Siegen GmbH, Siegen, gegründet. Hieran ist die Stadt zu 100 % beteiligt. Die Stammeinlage betrug 25.000,00 €. Hierdurch hat sich der Bilanzposten „1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen“ zum 31.12.2019 im Vergleich zum Vorjahr um 25.000,00 € erhöht.

Der Entwurf des Gesellschaftsvertrages der Stadtmarketing Siegen GmbH wurde im Rat der Stadt Siegen am 09.07.2019 beraten (Gründungsbeschluss). Die Gründung der Gesellschaft erfolgte am 02.09.2019 (Urkunden-Rolle 132/2019). Alleinige Gesellschafterin ist die Universitätsstadt Siegen. Die Stammeinlage von 25.000,00 € wurde voll eingezahlt. Die Gesellschaft ist im Handelsregister unter der Nummer HRB 12041 eingetragen.

**1.3.2 Beteiligungen**

**1.887.102,69 €**  
**(Vorjahr 1.886.102,69 €)**

Im Berichtsjahr wurde eine Beteiligung an der d-NRW AöR, Dortmund, in Höhe von 1.000,00 € aktiviert.

Die Anstalt unterstützt ihre Träger und, soweit ohne Beeinträchtigung ihrer Aufgaben möglich, andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Informationstechnische Leistungen, die der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dienen, erbringt sie insbesondere im Rahmen von staatlich-kommunalen Kooperationsprojekten. Die AöR initiiert und begleitet Kooperationsprojekte im Bereich der Informationstechnik und des E-Government.

Die Beratung und der Beitrittsbeschluss erfolgten in der Ratssitzung am 09.07.2019 (Vorlage Nr. 2538/2019).

Insgesamt ergaben sich bei der Prüfung keine Beanstandungen oder Auffälligkeiten.

**1.3.3 Sondervermögen**

**106.498.805,88 €**  
**(Vorjahr 106.498.805,88 €)**

Hier erfolgt seit der Eröffnungsbilanz (01.01.2009) der Ausweis der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi) gemäß § 55 Abs. 6 GemHVO [neu: § 56 Abs. 6 KomHVO] mit dem Wert des Eigenkapitals aus der Bilanz zum 31.12.2008.

#### **1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens**

**11.503.917,38 €**  
**(Vorjahr 8.080.602,34 €)**

Mit dem ab 2013 angewandten NKFVG entfiel das bisher in § 35 Abs. 5 GemHVO normierte Wahlrecht zur außerplanmäßigen Abschreibung von Finanzanlagevermögen bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung auf einen niedrigeren Wert am Abschlussstichtag. Ab diesem Zeitpunkt besteht nunmehr eine Pflicht zur Abschreibung bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung (§ 36 Abs. 6 KomHVO).

Zum **31.12.2019** standen **420.898 Aktien der RWE AG** im Bestand der Stadt. Bis zum Jahr 2012 waren 420.870 Aktien mit dem Tiefstkurs der vergangenen 12 Wochen ausgehend vom Eröffnungsbilanzstichtag (**01.01.2009**) mit 49,10 € je Aktie und 28 Aktien (Zukauf in 2012) mit 29,47 € je Aktie (Anschaffungskosten) bewertet.

Am Bilanzstichtag **31.12.2019** betrug der Kurs 26,84 € je Aktie (Vorjahr: 18,36 € je Aktie). Aufgrund der positiven Kursentwicklung wurde zum 31.12.2016 - nach außerplanmäßigen Abschreibungen in den Vorjahren 2013, 2014 und 2015 - eine Zuschreibung in Höhe von 39.985,31 € ( $[11,58 \text{ € je Aktie} - 11,485 \text{ € je Aktie}] \times 420.898 \text{ Stück}$ ), zum 31.12.2017 eine Zuschreibung in Höhe von 2.216.027,97 € ( $[16,845 \text{ € je Aktie} - 11,58 \text{ € je Aktie}] \times 420.898 \text{ Stück}$ ), zum 31.12.2018 eine Zuschreibung in Höhe von 637.660,47 € ( $[18,36 \text{ € je Aktie} - 16,845 \text{ € je Aktie}] \times 420.898 \text{ Stück}$ ) und zum 31.12.2019 eine Zuschreibung in Höhe von 3.569.215,04 € ( $[26,84 \text{ € je Aktie} - 18,36 \text{ € je Aktie}] \times 420.898 \text{ Stück}$ ) vorgenommen.

Gemäß § 36 Abs. 9 KomHVO ist eine Zuschreibung bis maximal auf den Wert am Eröffnungsbilanzstichtag bzw. Anschaffungswert vorzunehmen, wenn sich nach erfolgter außerplanmäßiger Abschreibung in einem späteren Haushaltsjahr herausstellt, dass die Gründe für eine Wertminderung nicht mehr bestehen. Eine derartige vorzunehmende Zuschreibung ist analog der vorher erfolgten außerplanmäßigen Abschreibung nach § 44 Abs. 3 KomHVO mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen und verbessert das jeweilige Ergebnis des Haushaltsjahres nicht.

Die Wertveränderung der von der Stadt gehaltenen RWE-Aktien stellt sich seit der Eröffnungsbilanz (01.01.2009) wie folgt dar:

	Kurs je Aktie (gerundet)	Kurswert
	€	€
<b>01.01.2009 bis 31.12.2011</b>	49,10	20.664.717,00
(420.870 Stück zu je 49,10 €)		
<b>01.01.2012</b>	49,10	20.664.717,00
Zukauf 28 Stück zu je 29,4732 €	29,47	825,25
<b>31.12.2012</b>	49,10	20.665.542,25
Außerplanmäßige Abschreibung 2013		9.465.446,47
<b>31.12.2013</b>	26,61	11.200.095,78
Außerplanmäßige Abschreibung 2014		412.480,04
<b>31.12.2014</b>	25,63	10.787.615,74
Außerplanmäßige Abschreibung 2015		5.953.602,21
<b>31.12.2015</b>	11,485	4.834.013,53
Zuschreibung 2016		39.985,31
<b>31.12.2016</b>	11,58	4.873.998,84
Zuschreibung 2017		2.216.027,97
<b>31.12.2017</b>	16,845	7.090.026,81
Zuschreibung 2018		637.660,47
<b>31.12.2018</b>	18,36	7.727.687,28
Zuschreibung 2019		3.569.215,04
<b>31.12.2019</b>	<b>26,84</b>	<b>11.296.902,32</b>

Aufgrund der ab dem Haushaltsjahr 2013 gültigen Änderungen durch das NKFVG sind solche außerplanmäßigen Abschreibungen sowie Zuschreibungen unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen (§ 44 Abs. 3 KomHVO, bis 31.12.2018: § 43 Abs. 3 GemHVO), so dass diese Abschreibungen bzw. Zuschreibungen nicht die Ergebnisrechnung des entsprechenden Haushaltsjahres belasten bzw. verbessern. Eine derartige, zutreffende Verrechnung erfolgte in den Haushaltsjahren 2013, 2014 und 2015 in Höhe von insgesamt -15.831.528,72 € (Abschreibungen) sowie in den Haushaltsjahren 2016, 2017, 2018 und 2019 in Höhe von +6.462.888,79 € (Zuschreibung). Der Werteverzehr beläuft sich somit seit der Eröffnungsbilanz (01.01.2009) bis zum 31.12.2019 auf ca. 45 %.

Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten. Der Depotauszug der Sparkasse zum **31.12.2020** weist einen Wert von 34,49 € je Aktie.

Zum Prüfungszeitpunkt (09.12.2021) beträgt der Schlusskurs, nach einem 52-Wochen-Hoch von 38,65 €, 34,90 € je Aktie. Bei weiterhin positiver Kursentwicklung bzw. Rahmenbedingungen ergibt sich nach Auffassung der Rechnungsprüfung für den Jahresabschluss zum 31.12.2020 eine weitere Zuschreibung(spflicht) von voraussichtlich ca. 3,2 Mio. €.

Des Weiteren werden hier Anteile am Verband kommunaler RWE-Aktionäre GmbH ausgewiesen. Die Anteile mussten entsprechend der rückläufigen Wertentwicklung von 1.805,37 € um 921,56 € auf 883,81 € im Jahr 2018 abgeschrieben werden.

Außerdem werden unter dem Posten Wertpapiere der Emil-Schmidt-Stiftung (170.093,50 €) und der Joseph-Balogh-Stiftung (36.000,00 €) ausgewiesen. Der Bilanzausweis der Wertpapiere der Emil-Schmidt-Stiftung ist seit der Eröffnungsbilanz (01.01.2009) unverändert. Im Berichtsjahr ist ein Sparkassenbrief der Joseph-Balogh-Stiftung zum 01.08.2019 ausgelaufen, so dass der Bilanzausweis zum 31.12.2019 im Vergleich zum Vorjahr um 145.900,00 € von 181.900,00 € auf 36.000,00 € sank. Der Betrag wurde dem städtischen Konto gutgeschrieben.

#### **1.3.5.4 Sonstige Ausleihungen**

**1.583.387,96 €**  
**(Vorjahr 1.705.834,64 €)**

Bei den **Ausleihungen** ergeben sich die Änderungen im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen durch Umgliederung von Anteilen an der Waldgenossenschaft Hirschelsbacher Hauberg in Höhe von 116.401,66 € in den Posten „2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens“ sowie im Haushaltsjahr 2019 erfolgte Tilgungen von Darlehensnehmern (Arbeitgeber- und Wohnungsbau Darlehen) in Höhe von 8.702,77 €.

Der Rat der Stadt Siegen hat am 04.07.2018 beschlossen, sämtliche 512 städtischen Anteile an der Waldgenossenschaft Hirschelsbacher Hauberg im Zuge des Grunderwerbs für das Gewerbegebiet Martinshardt II an die Waldgenossenschaft Leimbacher Hauberg abzugeben bzw. zu tauschen (Vorlage Nr. 1917/2018). Die Anteile waren daher ins Umlaufvermögen umzubuchen.

Im Berichtsjahr wurde der Anteil an der Volksbank in Südwestfalen eG (Fusion mit der Volksbank im Märkischen Kreis eG am 12.07.2018) durch Umwandlung der Netto-Dividende für das Jahr 2017 in Höhe von 3,54 € von 160,00 € auf 163,54 € erhöht.

- H Ein entsprechendes Schreiben der Bank datiert vom 17.07.2018 und ist bei der Abteilung Stadtkasse/Steuern am 23.07.2018 eingegangen. Eine Buchung erfolgte im Haushaltsjahr 2018 fälschlicherweise nicht, sondern erst am 06.06.2019. Im Jahr 2020 hat die Stadt durch eine satzungsmäßig zulässige Einmal-Zahlung von 136,46 € am 04.03.2020 den Geschäftsanteil gemäß § 37 der Satzung von 300,00 € erreicht und damit vollständig eingezahlt.

**2. Umlaufvermögen** **33.094.528,78 €**  
**(Vorjahr 27.866.484,62 €)**

Als Umlaufvermögen werden auf der Aktivseite der Bilanz die Vermögensgegenstände ausgewiesen, die dem Geschäftsbetrieb der Stadt Siegen nicht dauerhaft dienen sollen, sondern zum Verbrauch, Verkauf oder nur für eine kurzfristige Nutzung vorgesehen sind. Insbesondere sind hier die Vorräte, die Forderungen und die liquiden Mittel auszuweisen.

**2.1 Vorräte** **1.980.573,75 €**  
**(Vorjahr 2.254.398,30 €)**

Der Bestand dieser Bilanzposition entspricht dem des Bilanzpostens „2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren“. Hauptbestandteil des Postens sind Grundstücke, Gebäude des Umlaufvermögens (# 1511301 bis # 1511306) mit einem Bestand zum Abschlussstichtag in Höhe von 1.645.178,16 € (Vorjahr 1.934.349,32 €). Hierbei handelte es sich überwiegend um Baugrundstücke verschiedener Bau- bzw. Gewerbegebiete sowie zum Verkauf bestimmte Baulücken.

**2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände** **27.025.378,73 €**  
**(Vorjahr 22.902.331,00€)**

Dieser Bilanzposten ist gemäß § 42 Abs. 3 KomHVO in öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen sowie privatrechtliche Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände zu gliedern.

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2017 wurden schwerpunktmäßig im Prüfbereich „2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände“

- die Vollständigkeit der Übernahme der zum 31.12.2016 in der Software KIRP geführten offenen Posten in die INFOMA-Eröffnungsbilanz zum 01.01.2017, da zum 01.01.2017 ein Softwarewechsel von KIRP nach INFOMA stattfand, sowie
- der Bilanzposten „2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen“ im Bereich Gebührenforderungen (Benutzungsgebühren der Übergangseinrichtungen und Bestattungsgebühren)

geprüft.

Im Berichtsjahr wurde - aufgrund der Höhe (861.701,61 €) und Veränderung zum Vorjahr (+ 454 T€ bzw. + 111 %) - die Wertberichtigung (Konto # 1641001 „Pauschale Wertbericht. Transferleistungen“) auf Forderungen aus Transferleistungen / Unterhaltsvorschuss geprüft.

Insofern wurden im Berichtsjahr wie auch im Vorjahr keine weiteren tiefergehenden Prüfungshandlungen vorgenommen. Hinweise auf Fehler in diesem Posten haben sich im Rahmen der insgesamt durchgeführten Prüfungshandlungen bei der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 nicht ergeben.

Auf die Ausführungen unter „3.2. X-Konten“ dieses Berichtes wird verwiesen.

<b>2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen</b>	<b>23.279.205,36 € (Vorjahr 19.948.336,04 €)</b>
---	--

Eine tiefergehende Gliederung ist dem Forderungsspiegel (Seite 34 des Erstellungsberichts) zu entnehmen. Der Forderungsspiegel entspricht dem VV Muster zur GO und KomHVO (Anlage 25) und wurde zulässigerweise, wie vor dem 1. NKFVG bzw. 31.12.2012, aufgestellt bzw. entsprechend damaligem § 41 GemHVO erweitert.

<b>2.2.1.4 Forderungen aus Transferleistungen</b>	<b>7.973.742,74 € (Vorjahr 5.258.429,80 €)</b>
---	--

Der Posten wurde in 2017 in Stichproben geprüft. Schwerpunkte waren dabei Forderungen aus Benutzungsgebühren der Übergangseinrichtungen sowie aus Bestattungsgebühren.

Im Berichtsjahr wurde aufgrund der absoluten Höhe von 862 T€ sowie Veränderung im Vergleich zum Vorjahr (+ 454 T€ bzw. + 111 %) die Pauschalwertberichtigung auf Transferleistungen (Unterhaltsvorschüsse) geprüft. Diese Wertberichtigung wurde zum 31.12.2018 erstmals bilanziert.

Dabei wurden die Konten # 1641000 „Forderungen aus Transferleistungen 4111, 4304, 4501-4511, 4710, 4712“ und # 1641001 „Pauschale Wertbericht. Transferleistungen“ einer näheren Betrachtung unterzogen.

Die Salden beider Konten wurden korrekt aus dem Jahr 2018 in das Jahr 2019 übernommen. Bei dem Konto # 1641000 „Forderungen aus Transferleistungen 4111, 4304, 4501-4511, 4710, 4712“ beträgt der Endsaldo zum 31.12.2018 aus der Summen- und Saldenliste 2018 ebenso wie der Saldo vortrag zum 01.01.2019 in der Summen- und Saldenliste 2019 jeweils 1.214.891,72 € im Soll.

Bei dem Konto # 1641001 „Pauschale Wertbericht. Transferleistungen“ beträgt der Endsaldo zum 31.12.2018 aus der Summen- und Saldenliste 2018 ebenso wie der Saldo vortrag zum 01.01.2019 in der Summen- und Saldenliste 2019 jeweils 408.153,90 € im Haben. Durch die Ausweisung der pauschalen Wertberichtigung im Haben wird der Forderungsbetrag im Saldo richtigerweise reduziert.

Die Verteilung der Endsalden des Kontos # 1641000 auf die Verkaufsklassen (Einnahmearten) stellt sich im Verlauf der Haushaltsjahre 2017 bis 2019 wie folgt dar:

Verkaufsklasse		Stand		
Code	Beschreibung	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019
2100	Elternbeitrag Kindergarten	0,00 €	0,00 €	0,00 €
4104	Übergeleit. Unterh.anspr. § 94 SGB XII (a)	0,00 €	0,00 €	0,00 €
4501	Kostenerstattung an zuständigen Träger	0,00 €	0,00 €	7.892,14 €
4502	Einn. v. Dritten Familienpfl.	99.210,87 €	146.048,00 €	186.771,92 €
4503	Einn. v. Dritten Heimpflege	159.481,23 €	210.008,19 €	246.758,85 €
4504	Erstattung Dritter 42, 43 KJHG	3.650,85 €	2.514,90 €	2.053,20 €
4505	Kostenerst./HzE für umF	504,00 €	0,00 €	0,00 €
4506	Modellprojekt KiJUFAZ	1.469,42 €	1.469,42 €	1.469,42 €
4510	Einn.v. Dritten Familienpflege	670,53 €	70,53 €	0,00 €
4511	Einn. v. Dritten Heimpflege	4.603,81 €	3.702,57 €	3.345,72 €
4512	Kostenerstatt. v. gesetzl. Sozialversicherungen	120,00 €	0,00 €	0,00 €
4710	Erst. v. Unterhaltspflichtigen (privatrechtlich)	51.891,33 €	829.776,83 €	1.283.371,78 €
4712	Erst. v. Unterhaltspflichtigen (öffentl.-rechtl.)	750,00 €	770,00 €	590,00 €
9666	Privatr. Forderungen ggü. privatem Bereich	18.380,78 €	20.531,28 €	18.878,78 €
Summe		340.732,82 €	1.214.891,72 €	1.751.131,81 €

Die Forderungen haben sich innerhalb von zwei Jahren mehr als verfünffacht. Die Steigerung ist insbesondere auf die Verkaufsklasse 4710 „Erst. v. Unterhaltspflichtigen (privatrechtlich)“ zurückzuführen.

Unter der Verkaufsklasse 4710 werden Forderungen nach § 7 Unterhaltsvorschussgesetz (UhVorschG) gebucht. Hierbei handelt es sich um Unterhaltsansprüche gegen den jeweiligen Elternteil, bei dem die oder der Leistungsberechtigte nicht lebt.

Die Fallzahlen, der Aufwand für Unterhaltsleistungen und die Sollstellungen gegenüber den zahlungspflichtigen Elternteilen haben sich im Zeitraum 2017 bis 2019 wie folgt entwickelt:

Haushalts-jahr	Durchschnittliche Fallzahlen		Produkt 05.01.05			
			Konto 5339000 Ergebnis		Konto 4211000 Ergebnis	
	Absolut	Veränderung	Betrag	Veränderung	Betrag	Veränderung
2017	662	100	1.727.004,31 €	100	406.028,63 €	100
2018	1.122	169	2.969.872,44 €	172	1.284.102,10 €	316
2019	1.204	182	3.039.799,28 €	176	1.147.702,60 €	283

Anmerkung: Bei der ermittelten Veränderung wurde dem Haushaltsjahr 2017 der Wert 100 zugeschrieben.

Fallzahlen und Aufwand sind etwa im gleichen Verhältnis gestiegen. Dies erklärt sich durch die UhVorschG-Reform zum 01.07.2017, durch die die Unterhaltsleistungen nach dem Gesetz deutlich ausgebaut wurden. Zum einen ist die bisherige Höchstbezugsdauer von 72 Monaten entfallen. Zum anderen wurde die Grenze, bis zu welchem Alter Leistungen gewährt werden, von 12 auf 18 Jahre erhöht.

Die Steigerungen im Bereich der Sollstellungen gegenüber den zahlungspflichtigen Elternteilen liegen überproportional höher. Hintergrund ist eine Verfahrensumstellung. Bis zum Jahr 2017 stellte die Arbeitsgruppe 5/3-2 nur Forderungen zum Soll, die sie als werthaltig betrachtete, d.h. bei denen sie realistisch mit einem Zahlungseingang rechnete. Aufgrund einer Feststellung der Rechnungsprüfung wurden ab dem Jahr 2018 entsprechend Ziffer 7.6.5 der Richtlinien zur Durchführung des UhVorschG die Altfälle aufgearbeitet und entsprechende Sollstellungen gefertigt.

Im Gegenzug erfolgte für das Haushaltsjahr 2018 erstmalig eine Wertberichtigung für die erwarteten Forderungsausfälle.

Die **Wertberichtigung für das Haushaltsjahr 2018** wurde ermittelt, indem unter dem Kostenträger 05010500 „Amtsvormundschaften/-pflegschaften, Beistandschaften, Unterhaltsvorschuss allg.“ von den Sollstellungen 2018 (Konto # 4211000) in Höhe von 1.284.102,10 € alle Sollstellungen auf Kassenzeichen zu 100 % abgezogen wurden, auf die in den Jahren 2018 und 2019 zumindest eine anteilige Einzahlung erfolgte.

Im Ergebnis wurde ein Betrag von  
wertberichtigt.

**408.153,90 €**

Die **Wertberichtigung für das Haushaltsjahr 2019** wurde wie folgt ermittelt:

Unter dem Kostenträger 05010500 wurden von den Sollstellungen 2019 die Einzahlungen 2019 (Konto # 6211000) abgezogen.  
Dieser Betrag wurde wertberichtigt und  
zusätzlich zu der Wertberichtigung aus dem Jahr 2018 gebucht,  
so dass die gesamte Wertberichtigung sich zum 31.12.2019 auf  
beläuft.

1.147.702,60 €

./. 694.154,89 €

**453.547,71 €**

**861.701,61 €**

Die Wertberichtigung 2019 wurde in einem vereinfachten Verfahren ermittelt. Da die Wertberichtigung 2018 in die Berechnung des Gesamtbetrages von 861.701,61 € einfließt, wurden die Ermittlung der Wertberichtigungen beider Jahre, 2018 und 2019, betrachtet.

Die zugrunde gelegten Beträge und die Ermittlung der gebuchten Beträge der Wertberichtigung wurden geprüft und konnten nachvollzogen werden. Es ergaben sich lediglich geringfügige Differenzen, die für das Ergebnis (Berechnung einer Pauschalwertberichtigung) nicht wesentlich sind.

Festgestellt wird, dass die Berechnung der Wertberichtigung im Jahr 2018 anders erfolgte als im Jahr 2019. Außerdem wurde der für 2018 gebuchte Betrag bei der Ermittlung der Wertberichtigung 2019 nicht neu betrachtet bzw. angepasst, sondern die Wertberichtigung 2019 wurde in Addition zur Wertberichtigung 2018 gebucht.

Eine pauschale Wertberichtigung ist eine Schätzung der zu erwartenden Forderungsausfälle. Jedes Berechnungsverfahren hat „Vor- und Nachteile“. Die Rechnungsprüfung hat anhand ei-



ner in dem Aufsatz "Forderungsbewertung" in der Kommunal-Kassen-Zeitschrift 6/2009 aufgezeigten Berechnungsmöglichkeit eine eigene Schätzung vorgenommen und akzeptiert im Ergebnis die Höhe der gebuchten Wertberichtigung.

- H Für die Haushaltsjahre 2020 ff. wurde aus zuvor genannten Gründen im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2019 am 14.02.2022 eine zwischen Kämmerei, Fachabteilung und Rechnungsprüfung abgestimmte Berechnungsmethode vereinbart bzw. festgelegt. Diese orientiert sich grundsätzlich an der Vorgehensweise des Kreises Siegen-Wittgenstein sowie dem in der Kommunal-Kassen-Zeitschrift aufgezeigten Berechnungsverfahren.

Insgesamt ergaben sich keine wesentlichen Beanstandungen oder Auffälligkeiten.

<b>2.3</b>	<b>Wertpapiere des Umlaufvermögens</b>	<b>116.401,66 €</b>
		<b>(Vorjahr 0,00 €)</b>

Der Bilanzausweis betrifft ausschließlich Anteile an der Waldgenossenschaft Hitschelsbacher Hauberg. Der Rat der Stadt Siegen hat am 04.07.2018 beschlossen, sämtlich 512 städtischen Anteile im Zuge der Errichtung des Gewerbegebiets Martinhardt II an die Waldgenossenschaft Leimbacher Hauberg abzugeben bzw. zu tauschen. Die Anteile waren daher vom Anlagevermögen (1.3.5.4 Sonstige Ausleihungen) ins Umlaufvermögen umzubuchen.

<b>2.4</b>	<b>Liquide Mittel</b>	<b>3.972.174,64 €</b>
		<b>(Vorjahr 2.709.755,32 €)</b>

Unter den liquiden Mitteln sind alle Bar- und Buchgeldguthaben, die kurzfristig verfügbar sind, zu bilanzieren. Dazu zählen die Guthaben der Stadtkasse und anderer städtischer Einrichtungen (u.a. Schulen, Siegerlandhalle, Stiftungen) bei verschiedenen Banken und der Sparkasse Siegen, ebenso die Barmittel aus Handvorschüssen, Büro- und Gebührenkassen in allen Bereichen der Stadt Siegen.

Die liquiden Mittel werden stichtagsgenau erfasst. Anhand der Saldenbestätigungen der Geldinstitute und weiterer geeigneter Belege und Nachweise muss der Bestand nachvollziehbar sein.

Im Rahmen der Prüfung der Saldenbestätigungen wurde festgestellt, dass mit Datum vom 27.03.2019 ein separates Konto bei der Sparkasse Siegen mit der Bezeichnung „ePayment“ (# 1811029) eröffnet wurde. Über dieses Konto werden Einzahlungen aus Onlinebezahl Diensten abgewickelt. Mit Datum vom 31.12.2018 wurde das Konto der Eiserner Schule (# 1811065) aufgelöst, da die Schule zum 31.07.2018 geschlossen wurde und ab diesem Zeitpunkt als Teilstandort der Grundschule Eisfeld genutzt wird.

- H Gemäß Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses des Rates der Universitätsstadt Siegen vom 28.06.2017 (Vorlage Nr. 1408/2017) wurde die Bezeichnung der „Lindenschule“ in „Montessorischule“ (# 1811078) sowie mit Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses des Rates der Universitätsstadt Siegen vom 09.12.2015 (Vorlage Nr. 626/2015) die Bezeichnung

der „Realschule Am Hengsberg“ in „Realschule Auf der Morgenröthe“ (# 1811093) geändert. Die Kontenbezeichnungen sind bei dem Kreditinstitut, hier Sparkasse Siegen, sowie in IN-FOMA entsprechend zu ändern. Der Sachverhalt wurde mit der Kämmererei am 27.01.2022 erörtert, die Korrekturen wurden, soweit städtischerseits möglich, bereits vorgenommen.

Wie in den vorangegangenen Berichten über die Prüfung der Jahresrechnungen bereits ausgeführt, muss der Bestand der liquiden Mittel aus der Finanzrechnung mit dem Bestand der liquiden Mittel in Position 2.4 der Bilanz übereinstimmen (vgl. Ziffer 1.6.3 der Muster für das doppelte Rechnungswesen und zu den Bestimmungen der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen und der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen). Ein Ansatz, also eine Übernahme des Ergebnisses von der Finanzrechnung in die Bilanz, ist nur bei Übereinstimmung der um die Einzahlungen und Auszahlungen des abgeschlossenen Jahres fortgeschriebenen Vorjahresbestände mit der Summe der der Bilanzposition „2.4 Liquide Mittel“ zugeordneten Bestandskonten möglich.

Nach dem vorliegenden Entwurf des Jahresabschlusses 2019 ergibt sich keine Differenz zwischen Finanzrechnung und Bilanz zum 31.12.2019:

	2019 €
Finanzrechnung (Zeile 40)	3.972.174,64
Bilanz (2.4 Liquide Mittel)	3.972.174,64
Differenz	0,00

## PASSIVA

<b>1. Eigenkapital</b>	<b>180.413.387,44 €</b>
	<b>(Vorjahr 178.495.908,58 €)</b>

Nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen des Eigenkapitals seit der EÖB:

	<b>Soll (€)</b>	<b>Haben (€)</b>	<b>Bestand (€)</b>
<b>Eröffnungsbilanz 01.01.2009</b>			<b>446.087.424,18</b>
Jahresfehlbetrag 2009			-43.241.066,09
Weitere Buchungen 2009			-3.374.275,05
<b>Jahresabschluss 31.12.2009</b>			<b>399.472.083,04</b>
Jahresfehlbetrag 2010			-30.495.885,23
Weitere Buchungen 2010			-153.351,26
<b>Jahresabschluss 31.12.2010</b>			<b>368.822.846,55</b>
Jahresfehlbetrag 2011			-24.873.498,08
Weitere Buchungen 2011			285.122,98
<b>Jahresabschluss 31.12.2011</b>			<b>344.234.471,45</b>
Jahresfehlbetrag 2012			-25.930.619,54
Weitere Buchungen 2012			1.702.163,38
<b>Jahresabschluss 31.12.2012</b>			<b>320.006.015,29</b>
Jahresfehlbetrag 2013			-25.825.825,67
Weitere Buchungen			-11.872.223,93
<b>Jahresabschluss 31.12.2013</b>			<b>282.307.965,69</b>
Jahresfehlbetrag 2014			-37.632.804,81
Weitere Buchungen			-872.465,51
<b>Jahresabschluss 31.12.2014</b>			<b>243.802.695,37</b>
Jahresfehlbetrag 2015			-30.490.032,62
Weitere Buchungen			-5.515.041,84
<b>Jahresabschluss 31.12.2015</b>			<b>207.797.620,91</b>
Jahresfehlbetrag 2016			-13.806.353,18
Weitere Buchungen			-3.193.396,46
<b>Jahresabschluss 31.12.2016</b>			<b>190.797.871,27</b>
Jahresfehlbetrag 2017			-6.823.628,71
Weitere Buchungen			1.256.692,60
<b>Jahresabschluss 31.12.2017</b>			<b>185.230.935,16</b>
Jahresfehlbetrag 2018			-6.821.340,55
Weitere Buchungen			86.313,97
<b>Jahresabschluss 31.12.2018</b>			<b>178.495.908,58</b>

Fortsetzung auf nächster Seite:

Fortsetzung/Übertrag:

<b>Jahresabschluss 31.12.2018</b>			<b>178.495.908,58</b>
Jahresfehlbetrag 2019	1.224.059,86		-1.224.059,86
Veränderungen Anlagevermögen	954.610,26	395.349,41	-559.260,85
Wertveränderungen Finanzanlagen		3.569.215,04	3.569.215,04
Veränderungen Sonderposten		131.334,53	131.334,53
Korrekturbuchungen		250,00	250,00
<b>Jahresabschluss 31.12.2019</b>			<b>180.413.387,44</b>

Der Jahresfehlbetrag 2019 entspricht dem Ist-Ergebnis der Ergebnisrechnung 2019.

Bei einem Großteil der Veränderungen der allgemeinen Rücklage handelt es sich um Wertveränderung der Finanzanlagen (Zuschreibung RWE-Aktien), den Jahresfehlbetrag sowie die Aufwendungen und Erträge im Zusammenhang mit Anlagenabgängen, die entsprechend der Regelung des § 44 Abs. 3 KomHVO unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen sind. Eine Erläuterung ist, wie gesetzlich vorgeschrieben, im Anhang unter Ziffer 5.2 Buchstabe b) "Kommentierung der Bilanzpositionen" erfolgt. Soweit dem veräußerten bzw. abgeschriebenen Anlagevermögen Sonderposten zugeordnet waren, mussten diese ebenfalls gegen die allgemeine Rücklage verrechnet werden.

Das Ergebnis der Prüfung der Wertveränderungen bei den Finanzanlagen ist unter Ziffer „1.3 Finanzanlagen“ dieses Berichtsteils dargestellt.

Die Prüfung ergab keine wesentlichen Auffälligkeiten oder Beanstandungen.

## 2. Sonderposten

**301.260.468,58 €**  
**(Vorjahr 303.463.182,14 €)**

Hier werden finanzielle Leistungen Dritter, die zur Bildung von Vermögen geführt haben, gesondert als Sonderposten ausgewiesen, um ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage zu vermitteln. Eine (unmittelbare) Verrechnung mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten ist nicht zulässig.

Der Posten wurde in den Bereichen „2.1 Sonderposten für Zuwendungen“ in Stichproben ausgehend von der Prüfung der korrespondierenden aktivierten Vermögensgegenstände geprüft.

## **2.1 für Zuwendungen**

**260.544.741,96 €**  
**(Vorjahr 262.634.578,11 €)**

Es handelt sich bei diesen Zuwendungen um zweckgerichtete, nicht rückzahlbare Leistungen des Bundes oder der Länder an Stellen außerhalb der Bundes- oder Landesverwaltung. Neben den projektgebundenen Zuwendungen führten unter anderem auch Beschaffungen aus der allgemeinen Investitionspauschale, der Schulpauschale, der Feuerschutzpauschale und aus Sportfördermitteln zu einem Ansatz unter diesem Bilanzposten.

Die zutreffende Bildung und Auflösung von Sonderposten wurden im Zusammenhang mit dem Anlagevermögen und den Anlagen im Bau geprüft.

Es ergaben sich keine wesentlichen Feststellungen. Auf die Prüffeststellungen und Erläuterungen zu den korrespondierenden Posten wird hingewiesen.

## **3. Rückstellungen**

**145.738.891,15 €**  
**(Vorjahr 139.740.399,15 €)**

Rückstellungen werden für Verpflichtungen gebildet, die zum Bilanzstichtag dem Grunde und/oder der Höhe nach ungewiss sind und daher nicht als Verbindlichkeiten ausgewiesen werden können. Die Bildung von Rückstellungen bewirkt, dass künftige Vermögensminderungen bereits bei ihrer Entstehung oder wirtschaftlichen Verursachung berücksichtigt werden.

### **3.1 Pensionsrückstellungen**

**133.120.874,00 €**  
**(Vorjahr 128.946.072,00 €)**

Die Pensions- und Beihilfeverpflichtungen gegenüber den aktiven Beamtinnen und Beamten sowie den Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern werden auf versicherungsmathematischem Wege durch die Heubeck AG ermittelt.

Die Gutachten der Heubeck AG beinhalten Ergebnisblätter und Einzellisten mit namentlichen Aufstellungen jeweils zu den aktiven Beschäftigten sowie den Versorgungsempfängern. Auf Seiten der Versorgungsempfänger liegt ein zusätzliches Gutachten für ehemalige städtische Lehrer vor, da es hier noch eine anspruchsberechtigte Tochter gibt.

F

Die Prüfung des Postens ergab Differenzen zwischen den zum 31.12.2019 laut Personaldaten maßgeblichen und den im Gutachten zur Berechnung der Rückstellungen dokumentierten Besoldungsgruppen bei 4 Personen. Die Auswirkungen konnten nicht im Detail nachvollzogen werden, ohne dass ein zusätzliches (korrigiertes) Gutachten hätte in Auftrag gegeben werden müssen. Eine näherungsweise Betrachtung durch das Rechnungsprüfungsamt lässt jedoch den Schluss zu, dass es sich um eine Abweichung in unwesentlicher Höhe handelt. Vor diesem Hintergrund und der Tatsache, dass es sich lediglich um Rückstellungen (ungewisse Verbindlichkeiten) handelt, wurde kein neues Gutachten angefragt und wurden keine weiteren Prüfungshandlungen vorgenommen.

Der Sachverhalt wurde mit der Personalverwaltung und der Kämmerei besprochen, so dass auf eine Stellungnahme verzichtet wird. Eine Korrektur der an die Heubeck AG zu liefernden Daten wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt bzw. für das nächste Gutachten erfolgen.

Darüber hinaus erscheinen die Rückstellungen sowohl in ihrer Höhe als auch in den im Jahresabschluss dargestellten Bewegungen und Prognosen korrekt.

Die Prüfung des Postens ergab keine weiteren Beanstandungen oder Auffälligkeiten.

### 3.3 Instandhaltungsrückstellungen

**903.265,95 €**  
**(Vorjahr 854.620,43 €)**

Für unterlassene Instandhaltungen von Sachanlagen sind Rückstellungen anzusetzen, wenn gemäß § 37 Abs. 4 KomHVO die Nachholung der Instandhaltung hinreichend konkret beabsichtigt ist und als bisher unterlassen bewertet werden muss.

Die Instandhaltungsrückstellungen setzten sich wie folgt zusammen:

Zusammensetzung	31.12.2019 €	31.12.2018 €
Gebäude	903.265,95	854.620,43
Infrastrukturvermögen	0,00	0,00
<b>Summe</b>	<b>903.265,95</b>	<b>854.620,43</b>

Prüfungsseitig wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Höhe der in der Eröffnungsbilanz gebildeten - und in den darauf folgenden Haushaltsjahren abgearbeiteten - Instandhaltungsrückstellungen eine Teilbegründung der stark zunehmenden Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten in den Vorjahren darstellt.

Eine detaillierte, maßnahmenbezogene Übersicht der Zusammensetzung für den Bereich Gebäude enthält der Erstellungsbericht auf den Seiten 209 bis 210 (Anlagen E).

#### Zu Gebäude

Die Rückstellungen haben sich wie folgt verändert:

	Betrag 2019 €	Betrag 2018 €
<b>Bestand am Abschlusstag des Vorjahres</b>	<b>854.620,43</b>	<b>266.884,84</b>
Inanspruchnahme	272.744,60	53.764,41
Auflösung	118.509,88	0,00
Zuführung	439.900,00	641.500,00
<b>Bestand am Abschlusstag</b>	<b>903.265,94</b>	<b>854.620,43</b>

Entsprechend der Prüfungsplanung bzw. Festlegung von Prüfungsschwerpunkten wurden in den Abschlüssen bis einschließlich 2017 die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen für Gebäude regelmäßig schwerpunktmäßig betrachtet.

Im Berichtsjahr wurden keine tiefergehenden Prüfungshandlungen vorgenommen. Hinweise auf Fehler ergaben sich im Rahmen der Prüfung der korrespondierenden Posten des Sachanlagevermögens nicht.

Insgesamt ergaben sich keine Beanstandungen oder Auffälligkeiten.

<b>4. Verbindlichkeiten</b>	<b>357.282.596,98 €</b>
	<b>(Vorjahr 358.096.765,06 €)</b>

Verbindlichkeiten sind alle am Bilanzstichtag dem Grunde, der Höhe und der Fälligkeit nach feststehenden Schulden. Sie sind einzeln und wirklichkeitstreu zu bewerten (§ 91 Abs. 4 GO).

<b>4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen</b>	<b>86.440.848,79 €</b>
	<b>(Vorjahr 84.123.988,01 €)</b>

Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen sind die der Gemeinde von einem Dritten für Investitionen zur Verfügung gestellten Finanzmittel, die zurückgezahlt werden müssen und für die die Kommune Zinsen zu leisten hat.

Kredite dürfen nach § 86 GO nur für Investitionen und zur Umschuldung aufgenommen werden. Die Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten für Investitionen wird jährlich in der Haushaltssatzung festgelegt. Die Haushaltssatzung der Stadt Siegen für das Haushaltsjahr 2019 setzt im § 2 den Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, auf 11.109.000,00 € fest. Diese Kreditermächtigung wurde im Berichtsjahr nicht überschritten. Im Berichtsjahr wurden zwei Kredite in Höhe von jeweils 3.000.000,00 € und ein weiterer Kredit aus dem Programm "Gute Schule 2020" in Höhe von 1.837.900,00 € aufgenommen.

Die Kreditverbindlichkeiten wurden zutreffend mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Die in der Finanzbuchhaltung ausgewiesenen Beträge entsprechen der Darstellung in der Bilanz.

Die stichprobenweise Prüfung der im Verbindlichkeitspiegel angegebenen Restlaufzeiten ergab keine Beanstandungen.

#### **4.2.4 vom öffentlichen Bereich**

**130.320,00 €**  
**(Vorjahr 130.320,00 €)**

Erstmals im Jahr 2018 wurde in der Bilanz eine Verbindlichkeit aus Krediten für Investitionen vom öffentlichen Bereich in Höhe von 130.320,00 € ausgewiesen. Es handelt sich hierbei um eine rückzahlungspflichtige Förderung aus dem Grundstücksfond des Kreises Siegen-Wittgenstein, die zum Erwerb verschiedener Gewerbegrundstücke in Kaan-Marienborn, Kichtaler Weg, bestimmt ist. Zinsen werden aus der getroffenen Vereinbarung nicht fällig. Die aus der Weiterveräußerung der Grundstücke erzielten Verkaufserlöse sind bis zur vollständigen Tilgung der zur Verfügung gestellten Mittel an den Kreis Siegen-Wittgenstein abzuführen. Im Jahr 2019 wurden keine Grundstücke veräußert.

Es ergaben sich keine Beanstandungen oder Auffälligkeiten.

#### **4.2.5 von Kreditinstituten**

**86.310.528,79 €**  
**(Vorjahr 83.993.668,01 €)**

Aus dem Programm „Gute Schule 2020“ wurden in 2019 insgesamt weitere 1.900.000,00 € aufgenommen, die in Höhe von 1.837.900,00 € für investive Maßnahmen bei den Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen ausgewiesen werden. Die restlichen 62.100,00 € werden bei den Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung ausgewiesen, da diese für konsumtive Maßnahmen in Anspruch genommen wurden. Die bilanzielle Verbuchung der Verbindlichkeiten aus der Inanspruchnahme aus dem Programm „Gute Schule 2020“ ist im Erlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen vom 16. Dezember 2016 festgelegt.

H Zu den Bestätigungen der Kreditinstitute zum 31.12.2019 ergab sich eine Differenz bei Konto # 3251091 „Kredite Landesbank Hessen-Thüringen“ in Höhe von 0,01 € durch einen Rundungsfehler. Diese Differenz wird bereits seit mehreren Jahren mitgeführt und soll im Jahresabschluss 2020 korrigiert werden.

#### **4.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung**

**229.917.981,91 €**  
**(Vorjahr 239.048.525,92 €)**

Die Abstimmung der ausgewiesenen Beträge der Bilanz mit den Bestätigungen der Kreditinstitute und der Darstellung im Verbindlichkeitspiegel ergab keine Prüfungsfeststellung.

Die stichprobenweise Prüfung der im Verbindlichkeitspiegel angegebenen Restlaufzeiten ergab keine Beanstandungen.

Der Umrechnungskurs für CHF-Kredite wurde anhand einer Aufstellung der Deutschen Bank über Abrechnungskurse für 1,00 € Euro in Devisen vom 31.12.2019, 13.00 Uhr, ermittelt. Diese Aufstellung ergab einen Abrechnungskurs von 1,0907 CHF, welcher als Grundlage für die Ermittlung der Fremdwährungskredite in CHF und der daraus resultierenden Mehraufwen-



dungen wegen Wechselkursschwankungen zugrunde gelegt wurde. Die Berechnungen waren nachvollziehbar und sind in der Bilanz korrekt ausgewiesen.

Im Haushaltsjahr 2019 wurde ein weiterer Kredit aus dem Programm „Gute Schule 2020“ in Höhe von insgesamt 1.900.000,00 € aufgenommen. Von diesem Betrag wurden insgesamt 62.100,00 € als Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung gebucht. Hierbei handelt es sich um den Anteil des Kredites, der auf die Durchführung der konsumtiven Maßnahmen aus dem o.g. Programm entfällt. Die restlichen 1.837.900,00 € wurden für investive Maßnahmen unter dem Bilanzposten „4.2.5 von Kreditinstituten“ bilanziert. Die bilanzielle Verbuchung der Verbindlichkeiten aus der Inanspruchnahme aus dem Programm „Gute Schule 2020“ ist im Erlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (heute Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen – MHKBG –) vom 16. Dezember 2016 geregelt.

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung nach § 5 der Haushaltssatzung in Höhe von 285.000.000,00 Mio. € wurde in 2019 nicht überschritten.

**4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen**

**11.110.768,35 €**  
**(Vorjahr 11.210.046,24 €)**

Hier werden ausschließlich Verbindlichkeiten gegenüber der KEG aus dem Leasing der im April 2010 in Betrieb genommenen Feuerwache ausgewiesen.

Eine Abstimmung der in der Bilanz ausgewiesenen Beträge mit dem Zins- und Tilgungsplan ergab keine Beanstandungen.

**4.8 Erhaltene Anzahlungen**

**15.062.738,94 €**  
**(Vorjahr 10.630.538,61 €)**

Der Posten wurde im Zusammenhang mit den korrespondierenden Posten im Anlagevermögen und den Sonderposten geprüft.

Es ergaben sich keine wesentlichen Beanstandungen. Auf die Prüffeststellungen und Erläuterungen zu den korrespondierenden Posten wird hingewiesen.

## 5.8. Hinweise zum Anhang

Gemäß § 95 Abs. 2 GO besteht der Jahresabschluss aus

- der Ergebnisrechnung,
- der Finanzrechnung,
- den Teilrechnungen und
- der Bilanz.

Der Jahresabschluss ist um einen Anhang zu erweitern, der mit den Bestandteilen des Jahresabschlusses eine Einheit bildet. Darüber hinaus hat die Gemeinde einen Lagebericht aufzustellen (§ 95 Abs. 2 Satz 2 und 3 GO).

Wie oben dargestellt, bilden der Jahresabschluss und der Anhang eine Einheit. Der Jahresabschluss hat unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage zu vermitteln. Nach § 102 Abs. 3 GO ist die Prüfung so anzulegen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung dieses sich nach § 95 Abs. 1 Satz 4 GO ergebenden Bildes wesentlich auswirken, bei gewissenhafter Berufsausübung erkannt werden.

Des Weiteren hat sich die Prüfung des Jahresabschlusses darauf zu erstrecken, ob die gesetzlichen Vorschriften beachtet worden sind. Gesetzliche Vorgaben zum Anhang ergeben sich aus § 95 Abs. 3 und 4 GO sowie § 45 KomHVO.

Der Anhang hat im Rahmen des Jahresabschlusses eine übergeordnete Aufgabenstellung und sichert zudem das Zusammenwirken der Bestandteile des Jahresabschlusses (Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen und Bilanz). Der Anhang soll dazu beitragen, dass der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermittelt (7. Handreichung S. 3899 f.). Die Angaben im Anhang müssen daher den im Haushaltsjahr entstandenen tatsächlichen Verhältnissen bei der Stadt entsprechen, sie müssen richtig und vollständig sowie nachvollziehbar wiedergegeben werden (7. Handreichung S. 3898).

Der wesentliche Inhalt des Anhangs ist durch § 45 KomHVO vorgegeben. Nach Abs. 1 der genannten Vorschrift sind die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anzugeben und so zu erläutern, dass sachverständige Dritte sie beurteilen können. Vereinfachungsregelungen und Schätzungen sind zu beschreiben. Des Weiteren sind die Positionen der Ergebnisrechnung und die in der Finanzrechnung nachzuweisenden Einzahlungen und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit zu erläutern.

Diese Erläuterungen werden im Anhang zur städtischen Bilanz im Teil 5.2 Buchstabe a) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden als Überblick und im Folgenden unter Buchstabe b) als Einzelerläuterungen zu den Posten der Bilanz gegeben.

Auf Seite 18 des Erstellungsberichtes werden die Verrechnungen mit der allgemeinen Rücklage tabellarisch dargestellt und erläutert. Die Erläuterungen zu den Tabellenwerten sind nicht zutreffend bzw. stimmen (summenmäßig) nicht mit der Angabe in der Tabelle (Zeile „Aufwendungen aus Anlagenabgängen“) überein. Die Angabe der Aufwendungen aus Anlagenabgängen in Höhe von 954.610,26 € entspricht der Finanzbuchhaltung (# 5477000).

F Die Verluste bei der Veräußerung betragen 492.569,60 € (nicht: 483.841,05 €) und die Aufwendungen aus Abriss und Verschrottung 409.459,67 € (nicht: 365.274,63 €).

Unter Berücksichtigung der Aufwendungen aus der Inventur von 52.580,99 € ergeben sich somit, wie in der Tabelle dargestellt, insgesamt Aufwendungen aus Anlagenabgängen in Höhe von 954.610,26 €.

H Auf Seite 23 sowie den Seiten 209 und 210 erfolgen Erläuterungen zu den Instandhaltungsrückstellungen. Der Anfangsbestand der Instandhaltungsrückstellungen zum 01.01.2019 beträgt 854.620,43 € und nicht wie dargestellt 854.620,42 €. Der Sachverhalt wurde mit der Kämmerei erörtert.

F Die Verpflichtungen aus Leasingverträgen (§ 45 Abs. 2 Satz 1 Nr. 9 KomHVO) enthalten nicht die Verpflichtungen aus dem Bikeleasing. Der Sachverhalt wurde mit der Kämmerei besprochen, insofern wird auf eine Stellungnahme verzichtet.

Dem Anhang ist gemäß § 45 Abs. 3 KomHVO ein Anlagenspiegel, ein Forderungsspiegel und ein Verbindlichkeitspiegel nach den §§ 46 bis 48 KomHVO beizufügen. Zu den Spiegeln hat die Rechnungsprüfung folgende Anmerkungen bzw. Feststellungen:

Sowohl Anlagenspiegel (§ 46 KomHVO), Forderungsspiegel (§ 47 KomHVO) als auch Verbindlichkeitspiegel (§ 48 KomHVO) entsprechen formal den gesetzlichen Vorschriften.

F Das vom Ministerium vorgegebene Muster zum Anlagenspiegel (Anlage 24 VV Muster zur GO und KomHVO) wurde geändert, so dass sich der Aufbau des Anlagenspiegels 2019 im Vergleich zum Jahresabschluss 2018 verändert hat. Beim kämmereiseitig erstellten Anlagenspiegel 2019 berücksichtigen die Spalten „kumulierte Abschreibungen zum 31.12. des Vorjahres“ und „kumulierte Abschreibungen zum 31.12. des Haushaltsjahres“ nicht die Zuschreibungen des Vorjahres bzw. des Haushaltsjahres (Zuschreibung RWE-Aktien 2018 von 637.660,47 € und 2019 von 3.569.215,04 € sowie die „Zuschreibung“ des Anteils an der Volksbank in Südwestfalen eG in 2019 von 3,54 €).

F Hinsichtlich der zuvor erläuterten Erhöhung des Anteils an der Volksbank in Südwestfalen eG von 3,54 € ist zu beanstanden, dass es sich hierbei um einen Zugang und nicht um eine Zuschreibung handelt. Dieses wurde im Anlagenspiegel 2019 falsch dargestellt, so dass in der Anlagenspiegelzeile „3.5.4 Sonstige Ausleihungen“ die Zugänge um 3,54 € zu niedrig und die Zuschreibungen um 3,54 € zu hoch ausgewiesen werden.

Hierdurch wird (rechnerisch) der zutreffende und in der Finanzbuchhaltung korrekt erfasste Buchwert zum 31.12.2019 von 1.583.387,96 € nicht berührt.

Der gesamte Sachverhalt wurde mit der Kämmerei besprochen, so dass auf eine Stellungnahme verzichtet wird. Er wird im Anlagenspiegel 2020 korrigierend berücksichtigt.

Die Prüfung der zuvor genannten Spiegel ergab keine weiteren Beanstandungen.

Gemäß § 22 Abs. 4 KomHVO in der aufgrund des 2. NKFWG ab dem Haushaltsjahr 2019 anzuwendenden Fassung gilt:

„Werden Ermächtigungen übertragen, ist dem Rat eine Übersicht der Übertragungen mit Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnisplan und den Finanzplan des Folgejahres vorzulegen. Die Übertragungen sind im Jahresabschluss im Plan-/Ist-Vergleich der Ergebnisrechnung (§ 39 Abs. 2 KomHVO) und der Finanzrechnung (§ 40 KomHVO) und im Anhang anzugeben.“

H Der Jahresabschluss 2019 enthält als Anlagen C1 bis C3 die entsprechenden Ermächtigungsübertragungen. Eine Angabe im Anhang selbst bzw. ein Verweis auf die Anlagen C1 bis C3 erfolgt im Anhang nicht.

Hieraus sind unter anderem der Übertragungsbetrag ins Haushaltsjahr 2019, der ursprüngliche Ansatz sowie deren ergebende Summe (fortgeschriebener Haushaltsansatz) zu erkennen. Es wird auf die Prüffeststellungen auf Seite 23 ff. dieses Berichtes hingewiesen.

Hinsichtlich weiterer Erläuterungen, insbesondere zur Entwicklung des Eigenkapitals, zum Jahresergebnis sowie zu den Ertrags- und Aufwandsarten, wird auf „2. Stellungnahme zur Lagebeurteilung des Bürgermeisters“ dieses Berichtes verwiesen.

**Insgesamt vermittelt der Anhang unter Berücksichtigung der oben genannten Einschränkungen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Siegen zum 31.12.2019.**

#### 5.9. Örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände

Nach § 36 Abs. 1 KomHVO sind bei Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, die Anschaffungs- und Herstellungskosten um planmäßige Abschreibungen zu mindern. Für die Erfassung des Werteverzehrs in Form von Abschreibungen sind gemäß § 36 Abs. 4 KomHVO von der Gemeinde wirtschaftliche Nutzungsdauern für das abnutzbare Anlagevermögen zu bestimmen.

Innerhalb des Rahmens der vom Innenministerium bekannt gegebenen Abschreibungstabelle haben die Kommunen gemäß § 36 Abs. 4 KomHVO die jeweiligen Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse festzulegen und in einer Übersicht zusammenzufassen.

Die Stadt Siegen hat unter Beachtung der vom Innenminister verbindlich vorgegebenen „NKF-Rahmentabelle der Gesamtnutzungsdauer für kommunale Vermögensstände“ eine örtliche Abschreibungstabelle erstellt, in der die individuellen Nutzungsdauern für Vermögensgegenstände entsprechend der technischen und betriebsgewöhnlichen Nutzung konkret festgelegt wurden. Die Nutzungsdauern wurden dabei so festgesetzt, dass eine Stetigkeit für zukünftige Festlegungen von Abschreibungen gewährleistet ist.

Neben den durch die Rahmentabelle verbindlich vorgegebenen Vermögenskategorien enthält die örtliche Abschreibungstabelle der Stadt Siegen aufgrund des individuellen Vermögensbestandes weitere Vermögensgegenstände.

Die Vorgaben der Rahmentabelle wurden von der Stadt Siegen grundsätzlich beachtet. Unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten wurden wirtschaftliche Nutzungsdauern von Vermögensgegenständen innerhalb und teilweise auch außerhalb des vom Innenministerium vorgegebenen Rahmens durch konkrete Jahresangaben festgelegt. Die Bestimmung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer erfolgte unter Betrachtung gleichartiger Vermögensgegenstände innerhalb einer Kategorie.

Abweichungen von der NKF-Rahmentabelle sind im Anhang der Abschreibungstabelle der Stadt Siegen erläutert und werden seitens der Prüfung als zulässig angesehen.

Die Festlegungen der Abschreibungstabelle der Stadt Siegen wurden Ende 2012 in die Prüfung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 einbezogen. Mit den jeweiligen Jahresabschlüssen wurden daher die im Intranet der Stadt Siegen bekannt gegebenen bzw. die dem Rechnungsprüfungsamt mitgeteilten Änderungen und Ergänzungen der örtlich festgesetzten Nutzungsdauern geprüft.

#### 5.10. Inventur, Inventar

§ 91 Abs. 1 GO konkretisiert die Begriffe Inventur und Inventar: "Die Gemeinde hat zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres ihre Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte, ihre Forderungen und Schulden, den Betrag des baren Geldes sowie sonstige Vermögensgegenstände genau zu verzeichnen und dabei den Wert der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden anzugeben (Inventar)."

Die Gemeindehaushaltsverordnung in der Fassung vom 16.11.2004 sah im § 28 Abs. 1 vor, dass die Vermögensgegenstände mindestens alle drei Jahre durch eine körperliche Inventur aufzunehmen waren. Das 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetz (NKFWG) vom 18.09.2012 hat diese Frist von drei auf fünf Jahre verlängert. Dieses Gesetz wurde von der Stadt Siegen erstmals auf das Haushaltsjahr 2013 angewendet.

Durch das 2. NKFWG, gültig ab dem 01.01.2019, ist in § 30 „Inventurvereinfachungsverfahren“ Absatz 2 Satz 2 KomHVO nunmehr geregelt:

„Bei Anwendung des Buchinventurverfahrens soll das Intervall für die körperliche Bestandsaufnahme bei körperlichen beweglichen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens fünf Jahre und bei körperlichen unbeweglichen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens zehn Jahre nicht überschreiten.“

Der bisherige Schwerpunkt der Tätigkeit des Rechnungsprüfungsamtes im Rahmen der Inventur-/Inventarprüfung lag seit der Eröffnungsbilanz bzw. dem ersten nach NKF zu erstellenden Jahresabschluss zum 31.12.2009 aufgrund der Wesentlichkeit und der Komplexität bei der Zustandserfassung des Straßenvermögens und dessen wertmäßiger Umsetzung im Rahmen der Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2015. Durch die Neuregelung in § 30 Abs. 2 KomHVO müsste nach derzeitiger Rechtslage in diesem Bereich spätestens zum Jahresabschlusstichtag 31.12.2025 wieder eine körperliche Inventur stattfinden.

#### 5.11. Analyse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage

Aufsichtsbehörden, die Gemeindeprüfungsanstalt und Vertreter der örtlichen Rechnungsprüfungen (VERPA e.V.) haben für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage von Kommunen ein landesweit einheitliches NKF-Kennzahlenset erarbeitet. Durch Runderlass des Innenministeriums NRW vom 01.10.2008 werden die Aufsichtsbehörden verpflichtet, die Daten zur Ermittlung dieser Kennzahlen zu erfassen, fortzuführen und zu bewerten.

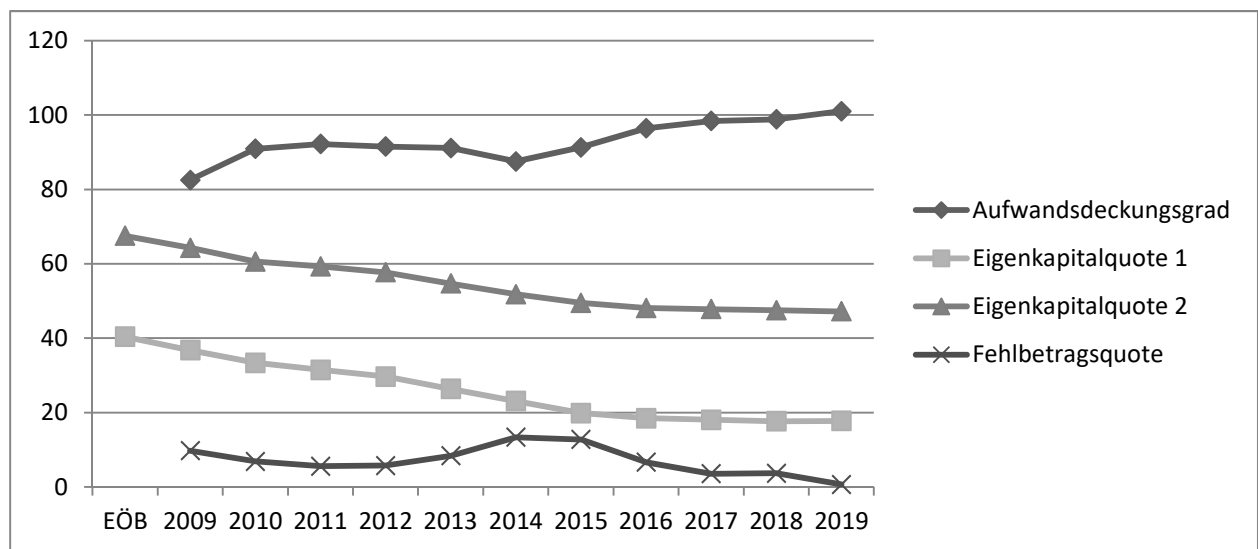
Die Berichte über die Prüfungen der Jahresrechnung sind wichtige Informationen für die örtliche Steuerung durch den Rat als Träger der Gemeindeverwaltung. Insofern wird es für erforderlich gehalten, die vorgenannten Kennzahlen für den jeweiligen Jahresabschluss auch selbst aufzuarbeiten, fortzuschreiben und ihre Entwicklung im zeitlichen Ablauf darzustellen. Aufsichtsbehörde und überörtlicher Prüfung bleibt es überlassen, neben den Zeitreihenvergleichen der einzelnen Kommune auch interkommunale Vergleiche und Benchmarkings vorzunehmen.

Die nach vorstehendem Erlass zu bildenden Kennzahlen werden vier Analysebereichen zugeordnet. Für jeden Analysebereich sind die Kennzahlen seit Einführung des NKF als Diagramm dargestellt. Zu beachten ist, dass zur Eröffnungsbilanz keine ergebnisabhängigen Kennzahlen gebildet werden konnten.

Erläuterungen zu den Kennzahlen sind der Broschüre des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein Westfalen "Neues Kommunales Finanzmanagement Handbuch zum NKF-Kennzahlenset NRW" zu entnehmen. Die Berechnungen wurden mit den von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW zur Verfügung gestellten Excel-Tabellen vorgenommen.

## Kennzahlen zur haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation

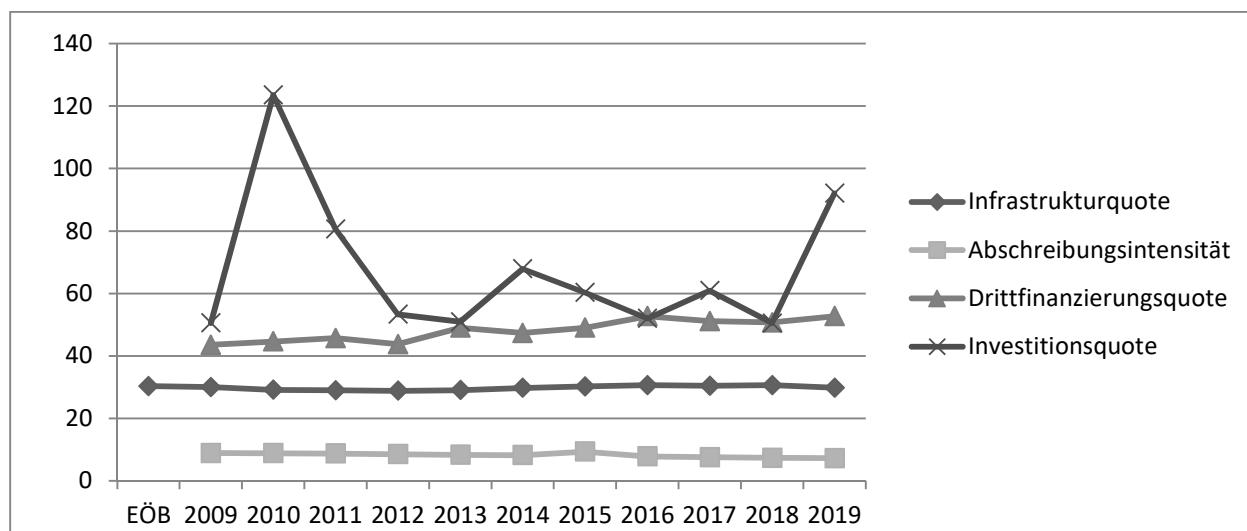
Nr.	Kennzahlen NRW (Stand Rd.-Erlass IM NRW vom 01.10.2008)											
	Kennzahlen zur Haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation	EÖB	2009	...	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
		%	%		%	%	%	%	%	%	%	%
1.	Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge / ordentliche Aufwendungen) x 100		82,5		91,5	91,1	87,5	91,3	96,4	98,4	98,8	101,0
2.	Eigenkapitalquote 1 (Eigenkapital / Bilanzsumme) x 100	40,4	36,8		29,7	26,4	23,1	19,9	18,5	18,1	17,7	17,8
3.	Eigenkapitalquote 2 (Eigenkapital + Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge) x 100 / Bilanzsumme	67,5	64,3		57,7	54,7	51,8	49,5	48,1	47,8	47,5	47,2
4.	Fehlbetragsquote (negatives Jahresergebnis / (Ausgleichsrücklage + Allgemeine Rücklage)) x (-100)		9,8		5,8	8,4	13,4	12,8	6,7	3,6	3,7	0,7





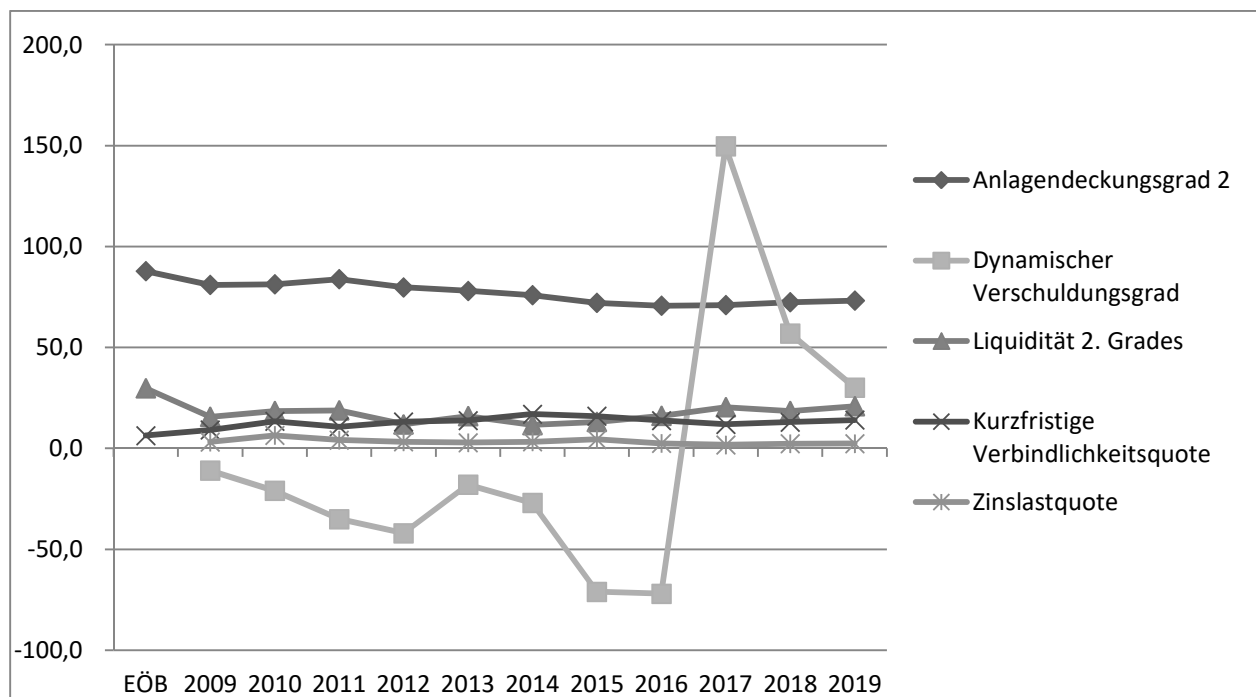
## Kennzahlen zur Vermögenslage

Nr.	Kennzahlenset NRW (Stand Rd.-Erlass IM NRW vom 01.10.2008)											
	Kennzahlen zur Vermögenslage	EÖB	2009	...	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
		%	%		%	%	%	%	%	%	%	%
5.	Infrastrukturquote (Infrastrukturvermögen / Bilanzsumme) x 100	30,3	30,0		28,8	29,0	29,7	30,2	30,6	30,4	30,6	29,8
6.	Abschreibungsintensität (Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen / ordentliche Aufwendungen) x 100		8,9		8,5	8,3	8,2	9,3	7,8	7,5	7,3	7,2
7.	Drittfinanzierungsquote (Erträge aus der Auflösung von Sonderposten / bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen) x 100		43,5		43,7	49,0	47,3	49,0	52,7	51,1	50,7	52,7
8.	Investitionsquote (Bruttoinvestitionen / (Abgänge des Anlagevermögens + Abschreibungen auf das Anlagevermögen)) x 100		50,5		53,3	50,9	67,9	60,3	52,0	60,9	50,5	92,1



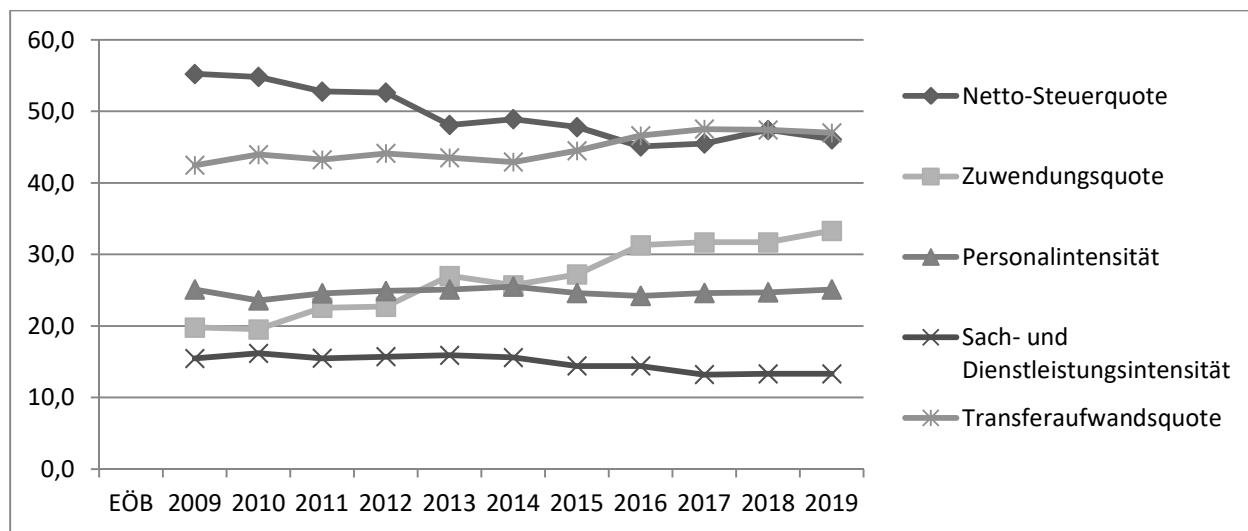
## Kennzahlen zur Finanzlage

Nr.	Kennzahlenset NRW (Stand Rd.-Erlass IM NRW vom 01.10.2008)											
	Kennzahlen zur Finanzlage	EÖB	2009	...	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
		%	%		%	%	%	%	%	%	%	%
9.	Anlagendeckungsgrad 2 (Eigenkapital + Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge + langfristiges Fremdkapital) x 100 / Anlagevermögen	87,8	81,0		79,8	78,1	75,9	72,1	70,7	71,0	72,4	73,2
10.	Dynamischer Verschuldungsgrad (Angabe in Jahren) Effektivverschuldung / Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (FR)		-11		-42	-18	-27	-71	-72	149,7	56,9	30,2
11.	Liquidität 2. Grades ((Liquide Mittel + kurzfristige Forderungen) / kurzfristige Verbindlichkeiten) x 100	29,8	15,6		11,9	16,0	11,6	13,1	16,1	20,4	18,5	20,9
12.	Kurzfristige Verbindlichkeitsquote (kurzfristige Verbindlichkeiten / Bilanzsumme) x 100	6,4	9,1		13,2	13,8	17,0	16,0	13,8	11,9	13,0	14,1
13.	Zinslastquote (Finanzaufwendungen / ordentliche Aufwendungen) x 100		3,2		3,3	2,9	3,3	4,5	2,5	1,8	2,3	2,4



## Kennzahlen zur Ertragslage

Nr.	Kennzahlenset NRW (Stand Rd.-Erlass IM NRW vom 01.10.2008)												
	Kennzahlen zur Ertragslage		EÖB	2009	...	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
			%	%		%	%	%	%	%	%	%	%
14.	Netto-Steuerquote (bei kreisangehörigen Gemeinden)	(Steuererträge - GewSt.Umlage - Finanzierungsbet. Fonds Dt. Einheit) / (ordentliche Erträge - GewSt.Umlage - Finanzierungsbet. Fonds Dt. Einheit) x 100		55,2		52,6	48,1	48,9	47,8	45,1	45,5	47,4	46,1
14.	Allgemeine Umlagenquote (bei Kreisen und Umlageverbänden alternativ zur Netto-Steuerquote)	(Allgemeine Umlage / ordentliche Erträge) x 100		./.		./.	./.	./.	./.	./.	./.	./.	./.
15.	Zuwendungsquote	(Erträge aus Zuwendungen / ordentliche Erträge) x 100		19,8		22,7	27,0	25,7	27,2	31,3	31,7	31,7	33,3
16.	Personalintensität	(Personalaufwendungen / ordentliche Aufwendungen) x 100		25,1		24,9	25,1	25,5	24,6	24,2	24,6	24,7	25,1
17.	Sach- und Dienstleistungsintensität	(Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen / ordentliche Aufwendungen) x 100		15,5		15,7	15,9	15,6	14,4	14,4	13,2	13,3	13,3
18.	Transferaufwandsquote	(Transferaufwendungen / ordentliche Aufwendungen) x 100		42,5		44,1	43,5	42,9	44,5	46,6	47,5	47,4	47,0



#### 5.12. Hinweise zum Bestätigungsvermerk

Der am 27.10.2021 in den Rat eingebrachte Entwurf des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 wurde durch das Rechnungsprüfungsamt im Zeitraum November 2021 bis Februar 2022 (Hauptprüfung) geprüft. Vorgelagerte Prüfungshandlungen haben im Zeitraum September bis Oktober 2021 stattgefunden.

Die unter Ziffer 3. dieses Berichts getroffenen grundsätzlichen Feststellungen haben nach Auffassung der Prüfung in ihrer Gesamtheit keine solche Bedeutung für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Siegen, dass der jetzt abzugebende Bestätigungsvermerk einzuschränken wäre.

Die festgestellten und im Bericht aufgeführten fehlerhaften Buchungen bzw. Sachverhalte sind zeitnah zu korrigieren.

Die Prüfung des am 27.10.2021 in den Rat eingebrachten Entwurfs des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 hat zu keinen so wesentlichen Einwendungen geführt, die eine Versagung oder Einschränkung des Testats zum Jahresabschluss 2019 zur Folge haben.

## **6. Bestätigungsvermerk**

An den Bürgermeister, die Mitglieder des Rates und des Rechnungsprüfungsausschusses der Universitätsstadt Siegen

### **Prüfungsurteile**

Das Rechnungsprüfungsamt hat den Jahresabschluss der Stadt Siegen nach § 95 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2019, der Finanz- und der Ergebnisrechnung inklusive der Teilrechnungen für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus hat das Rechnungsprüfungsamt den Lagebericht der Stadt Siegen für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach der Beurteilung der örtlichen Prüfung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss vom 15.10.2021 in allen wesentlichen Belangen den für die Stadt Siegen geltenden gemeindehaushaltsrechtlichen Vorschriften des Landes Nordrhein-Westfalen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt Siegen zum 31. Dezember 2019. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 102 Absatz 8 GO i.V.m. § 322 Absatz 3 Satz 1 HGB erklärt die örtliche Prüfung, dass die Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

### **Grundlage für die Prüfungsurteile**

Die örtliche Prüfung hat die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 102 GO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt.

Die Verantwortung der örtlichen Prüfung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ dieses Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben.

Die örtliche Prüfung ist gemäß § 101 Absatz 2 GO bei der Erfüllung der ihr zugewiesenen Prüfungsaufgaben unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. Im Übrigen ist die örtliche Rechnungsprüfung dem Rat unmittelbar verantwortlich und in ihrer sachlichen Tätigkeit ihm unmittelbar unterstellt.

Auf die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 wurde weder intern noch extern Einfluss genommen.

Die örtliche Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die von ihr erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für ihre Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

### **Verantwortung des Bürgermeisters und des Vertretungsorgans für den Jahresabschluss und den Lagebericht**

Die gesetzlichen Vertreter der Stadt Siegen sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den für die Stadt Siegen geltenden landesrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Siegen vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist (Internes Kontrollsystem).

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Stadt Siegen zur dauerhaften sachgerechten Erledigung der Verwaltungsaufgaben zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Gefährdung der Fortführung der ordnungsmäßigen Verwaltungstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Verwaltungstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt Siegen vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Rat der Stadt Siegen stellt den geprüften Jahresabschluss fest und ist insoweit für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Stadt Siegen zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts verantwortlich. Er entscheidet über die Entlastung des Bürgermeisters.

### **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts**

Die Zielsetzung der örtlichen Rechnungsprüfung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt Siegen vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 102 GO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt.

Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung übt das Rechnungsprüfungsamt pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahrt eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifiziert und beurteilt die örtliche Prüfung die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnt die örtliche Prüfung ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Stadt Siegen abzugeben.
- beurteilt die örtliche Prüfung die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben (z.B. Nutzungsdauern, außerplanmäßige Abschreibungen u.Ä.).

- zieht die örtliche Prüfung Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Verwaltungstätigkeit (Going-Concern-Prinzip) sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Stadt Siegen zur Fortführung der Verwaltungstätigkeit aufwerfen können. Falls die örtliche Prüfung zu dem Schluss kommt, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, ist sie verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, ihr jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Die örtliche Prüfung zieht ihre Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Stadt Siegen ihre Verwaltungstätigkeit nicht mehr ordnungsgemäß fortführen kann.
- beurteilt die örtliche Prüfung die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie, ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Siegen vermittelt.
- beurteilt die örtliche Prüfung den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Stadt Siegen.
- führt die örtliche Prüfung Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollzieht die örtliche Prüfung dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilt die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen gibt sie nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben (Prognosen) abweichen.

Die örtliche Prüfung erörtert mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die sie während ihrer Prüfung feststellt.

Siegen, den 04.03.2022



Christian Spötter, Dipl.-Kaufm.  
Stellv. Leiter des Rechnungsprüfungsamtes



**Anlage 1 Entwurf der Bilanz zum 31.12.2019**

**Bilanz der Stadt Siegen zum 31.12.2019**

Aktiva	31.12.2019	31.12.2018
<b>1. Anlagevermögen</b>	<b>974.827.468,03 €</b>	<b>975.581.296,48 €</b>
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	313.021,53 €	317.665,73 €
1.2 Sachanlagen	787.089.608,76 €	791.165.661,37 €
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	143.378.786,36 €	142.936.614,39 €
1.2.1.1 Grünflächen	63.708.574,55 €	61.849.704,93 €
1.2.1.2 Ackerland	6.867.585,26 €	6.786.699,72 €
1.2.1.3 Wald, Forsten	14.137.329,38 €	14.132.593,07 €
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	58.665.297,17 €	60.167.616,67 €
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	286.865.922,11 €	291.912.033,70 €
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	19.868.091,64 €	20.279.248,48 €
1.2.2.2 Schulen	168.356.592,31 €	172.729.111,35 €
1.2.2.3 Wohnbauten	2.265.843,77 €	2.320.373,21 €
1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	96.375.394,39 €	96.583.300,66 €
1.2.3 Infrastrukturvermögen	302.056.547,92 €	308.839.049,98 €
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	54.929.831,68 €	54.549.312,87 €
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	34.724.866,80 €	35.692.471,48 €
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	339.058,63 €	369.882,14 €
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	816.024,92 €	3.272.331,29 €
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	208.686.812,69 €	212.396.075,44 €
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	2.559.953,20 €	2.558.976,76 €
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	13.527.361,70 €	13.754.783,41 €
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	7.126.030,13 €	7.123.520,13 €
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	9.533.888,58 €	9.020.985,66 €
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.364.896,38 €	4.619.200,55 €
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	20.236.175,58 €	12.959.473,55 €
1.3 Finanzanlagen	187.424.837,74 €	184.097.969,38 €
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	65.951.623,83 €	65.926.623,83 €
1.3.2 Beteiligungen	1.887.102,69 €	1.886.102,69 €
1.3.3 Sondervermögen	106.498.805,88 €	106.498.805,88 €
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	11.503.917,38 €	8.080.602,34 €
1.3.5 Ausleihungen	1.583.387,96 €	1.705.834,64 €
1.3.5.1 an verbundene Unternehmen	0,00 €	0,00 €
1.3.5.2 an Beteiligungen	0,00 €	0,00 €
1.3.5.3 an Sondervermögen	0,00 €	0,00 €
1.3.5.4 sonstige Ausleihungen	1.583.387,96 €	1.705.834,64 €
<b>2. Umlaufvermögen</b>	<b>33.094.528,78 €</b>	<b>27.866.484,62 €</b>
2.1 Vorräte	1.980.573,75 €	2.254.398,30 €
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	1.980.573,75 €	2.254.398,30 €
2.1.2 Geleistete Anzahlungen	0,00 €	0,00 €
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	27.025.378,73 €	22.902.331,00 €
2.2.1 Öffentlich- rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	23.279.205,36 €	19.948.336,04 €
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen	3.426.254,91 €	2.776.378,04 €
2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände	319.918,46 €	177.616,92 €
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	116.401,66 €	0,00 €
2.4 Liquide Mittel	3.972.174,64 €	2.709.755,32 €
<b>3. Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>6.155.611,39 €</b>	<b>5.526.401,14 €</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.014.077.608,20 €</b>	<b>1.008.974.182,24 €</b>

Passiva	31.12.2019	31.12.2018
<b>1. Eigenkapital</b>	<b>180.413.387,44 €</b>	<b>178.495.908,58 €</b>
1.1 Allgemeine Rücklage	181.637.447,30 €	185.317.249,13 €
1.2 Sonderrücklagen	0,00 €	0,00 €
1.3 Ausgleichsrücklage	0,00 €	0,00 €
1.4 Jahresfehlbetrag	-1.224.059,86 €	-6.821.340,55 €
<b>2. Sonderposten</b>	<b>301.260.468,58 €</b>	<b>303.463.182,14 €</b>
2.1 für Zuwendungen	260.544.741,96 €	262.634.578,11 €
2.2 für Beiträge	37.247.729,92 €	37.717.440,14 €
2.3 für den Gebührenausschleich	1.414.222,00 €	1.686.426,00 €
2.4 Sonstige Sonderposten	2.053.774,70 €	1.424.737,89 €
<b>3. Rückstellungen</b>	<b>145.738.891,15 €</b>	<b>139.740.399,15 €</b>
3.1 Pensionsrückstellungen	133.120.874,00 €	128.946.072,00 €
3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	0,00 €	0,00 €
3.3 Instandhaltungsrückstellungen	903.265,95 €	854.620,43 €
3.4 Sonstige Rückstellungen nach § 36 Abs. 4 und 5	11.714.751,20 €	9.939.706,72 €
<b>4. Verbindlichkeiten</b>	<b>357.282.596,98 €</b>	<b>358.096.765,06 €</b>
4.1 Anleihen	0,00 €	0,00 €
4.1.1 für Investitionen	0,00 €	0,00 €
4.1.2 zur Liquiditätssicherung	0,00 €	0,00 €
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	86.440.848,79 €	84.123.988,01 €
4.2.1 von verbundenen Unternehmen	0,00 €	- €
4.2.2 von Beteiligungen	0,00 €	- €
4.2.3 von Sondervermögen	0,00 €	- €
4.2.4 vom öffentlichen Bereich	130.320,00 €	130.320,00 €
4.2.5 von Kreditinstituten	86.310.528,79 €	83.993.668,01 €
4.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	229.917.981,91 €	239.048.525,92 €
4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	11.110.768,35 €	11.210.046,24 €
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.586.247,35 €	6.351.142,05 €
4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	3.186.045,11 €	2.599.833,29 €
4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	4.977.966,53 €	4.132.690,94 €
4.8 Erhaltene Anzahlungen	15.062.738,94 €	10.630.538,61 €
<b>5. Passive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>29.382.264,05 €</b>	<b>29.177.927,31 €</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.014.077.608,20 €</b>	<b>1.008.974.182,24 €</b>



Anlage 2 Entwurf der Ergebnisrechnung 2019

Jahresabschluss 2019

Gesamtergebnisrechnung							
Kernhaushalt							
Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Fortgeschr. Ansatz 2019	davon Ermächtigungsübertragungen aus 2018	Ergebnis 2019	Vergleich Fortgeschr. Ansatz / Ergebnis 2019	Ermächtigungsübertragungen nach 2020
01	Steuern und ähnliche Abgaben	144.904.096,99	147.958.000,00	0,00	148.734.988,47	776.988,47	0,00
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	93.722.609,19	106.047.740,00	0,00	104.291.441,22	-1.756.298,78	0,00
03	+ Sonstige Transfererträge	2.619.551,06	2.504.700,00	0,00	2.419.491,90	-85.208,10	0,00
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	25.324.786,32	25.688.700,00	0,00	25.892.661,79	203.961,79	0,00
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.745.521,77	5.935.400,00	0,00	5.563.848,21	-371.551,79	0,00
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	9.564.596,49	9.349.400,00	0,00	10.084.702,24	735.302,24	0,00
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	13.420.653,33	8.387.950,00	0,00	15.448.386,79	7.060.436,79	0,00
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	776.108,07	800.000,00	0,00	973.001,33	173.001,33	0,00
09	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= Ordentliche Erträge	296.077.923,22	306.671.890,00	0,00	313.408.521,95	6.736.631,95	0,00
11	- Personalaufwendungen	73.928.438,32	72.911.881,89	16.184,89	77.884.236,91	4.972.355,02	7.116,06
12	- Versorgungsaufwendungen	9.738.494,50	8.438.800,00	0,00	9.830.157,08	1.391.357,08	0,00
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	39.998.451,04	53.583.820,71	6.299.720,71	41.153.471,22	-12.430.349,49	8.452.858,25
14	- Bilanzielle Abschreibungen	21.866.050,96	21.550.350,00	0,00	22.279.044,01	728.694,01	0,00
15	- Transferaufwendungen	142.126.840,06	149.299.316,96	921.056,96	145.989.841,65	-3.309.475,31	904.863,15
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	12.121.250,81	10.767.100,00	23.000,00	13.300.156,60	2.533.056,60	22.300,00
17	= Ordentliche Aufwendungen	299.779.525,69	316.551.269,56	7.259.962,56	310.436.907,47	-6.114.362,09	9.387.137,46
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	-3.701.602,47	-9.879.379,56	-7.259.962,56	2.971.614,48	12.850.994,04	-9.387.137,46
19	+ Finanzerträge	3.909.004,88	3.021.200,00	0,00	3.321.754,52	300.554,52	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	7.028.742,96	5.513.100,00	0,00	7.517.428,86	2.004.328,86	0,00
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	-3.119.738,08	-2.491.900,00	0,00	-4.195.674,34	-1.703.774,34	0,00
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	-6.821.340,55	-12.371.279,56	-7.259.962,56	-1.224.059,86	11.147.219,70	-9.387.137,46
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	= Jahresergebnis (= Zeilen 22 und 25)	-6.821.340,55	-12.371.279,56	-7.259.962,56	-1.224.059,86	11.147.219,70	-9.387.137,46
27	- globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	= Jahresergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 26 und 27)	-6.821.340,55	-12.371.279,56	-7.259.962,56	-1.224.059,86	11.147.219,70	-9.387.137,46
28A	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen						
29	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	2.874.385,18	0,00	0,00	526.683,94	526.683,94	0,00
30	Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen	637.660,47	0,00	0,00	3.569.215,04	3.569.215,04	0,00
31	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	3.496.756,07	0,00	0,00	954.610,26	954.610,26	0,00
32	Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen	883,81	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnungssaldo (= Zeilen 29 bis 32)	14.405,77	0,00	0,00	3.141.288,72	3.141.288,72	0,00



Anlage 3 Entwurf der Finanzrechnung 2019

Jahresabschluss 2019							
Gesamtfinanzrechnung							
Kernhaushalt							
Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Fortgeschr. Ansatz 2019	davon Ermächtigungsübertragungen aus 2018	Ergebnis 2019	Vergleich Fortgeschr. Ansatz / Ergebnis 2019	Ermächtigungsübertragungen nach 2020
01	Steuern und ähnliche Abgaben	145.612.275,80	147.958.000,00	0,00	149.743.527,67	1.785.527,67	0,00
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	83.095.140,73	97.177.590,00	0,00	93.557.301,59	-3.620.288,41	0,00
03	+ Sonstige Transfereinzahlungen	5.331.587,61	1.202.000,00	0,00	4.696.094,47	3.494.094,47	0,00
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	23.929.603,04	23.791.300,00	0,00	24.187.635,60	396.335,60	0,00
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.707.931,05	5.885.400,00	0,00	5.466.189,15	-419.210,85	0,00
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	9.264.031,08	9.349.400,00	0,00	8.531.038,71	-818.361,29	0,00
07	+ Sonstige Einzahlungen	7.613.510,41	8.387.950,00	0,00	11.156.244,41	2.768.294,41	0,00
08	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	10.376.883,54	3.021.200,00	0,00	9.605.427,20	6.584.227,20	0,00
09	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	290.930.963,26	296.772.840,00	0,00	306.943.458,80	10.170.618,80	0,00
10	- Personalauszahlungen	68.801.937,72	72.142.092,89	16.184,89	70.792.240,36	-1.349.852,53	7.116,06
11	- Versorgungsauszahlungen	7.086.652,22	7.088.800,00	0,00	8.801.219,93	1.712.419,93	0,00
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	39.361.822,36	57.332.602,15	9.527.502,15	40.570.624,74	-16.761.977,41	11.743.196,31
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	11.810.462,12	5.513.100,00	0,00	11.734.634,10	6.221.534,10	0,00
14	- Transferauszahlungen	144.864.152,19	149.252.416,96	921.056,96	148.199.184,48	-1.053.232,48	904.863,15
15	- Sonstige Auszahlungen	10.650.938,50	10.774.100,00	23.000,00	11.120.410,25	346.310,25	22.300,00
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	282.575.965,11	302.103.112,00	10.487.744,00	291.218.313,86	-10.884.798,14	12.677.475,52
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 9 und 16)	8.354.998,15	-5.330.272,00	-10.487.744,00	15.725.144,94	21.055.416,94	-12.677.475,52
18	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	7.119.236,00	15.007.000,00	0,00	11.230.991,60	-3.776.008,40	0,00
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	3.200.243,62	2.373.500,00	0,00	1.753.226,82	-620.273,18	0,00
20	+ Einzahlungen aus d. Veräußerung v. Finanzanlagen	3.836,10	145.900,00	0,00	145.900,00	0,00	0,00
21	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	795.245,86	515.000,00	0,00	497.802,16	-17.197,84	0,00
22	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	50.077,43	9.000,00	0,00	22.596,76	13.596,76	0,00
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	11.168.639,01	18.050.400,00	0,00	13.650.517,34	-4.399.882,66	0,00
24	- Ausz. f. d. Erwerb v. Grundstücken u. Gebäuden	566.333,13	1.432.600,00	162.600,00	611.493,08	-821.106,92	112.600,00
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	8.418.246,41	42.378.673,78	20.820.173,78	13.527.967,12	-28.850.706,66	21.828.774,96
26	- Ausz. f. d. Erwerb v. beweglichem Anlagevermögen	3.013.456,11	7.151.977,87	2.713.217,87	4.655.588,63	-2.496.389,24	2.920.901,85
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	145.900,00	0,00	26.003,54	-119.896,46	0,00
28	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	118.569,11	1.809.500,00	62.750,00	515.039,10	-1.294.460,90	273.700,00
29	- Sonstige Investitionsauszahlungen	15.750,00	0,00	0,00	60.854,06	60.854,06	0,00
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	12.132.354,76	52.918.651,65	23.758.741,65	19.396.945,53	-33.521.706,12	25.135.976,81
31	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 23 und 30)	-963.715,75	-34.868.251,65	-23.758.741,65	-5.746.428,19	29.121.823,46	-25.135.976,81
32	= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17 und 31)	7.391.282,40	-40.198.523,65	-34.246.485,65	9.978.716,75	50.177.240,40	-37.813.452,33
33	+ Aufn. u. Rückfl. v. Investitionskred. u. d. wirtschaftl. gleichk. Rechtsverh.	3.139.360,24	21.821.000,00	10.712.000,00	7.837.900,00	-13.983.100,00	10.625.225,00
34	+ Aufnahme und Rückflüsse von Krediten zur Liquiditätssicherung	88.776.000,00	0,00	0,00	132.062.100,00	132.062.100,00	0,00
35	- Tilg. u. Gewähr. v. Investitionskred. u. diesen wirtschaftl. gleichk. Rechtsverh.	6.282.371,38	5.699.300,00	0,00	5.616.297,43	-83.002,57	0,00
36	- Tilgung und Gewährung von Krediten zur Liquiditätssicherung	96.000.000,00	0,00	0,00	143.000.000,00	143.000.000,00	0,00
37	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-10.367.011,14	16.121.700,00	10.712.000,00	-8.716.297,43	-24.837.997,43	10.625.225,00
38	= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (Zeilen 32 und 37)	-2.975.728,74	-24.076.823,65	-23.534.485,65	1.262.419,32	25.339.242,97	-27.188.227,33
39	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	5.685.484,06	2.709.755,32	0,00	2.709.755,32	0,00	0,00
40	= Liquide Mittel (Zeilen 38 und 39)	2.709.755,32	-21.367.068,33	-23.534.485,65	3.972.174,64	25.339.242,97	-27.188.227,33

**Anlage 4      Ergebnisse der Teilrechnungen 2019**

Teilergebnisrechnungen					
Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Ist- Ergebnis 2018	fortgeschr. HhAns. 2019	Ist- Ergebnis 2019	Differenz Sp. 5 - Sp. 4 2019
1	2	4	5	6	7
		€	€	€	€
01.01.01	Unterstützung politischer Gremien	- 1.308.014,29	- 1.406.587,31	- 1.406.626,44	- 39,13
01.01.	Politische Gremien	- 1.308.014,29	- 1.406.587,31	- 1.406.626,44	- 39,13
01.02.01	Verwaltungsleitung	- 1.206.422,34	- 1.037.763,00	- 1.447.148,65	- 409.385,65
01.02.	Verwaltungsleitung	- 1.206.422,34	- 1.037.763,00	- 1.447.148,65	- 409.385,65
01.03.01	Gleichstellung von Frau und Mann	- 164.342,64	- 160.996,00	- 177.136,90	- 16.140,90
01.03.	Gleichstellungsstelle	- 164.342,64	- 160.996,00	- 177.136,90	- 16.140,90
01.04.01	Personalrat	- 361.296,89	- 340.001,00	- 390.082,09	- 50.081,09
01.04.	Personalrat	- 361.296,89	- 340.001,00	- 390.082,09	- 50.081,09
01.05.01	Rechnungsprüfungsamt	- 856.069,85	- 700.219,00	- 862.817,93	- 162.598,93
01.05.	Rechnungsprüfungsamt	- 856.069,85	- 700.219,00	- 862.817,93	- 162.598,93
01.06.01	Finanzmanagement	- 1.289.205,54	- 1.161.951,00	- 1.212.947,92	- 50.996,92
01.06.02	Zahlungsabwicklung	- 634.810,82	- 497.521,00	- 408.533,17	88.987,83
01.06.	Finanzmanagement und Zahlungsabwicklung	- 1.924.016,36	- 1.659.472,00	- 1.621.481,09	37.990,91
01.07.01	Steuerverwaltung	- 460.164,76	- 427.716,00	- 470.019,39	- 42.303,39
01.07.	Steuerverwaltung	- 460.164,76	- 427.716,00	- 470.019,39	- 42.303,39
01.08.01	Medien- und Öffentlichkeitsangelegenheiten, Repräsentation	- 525.972,60	- 528.303,00	- 590.619,50	- 62.316,50
01.08.	Medien- und Öffentlichkeitsarbeit	- 525.972,60	- 528.303,00	- 590.619,50	- 62.316,50
01.09.01	Recht und Versicherungen	- 1.183.808,39	- 1.134.097,00	- 1.200.951,45	- 66.854,45
01.09.	Recht und Versicherungen	- 1.183.808,39	- 1.134.097,00	- 1.200.951,45	- 66.854,45
01.10.01	Personalmanagement	- 9.779.454,57	- 10.012.611,00	- 7.573.700,77	2.438.910,23
01.10.	Personalmanagement	- 9.779.454,57	- 10.012.611,00	- 7.573.700,77	2.438.910,23
01.11.01	Einrichtungen für die gesamte Verwaltung	- 1.099.552,51	- 1.134.365,00	- 1.206.187,80	- 71.822,80
01.11.02	KFZ-Werkstatt	37.258,72	57.308,00	41.995,22	- 15.312,78
01.11.03	Vergaben	- 330.368,14	- 264.034,00	- 355.157,07	- 91.123,07
01.11.	Zentrale Dienste	- 1.392.661,93	- 1.341.091,00	- 1.519.349,65	- 178.258,65
01.12.01	Organisationsberatung und IT-Management	- 2.869.105,55	- 3.594.012,00	- 3.358.887,85	235.124,15
01.12.	Organisationsberatung und IT-Management	- 2.869.105,55	- 3.594.012,00	- 3.358.887,85	235.124,15

Teilergebnisrechnungen					
Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Ist- Ergebnis 2018	fortgeschr. HhAns. 2019	Ist- Ergebnis 2019	Differenz Sp. 5 - Sp. 4 2019
1	2	4	5	6	7
		€	€	€	€
01.13.01	Beschaffung und Bereitstellung von Immobilien	146.274,30	- 236.543,00	- 243.710,30	- 7.167,30
01.13.02	Herstellung, Unterhaltung und Abriss von Gebäuden und baulichen Anlagen	3.425,78	- 1.957.146,85	-	1.957.146,85
01.13.03	Gebäudebetrieb	- 12.248,55	42.833,00	- 2.642,52	- 45.475,52
01.13.	Immobilienmanagement	137.451,53	- 2.150.856,85	- 246.352,82	1.904.504,03
<b>01</b>	<b>Innere Verwaltung</b>	<b>- 21.893.878,64</b>	<b>- 24.493.725,16</b>	<b>- 20.865.174,53</b>	<b>3.628.550,63</b>
02.01.01	Brandschutz, technische Hilfeleistung und Katastrophenschutz	- 5.145.999,45	- 4.331.118,00	- 5.783.325,21	- 1.452.207,21
02.01.	Brandschutz, technische Hilfeleistung und Katastrophenschutz	- 5.145.999,45	- 4.331.118,00	- 5.783.325,21	- 1.452.207,21
02.02.01	Rettungsdienst und Krankentransport	- 349.299,08	380.915,00	- 1.022.384,36	- 1.403.299,36
02.02.	Rettungsdienst und Krankentransport	- 349.299,08	380.915,00	- 1.022.384,36	- 1.403.299,36
02.03.01	Statistik	- 286.285,45	- 316.548,00	- 223.679,20	92.868,80
02.03.02	Wahlen	36.087,83	- 9.043,00	- 37.676,50	- 28.633,50
02.03.	Statistik und Wahlen	- 250.197,62	- 325.591,00	- 261.355,70	64.235,30
02.04.01	Allgemeine Gefahrenabwehr	- 1.256.847,98	- 1.130.469,00	- 995.640,30	134.828,70
02.04.02	Gewerbeangelegenheiten	- 547.913,41	- 525.648,00	- 611.277,83	- 85.629,83
02.04.03	Verkehrsüberwachung	- 101.282,43	- 116.302,00	- 14.927,34	101.374,66
02.04.	Ordnungsangelegenheiten	- 1.906.043,82	- 1.772.419,00	- 1.621.845,47	150.573,53
02.05.01	Einwohnerwesen	- 1.120.477,84	- 1.001.530,00	- 870.764,26	130.765,74
02.05.02	Personenstandswesen	- 313.176,49	- 359.608,00	- 433.156,59	- 73.548,59
02.05.03	Aufenthaltsregelung von Ausländern	- 1.108.833,48	- 1.090.394,00	- 1.211.014,83	- 120.620,83
02.05.	Einwohner- und Personenstandswesen, Aufenthaltsregelung von Ausländern	- 2.542.487,81	- 2.451.532,00	- 2.514.935,68	- 63.403,68
<b>02</b>	<b>Sicherheit und Ordnung</b>	<b>- 10.194.027,78</b>	<b>- 8.499.745,00</b>	<b>- 11.203.846,42</b>	<b>- 2.704.101,42</b>
03.01.01	Schulmanagement und -organisation	- 399.445,49	- 376.609,00	- 348.887,94	27.721,06
03.01.02	Grundschulen	- 6.011.988,27	- 7.328.817,60	- 5.913.536,85	1.415.280,75
03.01.03	Hauptschulen	- 1.121.729,83	- 1.341.250,86	- 626.680,20	714.570,66
03.01.04	Realschulen	- 2.317.132,29	- 2.196.203,10	- 1.823.110,20	373.092,90
03.01.05	Weiterbildungskolleg	- 259.475,04	- 602.916,00	- 319.919,37	282.996,63
03.01.06	Gymnasien	- 3.766.415,24	- 3.910.705,01	- 3.920.980,15	- 10.275,14
03.01.07	Förderschulen	- 583.281,84	- 835.794,78	- 636.387,60	199.407,18
03.01.08	Gesamtschulen	- 4.576.378,93	- 4.243.990,46	- 5.156.184,24	- 912.193,78

Teilergebnisrechnungen					
Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Ist- Ergebnis 2018	fortgeschr. HhAns. 2019	Ist- Ergebnis 2019	Differenz Sp. 5 - Sp. 4 2019
1	2	4	5	6	7
		€	€	€	€
03.01.	Schulverwaltung	- 19.035.846,93	- 20.836.286,81	- 18.745.686,55	2.090.600,26
<b>03</b>	<b>Schulträgeraufgaben</b>	<b>- 19.035.846,93</b>	<b>- 20.836.286,81</b>	<b>- 18.745.686,55</b>	<b>2.090.600,26</b>
04.01.01	Kulturveranstaltungen und Kultur- förderung	- 624.738,75	- 712.174,00	- 769.776,74	- 57.602,74
04.01.	Kultur	- 624.738,75	- 712.174,00	- 769.776,74	- 57.602,74
04.02.01	Stadtarchiv	- 498.036,46	- 507.833,00	- 507.728,32	104,68
04.02.	Archiv	- 498.036,46	- 507.833,00	- 507.728,32	104,68
04.03.01	Stadtbibliothek	- 978.532,57	- 1.036.044,00	- 980.563,48	55.480,52
04.03.	Bibliothekswesen	- 978.532,57	- 1.036.044,00	- 980.563,48	55.480,52
04.04.01	Volkshochschule	- 479.086,70	- 423.768,00	- 526.074,38	- 102.306,38
04.04.	Volkshochschule	- 479.086,70	- 423.768,00	- 526.074,38	- 102.306,38
04.05.01	Museum	- 1.432.064,16	- 1.526.300,00	- 1.499.721,52	26.578,48
04.05.	Museum	- 1.432.064,16	- 1.526.300,00	- 1.499.721,52	26.578,48
04.06.01	Musikschule	- 1.198.846,94	- 1.049.405,00	- 1.232.699,09	- 183.294,09
04.06.	Musikschule	- 1.198.846,94	- 1.049.405,00	- 1.232.699,09	- 183.294,09
04.07.01	Apollo Theater	- 953.500,39	- 1.037.500,00	- 899.020,59	138.479,41
04.07.	Apollo Theater	- 953.500,39	- 1.037.500,00	- 899.020,59	138.479,41
<b>04</b>	<b>Kultur und Wissenschaft</b>	<b>- 6.164.805,97</b>	<b>- 6.293.024,00</b>	<b>- 6.415.584,12</b>	<b>- 122.560,12</b>
05.01.01	Soziale Hilfen	- 1.082.806,58	- 999.483,00	- 1.260.325,02	- 260.842,02
05.01.02	Hilfen nach dem AsylbLG	- 2.565.946,23	- 1.502.131,00	- 83.498,17	1.418.632,83
05.01.03	Sonstige soziale Angelegenheiten	- 1.877.156,12	- 2.219.964,84	- 2.199.294,91	20.669,93
05.01.04	Grundsicherung für Arbeitssu- chende	- 6.138,82	818,00	20.717,61	19.899,61
05.01.05	Amtsvormundschaften/-pfleg- schaften, Beistandschaften, Unterhaltsvorschuss	- 1.083.871,36	- 1.554.851,00	- 1.496.529,36	58.321,64
05.01.	Hilfen bei Einkommensdefiziten, Unterstützungsleistungen, Bera- tungen	- 6.615.919,11	- 6.275.611,84	- 5.018.929,85	1.256.681,99
<b>05</b>	<b>Soziale Hilfen</b>	<b>- 6.615.919,11</b>	<b>- 6.275.611,84</b>	<b>- 5.018.929,85</b>	<b>1.256.681,99</b>
06.01.01	Hilfe für junge Menschen und ihre Familien	- 22.214.220,24	- 21.207.047,00	- 20.858.016,45	349.030,55
06.01.	Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien	- 22.214.220,24	- 21.207.047,00	- 20.858.016,45	349.030,55
06.02.01	Tageseinrichtungen für Kinder	- 13.386.713,76	- 15.401.502,84	- 14.429.655,74	971.847,10
06.02.02	Frühe Hilfen für Familien	- 2.792.460,41	- 3.191.561,00	- 3.256.401,09	- 64.840,09
06.02.	Tagesbetreuung von Kindern	- 16.179.174,17	- 18.593.063,84	- 17.686.056,83	907.007,01

Teilergebnisrechnungen					
Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Ist- Ergebnis 2018	fortgeschr. HhAns. 2019	Ist- Ergebnis 2019	Differenz Sp. 5 - Sp. 4 2019
1	2	4	5	6	7
		€	€	€	€
06.03.01	Förderung von Kindern und Jugendlichen in und außerhalb von Einrichtungen	- 3.219.432,32	- 3.665.402,34	- 3.313.356,28	352.046,06
06.03.02	Kinder- und Jugendschutz	- 290.109,86	- 286.070,00	- 242.601,73	43.468,27
06.03.	Kinder- und Jugendarbeit	- 3.509.542,18	- 3.951.472,34	- 3.555.958,01	395.514,33
<b>06</b>	<b>Kinder-, Jugend- und Familienhilfe</b>	<b>- 41.902.936,59</b>	<b>- 43.751.583,18</b>	<b>- 42.100.031,29</b>	<b>1.651.551,89</b>
<b>07</b>	<b>Gesundheitsdienste</b>	-	-	-	-
08.01.01	Förderung des Breiten- und Leistungssports	- 280.280,50	- 400.741,00	- 305.734,95	95.006,05
08.01.	Breiten- und Leistungssport	- 280.280,50	- 400.741,00	- 305.734,95	95.006,05
08.02.01	Stadien und Sportplätze	- 999.672,94	- 1.068.894,00	- 984.913,32	83.980,68
08.02.	Stadien und Sportplätze	- 999.672,94	- 1.068.894,00	- 984.913,32	83.980,68
08.03.01	Hallenbäder	431.660,97	709.024,00	859.775,10	150.751,10
08.03.02	Freibäder	- 576.889,71	- 587.616,00	- 599.810,99	- 12.194,99
08.03.	Hallen- und Freibäder	- 145.228,74	121.408,00	259.964,11	138.556,11
<b>08</b>	<b>Sportförderung</b>	<b>- 1.425.182,18</b>	<b>- 1.348.227,00</b>	<b>- 1.030.684,16</b>	<b>317.542,84</b>
09.01.01	Vermessung und Geodaten	- 734.564,47	- 902.121,00	- 614.449,30	287.671,70
09.01.	Vermessung und Geodaten	- 734.564,47	- 902.121,00	- 614.449,30	287.671,70
09.02.01	Stadtentwicklung	- 549.809,94	- 1.780.997,00	- 257.183,69	1.523.813,31
09.02.03	Flächennutzungsplanung	- 197.043,63	- 256.060,00	- 232.679,93	23.380,07
09.02.04	Baugebietsplanung	- 466.241,41	- 637.564,00	- 354.976,77	282.587,23
09.02.05	Verkehrsplanung	- 484.585,70	- 717.152,00	- 545.519,24	171.632,76
09.02.	Räumliche Planung und Entwicklung	- 1.697.680,68	- 3.391.773,00	- 1.390.359,63	2.001.413,37
09.03.01	Grundstücksneuordnung und -wertermittlung	- 330.668,07	- 250.720,00	- 334.049,32	- 83.329,32
09.03.	Grundstücksneuordnung und -wertermittlung	- 330.668,07	- 250.720,00	- 334.049,32	- 83.329,32
<b>09</b>	<b>Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen</b>	<b>- 2.762.913,22</b>	<b>- 4.544.614,00</b>	<b>- 2.338.858,25</b>	<b>2.205.755,75</b>
10.01.01	Wohnraumförderung und -sicherun	- 956.163,99	- 1.270.511,00	- 1.052.824,05	217.686,95
10.01.	Soziales Wohnen	- 956.163,99	- 1.270.511,00	- 1.052.824,05	217.686,95
10.02.01	Baugenehmigung und -überwachung	- 468.383,54	- 476.513,00	- 554.355,84	- 77.842,84
10.02.	Bauaufsicht	- 468.383,54	- 476.513,00	- 554.355,84	- 77.842,84
10.03.01	Denkmalschutz und -pflege	- 166.834,34	- 197.495,00	- 185.012,09	12.482,91
10.03.	Denkmalschutz und -pflege	- 166.834,34	- 197.495,00	- 185.012,09	12.482,91



Teilergebnisrechnungen					
Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Ist- Ergebnis 2018	fortgeschr. HhAns. 2019	Ist- Ergebnis 2019	Differenz Sp. 5 - Sp. 4 2019
1	2	4	5	6	7
		€	€	€	€
<b>10</b>	<b>Bauen und Wohnen</b>	- 1.591.381,87	- 1.944.519,00	- 1.792.191,98	152.327,02
11.01.01	Abfallentsorgung	- 371.465,94	- 86.732,00	- 247.853,96	- 161.121,96
11.01.	Abfallentsorgung	- 371.465,94	- 86.732,00	- 247.853,96	- 161.121,96
<b>11</b>	<b>Ver- und Entsorgung</b>	- 371.465,94	- 86.732,00	- 247.853,96	- 161.121,96
12.01.01	Verwaltung öffentlicher Verkehrsflächen	33.092,54	- 223.447,00	37.809,69	261.256,69
12.01.	Straße und Verkehr	33.092,54	- 223.447,00	37.809,69	261.256,69
12.02.01	Gemeindestraßen	- 12.712.368,33	- 15.100.047,00	- 13.193.075,49	1.906.971,51
12.02.02	Kreisstraßen	- 347.432,22	- 472.018,00	- 275.821,40	196.196,60
12.02.03	Landesstraßen	17.659,25	- 1.698.181,57	- 1.554.621,21	143.560,36
12.02.04	Bundesstraßen	- 337.402,92	- 417.623,00	- 257.046,03	160.576,97
12.02.	Neu-, Ausbau und Unterhaltung städtischer Verkehrsflächen [...]	- 13.379.544,22	- 17.687.869,57	- 15.280.564,13	2.407.305,44
12.03.01	Straßenreinigung	- 2.380.301,98	- 1.934.707,00	- 2.307.336,88	- 372.629,88
12.03.	Straßenreinigung	- 2.380.301,98	- 1.934.707,00	- 2.307.336,88	- 372.629,88
<b>12</b>	<b>Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV</b>	- 15.726.753,66	- 19.846.023,57	- 17.550.091,32	2.295.932,25
13.01.01	Herstellung und Pflege von Grünanlagen	- 6.646.345,35	- 6.971.724,00	- 6.964.798,73	6.925,27
13.01.	Öffentliches Grün	- 6.646.345,35	- 6.971.724,00	- 6.964.798,73	6.925,27
13.02.01	Naturschutz und Landschaftspflege	- 96.086,70	- 107.925,00	- 107.081,94	843,06
13.02.02	Städtische Wald- und Forstflächen	- 368.194,04	- 341.464,00	- 295.797,12	45.666,88
13.02.03	Wasserläufe	- 1.549.450,32	- 1.923.500,00	- 1.511.694,43	411.805,57
13.02.	Natur, Landschaft, Wald und Forstwirtschaft	- 2.013.731,06	- 2.372.889,00	- 1.914.573,49	458.315,51
13.03.01	Friedhofs- und Bestattungswesen	- 305.363,39	- 870.306,00	- 344.614,91	525.691,09
13.03.	Friedhöfe	- 305.363,39	- 870.306,00	- 344.614,91	525.691,09
<b>13</b>	<b>Natur- und Landschaftspflege</b>	- 8.965.439,80	- 10.214.919,00	- 9.223.987,13	990.931,87
14.01.01	Umweltschutzmaßnahmen	- 514.427,72	- 645.523,00	- 558.765,11	86.757,89
14.01.	Umweltschutzmaßnahmen	- 514.427,72	- 645.523,00	- 558.765,11	86.757,89
<b>14</b>	<b>Umweltschutz</b>	- 514.427,72	- 645.523,00	- 558.765,11	86.757,89
15.01.01	Wirtschaftsförderung	- 798.067,18	- 859.303,00	- 827.921,87	31.381,13
15.01.	Wirtschaftsförderung	- 798.067,18	- 859.303,00	- 827.921,87	31.381,13
15.02.01	Siegerlandhalle	- 1.146.051,23	- 2.128.502,00	- 1.716.579,42	411.922,58
15.02.02	Bismarckhalle und sonstige Einrichtungen	- 639.845,97	- 605.910,00	- 534.953,35	70.956,65

Teilergebnisrechnungen					
Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Ist- Ergebnis 2018	fortgeschr. HhAns. 2019	Ist- Ergebnis 2019	Differenz Sp. 5 - Sp. 4 2019
1	2	4	5	6	7
		€	€	€	€
15.02.	Siegerlandhalle, Bismarckhalle und sonstige Einrichtungen	- 1.785.897,20	- 2.734.412,00	- 2.251.532,77	482.879,23
15.03.01	Beteiligungen und Eigengesell- schaften	1.385.341,31	1.401.985,00	1.445.910,23	43.925,23
15.03.	Eigengesellschaften und Beteili- gungen	1.385.341,31	1.401.985,00	1.445.910,23	43.925,23
15.04.01	Märkte	6.384,22	- 1.222,00	- 1.942,80	- 720,80
15.04.	Märkte	6.384,22	- 1.222,00	- 1.942,80	- 720,80
<b>15</b>	<b>Wirtschaft und Tourismus</b>	<b>- 1.192.238,85</b>	<b>- 2.192.952,00</b>	<b>- 1.635.487,21</b>	<b>557.464,79</b>
16.01.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen	132.995.223,90	139.726.400,00	140.570.415,69	844.015,69
16.01.02	Sonstige allgemeine Finanzwirt- schaft	- 1.460.936,43	- 1.140.300,00	- 3.082.546,17	- 1.942.246,17
16.01.	Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen	131.534.287,47	138.586.100,00	137.487.869,52	- 1.098.230,48
<b>16</b>	<b>Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>131.534.287,47</b>	<b>138.586.100,00</b>	<b>137.487.869,52</b>	<b>- 1.098.230,48</b>
17.01.01	Stiftungen	1.590,24	16.106,00	15.242,50	- 863,50
17.01.	Stiftungen	1.590,24	16.106,00	15.242,50	- 863,50
<b>17</b>	<b>Stiftungen</b>	<b>1.590,24</b>	<b>16.106,00</b>	<b>15.242,50</b>	<b>- 863,50</b>
<b>Summen</b>	<b>Produktbereiche 01-17</b>	<b>- 6.821.340,55</b>	<b>- 12.371.279,56</b>	<b>- 1.224.059,86</b>	<b>11.147.219,70</b>

Teilfinanzrechnungen						
Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Saldo aus	Ist- Ergebnis 2018	fortgeschr. HhAns. 2019	Ist- Ergebnis 2019	Differenz Sp. 6 - Sp. 5 2019
1	2	3	4	5	6	7
			€	€	€	€
01.01.01	Unterstützung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.185.192,37	- 1.296.053,31	- 1.259.621,48	36.431,83
	politischer Gremien	Investitionstätigkeit	-	- 1.900,00	- 89,00	1.811,00
		Summe	- 1.185.192,37	- 1.297.953,31	- 1.259.710,48	38.242,83
01.01.	Politische Gremien	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.185.192,37	- 1.296.053,31	- 1.259.621,48	36.431,83
		Investitionstätigkeit	-	- 1.900,00	- 89,00	1.811,00
		Summe	- 1.185.192,37	- 1.297.953,31	- 1.259.710,48	38.242,83
01.02.01	Verwaltungsleitung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.259.460,02	- 1.318.657,00	- 1.363.447,83	- 44.790,83
		Investitionstätigkeit	- 11.676,54	- 10.300,00	- 6.838,78	3.461,22
		Summe	- 1.271.136,56	- 1.328.957,00	- 1.370.286,61	- 41.329,61
01.02.	Verwaltungsleitung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.259.460,02	- 1.318.657,00	- 1.363.447,83	- 44.790,83
		Investitionstätigkeit	- 11.676,54	- 10.300,00	- 6.838,78	3.461,22
		Summe	- 1.271.136,56	- 1.328.957,00	- 1.370.286,61	- 41.329,61
01.03.01	Gleichstellung von	lfd. Verwaltungstätigk.	- 144.363,99	- 149.996,00	- 158.242,45	- 8.246,45
	Frau und Mann	Investitionstätigkeit	-	- 200,00	- 632,33	- 432,33
		Summe	- 144.363,99	- 150.196,00	- 158.874,78	- 8.678,78
01.03.	Gleichstellungsstelle	lfd. Verwaltungstätigk.	- 144.363,99	- 149.996,00	- 158.242,45	- 8.246,45
		Investitionstätigkeit	-	- 200,00	- 632,33	- 432,33
		Summe	- 144.363,99	- 150.196,00	- 158.874,78	- 8.678,78
01.04.01	Personalrat	lfd. Verwaltungstätigk.	- 428.953,40	- 441.377,00	- 434.191,53	7.185,47
		Investitionstätigkeit	-	- 100,00	-	100,00
		Summe	- 428.953,40	- 441.477,00	- 434.191,53	7.285,47
01.04.	Personalrat	lfd. Verwaltungstätigk.	- 428.953,40	- 441.377,00	- 434.191,53	7.185,47
		Investitionstätigkeit	-	- 100,00	-	100,00
		Summe	- 428.953,40	- 441.477,00	- 434.191,53	7.285,47
01.05.01	Rechnungsprüfungsamt	lfd. Verwaltungstätigk.	- 804.789,83	- 915.015,00	- 888.810,06	26.204,94
		Investitionstätigkeit	- 378,46	- 1.600,00	- 1.286,49	313,51
		Summe	- 805.168,29	- 916.615,00	- 890.096,55	26.518,45
01.05.	Rechnungsprüfungsamt	lfd. Verwaltungstätigk.	- 804.789,83	- 915.015,00	- 888.810,06	26.204,94
		Investitionstätigkeit	- 378,46	- 1.600,00	- 1.286,49	313,51
		Summe	- 805.168,29	- 916.615,00	- 890.096,55	26.518,45
01.06.01	Finanzmanagement	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.197.280,60	- 1.289.082,00	- 1.160.648,19	128.433,81
		Investitionstätigkeit	- 2.166,85	- 6.000,00	- 2.527,81	3.472,19
		Summe	- 1.199.447,45	- 1.295.082,00	- 1.163.176,00	131.906,00
01.06.02	Zahlungsabwicklung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 2.373.554,83	- 744.400,00	- 571.465,98	172.934,02
		Investitionstätigkeit	- 2.396,65	- 2.250,00	- 2.592,43	- 342,43
		Summe	- 2.375.951,48	- 746.650,00	- 574.058,41	172.591,59
01.06.	Finanzmanagement und	lfd. Verwaltungstätigk.	- 3.570.835,43	- 2.033.482,00	- 1.732.114,17	301.367,83
	Zahlungsabwicklung	Investitionstätigkeit	- 4.563,50	- 8.250,00	- 5.120,24	3.129,76
		Summe	- 3.575.398,93	- 2.041.732,00	- 1.737.234,41	304.497,59

Teilfinanzrechnungen						
Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Saldo aus	Ist- Ergebnis 2018	fortgeschr. HhAns. 2019	Ist- Ergebnis 2019	Differenz Sp. 6 - Sp. 5 2019
1	2	3	4	5	6	7
			€	€	€	€
01.07.01	Steuerverwaltung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 424.972,69	- 429.232,00	- 410.305,41	18.926,59
		Investitionstätigkeit	-	- 1.000,00	- 639,08	360,92
		Summe	- 424.972,69	- 430.232,00	- 410.944,49	19.287,51
01.07.	Steuerverwaltung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 424.972,69	- 429.232,00	- 410.305,41	18.926,59
		Investitionstätigkeit	-	- 1.000,00	- 639,08	360,92
		Summe	- 424.972,69	- 430.232,00	- 410.944,49	19.287,51
01.08.01	Öffentlichkeitsange-	lfd. Verwaltungstätigk.	- 485.199,06	- 496.903,00	- 525.255,49	- 28.352,49
	legenheiten,	Investitionstätigkeit	- 1.084,57	- 1.200,00	- 1.569,17	- 369,17
	Repräsentation	Summe	- 486.283,63	- 498.103,00	- 526.824,66	- 28.721,66
01.08.	Medien- und	lfd. Verwaltungstätigk.	- 485.199,06	- 496.903,00	- 525.255,49	- 28.352,49
	Öffentlichkeitsarbeit	Investitionstätigkeit	- 1.084,57	- 1.200,00	- 1.569,17	- 369,17
		Summe	- 486.283,63	- 498.103,00	- 526.824,66	- 28.721,66
01.09.01	Recht und Versicherungen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.094.859,19	- 1.162.764,00	- 1.101.380,10	61.383,90
		Investitionstätigkeit	- 3.128,32	- 2.000,00	-	2.000,00
		Summe	- 1.097.987,51	- 1.164.764,00	- 1.101.380,10	63.383,90
01.09.	Recht und Versicherungen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.094.859,19	- 1.162.764,00	- 1.101.380,10	61.383,90
		Investitionstätigkeit	- 3.128,32	- 2.000,00	-	2.000,00
		Summe	- 1.097.987,51	- 1.164.764,00	- 1.101.380,10	63.383,90
01.10.01	Personalmanagement	lfd. Verwaltungstätigk.	- 8.663.222,82	- 9.053.071,00	- 11.046.367,49	- 1.993.296,49
		Investitionstätigkeit	- 5.731,02	- 8.200,00	- 10.285,79	- 2.085,79
		Summe	- 8.668.953,84	- 9.061.271,00	- 11.056.653,28	- 1.995.382,28
01.10.	Personalmanagement	lfd. Verwaltungstätigk.	- 8.663.222,82	- 9.053.071,00	- 11.046.367,49	- 1.993.296,49
		Investitionstätigkeit	- 5.731,02	- 8.200,00	- 10.285,79	- 2.085,79
		Summe	- 8.668.953,84	- 9.061.271,00	- 11.056.653,28	- 1.995.382,28
01.11.01	Einrichtungen für die	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.058.474,84	- 1.114.708,00	- 1.133.330,24	- 18.622,24
	gesamte Verwaltung	Investitionstätigkeit	- 56.763,42	- 83.500,00	- 55.531,23	27.968,77
		Summe	- 1.115.238,26	- 1.198.208,00	- 1.188.861,47	9.346,53
01.11.02	KFZ-Werkstatt	lfd. Verwaltungstätigk.	- 632.933,58	- 642.511,00	- 593.418,06	49.092,94
		Investitionstätigkeit	- 16.220,74	- 20.000,00	- 5.132,43	14.867,57
		Summe	- 649.154,32	- 662.511,00	- 598.550,49	63.960,51
01.11.03	Vergaben	lfd. Verwaltungstätigk.	- 320.294,73	- 317.309,00	- 368.050,62	- 50.741,62
		Investitionstätigkeit	-	- 1.500,00	-	1.500,00
		Summe	- 320.294,73	- 318.809,00	- 368.050,62	- 49.241,62
01.11.	Zentrale Dienste	lfd. Verwaltungstätigk.	- 2.011.703,15	- 2.074.528,00	- 2.094.798,92	- 20.270,92
		Investitionstätigkeit	- 72.984,16	- 105.000,00	- 60.663,66	44.336,34
		Summe	- 2.084.687,31	- 2.179.528,00	- 2.155.462,58	24.065,42
01.12.01	Organisationsberatung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 2.711.664,62	- 3.670.140,00	- 3.485.624,32	184.515,68
	und IT-Management	Investitionstätigkeit	- 13.626,44	- 47.200,00	- 68.671,80	- 21.471,80
		Summe	- 2.725.291,06	- 3.717.340,00	- 3.554.296,12	163.043,88

Teilfinanzrechnungen						
Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Saldo aus	Ist- Ergebnis 2018	fortgeschr. HhAns. 2019	Ist- Ergebnis 2019	Differenz Sp. 6 - Sp. 5 2019
1	2	3	4	5	6	7
			€	€	€	€
01.12.	Organisationsberatung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 2.711.664,62	- 3.670.140,00	- 3.485.624,32	184.515,68
	und IT-Management	Investitionstätigkeit	- 13.626,44	- 47.200,00	- 68.671,80	- 21.471,80
		Summe	- 2.725.291,06	- 3.717.340,00	- 3.554.296,12	163.043,88
01.13.01	Beschaffung und	lfd. Verwaltungstätigk.	114.579,23	18.737,00	58.277,42	39.540,42
	Bereitstellung von	Investitionstätigkeit	1.634.822,04	949.800,00	1.060.150,25	110.350,25
	Immobilien	Summe	1.749.401,27	968.537,00	1.118.427,67	149.890,67
01.13.02	Herstellung, Unterhaltung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 6.695.762,88	- 13.460.842,29	- 6.799.583,11	6.661.259,18
	und Abriss von Gebäuden	Investitionstätigkeit	- 2.458.826,82	- 11.716.429,69	- 3.853.789,59	7.862.640,10
	und baulichen Anlagen	Summe	- 9.154.589,70	- 25.177.271,98	- 10.653.372,70	14.523.899,28
01.13.03	Gebäudebetrieb	lfd. Verwaltungstätigk.	- 8.753.292,41	- 9.292.925,00	- 8.801.292,72	491.632,28
		Investitionstätigkeit	- 4.481,74	- 10.900,00	- 8.610,82	2.289,18
		Summe	- 8.757.774,15	- 9.303.825,00	- 8.809.903,54	493.921,46
01.13.	Immobilienmanagement	lfd. Verwaltungstätigk.	- 15.334.476,06	- 22.735.030,29	- 15.542.598,41	7.192.431,88
		Investitionstätigkeit	- 828.486,52	- 10.777.529,69	- 2.802.250,16	7.975.279,53
		Summe	- 16.162.962,58	- 33.512.559,98	- 18.344.848,57	15.167.711,41
<b>01</b>	<b>Innere Verwaltung</b>	<b>lfd. Verwaltungstätigk.</b>	<b>- 38.119.692,63</b>	<b>- 45.776.248,60</b>	<b>- 40.042.757,66</b>	<b>5.733.490,94</b>
		<b>Investitionstätigkeit</b>	<b>- 941.659,53</b>	<b>- 10.964.479,69</b>	<b>- 2.958.046,50</b>	<b>8.006.433,19</b>
		<b>Summe</b>	<b>- 39.061.352,16</b>	<b>- 56.740.728,29</b>	<b>- 43.000.804,16</b>	<b>13.739.924,13</b>
02.01.01	Brandschutz, technische	lfd. Verwaltungstätigk.	- 2.686.205,72	- 2.875.732,00	- 2.918.936,65	- 43.204,65
	Hilfeleistung und	Investitionstätigkeit	17.764,62	- 1.364.033,79	- 727.778,67	636.255,12
	Katastrophenschutz	Summe	- 2.668.441,10	- 4.239.765,79	- 3.646.715,32	593.050,47
02.01.	Brandschutz, technische	lfd. Verwaltungstätigk.	- 2.686.205,72	- 2.875.732,00	- 2.918.936,65	- 43.204,65
	Hilfeleistung und	Investitionstätigkeit	17.764,62	- 1.364.033,79	- 727.778,67	636.255,12
	Katastrophenschutz	Summe	- 2.668.441,10	- 4.239.765,79	- 3.646.715,32	593.050,47
02.02.01	Rettungsdienst und	lfd. Verwaltungstätigk.	1.208.273,35	440.961,00	117.201,39	- 323.759,61
	Krankentransport	Investitionstätigkeit	- 37.541,33	- 762.000,00	- 270.168,06	491.831,94
		Summe	1.170.732,02	- 321.039,00	- 152.966,67	168.072,33
02.02.	Rettungsdienst und	lfd. Verwaltungstätigk.	1.208.273,35	440.961,00	117.201,39	- 323.759,61
	Krankentransport	Investitionstätigkeit	- 37.541,33	- 762.000,00	- 270.168,06	491.831,94
		Summe	1.170.732,02	- 321.039,00	- 152.966,67	168.072,33
02.03.01	Statistik	lfd. Verwaltungstätigk.	- 246.823,99	- 267.548,00	- 217.073,38	50.474,62
		Investitionstätigkeit	- 297,38	- 100,00	- 641,41	- 541,41
		Summe	- 247.121,37	- 267.648,00	- 217.714,79	49.933,21
02.03.02	Wahlen	lfd. Verwaltungstätigk.	69.064,83	- 9.043,00	- 86.589,48	- 77.546,48
		Investitionstätigkeit	-	- 6.500,00	-	6.500,00
		Summe	69.064,83	- 15.543,00	- 86.589,48	- 71.046,48
02.03.	Statistik und Wahlen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 177.759,16	- 276.591,00	- 303.662,86	- 27.071,86
		Investitionstätigkeit	- 297,38	- 6.600,00	- 641,41	5.958,59
		Summe	- 178.056,54	- 283.191,00	- 304.304,27	- 21.113,27

Teilfinanzrechnungen						
Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Saldo aus	Ist- Ergebnis 2018	fortgeschr. HhAns. 2019	Ist- Ergebnis 2019	Differenz Sp. 6 - Sp. 5 2019
1	2	3	4	5	6	7
			€	€	€	€
02.04.01	Allgemeine	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.008.702,93	- 1.076.276,00	- 892.427,91	183.848,09
	Gefahrenabwehr	Investitionstätigkeit	- 9.633,12	- 51.300,00	- 16.901,49	34.398,51
		Summe	- 1.018.336,05	- 1.127.576,00	- 909.329,40	218.246,60
02.04.02	Gewerbeangelegenheiten	lfd. Verwaltungstätigk.	- 405.837,75	- 481.138,00	- 440.484,97	40.653,03
		Investitionstätigkeit	- 546,95	- 22.700,00	- 16.008,12	6.691,88
		Summe	- 406.384,70	- 503.838,00	- 456.493,09	47.344,91
02.04.03	Verkehrsüberwachung	lfd. Verwaltungstätigk.	12.914,03	- 10.155,00	102.214,64	112.369,64
		Investitionstätigkeit	- 14.493,94	- 96.900,00	- 11.160,82	85.739,18
		Summe	- 1.579,91	- 107.055,00	91.053,82	198.108,82
02.04.	Ordnungsangelegenheiten	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.401.626,65	- 1.567.569,00	- 1.230.698,24	336.870,76
		Investitionstätigkeit	- 24.674,01	- 170.900,00	- 44.070,43	126.829,57
		Summe	- 1.426.300,66	- 1.738.469,00	- 1.274.768,67	463.700,33
02.05.01	Einwohnerwesen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 923.225,33	- 885.630,00	- 759.158,59	126.471,41
		Investitionstätigkeit	- 386,18	- 27.000,00	1.613,44	28.613,44
		Summe	- 923.611,51	- 912.630,00	- 757.545,15	155.084,85
02.05.02	Personenstandswesen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 267.340,53	- 320.808,00	- 366.010,33	- 45.202,33
		Investitionstätigkeit	- 8.016,05	- 56.961,41	- 37.096,90	19.864,51
		Summe	- 275.356,58	- 377.769,41	- 403.107,23	- 25.337,82
02.05.03	Aufenthaltsregelung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 869.201,52	- 1.002.167,00	- 846.030,09	156.136,91
	von Ausländern	Investitionstätigkeit	- 6.531,33	- 17.000,00	- 2.601,71	14.398,29
		Summe	- 875.732,85	- 1.019.167,00	- 848.631,80	170.535,20
02.05.	Einwohner- und Personen-	lfd. Verwaltungstätigk.	- 2.059.767,38	- 2.208.605,00	- 1.971.199,01	237.405,99
	standswesen, Aufenthalts-	Investitionstätigkeit	- 14.933,56	- 100.961,41	- 38.085,17	62.876,24
	regelung von Ausländern	Summe	- 2.074.700,94	- 2.309.566,41	- 2.009.284,18	300.282,23
<b>02</b>	<b>Sicherheit und</b>	<b>lfd. Verwaltungstätigk.</b>	<b>- 5.117.085,56</b>	<b>- 6.487.536,00</b>	<b>- 6.307.295,37</b>	<b>180.240,63</b>
	<b>Ordnung</b>	<b>Investitionstätigkeit</b>	<b>- 59.681,66</b>	<b>- 2.404.495,20</b>	<b>- 1.080.743,74</b>	<b>1.323.751,46</b>
		<b>Summe</b>	<b>- 5.176.767,22</b>	<b>- 8.892.031,20</b>	<b>- 7.388.039,11</b>	<b>1.503.992,09</b>
03.01.01	Schulmanagement und	lfd. Verwaltungstätigk.	- 266.008,88	- 304.568,00	- 251.941,30	52.626,70
	-organisation	Investitionstätigkeit	- 1.498,57	- 3.000,00	- 806,25	2.193,75
		Summe	- 267.507,45	- 307.568,00	- 252.747,55	54.820,45
03.01.02	Grundschulen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.990.722,65	- 2.625.564,60	- 1.981.305,18	644.259,42
		Investitionstätigkeit	- 148.343,57	- 181.900,00	- 113.497,36	68.402,64
		Summe	- 2.139.066,22	- 2.807.464,60	- 2.094.802,54	712.662,06
03.01.03	Hauptschulen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 447.195,53	- 624.557,86	- 316.286,54	308.271,32
		Investitionstätigkeit	- 21.548,38	- 49.100,00	- 15.185,08	33.914,92
		Summe	- 468.743,91	- 673.657,86	- 331.471,62	342.186,24
03.01.04	Realschulen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 603.698,01	- 677.618,10	- 464.002,64	213.615,46
		Investitionstätigkeit	- 37.059,82	- 99.950,00	- 49.836,25	50.113,75
		Summe	- 640.757,83	- 777.568,10	- 513.838,89	263.729,21

Teilfinanzrechnungen						
Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Saldo aus	Ist- Ergebnis 2018	fortgeschr. HhAns. 2019	Ist- Ergebnis 2019	Differenz Sp. 6 - Sp. 5 2019
1	2	3	4	5	6	7
			€	€	€	€
03.01.05	Weiterbildungskolleg	lfd. Verwaltungstätigk.	- 24.611,17	- 103.829,00	- 23.030,72	80.798,28
		Investitionstätigkeit	- 8.485,29	- 68.350,00	- 37.566,63	30.783,37
		Summe	- 33.096,46	- 172.179,00	- 60.597,35	111.581,65
03.01.06	Gymnasien	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.341.436,37	- 1.487.424,01	- 1.214.274,07	273.149,94
		Investitionstätigkeit	- 87.245,28	- 167.050,00	- 85.519,22	81.530,78
		Summe	- 1.428.681,65	- 1.654.474,01	- 1.299.793,29	354.680,72
03.01.07	Förderschulen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 333.076,18	- 301.073,78	- 321.436,55	- 20.362,77
		Investitionstätigkeit	- 3.585,06	- 17.100,00	- 74.673,83	- 57.573,83
		Summe	- 336.661,24	- 318.173,78	- 396.110,38	- 77.936,60
03.01.08	Gesamtschulen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.960.632,48	- 2.110.337,46	- 1.930.174,92	180.162,54
		Investitionstätigkeit	- 152.707,98	- 248.650,00	- 107.825,87	140.824,13
		Summe	- 2.113.340,46	- 2.358.987,46	- 2.038.000,79	320.986,67
03.01.	Schulverwaltung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 6.967.381,27	- 8.234.972,81	- 6.502.451,92	1.732.520,89
		Investitionstätigkeit	- 460.473,95	- 835.100,00	- 484.910,49	350.189,51
		Summe	- 7.427.855,22	- 9.070.072,81	- 6.987.362,41	2.082.710,40
<b>03</b>	<b>Schulträgeraufgaben</b>	<b>lfd. Verwaltungstätigk.</b>	<b>- 6.967.381,27</b>	<b>- 8.234.972,81</b>	<b>- 6.502.451,92</b>	<b>1.732.520,89</b>
		<b>Investitionstätigkeit</b>	<b>- 460.473,95</b>	<b>- 835.100,00</b>	<b>- 484.910,49</b>	<b>350.189,51</b>
		<b>Summe</b>	<b>- 7.427.855,22</b>	<b>- 9.070.072,81</b>	<b>- 6.987.362,41</b>	<b>2.082.710,40</b>
04.01.01	Kulturveranstaltungen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 542.792,05	- 576.221,00	- 609.535,24	- 33.314,24
	und Kulturförderung	Investitionstätigkeit	- 15.555,25	- 40.100,00	- 28.020,23	12.079,77
		Summe	- 558.347,30	- 616.321,00	- 637.555,47	- 21.234,47
04.01.	Kultur	lfd. Verwaltungstätigk.	- 542.792,05	- 576.221,00	- 609.535,24	- 33.314,24
		Investitionstätigkeit	- 15.555,25	- 40.100,00	- 28.020,23	12.079,77
		Summe	- 558.347,30	- 616.321,00	- 637.555,47	- 21.234,47
04.02.01	Stadtarchiv	lfd. Verwaltungstätigk.	- 391.836,94	- 408.833,00	- 379.249,89	29.583,11
		Investitionstätigkeit	- 1.194,85	- 15.500,00	- 13.767,12	1.732,88
		Summe	- 393.031,79	- 424.333,00	- 393.017,01	31.315,99
04.02.	Archiv	lfd. Verwaltungstätigk.	- 391.836,94	- 408.833,00	- 379.249,89	29.583,11
		Investitionstätigkeit	- 1.194,85	- 15.500,00	- 13.767,12	1.732,88
		Summe	- 393.031,79	- 424.333,00	- 393.017,01	31.315,99
04.03.01	Stadtbibliothek	lfd. Verwaltungstätigk.	- 798.230,14	- 846.744,00	- 791.501,18	55.242,82
		Investitionstätigkeit	- 38.254,98	- 21.010,00	- 6.560,41	14.449,59
		Summe	- 836.485,12	- 867.754,00	- 798.061,59	69.692,41
04.03.	Bibliothekswesen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 798.230,14	- 846.744,00	- 791.501,18	55.242,82
		Investitionstätigkeit	- 38.254,98	- 21.010,00	- 6.560,41	14.449,59
		Summe	- 836.485,12	- 867.754,00	- 798.061,59	69.692,41
04.04.01	Volkshochschule	lfd. Verwaltungstätigk.	- 325.740,39	- 216.468,00	- 273.999,47	- 57.531,47
		Investitionstätigkeit	- 2.395,95	- 20.000,00	- 28.860,46	- 8.860,46
		Summe	- 328.136,34	- 236.468,00	- 302.859,93	- 66.391,93

Teilfinanzrechnungen						
Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Saldo aus	Ist- Ergebnis 2018	fortgeschr. HhAns. 2019	Ist- Ergebnis 2019	Differenz Sp. 6 - Sp. 5 2019
1	2	3	4	5	6	7
			€	€	€	€
04.04.	Volkshochschule	lfd. Verwaltungstätigk.	- 325.740,39	- 216.468,00	- 273.999,47	- 57.531,47
		Investitionstätigkeit	- 2.395,95	- 20.000,00	- 28.860,46	- 8.860,46
		Summe	- 328.136,34	- 236.468,00	- 302.859,93	- 66.391,93
04.05.01	Museum	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.085.862,55	- 1.151.527,00	- 1.072.196,05	79.330,95
		Investitionstätigkeit	- 54.292,96	- 26.600,00	- 25.724,57	875,43
		Summe	- 1.140.155,51	- 1.178.127,00	- 1.097.920,62	80.206,38
04.05.	Museum	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.085.862,55	- 1.151.527,00	- 1.072.196,05	79.330,95
		Investitionstätigkeit	- 54.292,96	- 26.600,00	- 25.724,57	875,43
		Summe	- 1.140.155,51	- 1.178.127,00	- 1.097.920,62	80.206,38
04.06.01	Musikschule	lfd. Verwaltungstätigk.	- 963.826,39	- 861.205,00	- 1.009.103,12	- 147.898,12
		Investitionstätigkeit	- 11.980,82	- 27.600,00	- 27.746,82	- 146,82
		Summe	- 975.807,21	- 888.805,00	- 1.036.849,94	- 148.044,94
04.06.	Musikschule	lfd. Verwaltungstätigk.	- 963.826,39	- 861.205,00	- 1.009.103,12	- 147.898,12
		Investitionstätigkeit	- 11.980,82	- 27.600,00	- 27.746,82	- 146,82
		Summe	- 975.807,21	- 888.805,00	- 1.036.849,94	- 148.044,94
04.07.01	Apollo Theater	lfd. Verwaltungstätigk.	- 325.757,67	- 336.900,00	- 366.526,35	- 29.626,35
		Investitionstätigkeit	- 64.784,06	- 355.000,00	- 215.589,06	139.410,94
		Summe	- 390.541,73	- 691.900,00	- 582.115,41	109.784,59
04.07.	Apollo Theater	lfd. Verwaltungstätigk.	- 325.757,67	- 336.900,00	- 366.526,35	- 29.626,35
		Investitionstätigkeit	- 64.784,06	- 355.000,00	- 215.589,06	139.410,94
		Summe	- 390.541,73	- 691.900,00	- 582.115,41	109.784,59
<b>04</b>	<b>Kultur und</b>	<b>lfd. Verwaltungstätigk.</b>	<b>- 4.434.046,13</b>	<b>- 4.397.898,00</b>	<b>- 4.502.111,30</b>	<b>- 104.213,30</b>
	<b>Wissenschaft</b>	<b>Investitionstätigkeit</b>	<b>- 188.458,87</b>	<b>- 505.810,00</b>	<b>- 346.268,67</b>	<b>159.541,33</b>
		<b>Summe</b>	<b>- 4.622.505,00</b>	<b>- 4.903.708,00</b>	<b>- 4.848.379,97</b>	<b>55.328,03</b>
05.01.01	Soziale Hilfen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 882.062,71	- 926.183,00	- 1.148.328,89	- 222.145,89
		Investitionstätigkeit	- 3.325,36	- 400,00	- 6.917,91	- 6.517,91
		Summe	- 885.388,07	- 926.583,00	- 1.155.246,80	- 228.663,80
05.01.02	Hilfen nach dem	lfd. Verwaltungstätigk.	- 2.399.697,65	- 1.381.278,00	173.968,99	1.555.246,99
	AsylbLG	Investitionstätigkeit	- 12.828,64	- 37.300,00	- 9.008,94	28.291,06
		Summe	- 2.412.526,29	- 1.418.578,00	164.960,05	1.583.538,05
05.01.03	Sonstige soziale	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.741.730,96	- 2.096.872,84	- 1.937.488,10	159.384,74
	Angelegenheiten	Investitionstätigkeit	- 3.613,63	- 2.700,00	- 268,45	2.431,55
		Summe	- 1.745.344,59	- 2.099.572,84	- 1.937.756,55	161.816,29
05.01.04	Grundsicherung für	lfd. Verwaltungstätigk.	120.212,15	5.922,00	- 228.217,77	- 234.139,77
	Arbeitssuchende	Investitionstätigkeit	-	-	-	-
		Summe	120.212,15	5.922,00	- 228.217,77	- 234.139,77
05.01.05	Amtsvormundschaften/-	lfd. Verwaltungstätigk.	- 928.166,17	- 1.509.565,00	- 724.041,84	785.523,16
	pflegschaften, Beistand-	Investitionstätigkeit	- 1.422,36	- 1.400,00	- 554,36	845,64
	schaften, Unterhaltsvorsch.	Summe	- 929.588,53	- 1.510.965,00	- 724.596,20	786.368,80



Teilfinanzrechnungen						
Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Saldo aus	Ist- Ergebnis 2018	fortgeschr. HhAns. 2019	Ist- Ergebnis 2019	Differenz Sp. 6 - Sp. 5 2019
1	2	3	4	5	6	7
			€	€	€	€
05.01.	Hilfen bei Einkommens-	lfd. Verwaltungstätigk.	- 5.831.445,34	- 5.907.976,84	- 3.864.107,61	2.043.869,23
	defiziten, Unterstützungs-	Investitionstätigkeit	- 21.189,99	- 41.800,00	- 16.749,66	25.050,34
	leistungen, Beratungen	Summe	- 5.852.635,33	- 5.949.776,84	- 3.880.857,27	2.068.919,57
<b>05</b>	<b>Soziale Hilfen</b>	<b>lfd. Verwaltungstätigk.</b>	<b>- 5.831.445,34</b>	<b>- 5.907.976,84</b>	<b>- 3.864.107,61</b>	<b>2.043.869,23</b>
		<b>Investitionstätigkeit</b>	<b>- 21.189,99</b>	<b>- 41.800,00</b>	<b>- 16.749,66</b>	<b>25.050,34</b>
		<b>Summe</b>	<b>- 5.852.635,33</b>	<b>- 5.949.776,84</b>	<b>- 3.880.857,27</b>	<b>2.068.919,57</b>
06.01.01	Hilfe für junge	lfd. Verwaltungstätigk.	- 21.676.536,32	- 21.035.439,00	- 21.906.967,68	- 871.528,68
	Menschen und ihre	Investitionstätigkeit	- 3.673,36	- 1.200,00	109,01	1.309,01
	Familien	Summe	- 21.680.209,68	- 21.036.639,00	- 21.906.858,67	- 870.219,67
06.01.	Hilfen für Kinder,	lfd. Verwaltungstätigk.	- 21.676.536,32	- 21.035.439,00	- 21.906.967,68	- 871.528,68
	Jugendliche und	Investitionstätigkeit	- 3.673,36	- 1.200,00	109,01	1.309,01
	Familien	Summe	- 21.680.209,68	- 21.036.639,00	- 21.906.858,67	- 870.219,67
06.02.01	Tageseinrichtungen für	lfd. Verwaltungstätigk.	- 14.214.192,23	- 15.145.052,84	- 14.399.436,23	745.616,61
	Kinder	Investitionstätigkeit	- 211.052,22	- 549.694,31	41.886,64	591.580,95
		Summe	- 14.425.244,45	- 15.694.747,15	- 14.357.549,59	1.337.197,56
06.02.02	Frühe Hilfen für	lfd. Verwaltungstätigk.	- 2.955.890,72	- 3.130.661,00	- 3.196.529,18	- 65.868,18
	Familien	Investitionstätigkeit	- 2.869,82	- 13.900,00	- 3.405,12	10.494,88
		Summe	- 2.958.760,54	- 3.144.561,00	- 3.199.934,30	- 55.373,30
06.02.	Tagesbetreuung von	lfd. Verwaltungstätigk.	- 17.170.082,95	- 18.275.713,84	- 17.595.965,41	679.748,43
	Kindern	Investitionstätigkeit	- 213.922,04	- 563.594,31	38.481,52	602.075,83
		Summe	- 17.384.004,99	- 18.839.308,15	- 17.557.483,89	1.281.824,26
06.03.01	Förderung von Kindern	lfd. Verwaltungstätigk.	- 2.589.236,52	- 3.122.102,34	- 3.005.596,79	116.505,55
	und Jugendlichen in und	Investitionstätigkeit	- 5.492,86	- 17.300,00	- 22.651,43	- 5.351,43
	außerh. von Einrichtungen	Summe	- 2.594.729,38	- 3.139.402,34	- 3.028.248,22	111.154,12
06.03.02	Kinder- und	lfd. Verwaltungstätigk.	- 290.764,64	- 275.370,00	- 251.649,42	23.720,58
	Jugendschutz	Investitionstätigkeit	- 887,00	- 3.200,00	-	3.200,00
		Summe	- 291.651,64	- 278.570,00	- 251.649,42	26.920,58
06.03.	Kinder- und	lfd. Verwaltungstätigk.	- 2.880.001,16	- 3.397.472,34	- 3.257.246,21	140.226,13
	Jugendarbeit	Investitionstätigkeit	- 6.379,86	- 20.500,00	- 22.651,43	- 2.151,43
		Summe	- 2.886.381,02	- 3.417.972,34	- 3.279.897,64	138.074,70
<b>06</b>	<b>Kinder-, Jugend- und</b>	<b>lfd. Verwaltungstätigk.</b>	<b>- 41.726.620,43</b>	<b>- 42.708.625,18</b>	<b>- 42.760.179,30</b>	<b>- 51.554,12</b>
	<b>Familienhilfe</b>	<b>Investitionstätigkeit</b>	<b>- 223.975,26</b>	<b>- 585.294,31</b>	<b>15.939,10</b>	<b>601.233,41</b>
		<b>Summe</b>	<b>- 41.950.595,69</b>	<b>- 43.293.919,49</b>	<b>- 42.744.240,20</b>	<b>549.679,29</b>
<b>07</b>	<b>Gesundheitsdienste</b>	<b>lfd. Verwaltungstätigk.</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
		<b>Investitionstätigkeit</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
		<b>Summe</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
08.01.01	Förderung des Breiten-	lfd. Verwaltungstätigk.	- 71.476,45	- 141.201,00	- 73.583,12	67.617,88
	und Leistungssports	Investitionstätigkeit	-	- 1.400,00	-	1.400,00
		Summe	- 71.476,45	- 142.601,00	- 73.583,12	69.017,88

Teilfinanzrechnungen						
Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Saldo aus	Ist- Ergebnis 2018	fortgeschr. HhAns. 2019	Ist- Ergebnis 2019	Differenz Sp. 6 - Sp. 5 2019
1	2	3	4	5	6	7
			€	€	€	€
08.01.	Breiten- und	lfd. Verwaltungstätigk.	- 71.476,45	- 141.201,00	- 73.583,12	67.617,88
	Leistungssport	Investitionstätigkeit	-	- 1.400,00	-	1.400,00
		Summe	- 71.476,45	- 142.601,00	- 73.583,12	69.017,88
08.02.01	Stadien und	lfd. Verwaltungstätigk.	- 731.417,16	- 794.780,00	- 650.142,15	144.637,85
	Sportplätze	Investitionstätigkeit	- 222.738,30	- 394.743,31	- 264.514,23	130.229,08
		Summe	- 954.155,46	- 1.189.523,31	- 914.656,38	274.866,93
08.02.	Stadien und	lfd. Verwaltungstätigk.	- 731.417,16	- 794.780,00	- 650.142,15	144.637,85
	Sportplätze	Investitionstätigkeit	- 222.738,30	- 394.743,31	- 264.514,23	130.229,08
		Summe	- 954.155,46	- 1.189.523,31	- 914.656,38	274.866,93
08.03.01	Hallenbäder	lfd. Verwaltungstätigk.	983.616,40	1.294.771,00	1.503.623,89	208.852,89
		Investitionstätigkeit	- 11.148,74	- 19.000,00	- 5.411,48	13.588,52
		Summe	972.467,66	1.275.771,00	1.498.212,41	222.441,41
08.03.02	Freibäder	lfd. Verwaltungstätigk.	- 298.276,49	- 516.319,00	- 391.123,82	125.195,18
		Investitionstätigkeit	- 12.483,42	- 13.600,00	- 20.215,33	- 6.615,33
		Summe	- 310.759,91	- 529.919,00	- 411.339,15	118.579,85
08.03.	Hallen- und Freibäder	lfd. Verwaltungstätigk.	685.339,91	778.452,00	1.112.500,07	334.048,07
		Investitionstätigkeit	- 23.632,16	- 32.600,00	- 25.626,81	6.973,19
		Summe	661.707,75	745.852,00	1.086.873,26	341.021,26
<b>08</b>	<b>Sportförderung</b>	<b>lfd. Verwaltungstätigk.</b>	<b>- 117.553,70</b>	<b>- 157.529,00</b>	<b>388.774,80</b>	<b>546.303,80</b>
		<b>Investitionstätigkeit</b>	<b>- 246.370,46</b>	<b>- 428.743,31</b>	<b>- 290.141,04</b>	<b>138.602,27</b>
		<b>Summe</b>	<b>- 363.924,16</b>	<b>- 586.272,31</b>	<b>98.633,76</b>	<b>684.906,07</b>
09.01.01	Vermessung und	lfd. Verwaltungstätigk.	- 964.020,66	- 1.081.326,00	- 924.144,62	157.181,38
	Geodaten	Investitionstätigkeit	- 5.294,48	- 3.200,00	- 14.021,98	- 10.821,98
		Summe	- 969.315,14	- 1.084.526,00	- 938.166,60	146.359,40
09.01.	Vermessung und	lfd. Verwaltungstätigk.	- 964.020,66	- 1.081.326,00	- 924.144,62	157.181,38
	Geodaten	Investitionstätigkeit	- 5.294,48	- 3.200,00	- 14.021,98	- 10.821,98
		Summe	- 969.315,14	- 1.084.526,00	- 938.166,60	146.359,40
09.02.01	Stadtentwicklung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 548.897,75	- 1.766.396,00	- 210.018,09	1.556.377,91
		Investitionstätigkeit	- 1.117.807,26	- 4.652.936,66	- 211.079,89	4.441.856,77
		Summe	- 1.666.705,01	- 6.419.332,66	- 421.097,98	5.998.234,68
09.02.03	Flächennutzungs-	lfd. Verwaltungstätigk.	- 195.250,11	- 242.926,00	- 227.108,58	15.817,42
	planung	Investitionstätigkeit	- 378,46	- 6.000,00	- 4.792,36	1.207,64
		Summe	- 195.628,57	- 248.926,00	- 231.900,94	17.025,06
09.02.04	Baugebietsplanung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 448.352,39	- 608.664,00	- 318.811,41	289.852,59
		Investitionstätigkeit	- 1.996,04	- 16.100,00	- 12.825,15	3.274,85
		Summe	- 450.348,43	- 624.764,00	- 331.636,56	293.127,44
09.02.05	Verkehrsplanung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 426.667,74	- 678.808,00	- 493.065,89	185.742,11
		Investitionstätigkeit	-	- 20.100,00	- 903,81	19.196,19
		Summe	- 426.667,74	- 698.908,00	- 493.969,70	204.938,30

Teilfinanzrechnungen						
Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Saldo aus	Ist- Ergebnis 2018	fortgeschr. HhAns. 2019	Ist- Ergebnis 2019	Differenz Sp. 6 - Sp. 5 2019
1	2	3	4	5	6	7
			€	€	€	€
09.02.	Räumliche Planung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.619.167,99	- 3.296.794,00	- 1.249.003,97	2.047.790,03
	und Entwicklung	Investitionstätigkeit	- 1.120.181,76	- 4.695.136,66	- 229.601,21	4.465.535,45
		Summe	- 2.739.349,75	- 7.991.930,66	- 1.478.605,18	6.513.325,48
09.03.01	Grundstücksneuord-	lfd. Verwaltungstätigk.	- 278.646,59	- 188.426,00	- 252.782,33	- 64.356,33
	nung und	Investitionstätigkeit	-	-	-	-
	-wertermittlung	Summe	- 278.646,59	- 188.426,00	- 252.782,33	- 64.356,33
09.03.	Grundstücksneuord-	lfd. Verwaltungstätigk.	- 278.646,59	- 188.426,00	- 252.782,33	- 64.356,33
	nung und	Investitionstätigkeit	-	-	-	-
	-wertermittlung	Summe	- 278.646,59	- 188.426,00	- 252.782,33	- 64.356,33
<b>09</b>	<b>Räumliche Planung</b>	<b>lfd. Verwaltungstätigk.</b>	<b>- 2.861.835,24</b>	<b>- 4.566.546,00</b>	<b>- 2.425.930,92</b>	<b>2.140.615,08</b>
	<b>und Entwicklung,</b>	<b>Investitionstätigkeit</b>	<b>- 1.125.476,24</b>	<b>- 4.698.336,66</b>	<b>- 243.623,19</b>	<b>4.454.713,47</b>
	<b>Geoinformationen</b>	<b>Summe</b>	<b>- 3.987.311,48</b>	<b>- 9.264.882,66</b>	<b>- 2.669.554,11</b>	<b>6.595.328,55</b>
10.01.01	Wohnraumförderung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 914.498,30	- 1.117.611,00	- 945.994,54	171.616,46
	und -sicherung	Investitionstätigkeit	- 320,70	- 700,00	-	700,00
		Summe	- 914.819,00	- 1.118.311,00	- 945.994,54	172.316,46
10.01.	Soziales Wohnen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 914.498,30	- 1.117.611,00	- 945.994,54	171.616,46
		Investitionstätigkeit	- 320,70	- 700,00	-	700,00
		Summe	- 914.819,00	- 1.118.311,00	- 945.994,54	172.316,46
10.02.01	Baugenehmigung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 138.942,67	- 381.116,00	- 93.017,76	288.098,24
	und -überwachung	Investitionstätigkeit	- 904,28	- 3.700,00	- 1.769,53	1.930,47
		Summe	- 139.846,95	- 384.816,00	- 94.787,29	290.028,71
10.02.	Bauaufsicht	lfd. Verwaltungstätigk.	- 138.942,67	- 381.116,00	- 93.017,76	288.098,24
		Investitionstätigkeit	- 904,28	- 3.700,00	- 1.769,53	1.930,47
		Summe	- 139.846,95	- 384.816,00	- 94.787,29	290.028,71
10.03.01	Denkmalschutz	lfd. Verwaltungstätigk.	- 103.317,95	- 125.095,00	- 99.286,97	25.808,03
	und -pflege	Investitionstätigkeit	-	- 334.000,00	- 59.114,54	274.885,46
		Summe	- 103.317,95	- 459.095,00	- 158.401,51	300.693,49
10.03.	Denkmalschutz	lfd. Verwaltungstätigk.	- 103.317,95	- 125.095,00	- 99.286,97	25.808,03
	und -pflege	Investitionstätigkeit	-	- 334.000,00	- 59.114,54	274.885,46
		Summe	- 103.317,95	- 459.095,00	- 158.401,51	300.693,49
<b>10</b>	<b>Bauen und Wohnen</b>	<b>lfd. Verwaltungstätigk.</b>	<b>- 1.156.758,92</b>	<b>- 1.623.822,00</b>	<b>- 1.138.299,27</b>	<b>485.522,73</b>
		<b>Investitionstätigkeit</b>	<b>- 1.224,98</b>	<b>- 338.400,00</b>	<b>- 60.884,07</b>	<b>277.515,93</b>
		<b>Summe</b>	<b>- 1.157.983,90</b>	<b>- 1.962.222,00</b>	<b>- 1.199.183,34</b>	<b>763.038,66</b>
11.01.01	Abfallentsorgung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 240.346,23	- 74.228,00	222.934,67	297.162,67
		Investitionstätigkeit	- 18.537,06	- 426.300,00	- 130.731,39	295.568,61
		Summe	- 258.883,29	- 500.528,00	92.203,28	592.731,28
11.01.	Abfallentsorgung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 240.346,23	- 74.228,00	222.934,67	297.162,67
		Investitionstätigkeit	- 18.537,06	- 426.300,00	- 130.731,39	295.568,61
		Summe	- 258.883,29	- 500.528,00	92.203,28	592.731,28

Teilfinanzrechnungen						
Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Saldo aus	Ist- Ergebnis 2018	fortgeschr. HhAns. 2019	Ist- Ergebnis 2019	Differenz Sp. 6 - Sp. 5 2019
1	2	3	4	5	6	7
			€	€	€	€
<b>11</b>	<b>Ver- und Entsorgung</b>	<b>lfd. Verwaltungstätigk.</b>	- 240.346,23	- 74.228,00	222.934,67	297.162,67
		<b>Investitionstätigkeit</b>	- 18.537,06	- 426.300,00	- 130.731,39	295.568,61
		<b>Summe</b>	- 258.883,29	- 500.528,00	92.203,28	592.731,28
12.01.01	Verwaltung	lfd. Verwaltungstätigk.	15.571,52	- 139.810,00	- 76.209,85	63.600,15
	öffentlicher	Investitionstätigkeit	- 284.210,12	- 573.800,00	- 137.749,73	436.050,27
	Verkehrsflächen	Summe	- 268.638,60	- 713.610,00	- 213.959,58	499.650,42
12.01.	Straße und Verkehr	lfd. Verwaltungstätigk.	15.571,52	- 139.810,00	- 76.209,85	63.600,15
		Investitionstätigkeit	- 284.210,12	- 573.800,00	- 137.749,73	436.050,27
		Summe	- 268.638,60	- 713.610,00	- 213.959,58	499.650,42
12.02.01	Gemeindestraßen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 9.702.973,11	- 11.703.550,00	- 9.569.002,79	2.134.547,21
		Investitionstätigkeit	- 556.614,69	- 9.955.337,16	- 3.722.558,17	6.232.778,99
		Summe	- 10.259.587,80	- 21.658.887,16	- 13.291.560,96	8.367.326,20
12.02.02	Kreisstraßen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 123.400,74	- 283.600,00	- 144.530,36	139.069,64
		Investitionstätigkeit	- 82.328,88	- 280.000,00	119,81	280.119,81
		Summe	- 205.729,62	- 563.600,00	- 144.410,55	419.189,45
12.02.03	Landesstraßen	lfd. Verwaltungstätigk.	218.722,73	- 1.491.401,57	- 1.333.673,84	157.727,73
		Investitionstätigkeit	77.601,65	- 1.786.570,00	- 497.030,90	1.289.539,10
		Summe	296.324,38	- 3.277.971,57	- 1.830.704,74	1.447.266,83
12.02.04	Bundesstraßen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 160.383,25	- 269.283,00	- 123.422,32	145.860,68
		Investitionstätigkeit	- 1.087,31	- 896.000,00	452.588,69	1.348.588,69
		Summe	- 161.470,56	- 1.165.283,00	329.166,37	1.494.449,37
12.02.	Neu-, Ausbau und	lfd. Verwaltungstätigk.	- 9.768.034,37	- 13.747.834,57	- 11.170.629,31	2.577.205,26
	Unterhaltung städtischer	Investitionstätigkeit	- 562.429,23	- 12.917.907,16	- 3.766.880,57	9.151.026,59
	Verkehrsflächen [...]	Summe	- 10.330.463,60	- 26.665.741,73	- 14.937.509,88	11.728.231,85
12.03.01	Straßenreinigung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.599.469,53	- 1.367.103,00	- 1.244.515,90	122.587,10
		Investitionstätigkeit	- 595.520,26	- 391.385,32	- 584.134,70	- 192.749,38
		Summe	- 2.194.989,79	- 1.758.488,32	- 1.828.650,60	- 70.162,28
12.03.	Straßenreinigung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.599.469,53	- 1.367.103,00	- 1.244.515,90	122.587,10
		Investitionstätigkeit	- 595.520,26	- 391.385,32	- 584.134,70	- 192.749,38
		Summe	- 2.194.989,79	- 1.758.488,32	- 1.828.650,60	- 70.162,28
<b>12</b>	<b>Verkehrsflächen und</b>	<b>lfd. Verwaltungstätigk.</b>	- 11.351.932,38	- 15.254.747,57	- 12.491.355,06	2.763.392,51
	<b>-anlagen, ÖPNV</b>	<b>Investitionstätigkeit</b>	- 1.442.159,61	- 13.883.092,48	- 4.488.765,00	9.394.327,48
		<b>Summe</b>	- 12.794.091,99	- 29.137.840,05	- 16.980.120,06	12.157.719,99
13.01.01	Herstellung und Pflege	lfd. Verwaltungstätigk.	- 5.010.521,84	- 5.298.322,00	- 5.323.863,93	- 25.541,93
	von Grünanlagen	Investitionstätigkeit	- 214.701,80	- 514.000,00	- 386.737,86	127.262,14
		Summe	- 5.225.223,64	- 5.812.322,00	- 5.710.601,79	101.720,21
13.01.	Öffentliches Grün	lfd. Verwaltungstätigk.	- 5.010.521,84	- 5.298.322,00	- 5.323.863,93	- 25.541,93
		Investitionstätigkeit	- 214.701,80	- 514.000,00	- 386.737,86	127.262,14
		Summe	- 5.225.223,64	- 5.812.322,00	- 5.710.601,79	101.720,21

Teilfinanzrechnungen						
Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Saldo aus	Ist- Ergebnis 2018	fortgeschr. HhAns. 2019	Ist- Ergebnis 2019	Differenz Sp. 6 - Sp. 5 2019
1	2	3	4	5	6	7
			€	€	€	€
13.02.01	Naturschutz und	lfd. Verwaltungstätigk.	- 81.667,38	- 96.803,00	- 85.970,65	10.832,35
	Landschaftspflege	Investitionstätigkeit	-	- 3.700,00	- 719,71	2.980,29
		Summe	- 81.667,38	- 100.503,00	- 86.690,36	13.812,64
13.02.02	Städtische Wald- und	lfd. Verwaltungstätigk.	- 328.532,64	- 236.553,00	- 168.525,21	68.027,79
	Forstflächen	Investitionstätigkeit	- 24.261,15	- 151.600,00	- 129.697,49	21.902,51
		Summe	- 352.793,79	- 388.153,00	- 298.222,70	89.930,30
13.02.03	Wasserläufe	lfd. Verwaltungstätigk.	- 554.771,58	- 804.900,00	- 480.934,00	323.966,00
		Investitionstätigkeit	- 80.079,75	- 2.691.700,00	- 650,09	2.691.049,91
		Summe	- 634.851,33	- 3.496.600,00	- 481.584,09	3.015.015,91
13.02.	Natur, Landschaft,	lfd. Verwaltungstätigk.	- 964.971,60	- 1.138.256,00	- 735.429,86	402.826,14
	Wald und	Investitionstätigkeit	- 104.340,90	- 2.847.000,00	- 131.067,29	2.715.932,71
	Forstwirtschaft	Summe	- 1.069.312,50	- 3.985.256,00	- 866.497,15	3.118.758,85
13.03.01	Friedhofs- und	lfd. Verwaltungstätigk.	391.773,75	- 516.736,00	245.564,82	762.300,82
	Bestattungswesen	Investitionstätigkeit	- 544.999,89	- 604.000,00	- 356.486,71	247.513,29
		Summe	- 153.226,14	- 1.120.736,00	- 110.921,89	1.009.814,11
13.03.	Friedhöfe	lfd. Verwaltungstätigk.	391.773,75	- 516.736,00	245.564,82	762.300,82
		Investitionstätigkeit	- 544.999,89	- 604.000,00	- 356.486,71	247.513,29
		Summe	- 153.226,14	- 1.120.736,00	- 110.921,89	1.009.814,11
<b>13</b>	<b>Natur- und</b>	<b>lfd. Verwaltungstätigk.</b>	<b>- 5.583.719,69</b>	<b>- 6.953.314,00</b>	<b>- 5.813.728,97</b>	<b>1.139.585,03</b>
	<b>Landschaftspflege</b>	<b>Investitionstätigkeit</b>	<b>- 864.042,59</b>	<b>- 3.965.000,00</b>	<b>- 874.291,86</b>	<b>3.090.708,14</b>
		<b>Summe</b>	<b>- 6.447.762,28</b>	<b>- 10.918.314,00</b>	<b>- 6.688.020,83</b>	<b>4.230.293,17</b>
14.01.01	Umweltschutzmaß-	lfd. Verwaltungstätigk.	- 480.881,11	- 602.198,00	- 506.879,90	95.318,10
	nahmen	Investitionstätigkeit	-	- 4.100,00	- 16.790,00	- 12.690,00
		Summe	- 480.881,11	- 606.298,00	- 523.669,90	82.628,10
14.01.	Umweltschutzmaß-	lfd. Verwaltungstätigk.	- 480.881,11	- 602.198,00	- 506.879,90	95.318,10
	nahmen	Investitionstätigkeit	-	- 4.100,00	- 16.790,00	- 12.690,00
		Summe	- 480.881,11	- 606.298,00	- 523.669,90	82.628,10
<b>14</b>	<b>Umweltschutz</b>	<b>lfd. Verwaltungstätigk.</b>	<b>- 480.881,11</b>	<b>- 602.198,00</b>	<b>- 506.879,90</b>	<b>95.318,10</b>
		<b>Investitionstätigkeit</b>	<b>-</b>	<b>- 4.100,00</b>	<b>- 16.790,00</b>	<b>- 12.690,00</b>
		<b>Summe</b>	<b>- 480.881,11</b>	<b>- 606.298,00</b>	<b>- 523.669,90</b>	<b>82.628,10</b>
15.01.01	Wirtschaftsförderung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 648.293,03	- 813.447,00	- 727.402,49	86.044,51
		Investitionstätigkeit	24.161,59	- 633.100,00	- 229.818,72	403.281,28
		Summe	- 624.131,44	- 1.446.547,00	- 957.221,21	489.325,79
15.01.	Wirtschaftsförderung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 648.293,03	- 813.447,00	- 727.402,49	86.044,51
		Investitionstätigkeit	24.161,59	- 633.100,00	- 229.818,72	403.281,28
		Summe	- 624.131,44	- 1.446.547,00	- 957.221,21	489.325,79
15.02.01	Siegerlandhalle	lfd. Verwaltungstätigk.	- 321.437,63	- 1.197.085,00	- 727.195,07	469.889,93
		Investitionstätigkeit	- 44.354,76	-185.500,00	- 70.499,08	115.000,92
		Summe	- 365.792,39	- 1.382.585,00	- 797.694,15	584.890,85

Teilfinanzrechnungen						
Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Saldo aus	Ist- Ergebnis 2018	fortgeschr. HhAns. 2019	Ist- Ergebnis 2019	Differenz Sp. 6 - Sp. 5 2019
1	2	3	4	5	6	7
			€	€	€	€
15.02.02	Bismarckhalle und	lfd. Verwaltungstätigk.	- 377.866,21	- 390.281,00	- 311.897,49	78.383,51
	sonstige Einrichtungen	Investitionstätigkeit	- 4.591,96	- 43.500,00	- 10.078,28	33.421,72
		Summe	- 382.458,17	- 433.781,00	- 321.975,77	111.805,23
15.02.	Siegerlandhalle,	lfd. Verwaltungstätigk.	- 699.303,84	- 1.587.366,00	- 1.039.092,56	548.273,44
	Bismarckhalle und	Investitionstätigkeit	- 48.946,72	- 229.000,00	- 80.577,36	148.422,64
	sonstige Einrichtungen	Summe	- 748.250,56	- 1.816.366,00	- 1.119.669,92	696.696,08
15.03.01	Beteiligungen und	lfd. Verwaltungstätigk.	1.406.729,57	1.406.126,00	1.475.121,96	68.995,96
	Eigengesellschaften	Investitionstätigkeit	500,00	-	- 26.003,54	- 26.003,54
		Summe	1.407.229,57	1.406.126,00	1.449.118,42	42.992,42
15.03.	Eigengesellschaften	lfd. Verwaltungstätigk.	1.406.729,57	1.406.126,00	1.475.121,96	68.995,96
	und Beteiligungen	Investitionstätigkeit	500,00	-	- 26.003,54	- 26.003,54
		Summe	1.407.229,57	1.406.126,00	1.449.118,42	42.992,42
15.04.01	Märkte	lfd. Verwaltungstätigk.	12.980,92	3.499,00	6.924,66	3.425,66
		Investitionstätigkeit	-	- 200,00	-	200,00
		Summe	12.980,92	3.299,00	6.924,66	3.625,66
15.04.	Märkte	lfd. Verwaltungstätigk.	12.980,92	3.499,00	6.924,66	3.425,66
		Investitionstätigkeit	-	- 200,00	-	200,00
		Summe	12.980,92	3.299,00	6.924,66	3.625,66
<b>15</b>	<b>Wirtschaft und</b>	<b>lfd. Verwaltungstätigk.</b>	<b>72.113,62</b>	<b>- 991.188,00</b>	<b>- 284.448,43</b>	<b>706.739,57</b>
	<b>Tourismus</b>	<b>Investitionstätigkeit</b>	<b>- 24.285,13</b>	<b>- 862.300,00</b>	<b>- 336.399,62</b>	<b>525.900,38</b>
		<b>Summe</b>	<b>47.828,49</b>	<b>- 1.853.488,00</b>	<b>- 620.848,05</b>	<b>1.232.639,95</b>
16.01.01	Steuern, allgemeine	lfd. Verwaltungstätigk.	132.055.564,26	139.530.600,00	142.209.527,99	2.678.927,99
	Zuweisungen und	Investitionstätigkeit	4.617.864,55	5.066.000,00	5.414.351,24	348.351,24
	Umlagen	Summe	136.673.428,81	144.596.600,00	147.623.879,23	3.027.279,23
16.01.02	Sonstige allgemeine	lfd. Verwaltungstätigk.	200.166,66	- 1.140.300,00	- 473.174,98	667.125,02
	Finanzwirtschaft	Investitionstätigkeit	32.618,93	9.000,00	5.726,70	- 3.273,30
		Summe	232.785,59	- 1.131.300,00	- 467.448,28	663.851,72
16.01.	Steuern, allgemeine	lfd. Verwaltungstätigk.	132.255.730,92	138.390.300,00	141.736.353,01	3.346.053,01
	Zuweisungen und	Investitionstätigkeit	4.650.483,48	5.075.000,00	5.420.077,94	345.077,94
	Umlagen	Summe	136.906.214,40	143.465.300,00	147.156.430,95	3.691.130,95
<b>16</b>	<b>Allgemeine</b>	<b>lfd. Verwaltungstätigk.</b>	<b>132.255.730,92</b>	<b>138.390.300,00</b>	<b>141.736.353,01</b>	<b>3.346.053,01</b>
	<b>Finanzwirtschaft</b>	<b>Investitionstätigkeit</b>	<b>4.650.483,48</b>	<b>5.075.000,00</b>	<b>5.420.077,94</b>	<b>345.077,94</b>
		<b>Summe</b>	<b>136.906.214,40</b>	<b>143.465.300,00</b>	<b>147.156.430,95</b>	<b>3.691.130,95</b>
17.01.01	Stiftungen	lfd. Verwaltungstätigk.	16.452,24	16.258,00	16.628,17	370,17
		Investitionstätigkeit	3.336,10	-	145.900,00	145.900,00
		Summe	19.788,34	16.258,00	162.528,17	146.270,17
17.01.	Stiftungen	lfd. Verwaltungstätigk.	16.452,24	16.258,00	16.628,17	370,17
		Investitionstätigkeit	3.336,10	-	145.900,00	145.900,00
		Summe	19.788,34	16.258,00	162.528,17	146.270,17

Teilfinanzrechnungen						
Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Saldo aus	Ist- Ergebnis 2018	fortgeschr. HhAns. 2019	Ist- Ergebnis 2019	Differenz Sp. 6 - Sp. 5 2019
1	2	3	4	5	6	7
			€	€	€	€
17	Stiftungen	lfd. Verwaltungstätigk.	16.452,24	16.258,00	16.628,17	370,17
		Investitionstätigkeit	3.336,10	-	145.900,00	145.900,00
		Summe	19.788,34	16.258,00	162.528,17	146.270,17
Summen		lfd. Verwaltungstätigk.	8.354.998,15	- 5.330.272,00	15.725.144,94	21.055.416,94
		Investitionstätigkeit	- 963.715,75	- 34.868.251,65	- 5.746.428,19	29.121.823,46
		Summe	7.391.282,40	- 40.198.523,65	9.978.716,75	50.177.240,40

**Rechnungsprüfungsamt**

**Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses der Universitätsstadt Siegen zum 31.12.2019**

hier: Stellungnahme zum Berichtsentwurf vom 04.03.2022

Am 04.03.2022 haben Sie mir eine Ausfertigung des v. g. Berichtsentwurfs übersandt und mir bereits in diesem Stadium, d. h. vor der Beratung in den zuständigen städtischen Gremien, die Möglichkeit zur Stellungnahme eingeräumt.

Wie im Berichtsentwurf dargestellt, vermittelt der Jahresabschluss 2019 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Siegen, welches in einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk zum Ausdruck kommt.

Zu der bezifferten Prüfungsfeststellung wird wie folgt Stellung genommen:

**Seite   Feststellung   Thema**

**33      F 1                      Pachtvertrag Kegelbahnen**

Die in 2019 abgeführten Erträge aus Kegelbahnmieten lagen im Mittel monatlich bei ca. 850 € bzw. umgerechnet wöchentlich bei ca. 196 €. Das sich auf den oben genannten Vertrag beziehende Pachtverhältnis besteht seit 2012 und ist geprägt von einer guten Zusammenarbeit. Das Einverständnis der Verpächterin, die Abführungszyklen einnahmeabhängig zu gestalten, führt letztendlich zu einem reduzierten Verwaltungsaufwand und somit zu einem (betriebswirtschaftlichen) Vorteil. Das Risiko einer Zahlungsunfähigkeit des Pächters wird seitens der Siegerlandhalle aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre nicht gesehen.

Rechtliche Bedenken gegenüber dieser Vorgehensweise ergeben sich aus Sicht der Siegerlandhalle nicht. Eine vertragliche Festschreibung anderer Abführungszyklen wird angesichts der schwankenden Marktlage als nicht zielführend erachtet.



Steffen Mues



Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Anwesende,

heute liegt uns der Abschluss des HHJ 2019 zur Feststellung und Entlastungserteilung vor. Erst nach Feststellung und Anzeige bei der Kommunalaufsicht wird der Haushalt 2022 genehmigt. Dies kann allerdings unter Umständen noch bis zu 1 Monat dauern.

Eine Zeitaufholung bei der Aufstellung und Prüfung der städt. Jahresabschlüsse ist daher nach wie vor dringend angezeigt, um zu aktuelleren Rechnungslegungen zu gelangen und die Jahresabschlüsse auch für Steuerungszwecke nutzen zu können. Es könnten zudem auch Probleme bei künftigen Haushaltsgenehmigungen entstehen. Hierauf weisen die Aufsichtsbehörden im aktuellen Schriftverkehr erneut deutlich hin. Dies ist also durchaus ein ernstzunehmendes Problem, was in Zukunft auf die Stadt Siegen zukommen könnte. Es ist mir wichtig, dies hiermit nochmal deutlich zu machen.

Das Rechnungsprüfungsamt hat die Prüfung des JA 2019 im Zeitraum von Oktober 2021 bis Februar 2022 vorgenommen.

An dieser Stelle möchte ich gerne noch ein paar Anmerkungen zum finanzwirtschaftlichen Status Quo der Stadt Siegen zum 31.12.2019 machen:

Die **Bilanzsumme** des Jahres 2019 beträgt rd. 1,014 Milliarden Euro (Vorjahr 1,009 Mrd. €).

Das **Jahresdefizit** 2019 beläuft sich auf **rd. 1,2 Mio. Euro** (Vorjahr rd. 6,8 Mio. €), und liegt damit erfreulicherweise um rd. 3,9 Mio. Euro **unter** dem Plandefizit der ursprünglichen Haushaltssatzung von rd. 5,1 Mio. €.

Die **Verschuldung** der Stadt Siegen (Kassenkredite und fundierten Schulden) zum 31.12.2019 betrug rd. **316 Mio. €** bei Schulden von rd. 323 Mio. € im Vorjahr **zzgl.** Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen gleichkommen [also das Leasing der Feuerwache] in Höhe von rd. **11,1 Mio.** (Vorjahr: 11,2 Mio. €).

Im Jahr 2019 konnte die **Verschuldung** der Stadt Siegen zum dritten Mal in Folge reduziert werden. Es ist im Haushaltsjahr 2019 eine **Schuldenminderung** um rd. **6,8 Mio. €** eingetreten. Zum Berichtsjahr steht jedoch bereits fest, dass sich das Kreditvolumen per **31.12.2020** um ca. 13 Mio. € erhöhen wird. Dies resultiert u.a. aus einer kreditfinanzierten Unternehmensbeteiligung (beim Stromnetz). Für 2021 ist wieder mit einer deutlichen Schuldenreduzierung zu rechnen [[u.a. durch

besondere Gewerbesteuerzahlungen]]. Die weitere Zukunft und die exakten Corona-Auswirkungen bleiben abzuwarten.

Der Stand der Kassenkredite hat sich mit rd. 230 Mio. € gegenüber dem Vorjahr um rd. 9 Mio. € reduziert, ist nach wie vor aber äußerst besorgniserregend. **Auf das erhebliche Zinsrisiko für die Zukunft muss erneut hingewiesen werden.**

Der **Eigenkapitalverzehr** in den Jahren 2009 – 2019 beträgt rd. 265,7 Mio. €. Dies sind rund 60 % des in der EÖB (Eröffnungsbilanz) ausgewiesenen Eigenkapitals von 446,1 Mio. €. Der EK-Ausweis (Eigenkapital-Ausweis) per 31.12.2019 beträgt noch 180,4 Mio. €.

In 2019 war das **EK** um rd. 3,6 Mio. € aus der **RWE-Aktienbewertung** nach oben zu korrigieren, dies ist - neben der Ergebnisverbesserung - Hauptgrund für den ersten Anstieg des EK seit der EÖB (um 1,9 Mio. €). Auch in den Jahren **2020 und 2021** werden nach derzeitigem Kenntnisstand weitere Zuschreibungen in Höhe von insgesamt über ca. **3,7 Mio €** erfolgen können.

Der Trend des rasanten und nachhaltigen Eigenkapitalverzehrs konnte in 2017 und 2018 deutlich verlangsamt werden und in 2019 sogar aufgehalten werden. Das Eigenkapital stieg - wie eben erläutert - um rd. 1,9 Mio. €.

Ich möchte jetzt noch kurz auf das Ergebnis der Prüfung des JA 2019 eingehen, welches im Bericht des RPA vom 04.03.2022 ausführlich dargestellt ist.

Prüfungs Schwerpunkte waren insbesondere:

- das Anlagevermögen (Zugänge, Abschreibungen, Abgänge, Umbuchungen und aktivierte Eigenleistungen, geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau und die Wertpapiere des Anlagevermögens)
- das Umlaufvermögen mit den liquiden Mitteln (Abstimmung der Bankbelege und der Finanzrechnung)
- das Eigenkapital
- die Verbindlichkeiten aus Krediten und kreditähnlichen Geschäften
- sowie die erhaltenen Anzahlungen.

Die Stellungnahme des Bürgermeisters vom 21.03.22 ist beigelegt. Der Inhalt ist zwischen BM/Kämmerei und RPA abgestimmt.

Es ist festzustellen, dass der Jahresabschluss 2019 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Siegen vermittelt. Ebenso steht der Lagebericht im Einklang

mit dem JA und stellt die Chancen und Risiken der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung zutreffend dar, soweit dies coronabedingt heute abgeschätzt werden kann.

Der Rechnungsprüfungsausschuss ist dem Bericht des RPA beigetreten und gibt gegenüber dem Rat der Stadt die gesetzlich vorgeschriebene eigene, schriftliche Stellungnahme ab, welche die Prüfungshandlungen sowie das Ergebnis der Prüfung des Rechnungsprüfungsausschusses darlegt. Dies können Sie der heutigen Verwaltungsvorlage entnehmen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss erklärt, dass nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen zu erheben sind und er den vom Bürgermeister aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht billigt (gemäß § 59 Abs. 3 GO NRW).

Seitens des Rechnungsprüfungsausschusses werden die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 und die Entlastung des BM für das Haushaltsjahr 2019 vorgeschlagen.

Zum Schluss möchte ich mich noch bei allen Beteiligten aus der Kämmerei und dem RPA bedanken, die dazu beigetragen haben, dass der Jahresabschluss heute in den Rat eingebracht werden konnte.

Vielen Dank!

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4  
Bereich: Stadtentwicklung  
Bearbeitet von: Herr Daschke, Herr Daub

Siegen, 05.04.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

<b>Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie</b>	<b>27.04.2022</b>
<b>Bauausschuss</b>	<b>27.04.2022</b>
<b>Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften</b>	<b>28.04.2022</b>
<b>Rat</b>	<b>11.05.2022</b>

Kurzbezeichnung:

**Errichtung von PV-Freiflächenanlagen als Klimaschutzmaßnahme  
- Abschlussbericht der Potenzialflächenanalyse**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Abschlussbericht der Verwaltung.

Der Rat der Stadt Siegen beschließt das weitere Vorgehen wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

### Sachverhalt / Begründung:

#### Ausgangslage:

In seiner Sitzung am 15.12.2020 hat der Rat der Stadt Siegen die Verwaltung damit beauftragt, im Rahmen einer Potenzialflächenanalyse Flächen zu identifizieren, die für die Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen geeignet sind. Das von der Verwaltung vorgeschlagene methodische Vorgehen wurde in der Beschlussvorlage 23/2020 sowie zuvor in der Sitzung des Verwaltungsvorstandes vom 29.09.2020 erläutert. Des Weiteren wurde beschlossen, dass die Verwaltung die notwendigen, sich aus der Analyse ergebenden Bauleitplanverfahren zur Förderung des Ausbaues der Erneuerbaren Energien im Stadtgebiet selbst

durchführen soll. Lediglich notwendige Gutachten sollen durch Investierende beauftragt und bezahlt werden.

#### Umsetzung der Untersuchung:

Die Verwaltung hat gemäß des Planungsauftrages durch die Politik potenziell für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen (PVFA) geeignete Flächen im Siegener Stadtgebiet identifiziert, analysiert und bewertet. An diesem Prozess waren die Stabsstelle Klimaschutz sowie die Abteilungen 4/2, 4/5 und 4/7 unter Federführung der AG 4/5-1 Stadtentwicklung beteiligt. Die Flächenanalyse orientierte sich hierbei an der Flächenkulisse des EEG als Voraussetzung für eine Einspeisevergütung, die einen wirtschaftlichen Betrieb einer PVFA ermöglicht. Außerdem wurde eine Flächenmindestgröße von 4.000 m<sup>2</sup> für einen wirtschaftlichen Betrieb vorausgesetzt.

Weitere Flächen wurden durch die Abteilung 1/2 Wirtschaftsförderung identifiziert, die nach dortiger Einschätzung schon lange brach liegen, nicht vermarktbare oder für eine Bebauung eher nicht geeignet sind (zu steil etc.). Diese wurden nur hinsichtlich des Planungsrechts grob eingestuft und nachrichtlich dargestellt.

Ebenfalls dargestellt werden militärische Konversionsflächen, die jedoch aufgrund bereits erfolgter bzw. geplanter (politisch beschlossener) Nachnutzung nicht zur Verfügung stehen. Für weitere Informationen wird auf die o. g. Vorlagen verwiesen.

#### Kurzfassung der Ergebnisse:

Von insgesamt 112 ermittelten Flächen der EEG-Kulisse haben 85 eine Größe von mehr als 4.000 m<sup>2</sup>, zusammengekommen wurde eine Fläche von rund 169 ha untersucht. Der Großteil dieser Flächen wird aktuell land- oder forstwirtschaftlich genutzt (ca. 35 %) und weist somit starke Nutzungskonflikte bei der möglichen Errichtung einer PVFA auf. Alleine auf 26 % der Fläche sind aktuell noch Deponien in Nutzung (Haardter Berg, Fludersbach, Feuersbach), weitere 11 % werden zurzeit als Parkplatz genutzt. Rund 14 % der Untersuchungsflächen sind derzeit ungenutzt bzw. liegen brach. Auf knapp 12 % kann eine anderweitige Nutzung verzeichnet werden (z. B. Halde, Kläranlage, Bahngelände, Segelflugplatz).

Von 85 untersuchten Flächen werden demnach über die Hälfte (56 %) als ungeeignet eingestuft, weitere 13 % als bedingt geeignet. Diese negativen Bewertungen sind insbesondere darauf zurück zu führen, dass topographische Verhältnisse gegen eine Errichtung von PV-Modulen sprechen oder die derzeitige Flächennutzung eine solche Errichtung verhindert. Unter diese Nutzungen fallen vor allem Wald oder Parkierungsanlagen. Während Wald als höherwertige Nutzung eingestuft wird, verhindert eine bestehende Parkplatznutzung als solche die Errichtung einer Freiflächenanlage. Wohl aber ist hier zumeist die Errichtung einer aufgeständerten PV-Anlage denkbar, was ist im Einzelfall baurechtlich geprüft werden muss. Da es sich dann jedoch um eine bauliche Nebenanlage handelt, ist eine Eignung als Freiflächenanlage im eigentlichen Sinne nicht gegeben, was zur Abwertung der Fläche in dieser Untersuchung führt.

Die Bewertungen der einzelnen Flächen sind in Steckbriefen zusammengestellt.

Für die Errichtung einer PVFA müssen die planungsrechtlichen Voraussetzungen bestehen oder geschaffen werden. Diesbezüglich wurden die Untersuchungsflächen analysiert. Bei sieben Flächen besteht kein Planungsbedarf, d. h. es existiert ein entsprechender Bebauungsplan mit dazu passender Darstellung im Flächennutzungsplan. Für alle anderen Flächen ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes nötig, mit dem die Änderung des FNP einhergeht.

Von den untersuchten Flächen befinden sich rund 43 ha in städtischem Eigentum. Bei den gut oder sehr gut geeigneten Flächen sind es rund 17 ha.

### Zusammenfassung

Die stadtweite Untersuchung zeigt, dass es geeignete Flächen gibt, auf denen unter den genannten Voraussetzungen und Rahmenbedingungen eine PV-Freiflächenanlage wirtschaftlich (im Sinne des EEG) zu betreiben ist. Zusammengefasst bieten sich folgende Potenziale für die Errichtung von PVFA im Stadtgebiet von Siegen:

Kulisse	EEG	Gewerbe <sup>1</sup>	Konversionsflächen
Gesamtfläche:	169,0	16	382
Sehr gut	12,1	-	0
Gut	40,6	-	0
Bedingt	21,5	-	0
Ungeeignet	94,5	-	382

(alle Angaben in Hektar)

<sup>1</sup> nicht bewertet

### **Entwicklung der politischen Rahmenbedingungen**

Die angewandte Untersuchungsmethodik richtete sich nach den seinerzeit vorliegenden Grundlagen (EEG 2017, LANUV-Untersuchung) zu Beginn der Untersuchung. Die Änderungen des EEG 2021 fanden Eingang in die Untersuchung.

Im Februar 2022 wurde durch die neue Bundesregierung ein neues "Eckpunktepapier zum Ausbau der Photovoltaik auf Freiflächenanlagen im Einklang mit landwirtschaftlicher Nutzung und Naturschutz" publiziert, dessen Regelungen in das sogenannte "Osterpaket" des BMWK einfließen sollen und somit in gesetzliche Regelungen des EEG.

Das neue Ziel des EEG lautet, dass 2035 der Strom in Deutschland nahezu vollständig aus erneuerbaren Energien stammen soll. Dies führt zur deutlichen Anhebung der Ausbauziele für Wind und Solar, die Abschaffung der EEG-Umlage zum 1. Juli 2022 und ein Ansteigen der Ausschreibungsvolumen bis 2027.

### Vorrang für erneuerbare Energien in der Schutzgüterabwägung

Zur Beschleunigung des Ausbaus in allen Rechtsbereichen wird im EEG der Grundsatz verankert, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Bei Freiflächenanlagen wird die Flächenkulisse maßvoll erweitert, insbesondere um zusätzliche Flächen der neu ausgewiesenen benachteiligten Gebiete (Steuerung der Bundesländer bleibt erhalten) sowie um landwirtschaftlich genutzte Moorböden. BMWK, BMUV und BMEL haben hierzu ein gemeinsames Positionspapier vorgelegt, das mit der Novelle umgesetzt wird.

Die besonderen Solaranlagen, also die sogenannten „Agri-PV“, schwimmende PV und Parkplatz-PV, erhalten eine dauerhafte Perspektive und werden dazu von den Innovationsausschreibungen in das EEG überführt.

Außerdem soll die Bagatellgrenze für Ausschreibungen von PV-Anlagen von > 750 kWp auf ein Megawatt angehoben werden. Ein weiterer Punkt ist hierbei, dass Agri-PV-Anlagen künftig auf allen Ackerflächen über das EEG grundsätzlich gefördert werden sollen. Das ermöglicht eine sowohl landwirtschaftliche als auch energetische Nutzung ein und derselben Flä-

che. Schutzgebiete, Grünland, naturschutzrelevante Ackerflächen und Moorböden werden aus Gründen des Naturschutzes und des Klimaschutzes ausgeschlossen.

Zudem hat sich durch die dramatischen Preis-Entwicklungen auf dem Strommarkt die wesentliche Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Betrieb einer PV-Freiflächenanlage geändert. Der wirtschaftliche Betrieb einer PV-Freiflächenanlage ist daher aktuell nicht mehr abhängig von der EEG-Einspeisevergütung. Darüber hinaus hat auch das Land Nordrhein-Westfalen für PV-Freiflächenanlagen und besondere Anlagen (Agri- und Floatingsolar) zusätzliche Fördermittel zur Verfügung gestellt.

Schlussfolgernd bedeutet dies, dass unter diesen Gesichtspunkten die durchgeführte Analyse von Potenzialflächen insbesondere hinsichtlich einer Beschränkung auf Flächen > 4.000 m<sup>2</sup> nicht abschließend sein kann, da auch kleinere Anlagen rentabel wirtschaften können. Es wird trotzdem nicht empfohlen, die Analyse auf kleinere Flächen auszuweiten, da diese, wie im Abschnitt Zusammenfassung erläutert, nicht abschließend ist und auch Anlagen auf Flächen außerhalb der Untersuchungskulisse grundsätzlich nicht ausgeschlossen sind.

#### Strategische Ausrichtung der Stadt Siegen:

Grundsätzlich gilt ein maßvolles Abwägen aller Interessen im großen Puzzle der Energie- und Mobilitätswende. Insbesondere die Verankerung des Grundsatzes „der Beschleunigung des Ausbaus in allen Rechtsbereichen, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient“ in der aktuellen EEG-Novelle, zeigt eine neue und deutliche Trendwende im Umgang mit Potenzialen für Wind- und Solarenergie. Gleichwohl gilt es dennoch, verantwortungsbewusst die städtischen und städtebaulichen Aspekte im Hinblick auf einen nachhaltigen und langfristigen Umgang mit der endlichen Ressource Fläche zur berücksichtigen und Konflikten entgegenzuwirken. Die Errichtung einer PV-Freiflächenanlage steht meistens in einen Konflikt zur aktuellen Flächennutzung. Dies betrifft bei den untersuchten Potenzialflächen vor allem bestehende Grünland- und Waldnutzungen. Grenzt eine Potenzialfläche zudem an bestehende Waldgebiete an, muss aufgrund von Verschattung und dem Schutz vor Gefahren (umfallende Bäume / Feuer etc.) ein Waldabstand eingehalten werden. Dieser führt wiederum zur Verkleinerung der potenziellen Flächen. Alternativ sollte mit einer vertraglichen Regelung ein Schadensersatzverzicht o. ä. mit dem Waldeigentümer vereinbart werden.

Die Errichtung von PVFA ist ein aktiver Beitrag zum lokalen Ausbau der erneuerbaren Energien im Stadtgebiet. Unabhängig von der Notwendigkeit des Ausbaues der Erneuerbaren Energien mittels PVFA gilt es dennoch, eine maßvolle Abwägung weiterer Belange und alle weiteren ungenutzten Potenziale wie bspw. die der Dachflächen vorzunehmen. Das größere Potenzial zur Errichtung von PV-Anlagen ist laut Energieatlas NRW auf der vorhandenen Bebauung und auf den bereits verdichteten Flächen zu sehen. Die Nutzung der bestehenden Dachflächen stellt somit ein Potenzial dar, welches durch die Errichtung von PVFA auf bisher ungenutzten Flächen ergänzt werden soll. Zudem bietet es sich an, die zahlreichen versiegelten Parkplatzflächen hinsichtlich einer Überbauung mit aufgeständerten Anlagen zu prüfen.

Grundsätzlich sollten Freiflächen von geringer ökologischer Wertigkeit bevorzugt werden und bei der Errichtung von Anlagen solche Modelle gewählt werden, die eine kombinierte Nutzung von PV und Landwirtschaft ermöglichen (sog. Stockwerknutzung oder Agri-PV).

Weiteres Vorgehen:

Die durchgeführte Untersuchung ist als Ersteinschätzung einzustufen. Für konkrete Aussagen zu den Einzelflächen müssen ggf. bei konkreten Planungen weitergehende Untersuchungen erfolgen, die sich beispielsweise mit den Themen Ökologie, Erschließung, Einspeisung oder dem Planungsrecht beschäftigen.

Als Beitrag zum Ausbau der Photovoltaik im Siegener Stadtgebiet wird folgendes Vorgehen vorgeschlagen:

1. Abstimmung mit dem Netzbetreiber bezüglich der Einspeisung: Dem Netzbetreiber werden die Ergebnisse der Untersuchung mitgeteilt, verbunden mit der Bitte, geeignete Flächen hinsichtlich der Möglichkeiten zur Einspeisung des erzeugten Stroms ins Netz zu überprüfen.
2. Aktive Ansprache der Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer geeigneter Flächen der Kulisse EEG (Bewertung "gut" und "sehr gut") sowie der Kulisse Gewerbe durch die Verwaltung: Die Eigentümer werden auf das vorhandene Potenzial ihrer Grundstücke aufmerksam gemacht und darüber informiert, wie die Errichtung einer PVFA realisiert werden könnte.
3. Ansprache strategischer Partner: Die Verwaltung kommuniziert die Untersuchungsergebnisse gegenüber bekannten Projektierern, um diese auf geeignete Flächen aufmerksam zu machen.
4. Für ein konkretes Vorhaben wird mit den Vorhabentragenden mittels eines städtebaulichen Vertrages das Vorgehen für ein notwendiges förmliches Verfahren zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes (VEP) und der Änderung des Flächennutzungsplans vereinbart. Bei den Flächen der Bewertung "gut geeignet" und "sehr gut geeignet" wird vertraglich geregelt, dass gemäß Ratsbeschluss lediglich notwendige Gutachten und Untersuchungen von den Investierenden beauftragt und bezahlt werden. Das eigentliche Bauleitplanverfahren wird jedoch in städtischer Regie durchgeführt. Anders sieht es bei Flächen der Bewertung „bedingt geeignet“ aus. Hier werden sowohl das Bauleitplanverfahren als auch die Gutachten durch den Vorhabentragenden beizubringen sein. Aufgrund der personellen Ressourcen könnten voraussichtlich maximal 3-5 Verfahren im Jahr durch die AG 4/5-2 Stadtplanung bearbeitet werden.
5. Für die Potenzialflächen im städtischen Eigentum soll nach Auswahl mindestens für eine Fläche eine Machbarkeitsanalyse gemäß der progres.NRW Richtlinie vorangetrieben werden. Das Programm sieht aktuell eine Förderquote der Machbarkeit von 90 % und eine Umsetzungsförderung von 20 % vor.

Anlagen, die Dritte außerhalb der Untersuchungsflächen errichten wollen, sind nicht grundsätzlich ausgeschlossen, solange sie keiner gesetzlichen Regelung widersprechen. Hier muss eine Einzelfallprüfung des Antrags hinsichtlich der Eignung der Fläche gemäß o. a. Systematik erfolgen und die verwaltungsseitige Empfehlung einer politischen Beschlussfassung zugeführt werden. Bei positiver Bewertung der Eignung werden die Verfahren gemäß o. a. Pkt. 4 behandelt.



Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

## Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  Die vorgeschlagene Vorgehensweise hat zunächst keine konkrete Klimarelevanz (s. u.).			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>  Veränderungen der CO <sub>2</sub> -Emissionen werden dann zu verzeichnen sein, wenn die Ergebnisse der Analyse - also die Ermittlung von Standorten für PV-Freiflächenanlagen - den Bau und den Betrieb entsprechender Anlagen durch Investoren/ Eigentümer zur Folge haben. Der Betrieb von PV-Freiflächenanlage würde eine erhebliche Reduktion von CO <sub>2</sub> -Emissionen zur Folge haben, was auch dem Klima-Zielkonzept der Stadt Siegen entspricht.			

i. V.

gez.

Henrik Schumann  
Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Abschlussbericht der PVA-Analyse](#)

2. [Übersichtskarte Blatt Nord](#)
3. [Übersichtskarte Blatt Süd](#)
4. [Steckbriefe EEG-Kulisse](#)
5. [Steckbriefe Gewerbe](#)

# **Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen als Klimaschutzmaßnahme**

## **Abschlussbericht der Potenzialflächenanalyse**

Universitätsstadt Siegen  
Der Bürgermeister  
Markt 2 | 57072 Siegen  
Telefon 0271-404-0  
[www.siegen.de](http://www.siegen.de)

### **Inhaltliche Bearbeitung und Redaktion:**

Arbeitsgruppe Stadtentwicklung  
Arbeitsgruppe Geodatenmanagement  
Abteilung Umwelt  
Stabsstelle Klimaschutz

Siegen, im März 2022

*Stand 29.03.2022*

## Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	3
1.1	Ausgangslage und Planungsauftrag.....	3
1.2	Grundlagen .....	3
1.2.1	Begriffsdefinition .....	3
1.2.2	Anforderungen nach dem Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG 2021) .....	3
1.3	Räumliche Steuerung von PV-Freiflächenanlagen .....	4
1.3.1	Landesentwicklungsplan (LEP) .....	4
1.3.2	Regionalplanerische Einschätzung .....	5
1.3.3	Landschaftsplan .....	5
1.3.4	Bauplanungsrechtliche Rahmenbedingungen: .....	6
1.3.5	Planungsrechtliche Empfehlung .....	7
1.4	Vorhandene Studien.....	8
1.4.1	Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW (LANUV, 2020) .....	8
2	Ermittlung von geeigneten Standorten für PV-Freiflächenanlagen .....	9
2.1	Methodik .....	9
2.1.1	Identifizierung der Flächenkulisse gemäß der EEG-Vorgaben .....	9
2.1.2	Betrachtung von Lärmschutzwänden/-wällen, Brücken .....	10
2.1.3	Definition von Ausschlusskriterien.....	10
2.1.4	Einzelbewertung und Abwägung.....	11
2.2	Bewertungsergebnisse .....	13
2.2.1	Untersuchungskulisse Standard .....	13
2.2.2	Untersuchungskulisse Gewerbeflächen .....	14
2.2.3	Untersuchungskulisse Konversionsflächen .....	15
3	Zusammenfassung und Ausblick .....	17
3.1	Zusammenfassung.....	17
3.2	Weiteres Vorgehen.....	17
3.3	Durchführung der notwendigen Bauleitplanverfahren.....	18
3.4	Fazit .....	18
4	Anhang.....	19

## 1 Einleitung

### 1.1 Ausgangslage und Planungsauftrag

Zur Umsetzung der Klimaschutzerfordernisse will die Stadt Siegen erneuerbare Energien kurzfristig ausbauen. Sie wird initiativ, um lokal und regional (über die Stadtgrenzen hinaus) Maßnahmen zur Nutzung regenerativer Energien zu ergreifen. Hierzu gehören u.a. der Ausbau der Windenergie und die Nutzung von Photovoltaik.

In seiner Sitzung am 15.12.2020 hat der Rat der Stadt Siegen mit oben stehendem Beschluss die Verwaltung damit beauftragt, im Rahmen einer Potenzialflächenanalyse Flächen zu identifizieren, die für die Errichtung von Photovoltaik(PV)-Freiflächenanlagen geeignet sind. Das von der Verwaltung vorgeschlagene methodische Vorgehen wurde in der Beschlussvorlage 23/2020 erläutert. Des Weiteren wurde beschlossen, dass die Verwaltung die notwendigen, sich aus der Analyse ergebenden Bauleitplanverfahren selbst durchführen soll. Lediglich notwendige Gutachten sollen durch Investierende beauftragt und bezahlt werden.

### 1.2 Grundlagen

#### 1.2.1 Begriffsdefinition

Unter Photovoltaik (PV) versteht man die direkte Umwandlung von Lichtenergie / Sonnenlicht in elektrische Energie mittels Solarzellen. Der erzeugte Strom wird entweder direkt in das Stromnetz des örtlichen Energieversorgers eingespeist oder durch die jeweiligen Nutzer / Betreiber komplett oder teilweise genutzt. Der jeweils eingespeiste Strom wird nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vergütet. Angebracht werden die Solarzellen u.a. auf Dachflächen, Wandflächen oder auf Freiflächen.

PV-Freiflächenanlagen sind PV-Anlagen, die auf einer freien Fläche mit einer entsprechenden Unterkonstruktion errichtet werden. Zu unterscheiden sind hierbei starre Anlagen in Reihenaufstellung und 1-achsig bzw. 2-achsig bewegliche Systeme, die in einer oder zwei Ebenen dem Sonnenstand nachgeführt werden (sog. Tracker / Mover).

Je nach Funktionsart erfordern die Anlagen unterschiedliche bauliche Ausführungen (Verankerung/ Unterkonstruktion, Drehkonstruktion) und haben andere Abmessungen (bis ca. 6 m Höhe). In jedem Fall werden Erschließungsanlagen benötigt, etwa zur Netzanbindung bzw. Einspeisung sowie für Wartungsarbeiten (Fahrwege) und Verkehrssicherung (in der Regel ein mindestens 2 m hoher umlaufender Zaun).

*"Kilowatt peak"* - Die Abkürzung kWp steht für „Kilowatt peak“. Die Einheit gibt die Leistung der PV-Anlage an, die unter genormten Bedingungen erreicht wird. Diese Leistung nennt man auch Nennleistung. Die Nennleistung ist meist höher als die tatsächliche Leistung, da zum Beispiel Wetterbedingungen von der Norm abweichen.

#### 1.2.2 Anforderungen nach dem Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG 2021)

Die Wirtschaftlichkeit von PV-Freiflächenanlagen bis 750 kWp ist noch von der Vergütungspflicht der örtlichen Energieversorger abhängig, die im EEG 2021 geregelt ist. Aus diesem Grund werden lediglich solche Flächen als potenzielle Flächen für die Nutzung mit PV-Freiflächenanlagen erfasst, die

- den Förderungsansprüchen des EEG entsprechen

oder solche,

- die zur Stromerzeugung für den Eigenbedarf eines Betriebes in unmittelbar räumlicher Nähe dienen (z. B. Betriebe an den Ortsrandlagen, einzelne landwirtschaftliche Betriebe im Außenbereich, Kläranlagen, Pumpstationen der Wasserwirtschaft).

Um als Betreiber eine Anlage errichten zu können und um eine feste Vergütung zu erhalten, sind daher bestimmte Bedingungen nach dem derzeitigen EEG zu erfüllen (§ 48 EEG, Solare Strahlungsenergie). So muss zum Beispiel ein Bebauungsplan vorliegen, in dem ein „Sondergebiet Photovoltaik“ nach § 11 Abs. 2 Baunutzungsverordnung (BauNVO) festgesetzt wurde, welcher somit das entsprechende Baurecht begründet. Eine weitere Möglichkeit ist, dass für die Flächen ein Plangenehmigungs- oder Planfeststellungsverfahren durchgeführt wurde (z. B. bei Deponieflächen).

Der § 37 (Gebote für Solaranlagen des ersten Segments) des EEG 2021 sieht u. a. folgendes vor: Gebote bei den Ausschreibungen für Solaranlagen des ersten Segments dürfen nur für Anlagen abgegeben werden, die errichtet werden sollen auf einer Fläche, die zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans längs von Autobahnen oder Schienenwegen lag, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung von bis zu 200 Metern, gemessen vom äußeren Rand der Fahrbahn, errichtet werden und innerhalb dieser Entfernung ein längs zur Fahrbahn gelegener und mindestens 15 Meter breiter Korridor freigehalten werden soll. Gleiches gilt für Flächen die zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans bereits versiegelt waren, die in einem beschlossenen Bebauungsplan vor dem 1. Januar 2010 als Gewerbe- oder Industriegebiet im Sinn des § 8 oder § 9 der Baunutzungsverordnung ausgewiesen worden sowie für Konversionsflächen aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung.

### **1.3 Räumliche Steuerung von PV-Freiflächenanlagen**

Auch für die Realisierung von PV-Freiflächenanlagen sind selbstverständlich sämtliche Vorgaben und Regelungen der verschiedenen Planungsebenen zu berücksichtigen, auf die im Folgenden eingegangen wird.

Die im EEG festgelegten Vergütungskriterien sind sowohl im Sinne der gesamtplanerischen Konfliktminimierung als auch im Sinne der Umwelt- und Naturschutzbelange wirksam und entsprechen ökologischen Zielsetzungen. Auch die Vergütungsvoraussetzung eines gültigen Satzungsbeschlusses für einen Bebauungsplan sorgt dafür, dass in einem Verfahren unter Beteiligung der anzunehmenden kritischen Öffentlichkeit als auch der Fachbehörden dafür Sorge getragen wird, dass ökologisch sensible Flächen nicht überbaut werden und eine möglichst große Akzeptanz vor Ort erreicht werden kann. Der Gesetzgeber hat mit zunehmendem Konkretisierungsgrad seiner Bestimmungen erkennen lassen, dass ökologisch sensible Flächen und Standorte geschützt werden sollen und Flächen und Standorte, die durch bestimmte Nutzungen in ihrem ökologischen Wert beeinträchtigt oder vorbelastet sind, als Standorte bevorzugt genutzt werden sollen. Die Errichtung von Freiflächenanlagen wird jedoch in jedem Fall zu einem Nutzungskonflikt mit der bisherigen Flächennutzung führen, da es keine ungenutzten Flächen mehr gibt. Hier muss im Zweifelsfall abgewogen und entschieden werden, durch welche Nutzung die politischen Ziele der Stadt Siegen am ehesten erreicht werden können.

#### **1.3.1 Landesentwicklungsplan (LEP)**

Die Belange der Raumordnung sind auf der Ebene der Landesplanung im Landesentwicklungsplan 2017 des Landes Nordrhein-Westfalen (LEP) geregelt. Der LEP fordert in Grundsatz 10.1-1 eine nachhaltige Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen. So soll in allen Teilen des Landes „den räumlichen Erfordernissen einer Energieversorgung Rechnung getragen werden, die sich am Vorrang und den Potenzialen der erneuerbaren Energien orientiert.“ Es wird gefordert, dass vorrangig erneuerbare Energieträger eingesetzt und die räumlichen Voraussetzungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Erhöhung der Energieeffizienz und eine sparsame Energienutzung geschaffen werden.

Standorte für die raumbedeutsame Nutzung von Solarenergie müssen bestimmte Anforderungen erfüllen und mit der im Regionalplan festgelegten Schutz- und Nutzfunktion vereinbar sein. Als raumbedeutsam gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 6 ROG gelten im Falle der Freiflächenphotovoltaik Flächen ab einer Größe von 3 ha.

Konkret werden zum Thema Solarenergie unter dem Ziel 10.2-5 folgende Anforderungen an die Standorte für die Nutzung erneuerbarer Energien gestellt, die größtenteils mit der EEG-Flächenkulisse übereinstimmen:

#### **10.2-5 Ziel Solarenergienutzung**

Die Inanspruchnahme von Flächen für die raumbedeutsame Nutzung der Solarenergie ist möglich, wenn der Standort mit der Schutz- und Nutzfunktion der jeweiligen Festlegung im Regionalplan vereinbar ist und es sich um

- die Wiedernutzung von gewerblichen, bergbaulichen, verkehrlichen oder wohnungsbaulichen
- Brachflächen oder baulich geprägten militärischen Konversionsflächen,
- Aufschüttungen oder
- Standorte entlang von Bundesfernstraßen oder Schienenwegen mit überregionaler Bedeutung

handelt.

In den Erläuterungen wird zudem konkretisiert, dass die Nutzung der Solarenergie auf und an vorhandenen baulichen Anlagen der Errichtung von großflächigen Solarenergieanlagen auf Freiflächen (Freiflächen-Solarenergieanlagen) vorzuziehen ist.

Daher dürfen Standorte für Freiflächen-Solarenergieanlagen nur ausnahmsweise im Freiraum festgelegt werden. Die Standortanforderungen tragen den Belangen des Freiraumschutzes und des Landschaftsbildes Rechnung und leisten einen Beitrag zu einer nachhaltigen Flächeninanspruchnahme. Im Gegensatz zu Windenergieanlagen und privilegierten energetischen Biomasseanlagen sind Freiflächen-Solarenergieanlagen nicht bauplanungsrechtlich privilegiert. Für eine Freiflächen-Solarenergieanlage, die im Außenbereich als selbständige Anlage errichtet werden soll, ist ein Bebauungsplan aufzustellen, der an die textlichen und zeichnerischen Festlegungen der landesplanerischen Vorgaben und der Regionalpläne, die für das Planungsgebiet bestehen, anzupassen ist.

### **1.3.2 Regionalplanerische Einschätzung**

#### Regionalplan-Neuaufstellung MK-OE-SI

Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) hat im Jahr 2019 den Fachbeitrag Klima für die Neuaufstellung des Regionalplans, Teilgebiet Märkischer Kreis, Kreis Olpe und Kreis Siegen-Wittgenstein (MK-OE-SI) erstellt. Dieser befasst sich mit dem Handlungsfeld Klimaschutz im Plangebiet und hat einen Schwerpunkt auf dem Ausbau der Erneuerbaren Energien. Die Möglichkeiten zur Nutzung der Solarenergie auf Freiflächen werden im Rahmen der Erstellung des Solarkatasters durch das LANUV aktuell ebenfalls untersucht, die Ergebnisse lagen bei der Fertigstellung dieses Fachbeitrages jedoch noch nicht vor. Daher wird für die Darstellung der Potenziale der Freiflächen-Photovoltaik im Fachbeitrag Klima auf die Ergebnisse der „Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW – Teil 2: Solarenergie“ des LANUV aus dem Jahr 2013 zurückgegriffen (LANUV 2013).

Demnach verfügt Siegen im Stadtgebiet über eine potenziell installierbare Leistung von 310 MWp (Megawatt peak) auf Dachflächen und 90 MWp auf Freiflächen - das Potenzial auf Dachflächen ist also mehr als dreimal so hoch wie auf Freiflächen.

### **1.3.3 Landschaftsplan**

Das regelmäßige Bauverbot in Landschaftsschutzgebieten gilt grundsätzlich auch für PV-Freiflächenanlagen. Dieses Verbot wird nicht durch die Darstellung im Flächennutzungsplan aufgehoben. Erst durch einen aus dem Flächennutzungsplan entwickelten Bebauungsplan würden die Bestimmungen

des Landschaftsplanes zurücktreten, sofern die Untere Naturschutzbehörde im Rahmen der Bauleitplanung nicht widersprochen hat.

### **1.3.4 Bauplanungsrechtliche Rahmenbedingungen**

Photovoltaikanlagen, die in das öffentliche Stromversorgungsnetz einspeisen, werden wegen der fehlenden Standortgebundenheit im Außenbereich grundsätzlich nicht von den Privilegierungstatbeständen des § 35 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) erfasst. Der Gesetzgeber hat hier nur die Energieerzeugung aus Wind, Wasser und Biomasse privilegiert. Die planungsrechtliche Zulässigkeit kann daher nur über die verbindliche Bauleitplanung erreicht werden.

Gemäß BauGB sind Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen. Von der Bauleitplanung werden daher ortsangepasste Standortkonzepte anhand klarer und fachlich begründeter Kriterien sowie einer umfassenden Abwägung erwartet. Nach § 1a BauGB muss hier beispielsweise die Notwendigkeit der Umwandlung landwirtschaftlich oder als Wald genutzter Flächen begründet werden.

PV-Freiflächenanlagen mit Ziel der Einspeisung gelten nach dem Bauplanungsrecht als gewerbliche Anlagen. Für die Zulässigkeit einer solchen Anlage sind zwei grundsätzliche Themenbereiche zu unterscheiden.

#### **1.3.4.1 Innenbereich – § 30 und § 34 BauGB**

Aufgrund der Einstufung als gewerbliche Anlagen sind PV-Freiflächenanlagen in bestehenden Gewerbe- und Industriegebieten in der Regel zulässig, sofern in geltenden Bebauungsplänen keine anderslautende Festsetzung nach § 1 Abs. 5 BauNVO getroffen wurde. Allerdings besteht dabei ein Risiko der Unternutzung von Gewerbeflächen. Möglicherweise müssen neue Gewerbeflächen erschlossen werden, weil zuvor Gewerbeflächen für PV-Freiflächenanlagen geopfert wurden. Die optimale Nutzung der Flächen ist durch Bebauung mit Gewerbegebäuden inklusive PV-Dachanlage und Solarcarports auf Parkplatzflächen zu erreichen.

Unter Umständen können kleinere Anlagen auch in Dorf-, Misch- oder Kerngebieten zugelassen werden. Hier ist jedoch die Voraussetzung, dass der Gebietscharakter gewahrt bleibt und von den Anlagen keine erheblichen Störungen ausgehen (§ 15 BauNVO).

Liegen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Freiflächen-Photovoltaikanlage nicht vor, so muss ein Bebauungsplan aufgestellt oder geändert werden.

#### **1.3.4.2 Außenbereich – § 35 BauGB**

Die Zulässigkeit einer PV-Freiflächenanlage im Außenbereich richtet sich nach § 35 Abs. 2 BauGB, wonach sonstige Vorhaben im Einzelfall zugelassen werden können, wenn ihre Ausführung oder Benutzung öffentliche Belange nicht beeinträchtigt und die Erschließung gesichert ist.

Neben Belangen z. B. des Natur- und Umweltschutzes, der Landschaftspflege, des Bodenschutzes, des Denkmalschutzes, der natürlichen Eigenart der Landschaft und ihrem Erholungswert stellt ebenso der Flächennutzungsplan einen öffentlichen Belang dar und widerspricht in der Regel mit seinen Darstellungen von z. B. Fläche für die Landwirtschaft oder Fläche für Wald einem solchen Vorhaben. Darüber hinaus darf ein Vorhaben keine unwirtschaftlichen Aufwendungen für benötigte Infrastrukturmaßnahmen erfordern.

Im Außenbereich muss für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen gezielt Planungsrecht durch Änderung des Flächennutzungsplanes und in der Regel durch Aufstellung eines Bebauungsplans geschaffen werden.



### **1.3.5 Planungsrechtliche Empfehlung**

Die Gemeinden haben, anders als bei vielen anderen Zulassungsverfahren, die volle Entscheidungsfreiheit, ob und wie ein Bebauungsplan zur Realisierung einer PV-Freiflächenanlage aufgestellt werden soll. Ein Rechtsanspruch eines Projektentwicklers besteht gemäß § 1 Abs. 3 S. 2 BauGB nicht.

Die Standortfindung und -entscheidung spielt daher eine zentrale Rolle. Im Rahmen ihrer Planungshoheit legen die Gemeinden fest, welche Standortanforderungen für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen maßgeblich sind, welche Auswirkungen derartige Vorhaben haben und welche Darstellungen und Festsetzungen getroffen werden sollen. Dabei sind die Kommunen nicht an Standorte gebunden, die potenzielle Betreiber nutzen möchten. Vielmehr sollte vorausschauend untersucht und aufgezeigt werden, welche Standorte geeignet bzw. aufgrund von definierten Kriterien der Entwicklungsplanung gewollt sind. Eine Standort-Alternativenprüfung ist auf der Grundlage verschiedener positiver und negativer Kriterien, wie z. B. Lage im Raum, Topographie, Solarstrahlung, Verschattung, aktuelle Nutzung des Bodens, eventuelle Vorbelastungen oder des Landschaftsbildes durchzuführen.

#### **1.3.5.1 Flächennutzungsplan**

Als Darstellungsart für die Ausweisung geeigneter PV-Freiflächenstandorte im Flächennutzungsplan kommt in erster Linie eine Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“, „Solarpark“ o. ä. in Frage.

Ein Bebauungsplan ist aus dem gültigen Flächennutzungsplan zu entwickeln. Da, wie in Kapitel 1.3.4 dargelegt, die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen nicht zu den Privilegierungstatbeständen des BauBG zählt, ist eine flächendeckende Analyse des gesamten Stadtgebietes entbehrlich.

Um dem Entwicklungsgebot des BauGB zu genügen, kann der Flächennutzungsplan auch begleitend zur Aufstellung eines Bebauungsplanes geändert werden (siehe nachfolgender Abschnitt).

#### **1.3.5.2 Bebauungsplan**

Bei der Betrachtung der Bebauungsplanebene ist es wichtig, dass bei einer PV-Freiflächenanlage - im Gegensatz zu anderen erneuerbaren Energien - an die Vergütungsansprüche bestimmte städtebauliche und planerische Bedingungen geknüpft sind. Das Vorhandensein eines Bebauungsplans sowie eine Rechtfertigung des Standortes sind materielle Voraussetzungen für den Vergütungsanspruch. Der Bebauungsplan muss dabei u. a. konkretere Festsetzungen, z. B. über die überbaubare Grundstücksfläche oder notwendige Ausgleichsflächen bzw. -maßnahmen, enthalten (§ 9 BauGB).

Für PV-Freiflächenanlagen werden zumeist vorhabenbezogene Bebauungspläne gemäß § 12 BauGB aufgestellt, da es sich um Einzelvorhaben mit einem konkreten Realisierungszeitraum handelt. Die Flächen werden als Sonderbauflächen mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“, „Solarpark“ o.ä. festgesetzt. Hinsichtlich der Modulanordnung, Flächennutzungsintensität oder der Höhenentwicklung sowie der Anforderung an die Module selbst können spezifische Festsetzungen und Regelungen getroffen werden. Zusätzlich ist die Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren empfohlen.

## 1.4 Vorhandene Studien

### 1.4.1 Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW (LANUV, 2020)

Basierend auf den unter 1.3 dargestellten raumordnerischen Vorgaben sowie den Standortkriterien des EEG 2017 hinsichtlich einer Vergütung hat das LANUV (vgl. 1.3.2) im Rahmen einer landesweiten Potenzialanalyse mögliche Flächen zur Nutzung mit PV-Freiflächenanlagen untersucht.

Die Untersuchung beschränkte sich hierbei auf die "Basisflächen" nach EEG:

- Randstreifen Bundesautobahnen (BAB)
- Randstreifen Bahntrassen
- Brachflächen in Industrie- und Gewerbegebieten
- stillgelegte Bergbauggebiete
- Halden und Deponien
- Parkplätze

Nicht berücksichtigt wurden militärische Konversionsflächen, Brücken und Lärmschutzwände.

Alle ermittelten Flächen abzüglich Tabuflächen (Schutzgebiete) mit einer Größe von mindestens 500 m<sup>2</sup> wurden schließlich einer Einstrahlungs- und Verschattungsanalyse unterzogen. Die Ergebnisse dieser Analyse sind im Energieatlas NRW (<https://www.energieatlas.nrw.de/>) einsehbar.

Für das Siegener Stadtgebiet zeigt das Ergebnis ein differenziertes Bild. Viele potenzielle Standorte liegen demzufolge auf aktuell ungenutzten Gewerbeflächen, die seitens der Stadt allerdings priorisiert für eine gewerbliche Nutzung vorgesehen sind. Die Deponieflächen Fludersbach und Haardter Berg gehören ebenfalls zu den größten Potenzialflächen, Randstreifen von Bahn und BAB sind nur in Teilbereichen nutzbar. Eine genauere Aussage lässt sich erst machen, wenn die vom LANUV ermittelten Flächen der Verwaltung zur Verfügung stehen.

Das LANUV fokussiert sich bei seiner Standortanalyse auf die Bereiche, die gemäß EEG für eine Vergütung in Frage kommen. Hierbei werden aus städtischer Sicht jedoch nicht alle relevanten Bewertungsparameter abgedeckt (z.B. Landschaftsbild, Nähe zu Einspeisepunkten, Gewerbeflächen etc.), so dass eine vertiefende Analyse notwendig ist.

## 2 Ermittlung von geeigneten Standorten für PV-Freiflächenanlagen

Der Analyse liegt die Annahme zugrunde, dass die rentable Nutzung einer PV-Anlage nur durch eine entsprechende Vergütung möglich ist, die sich gegenwärtig nach dem EEG 2021 richtet. Eine Vergütungspflicht besteht jedoch nur bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen. Unter Beachtung dieser im EEG aufgeführten Voraussetzungen wurden daher die zu prüfenden Standorte ausgewählt.

Ergänzend zu diesen nach den EEG-Kriterien ermittelten Flächen kann es weitere wirtschaftlich nutzbare Flächen geben, bei denen der Ertrag über einen lokalen Eigenverbrauchsbedarf bzw. überregionale alternative Vermarktungsmöglichkeiten (bspw. Power Purchase Agreement (PPA)) erzielt werden kann. Diese Flächen werden im Rahmen der Untersuchung nicht betrachtet, daher stellen die ermittelten Potenzialflächen nicht das gesamte PV-Freiflächenpotenzial innerhalb des Stadtgebietes dar. Bei einer Anfrage bspw. durch einen Investor und/oder den Flächeneigentümer ist eine Einzelfallprüfung durchzuführen.

### 2.1 Methodik

In Anlehnung an die Untersuchungsmethodik der unter 1.4.1 genannten LANUV-Studie hat die Verwaltung nach der unten stehenden Vorgehensweise für das Siegener Stadtgebiet eine lokalspezifische Analyse durchgeführt.

Die Ermittlung von geeigneten Standorten für PV-Freiflächenanlagen gliederte sich hierbei in folgende Arbeitsschritte:

#### 2.1.1 Identifizierung der Flächenkulisse gemäß der EEG-Vorgaben

Im ersten Arbeitsschritt wurde das Stadtgebiet auf solche Flächen hin untersucht, die den Vorgaben des § 37 EEG 2021 entsprechen:

- Flächen entlang der Autobahn:

PV-Freiflächenanlagen entlang von Autobahnen werden vergütet, wenn ihnen ein Bebauungsplan zugrunde liegt und sie sich in einem Abstand von bis zu 200 Meter der Autobahn befinden (gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn) und innerhalb dieser Entfernung ein längs zur Fahrbahn gelegener und mindestens 15 Meter breiter Korridor freigehalten worden ist. Darüber hinaus gelten die Vorschriften des Fernstraßengesetzes (FStrG), das festlegt, dass Flächen innerhalb einer Entfernung von 40 Metern vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn von baulichen Anlagen freizuhalten sind. Weiterhin besteht ein Genehmigungsvorbehalt für bauliche Anlagen, die sich innerhalb einer Entfernung von 100 Metern zur Autobahn befinden.

*Hinweis:* Gemäß Auskunft von Straßen.NRW besteht durchaus die Möglichkeit, auch innerhalb der (beschränkten) Anbauverbotszone (innerhalb 40 m ab Straßenrand) PV-Freiflächenanlagen zu errichten, dies gilt neben den baulichen Anlagen auch für die Gestattung/Einräumung von Leitungsrechten, wenn diese die Fahrbahnen unterqueren müssen. Es ist eine Einzelfallprüfung erforderlich.

- Flächen längs der Schienenwege:

PV-Freiflächenanlagen entlang von Schienenwegen werden vergütet, wenn ihnen ein Bebauungsplan zugrunde liegt und sie sich in einem Abstand von bis zu 200 m zum Schienenweg befinden und innerhalb dieser Entfernung ein längs zur Fahrbahn gelegener und mindestens 15 Meter breiter Korridor freigehalten worden ist. Ohnehin ist gem. der Landesbauordnung NRW ein Abstand von min. 5 Metern von baulichen Anlagen zu den Schienenwegen einzuhalten.

- Konversionsflächen / Deponieflächen:

PV-Freiflächenanlagen werden vergütet, wenn ihnen ein Bebauungsplan zugrunde liegt und sie sich auf Konversionsflächen aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung befinden. Dies gilt aber nur wenn die Flächen bei der Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans

nicht rechtsverbindlich als Naturschutzgebiet im Sinn des § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes oder als Nationalpark im Sinn des § 24 des Bundesnaturschutzgesetzes festgesetzt worden sind.

*Hinweis:* Die Deponie Fludersbach stellt einen Sonderfall dar, da es sich um eine planfestgestellte Fläche handelt. Laut Aussage des Kreises Siegen-Wittgenstein ist die Realisierung einer PV-Freiflächenanlage auf Deponieflächen zurzeit noch nicht möglich, da sich diese noch im Betrieb befinden.

- Ungenutzte Flächen in planungsrechtlich gesicherten Gewerbe-/Industriegebieten

Flächen, die nach Einschätzung der Abteilung 1/2 Wirtschaftsförderung schon lange brach liegen, nicht vermarktbare und für eine Bebauung eher nicht geeignet sind (Topographie etc.). Für diese Flächen besteht für die Errichtung gewerblich genutzter PV-Anlagen üblicherweise bereits Planungsrecht, so dass eine weitere Analyse hier entbehrlich ist. Diese Flächen werden daher nur nachrichtlich dargestellt. Die konkrete Genehmigungsfähigkeit müsste im Einzelfall geprüft werden.

## **2.1.2 Betrachtung von Lärmschutzwänden/-wällen, Brücken**

### **2.1.2.1 Straßen.NRW**

Die Errichtung und der Betrieb von PV-Freiflächenanlagen an Brücken, Lärmschutzwänden und -wällen ist laut Auskunft von Straßen.NRW nicht grundsätzlich ausgeschlossen, bedarf jedoch eines Nutzungsvertrages. Bei der Bearbeitung dieses Vertrages würden von Straßen.NRW z. B. auch die Belange des konstruktiven Ingenieurbaus geprüft, wenn es sich um bauliche Anlagen an Lärmschutzwänden handelt.

### **2.1.2.2 Autobahn GmbH**

Bzgl. der Realisierung von PV-Anlagen entlang der Autobahnen hat die Autobahn GmbH im April 2021 mitgeteilt, dass seitens der Niederlassung Westfalen derzeit Abstand davon genommen wird, Photovoltaikmodule an Bauwerken zu installieren. Grund hierfür ist, dass bei den gesetzlich durchzuführenden Bauwerksprüfungen alle Konstruktionsteile "handnah" geprüft werden müssen. Der Aufwand von Demontagen und anschließenden Montagen für jede turnusmäßige Prüfung ist laut vorliegender Stellungnahme daher zu aufwändig.

Da es sich bei den unter 2.1.2 genannten Anlagen nicht um Freiflächenanlagen nach EEG handelt, wurden diese Potenziale im Rahmen dieser Untersuchung nicht weiter untersucht.

## **2.1.3 Definition von Ausschlusskriterien**

Im Zweiten Arbeitsschritt wurden die ermittelten Flächen mit vorliegenden Fachdaten überlagert und so solche Flächen(teile) ausgeschnitten, auf denen die Errichtung einer PV-Freiflächenanlage aufgrund des jeweils ausgewiesenen Schutzstatus ohnehin nicht zulässig ist. Diese Ausschlusskriterien betreffen vor allem den Natur- und Landschaftsschutz, den Gewässerschutz aber auch die Erholungsnutzung.

Zu beachten ist dabei jedoch, dass PV-Freiflächenanlagen den Naturschutzwert einer Fläche durch den Ausschluss anderer Nutzungen und die Anlage von Wildblumenwiesen auch erhöhen können. Daher sind explizit nur Schutzgebiete ein Ausschlussgrund. Sie dienen dazu, schützenswerte Bereiche von Bauungen (in diesem Fall PV-Freiflächenanlagen) frei zu halten und vor deren Auswirkungen zu schützen. Folgende Gebietskategorien führten zum Ausschluss potenzieller Flächen:

- Oberflächengewässer,
- Überschwemmungsgebiete,
- Waldgebiete,
- Baudenkmale,
- Bodendenkmale,

- Erholungsbereiche ("Ruhige Gebiete" gemäß Lärmaktionsplanung Stufe 3),
- Schutzgebiete (FFH-Gebiete, Naturschutzgebiete, Geschützte Landschaftsbestandteile, Geschützte Biotope, Wasserschutzgebiete).

Darüber hinaus wurden Verkehrs- und Gebäudeflächen aus den Basisflächen ausgeschnitten, da diese für eine PV-Nutzung nicht zur Verfügung stehen. Großflächige Parkplätze wurden analog der Studie des LANUV NRW mit betrachtet, sind jedoch nicht für Freiflächenanlagen im eigentlichen Sinne geeignet. Hier kämen aufgeständerte Module in Frage, die als bauliche (Neben-)Anlagen zu bewerten sind.

Aufgrund der o. g. Rentierlichkeit wurde eine Mindestgröße der Potenzialflächen von 4.000 m<sup>2</sup> vorausgesetzt. Dabei wurde von einer durchschnittlichen Nennleistung von 0,9 MWp pro ha ausgegangen<sup>1</sup>, zudem kann auf Grund der Marktbedingungen zum Untersuchungsbeginn davon ausgegangen werden, dass Anlagen unter 300 kWp in der Freifläche bereits kaum wirtschaftlich realisierbar sind und die Vergütung weiter abnimmt. Zur Vermeidung der aufwändigen Untersuchung von nicht rentierlichen und daher für Investoren unattraktiven Kleinstflächen wurden nur Flächen untersucht, die diese Mindestgröße aufweisen.

#### 2.1.4 Einzelbewertung und Abwägung

Mittels der vorherigen Schritte wurde das Stadtgebiet in der Analyse anhand von Positiv- (EEG) und Negativkriterien (z. B. Natur- und Landschaftsschutz) eingegrenzt. Teilweise wurden zudem größere Flächen aufgrund von topographischen Besonderheiten oder ihres Zuschnitts nochmals in Teilflächen untergliedert. Im abschließenden Schritt wurden die verbliebenen Potenzialflächen dann einzeln hinsichtlich ihrer spezifischen Eignung beschrieben und bewertet. Relevante Bewertungskriterien waren hierbei:

- Aktuelle Nutzung
- Solareignung (Einstrahlungsintensität, Verschattung, Hangneigung, Exposition)<sup>2</sup> *Quelle: LANUV*
- Landschaftsbild / Städtebau
- Naturdenkmale
- Erschließung
- Bekannte Belastungen (Altlasten und Altbergbau)
- Biologische Vielfalt
- Bodenfunktion
- Klimatische Bedeutung

Abschließend wurden die Flächen schließlich hinsichtlich ihrer Eignung in Kategorien eingeteilt und die Ergebnisse der Einzelbetrachtung in Flächensteckbriefen zusammengefasst.

Nähe zu Einspeisepunkten: Ein wichtiges Kriterium zur Inbetriebnahme einer Freiflächenanlage ist die Möglichkeit, den erzeugten Strom ins Versorgungsnetz einzuspeisen. Leider war es nicht möglich, vom zuständigen Netzbetreiber für alle Flächen eine Angabe zum nächstgelegenen Einspeisepunkt zu bekommen, da diese Analyse beim Netzbetreiber mit hohem Aufwand verbunden ist. Es wurde vereinbart, diese Information für die am besten geeigneten Flächen im Nachgang anzufordern.

---

<sup>1</sup> Im Jahr 2018 betrug die Nennleistung einer durchschnittlichen Freiflächenanlage 0,9 MWp/ha. (Quelle: <https://rechneronline.de/photovoltaik/freiflaeche.php> - Abruf 03.03.2022)

<sup>2</sup> Quelle: LANUV (<https://www.energieatlas.nrw.de>)

Eine Prozessübersicht der durchgeführten Flächenanalyse zeigt die folgende Darstellung:

Basisflächen/Suchraum			
Bezeichnung	Quelle	Filter	Puffer
BAB	ATKIS	Autobahn	15-200m
Bahn	ATKIS		15-200m
Siedlungsbereiche	ATKIS	Deponie, Halde	
Parkplätze	ATKIS	Parkplätze	
Wald	ATKIS		
Konversionsflächen	Stadt Siegen		
Gewerbeflächen	Satdt Siegen		
Ergebnis: Basisflächen_PV_komplett			
abzüglich Ausschlusskriterien			
Gewässerflächen	LP		
Wald	ATKIS	Laubwald, Nadelwald, Mischwald	
Verkehrsflächen	ATKIS		
Siedlungsflächen	ATKIS	außer Deponie, Halde, Gewerbe	
FFH	LP		
NSG	LP		
GLB	LP		
GSB	LP		
Ökokontoflächen	LP		
Überschwemmungsgebiete	NRW		
Ergebnis: 103 Untersuchungsflächen > 4000m²			
Anschließend Abzug der Gebäudeobjekte			
Gebäude	ALKIS		
Ergebnis: 100 Untersuchungsflächen > 4000m²			
Anschließend manuelle Abtrennung von Verkehrsflächen/nicht nutzbaren Restflächen und Aufteilung einzelner Flächen nach Nutzung			
Ergebnis: 112 Untersuchungsflächen davon 28 < 4000m² und 85 > 4000m²			
Anschließend automatisierte Überlagerung mit Fachdaten			
§34	Stadt Siegen		
BPLAN	Stadt Siegen		
Gemarkung	ALKIS		
städtischer Eigentum	Stadt Siegen		
Bodendenkmal	Stadt Siegen		
FNP	Stadt Siegen		
RP	Bezirksreg.	ASB, GIB, UNI	
Anschließend manuelle Bewertung der 85 Flächen			

Abbildung 1: Prozessübersicht

## 2.2 Bewertungsergebnisse

Im Folgenden werden die Untersuchungsergebnisse der verschiedenen Flächenkulissen dargestellt und erläutert.

### 2.2.1 Untersuchungskulisse Standard

**Nutzung:** Alle 85 Untersuchungsflächen, die größer als 4.000 m<sup>2</sup> sind, haben zusammen eine Größe von rund 169 ha. Der Großteil dieser Flächen wird aktuell land- oder forstwirtschaftlich genutzt (ca. 35 %) und weist somit starke Nutzungskonflikte bei der möglichen Errichtung einer PVFA auf (vgl. 1.3.4). Alleine auf 26 % der Fläche sind aktuell noch Deponien in Nutzung (Haardter Berg, Fludersbach, Feuersbach), weitere 11 % werden zurzeit als Parkplatz genutzt. Rund 14 % der Untersuchungsflächen sind derzeit ungenutzt bzw. liegen brach. Auf knapp 12 % kann eine anderweitige Nutzung verzeichnet werden (z. B. Halde, Kläranlage, Bahngelände, Segelflugplatz).

Kategorie	Anzahl der Flächen	Bruttogröße [ha]	Anteil [%]
Brache	9	11,03	6,5
Deponie	3	44,2	26,2
Gewerbefläche	4	3,65	2,2
Grünland	14	27,06	16,0
Parkplatz	17	18,63	11,0
Sonstiges	9	19,62	11,6
Ungenutzt	7	12,29	7,3
Wald	17	20,77	12,3
Weide	5	11,51	6,8
<i>Summe:</i>	85	169	

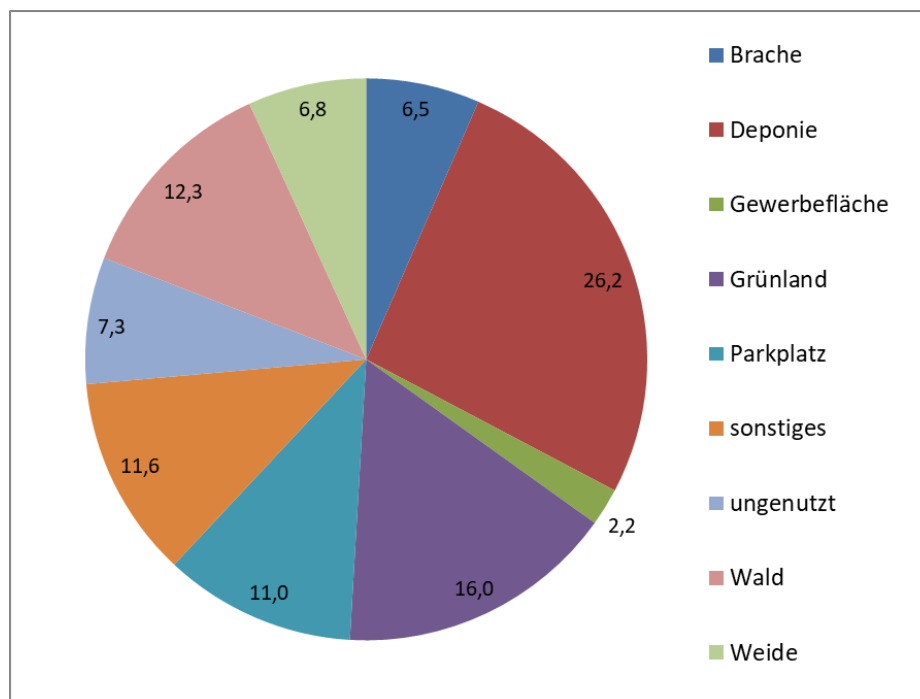


Abbildung 2: Übersicht der Untersuchungsflächen nach aktueller Nutzung

**Planungsrecht:** Wie in Kapitel 1.3.5 erläutert, müssen für die Errichtung einer PVFA die planungsrechtlichen Voraussetzungen bestehen oder geschaffen werden. Diesbezüglich wurden die Untersuchungsflächen untersucht. Nur bei 7 Flächen besteht kein Planungsbedarf, d. h. es existiert ein entsprechender Bebauungsplan mit dazu passender Darstellung im Flächennutzungsplan. Bei allen anderen Flächen ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes nötig, mit der die Änderung des FNP einhergeht.

**Eignung:** Die Auswertung der Bewertungsergebnisse zeigt, dass der überwiegende Teil der untersuchten Flächen als nicht oder nur bedingt geeignet bewertet wurde:

Kategorie	Anzahl der Flächen	Bruttogröße [ha]	Anteil [%]
Sehr gut geeignet	6	12,9	<b>7,2</b>
Gut geeignet	13	40,6	<b>24,1</b>
Bedingt geeignet	15	21,5	<b>12,8</b>
Ungeeignet	51	94,5	<b>56,0</b>
<i>Summe:</i>	<i>85</i>	<i>169</i>	

**Abbildung 3: Überblick über die Bewertungsergebnisse**

Von 85 untersuchten Flächen werden demnach über die Hälfte (56 %) als ungeeignet eingestuft, weitere rund 13 % als bedingt geeignet. Diese negativen Bewertungen sind insbesondere darauf zurück zu führen, dass topographische Verhältnisse gegen eine Errichtung von PV-Modulen sprechen oder die derzeitige Flächennutzung eine solche Errichtung verhindert. Unter diese Nutzungen fallen vor allem Wald oder Parkieranlagen. Während Wald als höherwertige Nutzung eingestuft wird, verhindert eine bestehende Parkplatznutzung als solche die Errichtung einer Freiflächenanlage. Wohl aber ist hier zu meist die Errichtung einer aufgeständerten PV-Anlage denkbar, was ist im Einzelfall baurechtlich geprüft werden muss. Da es sich dann jedoch um eine bauliche Nebenanlage handelt, ist eine Eignung als Freiflächenanlage im eigentlichen Sinne nicht gegeben, was zur Abwertung der Fläche in dieser Untersuchung führt.

Die Bewertungen der einzelnen Flächen sind den Steckbriefen im Anhang zu entnehmen.

#### Eigentumsverhältnisse:

Von den untersuchten Flächen befinden sich rund 43 ha in städtischem Eigentum, bei den gut oder sehr gut geeigneten Flächen sind es etwa 17 ha (gut: 16 ha; sehr gut: 1,3 ha).

## **2.2.2 Untersuchungskulisse Gewerbeflächen**

Wie in Kapitel 2.1.1 dargestellt, sind ungenutzte Freiflächen in planungsrechtlich gesicherten Gewerbegebieten in der Regel ohne weitere Handlungsnotwendigkeit der Stadt Siegen mit einer PV-Anlage bebaubar. In Anlage 3 sind die von der Abteilung Wirtschaftsförderung identifizierten Flächen in Kurzform nachrichtlich dargestellt, sofern sie die planungsrechtlichen Anforderungen erfüllen.

Von 25 dargestellten Flächen sind jedoch nur drei Flächen durch einen Bebauungsplan planungsrechtlich gesichert. Es handelt sich daher insgesamt lediglich um eine Fläche von rund 2,5 ha. Für jede Fläche muss zudem in einem Bauantragsverfahren auf Antragsstellung durch die Eigentümer geprüft werden, ob die Errichtung einer PV-Anlage als bauliche Anlage den Festsetzungen des jeweiligen Bebauungsplanes entspricht.

Weitere 17 Flächen (7,6 ha) liegen im planerischen Innenbereich nach §34 BauGB. Hier müsste ebenfalls im Einzelfall geprüft werden, ob sich eine geplante PV-Anlage einfügt.

Hinweis: Zusätzlich zu den von der Abteilung Wirtschaftsförderung gemeldeten Flächen wurden Flächen der normalen Bewertung gemäß Kapitel 2.1.4 unterzogen, wenn sie ebenfalls in die Flächenkulisse



"EEG" fallen, obwohl sie möglicherweise im jeweiligen Bebauungsplan als gewerbliche Fläche festgesetzt sind. Dies resultiert aus der automatisierten Verschneidung im geographischen Informationssystem, die zur Flächenermittlung verwendet wurde.

### 2.2.3 Untersuchungskulisse Konversionsflächen

Als Konversionsfläche im Sinne des EEG wird eine Fläche bezeichnet, die ehemals wirtschaftlich, verkehrlich, wohnungsbaulich oder militärisch genutzt wurde und deren Vornutzung noch fortwirkt (vgl. hierzu Kapitel 2.1.1). Klassische Konversionsflächen sind z. B. ehemalige Deponien oder Truppenübungsplätze. Für diese Potenzialuntersuchung hat sich die Verwaltung in der Flächenkategorie Konversionsflächen allerdings auf ehemals militärisch genutzte Flächen konzentriert, da einerseits Flächen der weiteren Definition bereits in der Untersuchungskulisse "Standard" mit berücksichtigt wurden (bspw. Brachflächen, Halden o. ä.) und zum anderen ein kleinteiliges Verzeichnis ungenutzter Flächen im Stadtgebiet nicht existiert.

Es wurden daher die im Stadtgebiet Siegen vorhandenen ehemaligen Liegenschaften der belgischen Streitkräfte auf ihre Eignung zur Errichtung von PVFA untersucht (siehe Anlage).

Es lässt sich allerdings feststellen, dass der überwiegende Teil dieser Flächen bereits einer Nachnutzung zugeführt wurde. Nahezu alle dieser Standorte am Heidenberg, Fischbacherberg und Wellersberg wurden in der Vergangenheit bebaut oder waren bereits mit einer Bebauung versehen.

Die folgende Darstellung gibt einen Überblick über die Konversionsflächen im Stadtgebiet:

Bezeichnung	Bemerkung	Nutzung historisch	Fläche [ha]
Wellersberg	Panzerstraße	Munitionsdepot	17,4
Wellersberg	Saarbrücker Straße	Kasernengelände	4,2
Fischbacherberg	Schweriner Straße, Breslauer Straße,	Natozähne, Einkaufsmarkt, Mehrfamilienhäuser,	10,6
Fischbacherberg	Erlebnisfeld Schön und gut	Schießstand	12,3
Heidenberg	Fortunastraße, Heidenbergstraße	Mehrfamilienhäuser	0,5
Heidenberg	Posener Straße	Reihen-Einfamilienhäuser	1,1
Heidenberg	Posener Straße	Reihen-Einfamilienhäuser	0,9
Heidenberg	Fortunastraße	Mehrfamilienhäuser	0,9
Heidenberg	Gewerbegebiet	Kasernen- und Trainingsgelände	17,6
Heidenberg	Memeler-, Danziger, Stettiner Straße	Mehrfamilienhäuser	0,6
Heidenberg	Memeler-, Danziger, Stettiner Straße	Mehrfamilienhäuser	0,7
Heidenberg	Memeler-, Danziger, Stettiner Straße	Mehrfamilienhäuser	0,6
Heidenberg	Memeler-, Danziger, Stettiner Straße	Mehrfamilienhäuser	0,5
Heidenberg	Am Witschert - jetzt Pflegeheim, Ein-	Kasernen, Offizierscasino	1,8
Heidenberg	Am Witschert - jetzt Pflegeheim, Ein-	Kasernen, Offizierscasino	1,0
Heidenberg	Achenbacher Straße		0,2
Heidenberg	Achenbacher Straße	belgische Schule	0,8
Schemscheid	Gewerbegebiet	Kasernen, Panzer und LKW-Hallen	9,4
Schemscheid	Gewerbegebiet	Kasernen, Panzer und LKW-Hallen	0,3
Numbachtal	Johanna-Russ-Schule, KiTa etc.		2,2
Trupbacher Heide	Ehem. Truppenübungsplatz	Truppenübungsplatz	297,9
<b>Summe:</b>			<b>381,7</b>

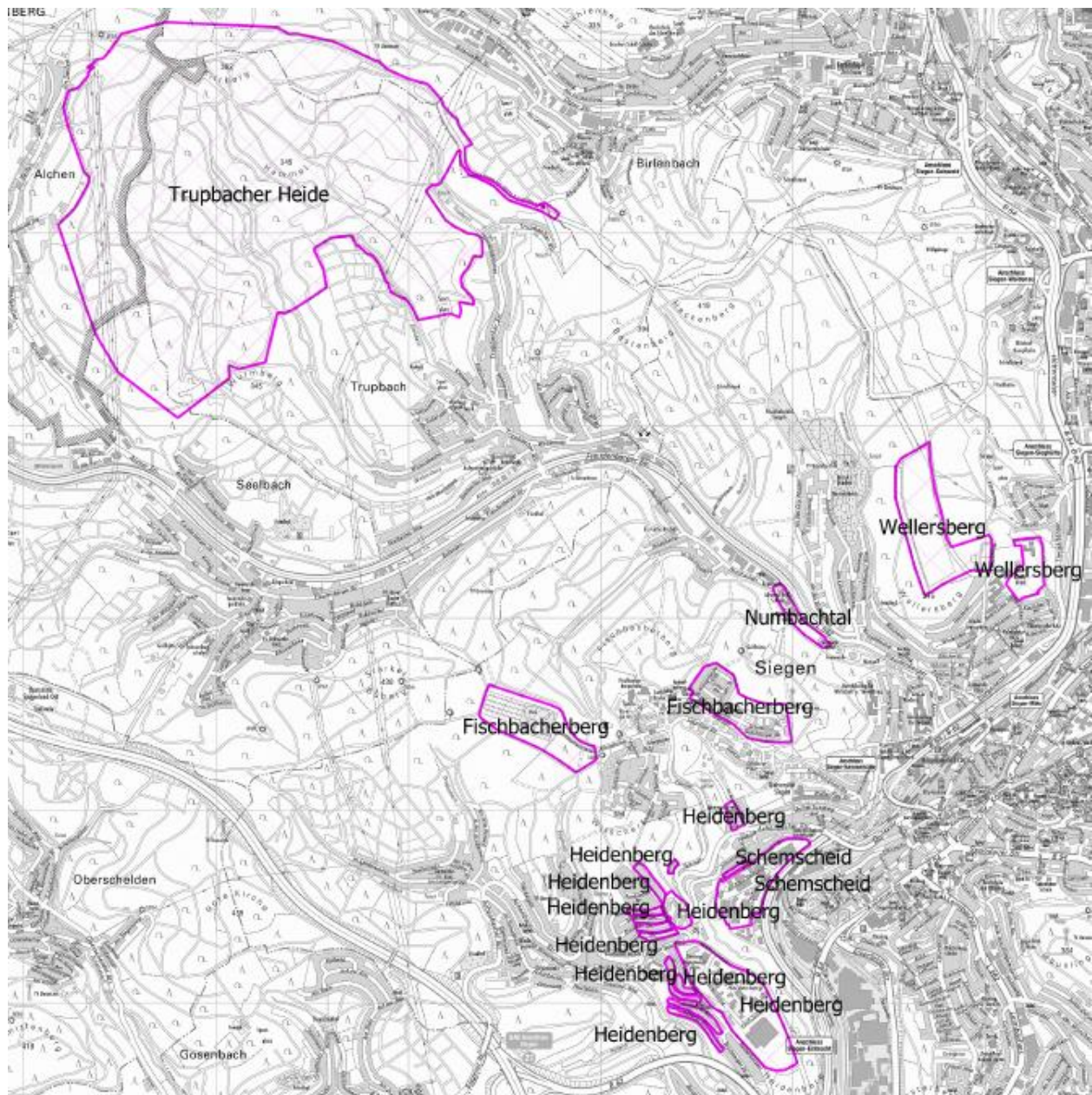


Abbildung 4: Konversionsflächen im Stadtgebiet

Freiflächen in größerem Umfang existieren lediglich an folgenden Standorten:

- Fischbacherberg: Erfahrungsfeld Schön & Gut  
→ geplantes Wohngebiet Breslauer Straße (Bebauungsplan Nr. 328)
- Wellersberg: DRK-Kinderklinik (Erweiterungsflächen für Klinik)  
ehem. Munitionsdepot → geplantes Wohngebiet
- Trupbacher Heide: ehem. Truppenübungsplatz, heute Erholungsgebiet, Naturschutzgebiet und FFH-  
gebiet (nicht in städtischem Eigentum - Natur Heimat Kultur NRW gGmbH)

Für alle diese Standorte gilt, dass auf ihnen andere Nutzungen realisiert, vorgesehen bzw. in Planung sind und sie daher für die Errichtung von PVFA aus Sicht der Verwaltung nicht in Frage kommen.

### 3 Zusammenfassung und Ausblick

#### 3.1 Zusammenfassung

Die stadtweite Untersuchung zeigt, dass es geeignete Flächen gibt, auf denen unter den genannten Voraussetzungen und Rahmenbedingungen eine PV-Freiflächenanlage wirtschaftlich (im Sinne des EEG) zu betreiben ist. Zusammengefasst bieten sich folgende Potenziale für die Errichtung von PVFA im Stadtgebiet von Siegen:

Kulisse:	EEG	Gewerbe <sup>1</sup>	Konversionsflächen
Gesamtfläche:	169	16	382
Sehr gut	12,1	-	0
Gut	40,6	-	0
Bedingt	21,5	-	0
Ungeeignet	94,5	-	382

(alle Angaben in Hektar)

<sup>1</sup> nicht bewertet

**Abbildung 5: Zusammenfassung der Potenziale**

Die Errichtung einer PV-Freiflächenanlage steht meistens in einen Konflikt zur aktuellen Flächennutzung. Dies betrifft bei den untersuchten Potenzialflächen vor allem bestehende Grünland- und Waldnutzungen. Grenzt eine Potenzialfläche zudem an bestehende Waldgebiete an, muss aufgrund von Verschattung und dem Schutz vor Gefahren (umfallende Bäume / Feuer etc.) ein Waldabstand eingehalten werden. Dieser führt wiederum zur Verkleinerung der potenziellen Flächen. Alternativ sollte mit einer vertraglichen Regelung ein Schadensersatzverzicht o. ä. mit dem Waldeigentümer vereinbart werden.

#### 3.2 Weiteres Vorgehen

##### Weiteres Vorgehen:

Die durchgeführte Untersuchung ist als Ersteinschätzung einzustufen. Für konkrete Aussagen zu den Einzelflächen müssen ggf. bei konkreten Planungen weitergehende Untersuchungen erfolgen, die sich beispielsweise mit den Themen Ökologie, Erschließung, Einspeisung oder dem Planungsrecht beschäftigen. Als Beitrag zum Ausbau der Photovoltaik im Siegener Stadtgebiet wird folgendes Vorgehen vorgeschlagen:

1. Abstimmung mit dem Netzbetreiber bezüglich der Einspeisung: Dem Netzbetreiber werden die Ergebnisse der Untersuchung mitgeteilt, verbunden mit der Bitte, geeignete Flächen hinsichtlich der Möglichkeiten zur Einspeisung des erzeugten Stroms ins Netz zu überprüfen.
2. Aktive Ansprache der Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer geeigneter Flächen der Kulisse EEG (Bewertung "gut" und "sehr gut") sowie der Kulisse Gewerbe durch die Verwaltung: Die Eigentümer werden auf das vorhandene Potenzial ihrer Grundstücke aufmerksam gemacht und darüber informiert, wie die Errichtung einer PVFA realisiert werden könnte.
3. Ansprache strategischer Partner: Die Verwaltung kommuniziert die Untersuchungsergebnisse gegenüber bekannten Projektierern, um diese auf geeignete Flächen aufmerksam zu machen.
4. Für ein konkretes Vorhaben wird mit den Vorhabentragenden mittels eines städtebaulichen Vertrages das Vorgehen für ein notwendiges förmliches Verfahren zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes (VEP) und der Änderung des Flächennutzungsplans vereinbart. Bei den Flächen der Bewertung "gut geeignet" und "sehr gut geeignet" wird vertraglich geregelt, dass gemäß Ratsbeschluss lediglich notwendige Gutachten und Untersuchungen von den Investierenden beauftragt und bezahlt werden. Das eigentliche Bauleitplanverfahren wird jedoch in städtischer Regie durchgeführt.

Anders sieht es bei Flächen der Bewertung „bedingt geeignet“ aus. Hier werden sowohl das Bauleitplanverfahren als auch die Gutachten durch den Vorhabentragenden beizubringen sein. Aufgrund der personellen Ressourcen könnten voraussichtlich maximal 3-5 Verfahren im Jahr durch die AG 4/5-2 Stadtplanung bearbeitet werden.

5. Für die Potenzialflächen im städtischen Eigentum soll nach Auswahl mindestens für eine Fläche eine Machbarkeitsanalyse gemäß der progres.NRW Richtlinie vorangetrieben werden. Das Programm sieht aktuell eine Förderquote der Machbarkeit von 90 % und eine Umsetzungsförderung von 20 % vor.

Anlagen, die Dritte außerhalb der Untersuchungsflächen errichten wollen, sind nicht grundsätzlich ausgeschlossen, solange sie keiner gesetzlichen Regelung widersprechen. Hier muss eine Einzelfallprüfung des Antrags hinsichtlich der Eignung der Fläche gemäß o. a. Systematik erfolgen und die verwaltungsseitige Empfehlung einer politischen Beschlussfassung zugeführt werden. Bei positiver Bewertung der Eignung werden die Verfahren gemäß o. a. Pkt. 4 behandelt.

### **3.3 Durchführung der notwendigen Bauleitplanverfahren**

Wie in Kapitel 1.3.5 dargestellt, setzt die Realisierung einer PVFA entsprechendes Planungsrecht voraus. Bei dieser stadtweiten Analyse handelt es sich lediglich um eine Ersteinschätzung. Sollte auf einer der positiv bewerteten Flächen eine PVFA projektiert werden, müsste begleitend das nötige Bauleitplanverfahren durchgeführt werden. Für ein konkretes Vorhaben wird mit den Vorhabenstragenden mittels eines städtebaulichen Vertrages das Vorgehen für ein notwendiges förmliches Verfahren zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes (VEP) und der Änderung des Flächennutzungsplans vereinbart. In diesem wird geregelt, dass gemäß Ratsbeschluss lediglich notwendige Gutachten und Untersuchungen von den Investierenden beauftragt und bezahlt werden. Das eigentliche Bauleitplanverfahren wird jedoch in städtischer Regie durchgeführt. In diesem förmlichen Verfahren müssen die notwendigen Gutachten von den Projektierenden eingeholt werden (Umweltbericht, Artenschutz), durch die Einschränkungen auf das Vorhaben nicht ausgeschlossen werden können.

### **3.4 Fazit**

Die Errichtung von PVFA ist ein aktiver Beitrag zum lokalen Ausbau der erneuerbaren Energien im Stadtgebiet. Unabhängig von der Notwendigkeit des Ausbaues der Erneuerbaren Energien mittels PVFA gilt es dennoch, eine maßvolle Abwägung weiterer Belange und alle weiteren ungenutzten Potenziale wie bspw. die der Dachflächen vorzunehmen.

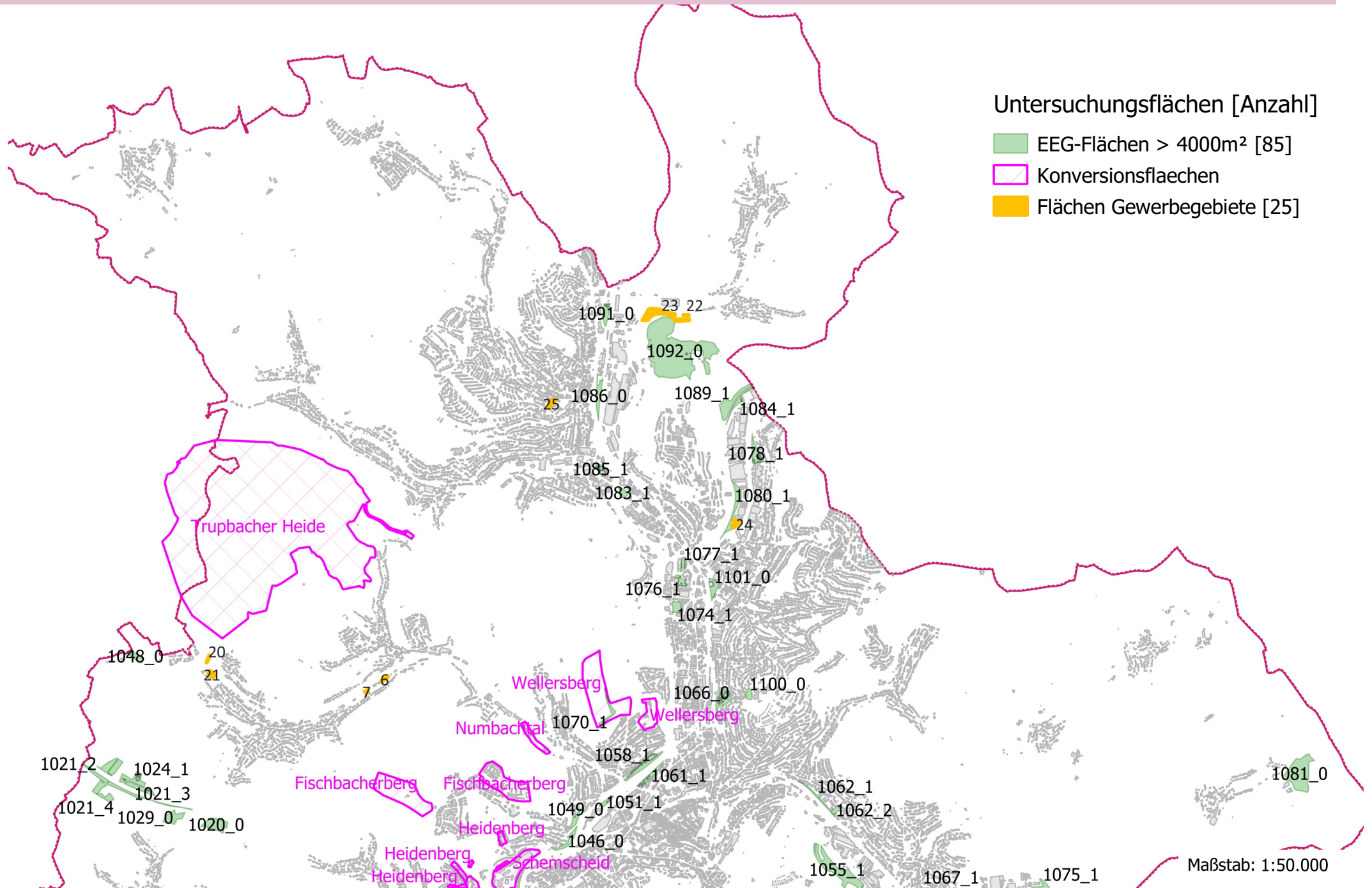
Das größere Potenzial zur Errichtung von PV-Anlagen ist laut Energieatlas NRW auf der vorhandenen Bebauung und auf den bereits verdichteten Flächen zu sehen. Die Nutzung der bestehenden Dachflächen stellt somit ein Potenzial dar, welches durch die Errichtung von PVFA auf bisher ungenutzten Flächen ergänzt werden soll. Zudem bietet es sich an, die zahlreichen versiegelten Parkplatzflächen hinsichtlich einer Überbauung mit aufgeständerten Anlagen zu prüfen.

Grundsätzlich sollten Freiflächen von geringer ökologischer Wertigkeit bevorzugt werden und bei der Errichtung von Anlagen solche Modelle gewählt werden, die eine kombinierte Nutzung von PV und Landwirtschaft ermöglichen (sog. Stockwerknutzung oder Agri-PV).

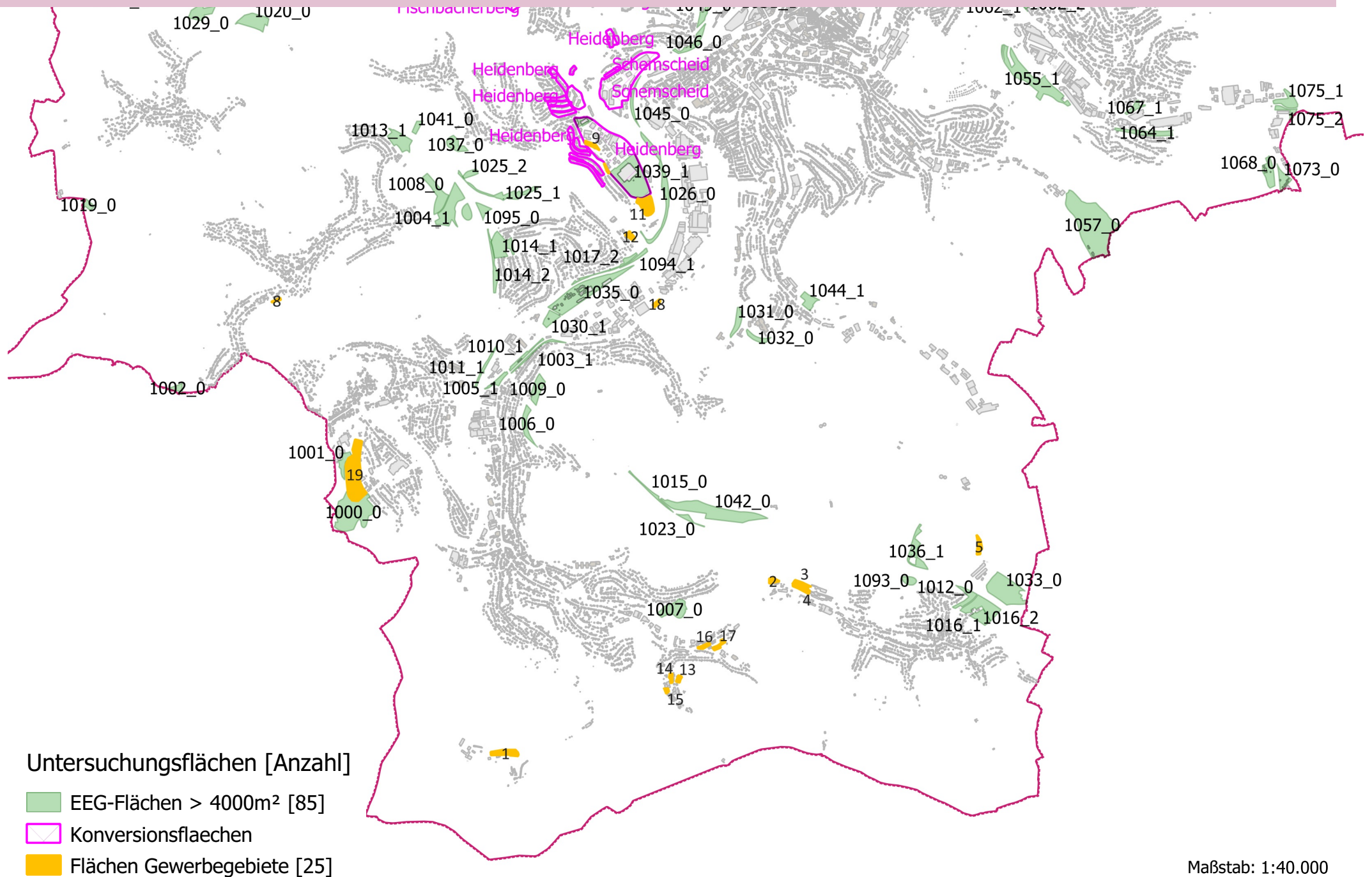
## **4 Anhang**

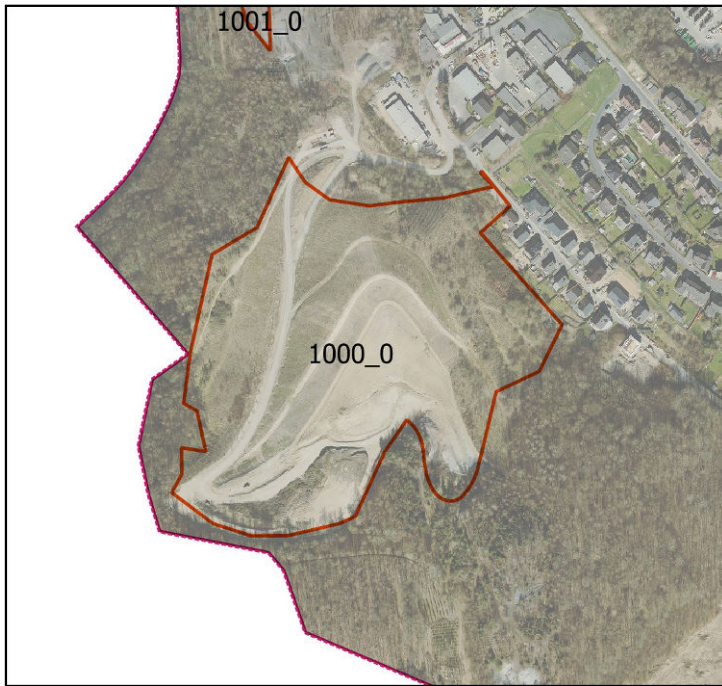
1. Übersichtskarte der Untersuchungsflächen (Blatt Nord und Süd)
2. Steckbriefe zur Untersuchungskulisse EEG
3. Steckbriefe zu Potenzialen in Gewerbegebieten





# Lage der Untersuchungsflächen im Stadtgebiet - Blatt Nord



**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Halde\_ATKIS  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Niederschelden  
Flächengröße: 72.720 m<sup>2</sup> | 7,27 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 0 %  
Exposition: Nordwesten  
Aktuelle Nutzung: ungenutzt  
*Rekultivierungsfläche*

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**  
Rekultivierte Schlackenhalde  
Altbergbau: **ja** Oberflächennaher Bergbau belegt

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung Straße: **ausreichende Erschließung**  
Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: *überwiegend Flächen für Aufschüttungen*

Innenbereich (§34 BauGB): *teilweise*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:  
*überwiegend Außenbereich*

Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel**

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **mittel**

Solareignung: **gut geeignet**

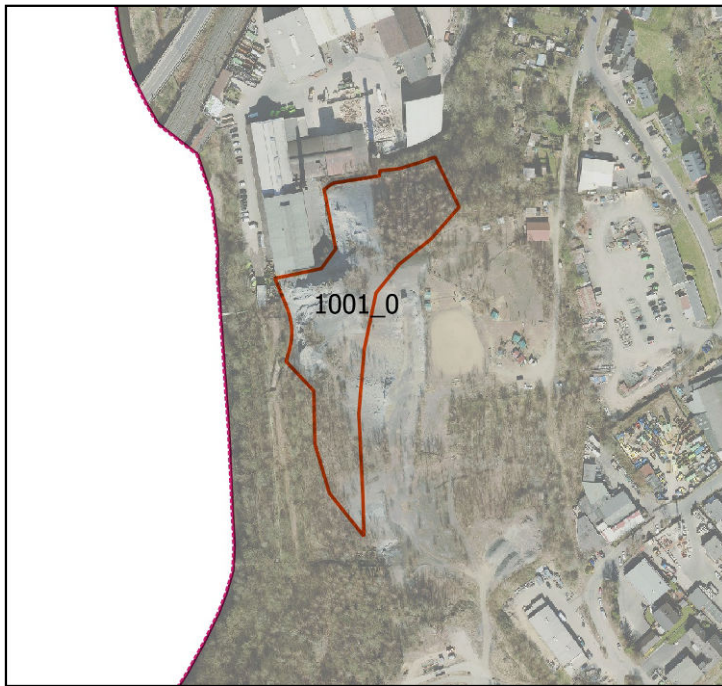
**Bewertung**

Eignung: **Bedingt geeignet**

Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung

Bemerkung: rekultivierte Bergbauhalde



**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Halde\_ATKIS,Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Niederschelden  
Flächengröße: 9.537 m<sup>2</sup> | 0,95 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 0 %  
Exposition: Westen  
Aktuelle Nutzung: Brache

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**  
Offene Schlackenhaldenfläche  
Altbergbau: **ja** Oberflächennaher Bergbau belegt

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung Straße: **ausreichende Erschließung**  
Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für Aufschüttungen

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

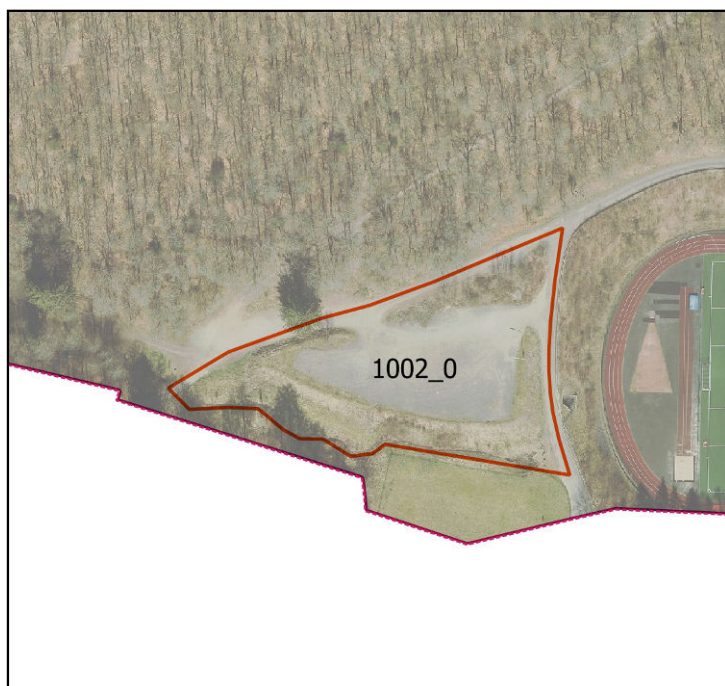
Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel**  
Bodenfunktion: **gering**  
Bodendenkmal: **nein**  
Klimatische Bedeutung: **mittel**  
Landschaftsbild/Städtebau: **mittel**  
Solareignung: **gut geeignet** Baumbestand beachten

**Bewertung**

Eignung: **Bedingt geeignet**

Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung

Bemerkung: geplante Entwicklung der Sandhalde zu Wohnen/Gewerbe berücksichtigen

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Parkplatz\_ATKIS  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Niederschelden  
Flächengröße: 4.363 m<sup>2</sup> | 0,44 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 100 %  
Exposition: Südwesten  
Aktuelle Nutzung: Parkplatz  
Wanderparkplatz am Sportplatz

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **ja** Oberflächennaher Bergbau belegt

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung Straße: **gut erschlossen**

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für die Landwirtschaft

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering**

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

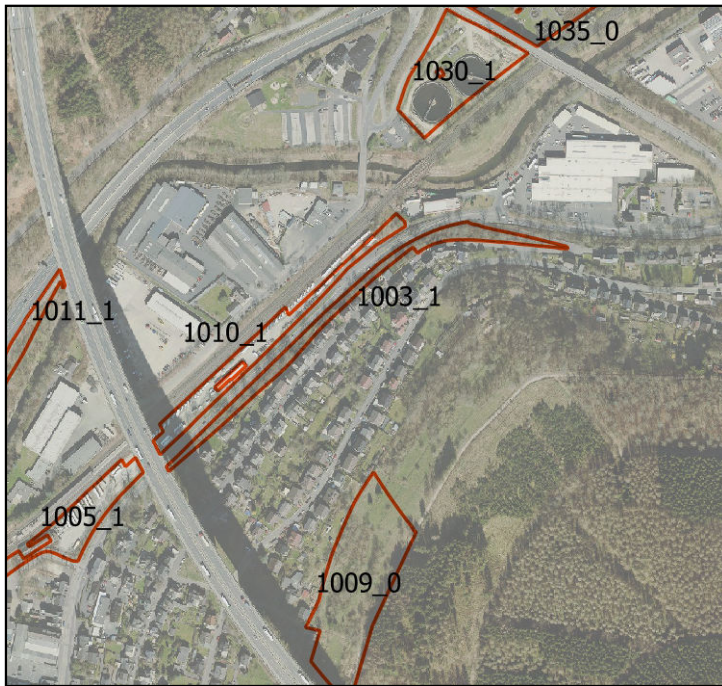
Solareignung: **gut geeignet**

**Bewertung**

Eignung: **Sehr gut geeignet**

Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung

Bemerkung: BPlan-Aufstellung: Parkplatznutzung mit PV

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer, BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Eiserfeld  
Flächengröße: 6.113 m<sup>2</sup> | 0,61 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 6 %  
Exposition: Nordwesten  
Aktuelle Nutzung: Wald

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB/GIB  
Darstellung FNP: Mischgebiet-MI, Grünflächen

Innenbereich (§34 BauGB): ja  
Rechtsverbindlicher BPlan: nein  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung Straße: **gut erschlossen**

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **hoch** Gehölzbestand an Straßenböschung

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **mittel**

Solareignung: **mäßig geeignet** bewaldeter Hang

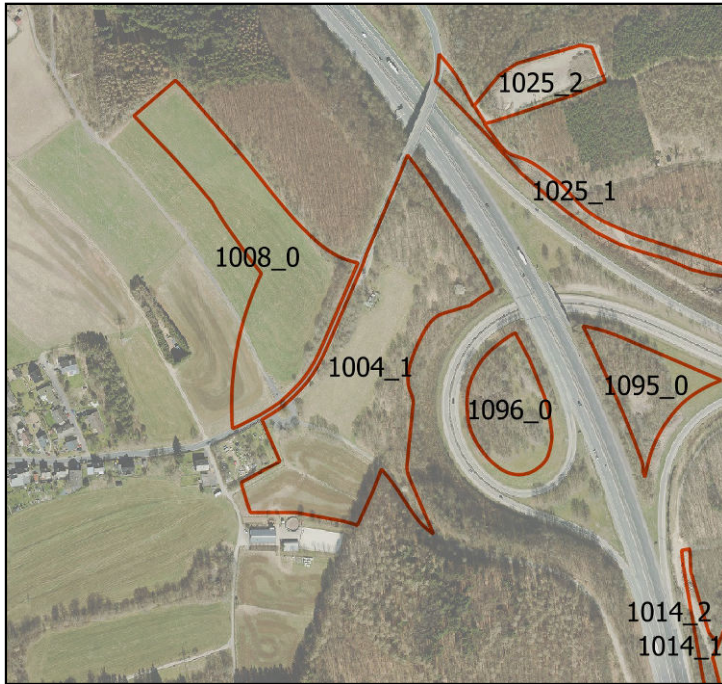
**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Gehölzbestandene Böschung in Nordwestausrichtung





### Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

### Beschreibung der Örtlichkeit

Gemarkung: Gosenbach, Siegen  
Flächengröße: 36.094 m<sup>2</sup> | 3,61 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 40 %  
Exposition: Südwesten  
Aktuelle Nutzung: Grünland

### Bekannte Belastungen

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

### Anbindung & Erschließung

Äußere Erschließung Straße: **gut erschlossen**

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

### Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für die Forstwirtschaft / Landwirtschaft

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

### Landschaft | Umwelt | Klima

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering** Wiese u. Weide gering; Waldflächen hoch!

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **gut geeignet** Baumbestand im Norden der Fläche

### Bewertung

Eignung: **Gut geeignet**

Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung

Bemerkung: laufende Planung der SVB; bewaldete Bereiche ausnehmen

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer,BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Eiserfeld  
Flächengröße: 5.720 m<sup>2</sup> | 0,57 ha  
Anteil städtisches  
Eigentum: 4 %  
Exposition: Eben  
Aktuelle Nutzung: Gewerbefläche

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster  
Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im  
Nachgang vom Netzbetreiber  
ergänzt.*

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: *GIB*  
Darstellung FNP: *Verkehrsflächen überörtlicher  
Verkehr, Flächen für  
Bahnanlagen*

Innenbereich (§34 BauGB): *ja*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering** Erhalt der alten Baumreihe!

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

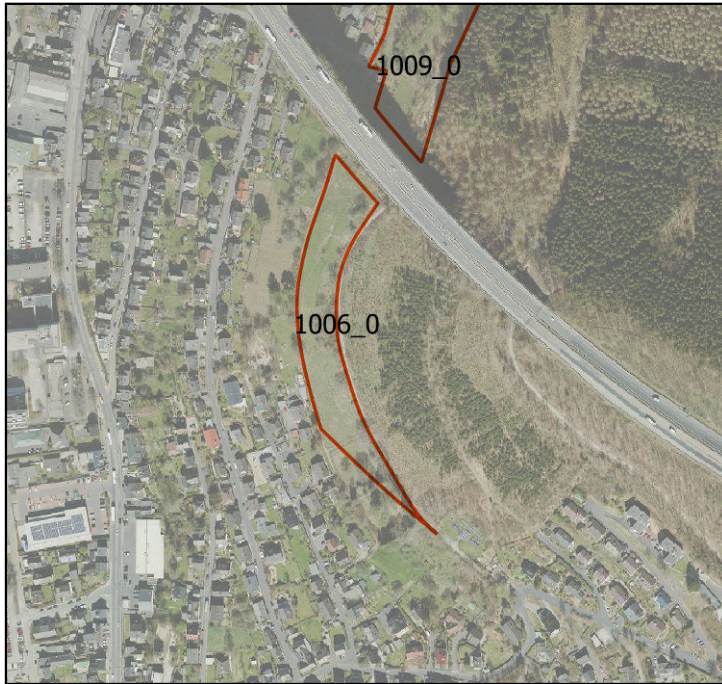
Solareignung: **gut geeignet**

**Bewertung**

Eignung: **Sehr gut geeignet**

Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung

Bemerkung: Konkurrenz zur laufenden Planung der Aufwertung des Bahnhofsumfeldes



## Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

## Beschreibung der Örtlichkeit

Gemarkung: Eiserfeld  
Flächengröße: 11.505 m<sup>2</sup> | 1,15 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 16 %  
Exposition: Südwesten  
Aktuelle Nutzung: Grünland

## Bekannte Belastungen

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

## Anbindung &amp; Erschließung

Äußere Erschließung Straße: **ausreichende Erschließung**

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

## Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: ASB  
Darstellung FNP: Flächen für die Landwirtschaft

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

## Landschaft | Umwelt | Klima

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel** Grünland mit Feldgehölzen

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **mittel**

Solareignung: **gut geeignet**

## Bewertung

Eignung: **Gut geeignet**

Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung

Bemerkung: Neubau der Talbrücke berücksichtigen!





## Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Halde\_ATKIS  
Datenquelle: ATKIS

## Beschreibung der Örtlichkeit

Gemarkung: Eiserfeld  
Flächengröße: 22.470 m<sup>2</sup> | 2,25 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 0 %  
Exposition: Kuppe  
Aktuelle Nutzung: Brache  
*Kuppe, Exposition unterschiedlich*

## Bekannte Belastungen

Altlasten: **nein**  
Offene Schlackenhaldefläche der ehem. Eiserf. Hütte.  
Altbergbau: **nein**

## Anbindung &amp; Erschließung

Äußere Erschließung: **gut erschlossen**  
Straße:  
Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

## Planungsrecht

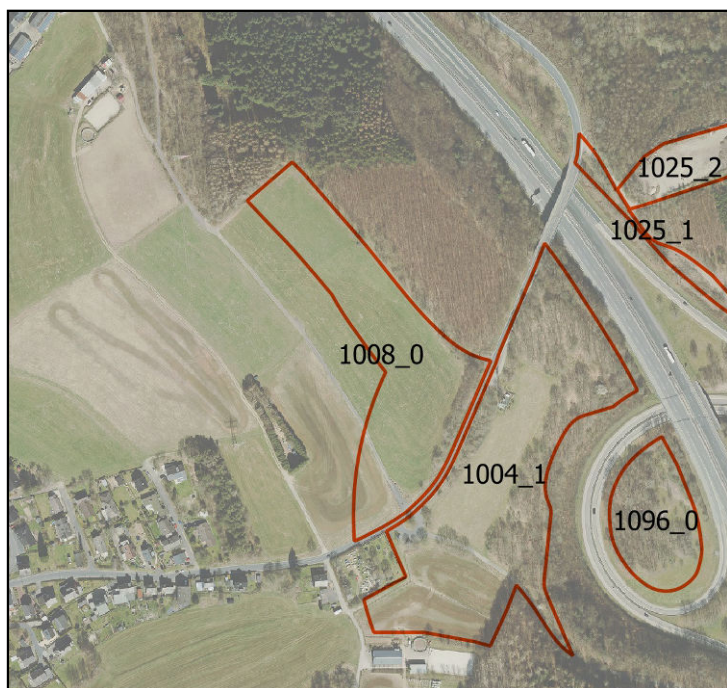
Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Wohngebiet-WR, Flächen für Aufschüttungen  
Innenbereich (§34 BauGB): teilweise  
Rechtsverbindlicher BPlan: nein  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:  
*nur nördlicher Bereich  
Innenbereich lt. Satzung*  
Planungsbedarf: **ja**

## Landschaft | Umwelt | Klima

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel**  
Bodenfunktion: **gering**  
Bodendenkmal: **nein**  
Klimatische Bedeutung: **gering**  
Landschaftsbild/Städtebau: **mittel**  
Solareignung: **sehr gut geeignet**

## Bewertung

Eignung: **Sehr gut geeignet**  
Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung  
Bemerkung: je nach Exposition sehr gut geeignet, ggf. Teilbereiche

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Gosenbach  
Flächengröße: 23.609 m<sup>2</sup> | 2,36 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 15 %  
Exposition: Südwesten  
Aktuelle Nutzung: Grünland

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung: **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: *GIB*  
Darstellung FNP: *Wohngebiet-W, Flächen für die Landwirtschaft*

Innenbereich (§34 BauGB): *nein*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel**

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **mittel**

Landschaftsbild/Städtebau: **mittel**

Solareignung: **sehr gut geeignet**

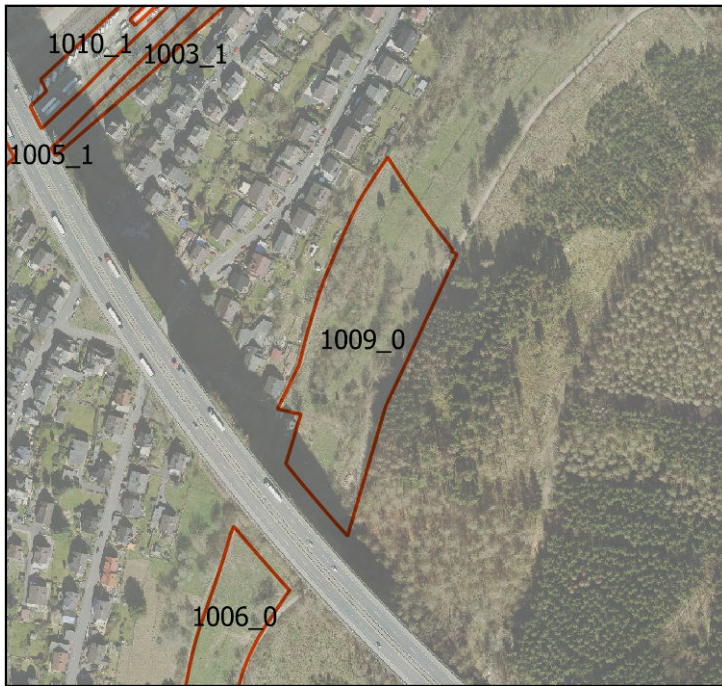
**Bewertung**

Eignung: **Gut geeignet**

Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung

Bemerkung:



**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Eiserfeld  
Flächengröße: 15.300 m² | 1,53 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 22 %  
Exposition: Westen  
Aktuelle Nutzung: ungenutzt  
*Gehölzbestandener ehem. Grünlandstreifen*

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB  
Darstellung FNP: *Flächen für die Forstwirtschaft/ Landwirtschaft*

Innenbereich (§34 BauGB): *nein*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:  
*FNP: Flächen für die Landwirtschaft*  
Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung **ausreichende Erschließung**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel** Großflächige Feldgehölze

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **mittel**

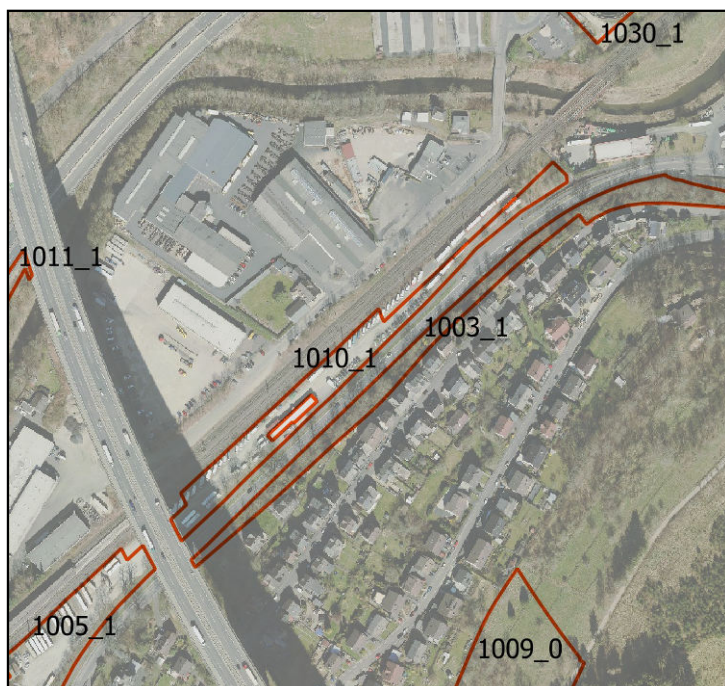
Solareignung: **mäßig geeignet** Gehölzbestand

**Bewertung**

Eignung: **Bedingt geeignet**

Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung

Bemerkung: Neubau der Talbrücke berücksichtigen!

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer,BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Eiserfeld  
Flächengröße: 6.389 m<sup>2</sup> | 0,64 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 0 %  
Exposition: Eben  
Aktuelle Nutzung: Gewerbefläche

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung: **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: *GIB*  
Darstellung FNP: *Flächen für Bahnanlagen*

Innenbereich (§34 BauGB): *ja*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering** Erhalt der alten Baumreihe

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

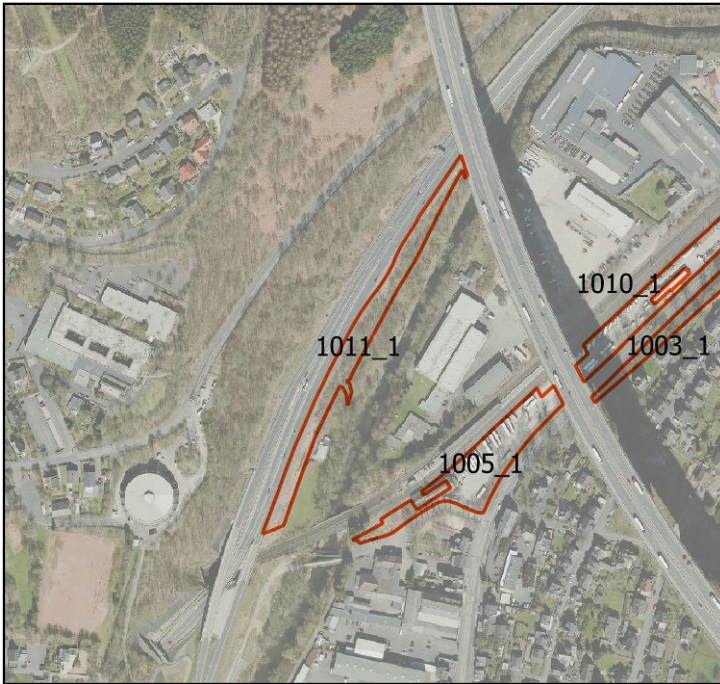
Solareignung: **gut geeignet**

**Bewertung**

Eignung: **Gut geeignet**

Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung

Bemerkung: Konkurrenz zur laufenden Planung der Aufwertung des Bahnhofsumfeldes



### Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer,BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

### Beschreibung der Örtlichkeit

Gemarkung: Niederschelden,Eiserfeld  
Flächengröße: 6.194 m<sup>2</sup> | 0,62 ha  
Anteil städtisches  
Eigentum: 43 %  
Exposition: Südosten  
Aktuelle Nutzung: ungenutzt  
*HTS-Böschung*

### Bekannte Belastungen

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

### Anbindung & Erschließung

Äußere Erschließung **schlecht erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster  
Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im  
Nachgang vom Netzbetreiber  
ergänzt.*

### Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: *GIB*  
Darstellung FNP: *Grünflächen*

Innenbereich (§34 BauGB): *nein*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

### Landschaft | Umwelt | Klima

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: *gering*

Bodenfunktion: *gering*

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: *gering*

Landschaftsbild/Städtebau: *gering*

Solareignung: *gut geeignet*

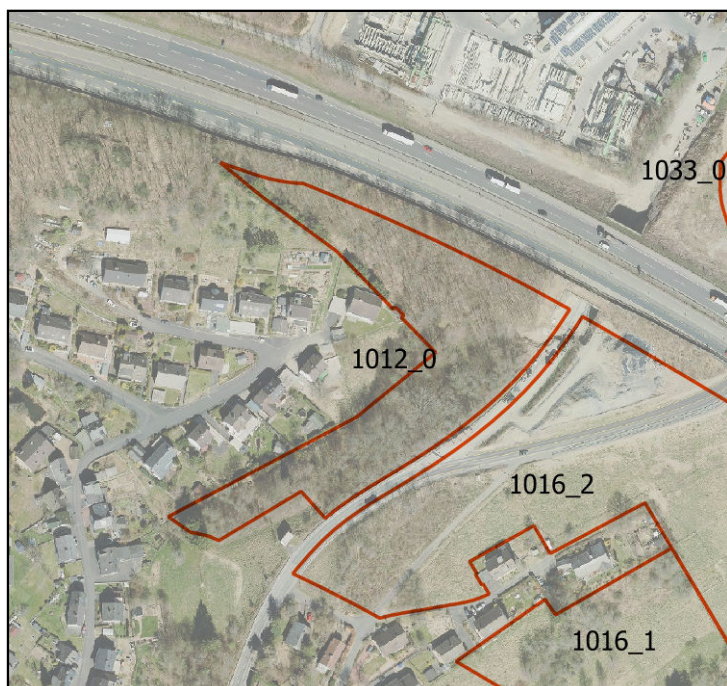
### Bewertung

Eignung: **Bedingt geeignet**

Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung

Bemerkung: Erschließung für Bau vermutlich nicht möglich, ansonsten gut geeignet --> überprüfen!



**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Eisern  
Flächengröße: 11.222 m² | 1,12 ha  
Anteil städtisches  
Eigentum: 35 %  
Exposition: Westen  
Aktuelle Nutzung: Wald

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster  
Einspeisepunkt: **unbekannt**  
Hinweis: Angabe wird erst im  
Nachgang vom Netzbetreiber  
ergänzt.

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB  
Darstellung FNP: Flächen für die  
Forstwirtschaft, Grünflächen

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **ja**  
Bezeichnung BPlan: BPL\_001 Am Gensberg -  
ggf. Festsetzung im BPlan: Seimbach  
andere  
BPlan: südwestl. Teil  
Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **hoch**

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **mittel**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

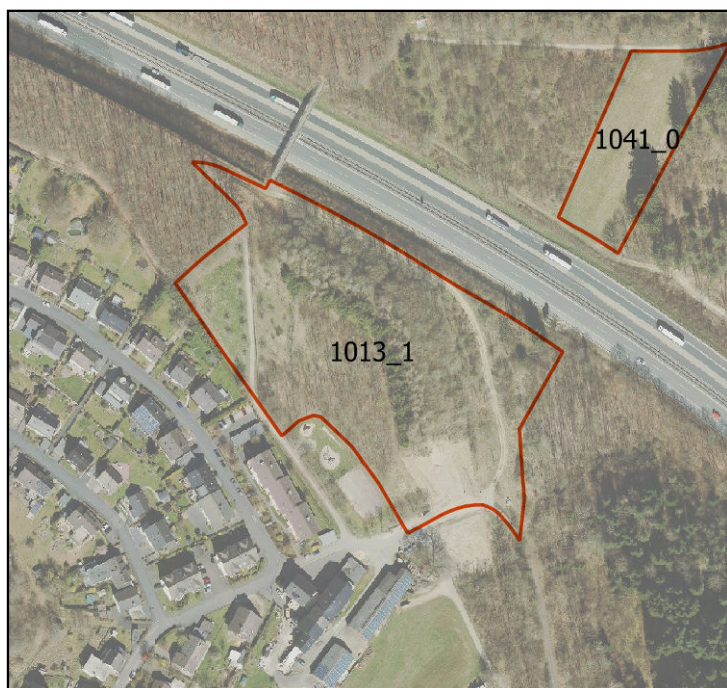
Solareignung: **sehr gut geeignet**

**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Wald

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Gosenbach, Siegen  
Flächengröße: 20.733 m<sup>2</sup> | 2,07 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 100 %  
Exposition: Südwesten  
Aktuelle Nutzung: Wald

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**  
Versiegelte Kieselrot-Fläche  
Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB  
Darstellung FNP: *Flächen für die Forstwirtschaft / Landwirtschaft, Grünflächen*  
Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:  
Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

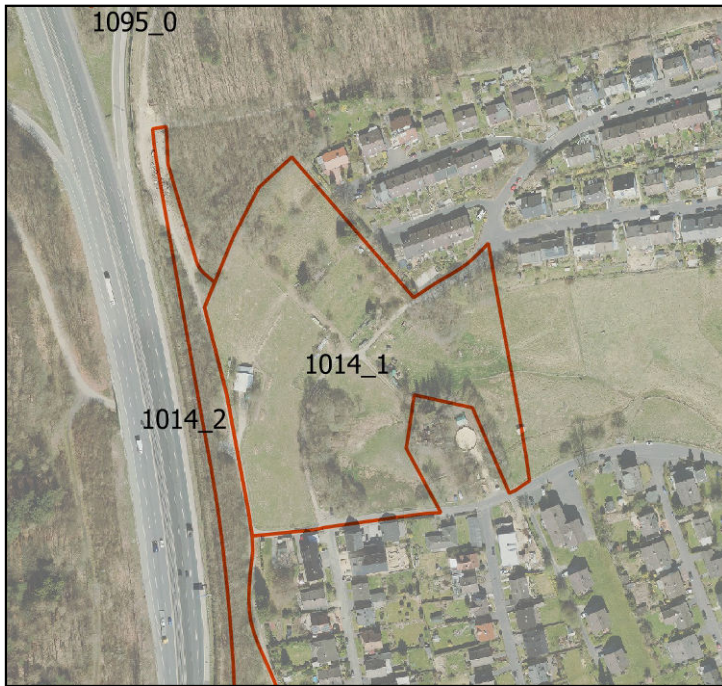
Äußere Erschließung: **gut erschlossen**  
Straße:  
Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **hoch**  
Bodenfunktion: **mittel**  
Bodendenkmal: **nein**  
Klimatische Bedeutung: **gering**  
Landschaftsbild/Städtebau: **gering**  
Solareignung: **mäßig geeignet** Hoher Baumanteil auf Fläche

**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**  
Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich  
Bemerkung: bewaldet

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Niederschelden, Siegen  
Flächengröße: 36.572 m<sup>2</sup> | 3,66 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 28 %  
Exposition: Osten  
Aktuelle Nutzung: Grünland  
*Grünland, Feldgehölze*

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **ja** Stollenmundloch,  
Fundschaft

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung: **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB  
Darstellung FNP: *Flächen für die Landwirtschaft, Grünflächen*

Innenbereich (§34 BauGB): *nein*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel**

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **gut geeignet** teilweise Gehölzbestand

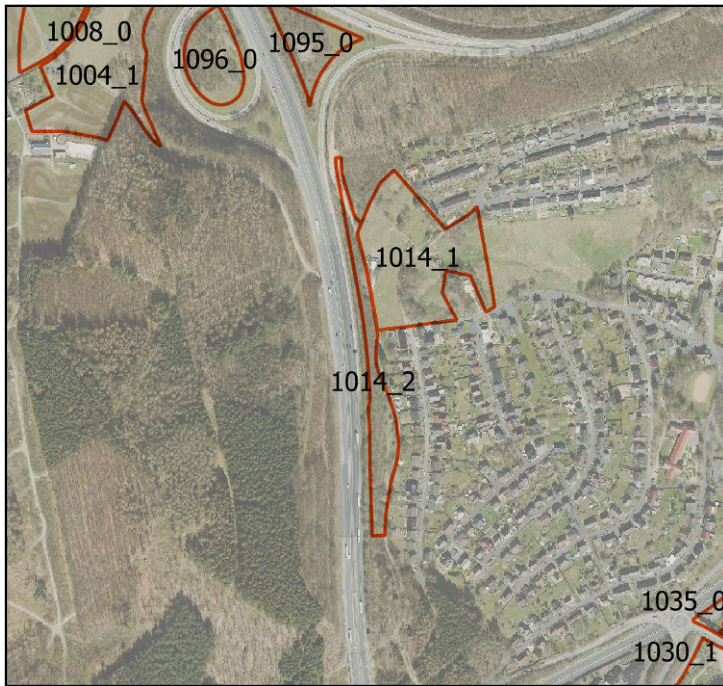
**Bewertung**

Eignung: **Gut geeignet**

Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung

Bemerkung:



**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Niederschelden, Siegen  
Flächengröße: 36.572 m² | 3,66 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 13 %  
Exposition: Osten  
Aktuelle Nutzung: Wald  
*flächiger Gehölz-/Baumbestand*

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **ja** Stollenmundloch,  
Fundschaft

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung: **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB  
Darstellung FNP: *Flächen für die Forstwirtschaft*

Innenbereich (§34 BauGB): *nein*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel**

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

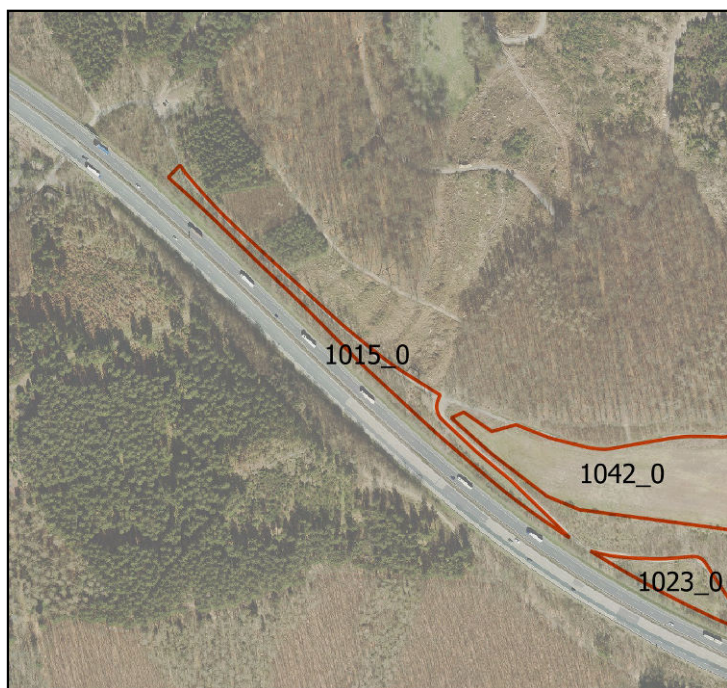
Solareignung: **mäßig geeignet** bewaldet

**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: bewaldeter Streifen entlang Autobahn



## Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

## Beschreibung der Örtlichkeit

Gemarkung: Eiserfeld  
Flächengröße: 6.263 m<sup>2</sup> | 0,63 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 22 %  
Exposition: Südwesten  
Aktuelle Nutzung: Wald  
*flächiger Gehölz-/Baumbestand*

## Bekannte Belastungen

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **ja** Oberflächennaher Bergbau belegt; 4 verlassene Tagesöffnungen

## Anbindung &amp; Erschließung

Äußere Erschließung Straße: **gut erschlossen**

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

## Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für die Forstwirtschaft

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

## Landschaft | Umwelt | Klima

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel**

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **sehr gut geeignet**

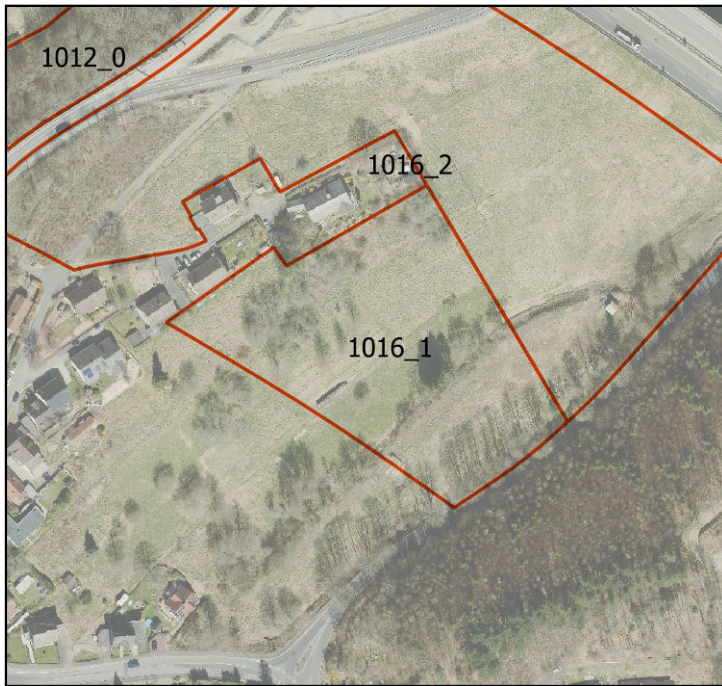
## Bewertung

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: bewaldeter, schmaler Streifen entlang A45



**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Eisern  
Flächengröße: 11.312 m² | 11,3 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 4 %  
Exposition: Südosten  
Aktuelle Nutzung: Grünland  
*Nutzung: Gehölze, Bachlauf, Feuchtwiese*

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung: **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB  
Darstellung FNP: Wohngebiet-WA, Grünflächen

Innenbereich (§34 BauGB): *teilweise*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:  
*nur kleiner Teil Innenbereich; Wohnbaulandpotenzial*  
Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **hoch** Geschützter Landschaftsbestandteil LB 06 (tlw.)

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **hoch**

Landschaftsbild/Städtebau: **hoch**

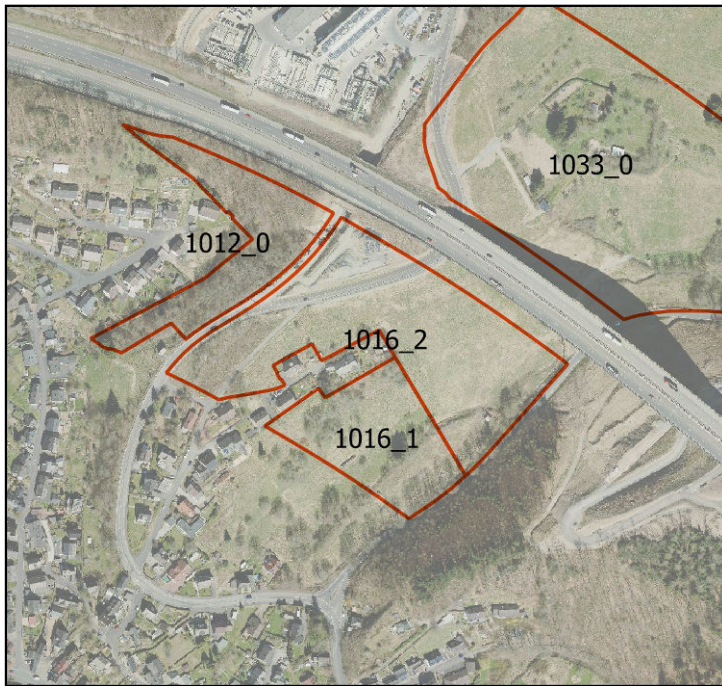
Solareignung: **sehr gut geeignet**

**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Wohnbaupotenzialfläche Eisern\_1; Südteil GLB; für PV daher nicht vorgesehen

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Eisern  
Flächengröße: 27.898 m² | 2,79 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 24 %  
Exposition: Südosten  
Aktuelle Nutzung: Grünland  
*Nutzung: Gehölze, Bachlauf, Feuchtwiese; aktuell Baufeld für Talbrücke A45*

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB  
Darstellung FNP: Wohngebiet-WA, Flächen für die Landwirtschaft, Grünflächen

Innenbereich (§34 BauGB): teilweise  
Rechtsverbindlicher BPlan: nein  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan: nur kleiner Teil Innenbereich

Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung Straße: **gut erschlossen**

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **hoch** Geschützter Landschaftsbestandteil LB 06

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **hoch**

Landschaftsbild/Städtebau: **hoch**

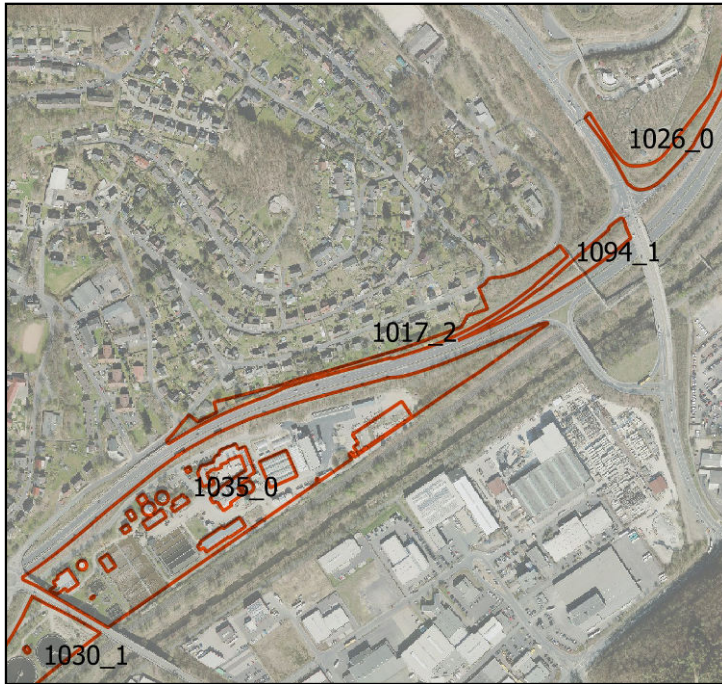
Solareignung: **sehr gut geeignet**

**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: GLB 06

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Niederschelden  
Flächengröße: 8.181 m<sup>2</sup> | 0,82 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 8 %  
Exposition: Südosten  
Aktuelle Nutzung: Brache

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung: **schlecht erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB/GIB  
Darstellung FNP: Grünflächen

Innenbereich (§34 BauGB): *ja*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:  
*FNP: Grünflächen*

Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel**

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **mäßig geeignet** viel Bewuchs

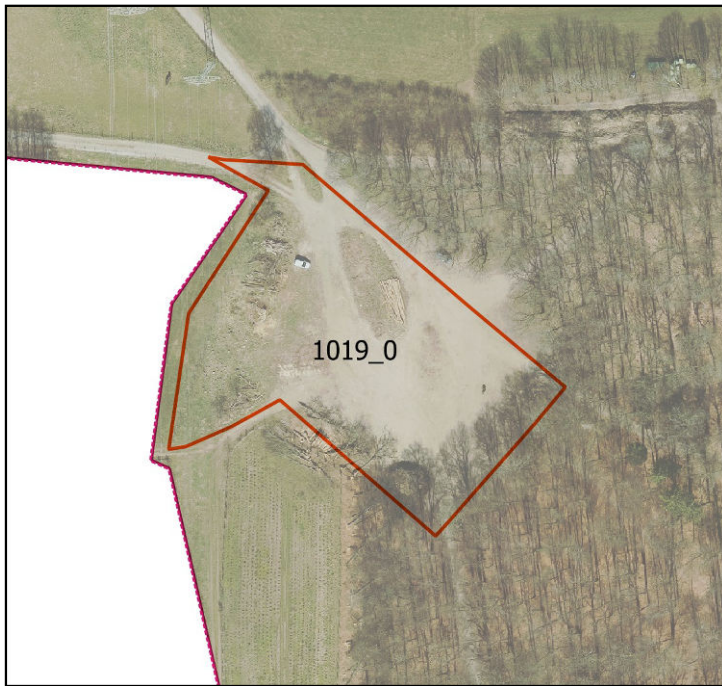
**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Gehölzbestandene langgestreckte Böschungsfläche --> eher ungeeignet



**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Parkplatz\_ATKIS  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Oberschelden  
Flächengröße: 5.104 m<sup>2</sup> | 0,51 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 90 %  
Exposition: Südwesten  
Aktuelle Nutzung: Parkplatz  
*Lagerplatz;  
Hochspannungsfreileitung  
westlich*

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für die Landwirtschaft / Forstwirtschaft, Grünflächen

Innenbereich (§34 BauGB): *nein*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering**

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **keine**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

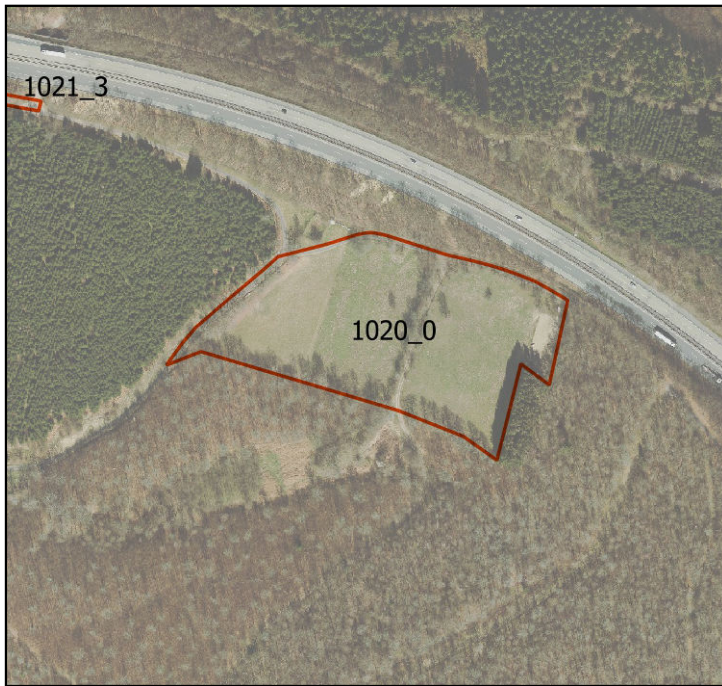
Solareignung: **gut geeignet**

**Bewertung**

Eignung: **Gut geeignet**

Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung

Bemerkung:



### Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

### Beschreibung der Örtlichkeit

Gemarkung: Oberschelden  
Flächengröße: 23.537 m<sup>2</sup> | 2,35 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 13 %  
Exposition: Südwesten  
Aktuelle Nutzung: Weide

### Bekannte Belastungen

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

### Anbindung & Erschließung

Äußere Erschließung Straße: **ausreichende Erschließung**

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.

### Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für die Forstwirtschaft / Landwirtschaft

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

### Landschaft | Umwelt | Klima

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel** Weidefläche (kleiner Teil ist Wiese)

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

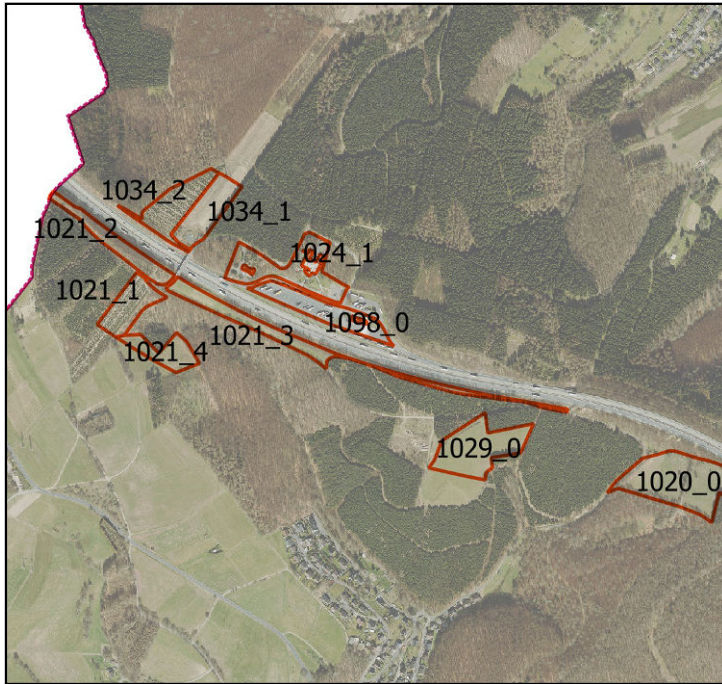
Solareignung: **gut geeignet**

### Bewertung

Eignung: **Gut geeignet**

Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung

Bemerkung:

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Oberschelden  
Flächengröße: 13.784 m<sup>2</sup> | 1,38 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 8 %  
Exposition: Südwesten  
Aktuelle Nutzung: Grünland

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für die Landwirtschaft

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung Straße: **ausreichende Erschließung**

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel**

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **mäßig geeignet** Baumbestand

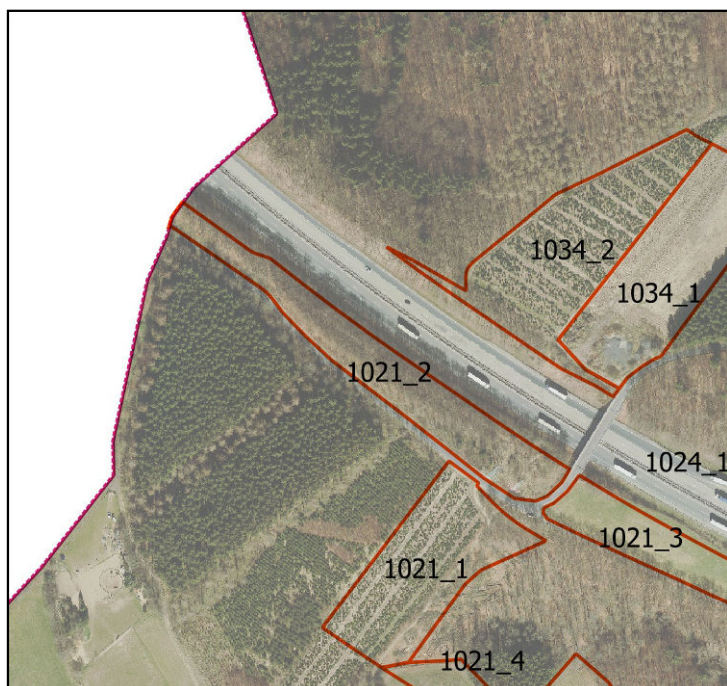
**Bewertung**

Eignung: **Bedingt geeignet**

Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung

Bemerkung: langgestreckte, schmale Fläche z.T. mit Gehölzen



**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Oberschelden, Heisberg  
Flächengröße: 9.100 m<sup>2</sup> | 0,91 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 21 %  
Exposition: Südwesten  
Aktuelle Nutzung: Wald

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung Straße: **gut erschlossen**

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für die Forstwirtschaft

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **hoch** Hoch, da Waldfläche

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

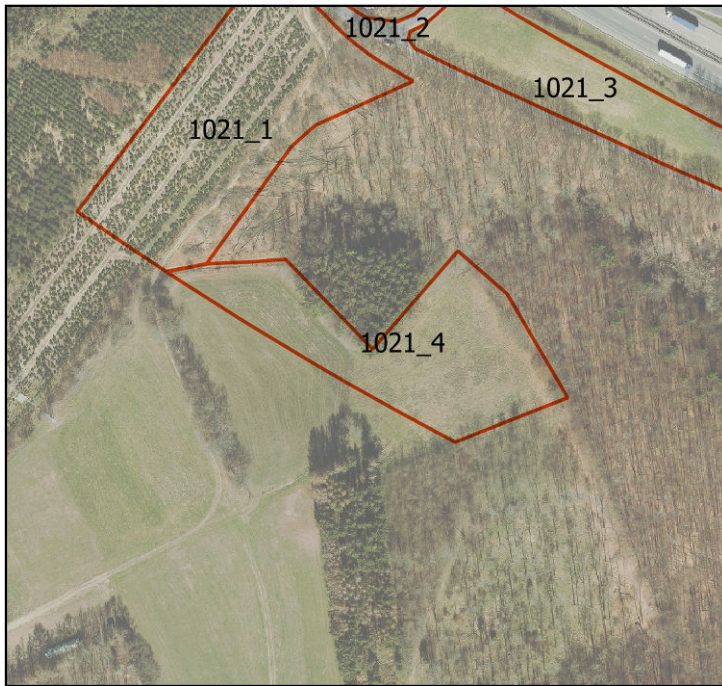
Solareignung: **mäßig geeignet**

**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Wald

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Oberschelden  
Flächengröße: 7.032 m<sup>2</sup> | 0,7 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 66 %  
Exposition: Südwesten  
Aktuelle Nutzung: Grünland

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für die Landwirtschaft

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung Straße: **ausreichende Erschließung**

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel**

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **mäßig geeignet** westlicher Teil bewaldet

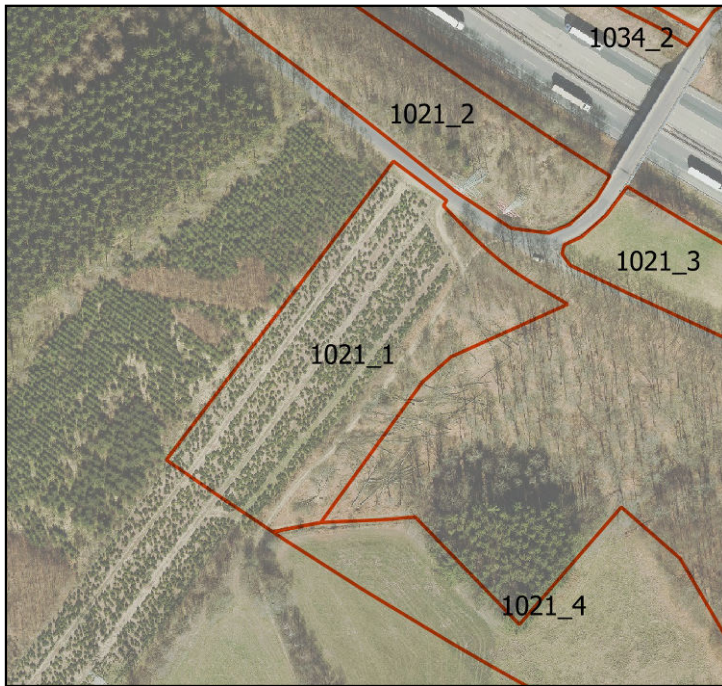
**Bewertung**

Eignung: **Gut geeignet**

Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung

Bemerkung: Offenlandbereich





### Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

### Beschreibung der Örtlichkeit

Gemarkung: Oberschelden  
Flächengröße: 9.049 m<sup>2</sup> | 0,9 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 11 %  
Exposition: Südwesten  
Aktuelle Nutzung: Wald  
Höchstspannungsfreileitung mit Weihnachtsbaumkultur

### Bekannte Belastungen

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

### Anbindung & Erschließung

Äußere Erschließung Straße: **ausreichende Erschließung**

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.

### Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für die Forstwirtschaft

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

### Landschaft | Umwelt | Klima

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel**

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

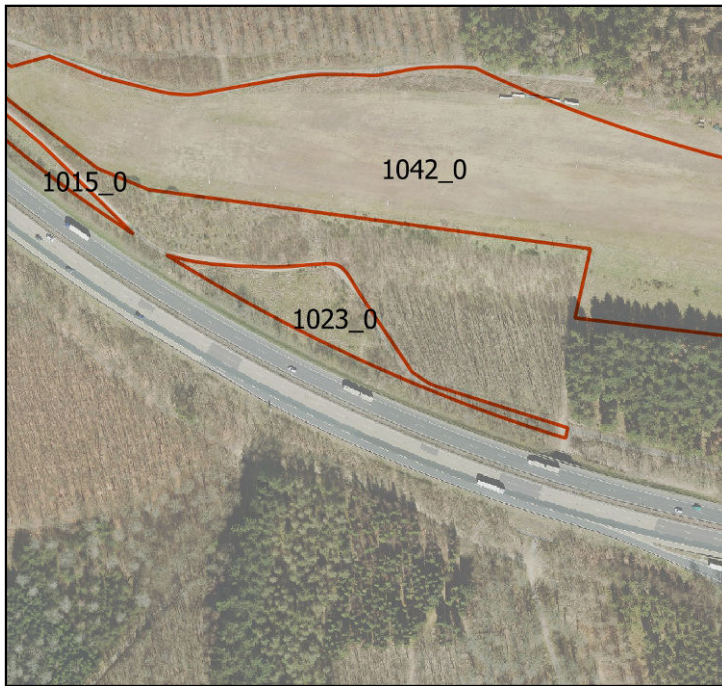
Solareignung: **mäßig geeignet** westlicher Teil bewaldet

### Bewertung

Eignung: **Bedingt geeignet**

Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung

Bemerkung: durch Freileitung bedingt geeignet; Planung Höchstspannungsfreileitung berücksichtigen

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Eiserfeld  
Flächengröße: 4.203 m<sup>2</sup> | 0,42 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 0 %  
Exposition: Südwesten  
Aktuelle Nutzung: Weide  
tlw. Gehölzbewuchs,  
Verschattung durch Bäume

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für die Forstwirtschaft

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel**

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

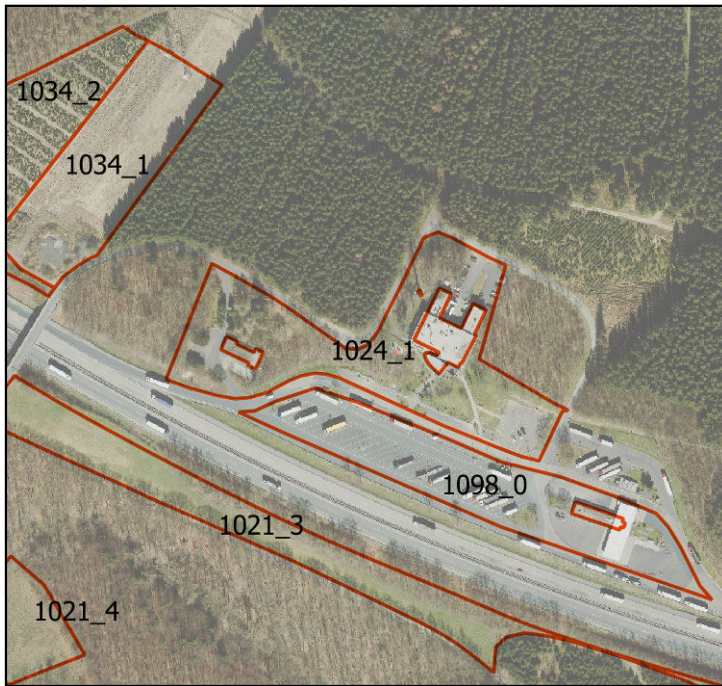
Solareignung: **sehr gut geeignet**

**Bewertung**

Eignung: **Bedingt geeignet**

Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung

Bemerkung: Offenlandstreifen angrenzend an Autobahn

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Parkplatz\_ATKIS,BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Oberschelden  
Flächengröße: 16.244 m<sup>2</sup> | 1,62 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 4 %  
Exposition: Süden  
Aktuelle Nutzung: Parkplatz  
Rasthof

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung Straße: **gut erschlossen**

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Verkehrsflächen überörtlicher Verkehr

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering**

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **mäßig geeignet** stark strukturiert, nur Teilbereiche nutzbar

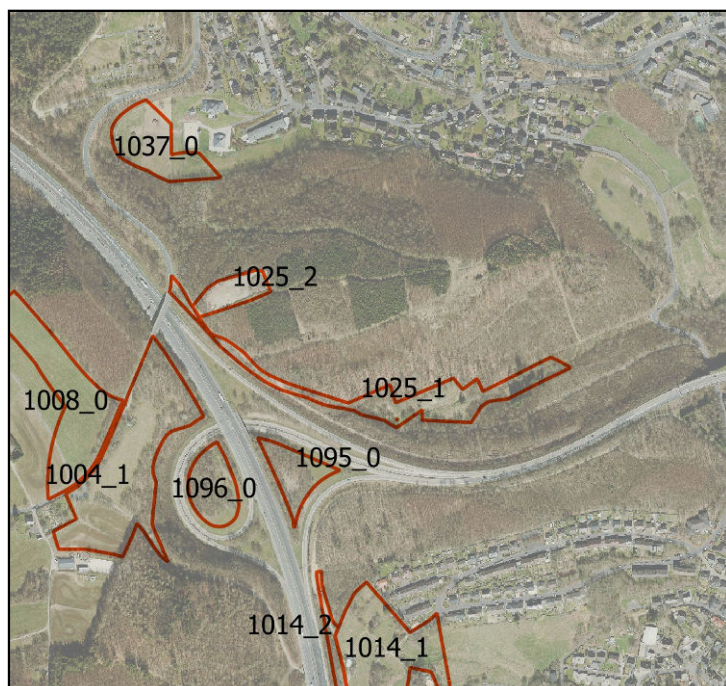
**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Rasthof-Gelände, Umbauplanung liegt vor



**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Siegen  
Flächengröße: 24.238 m<sup>2</sup> | 2,42 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 63 %  
Exposition: Süden  
Aktuelle Nutzung: Grünland  
*Bachtal "Alte Hubach"*

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für die Forstwirtschaft / Landwirtschaft

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung: **schlecht erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering** nördlicher Teil, Lagerplatz

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

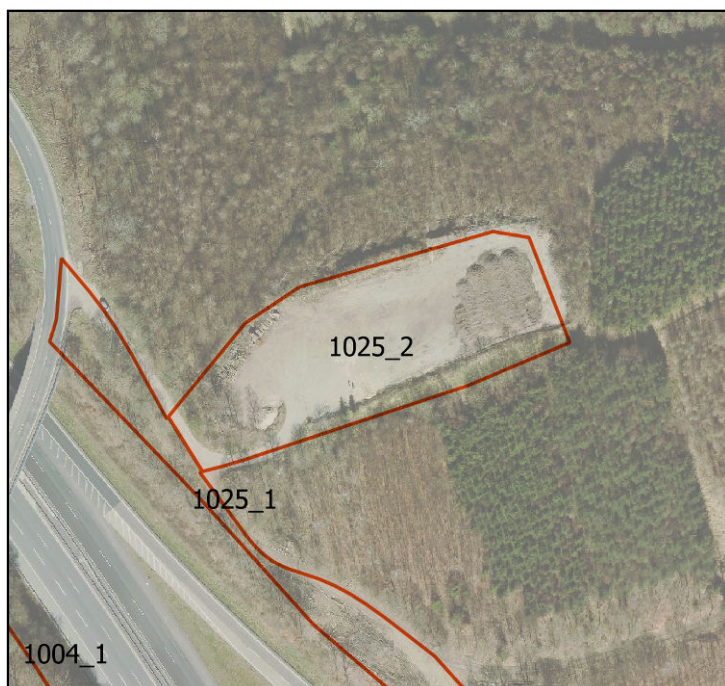
Solareignung: **mäßig geeignet** fast komplett bewaldet

**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: ungeeignet (Bachtal "Alte Hubach")

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Siegen  
Flächengröße: 24.238 m<sup>2</sup> | 2,42 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 22 %  
Exposition: Südosten  
Aktuelle Nutzung: Brache  
*derzeit als Lagerplatz genutzt*

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: *GIB*  
Darstellung FNP: *Flächen für die Forstwirtschaft*

Innenbereich (§34 BauGB): *nein*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung Straße: **gut erschlossen**

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering**

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

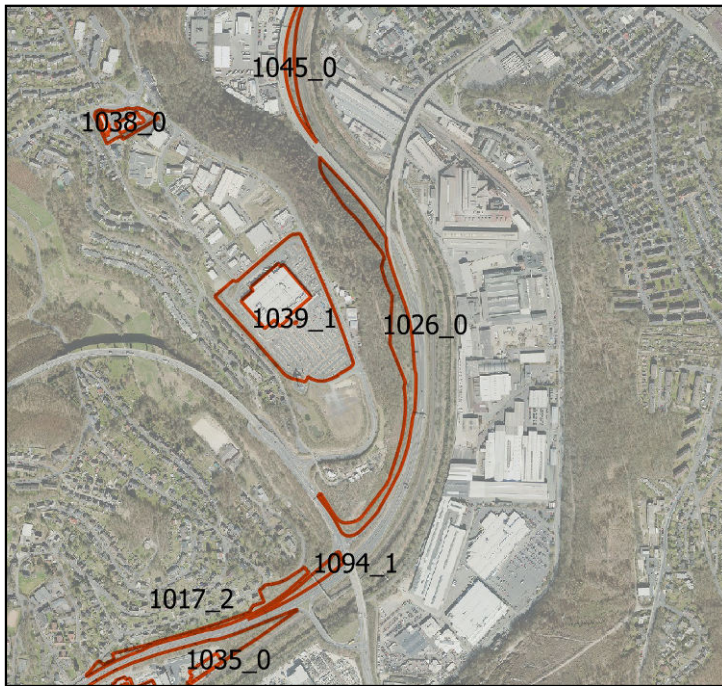
Solareignung: **gut geeignet**

**Bewertung**

Eignung: **Sehr gut geeignet**

Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung

Bemerkung: Brachfläche in Autobahnnähe

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Siegen  
Flächengröße: 29.325 m² | 2,93 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 19 %  
Exposition: Osten  
Aktuelle Nutzung: Wald

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung: **schlecht erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB/GIB  
Darstellung FNP: Flächen für die Forstwirtschaft, Grünflächen

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **ja**  
Bezeichnung BPlan: BPL\_298  
ggf. Festsetzung im BPlan: Forstwirtschaft

Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **hoch** Gehölzbestandene Fläche.

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **mittel**

Solareignung: **mäßig geeignet** bewaldet

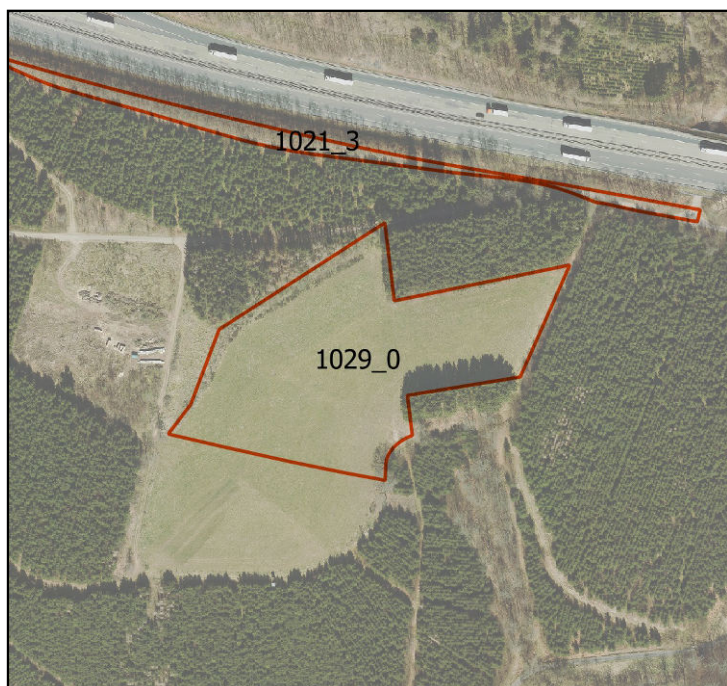
**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: 110KV-Leitung verläuft am Hang!  
Waldbestandener Steilhang





## Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

## Beschreibung der Örtlichkeit

Gemarkung: Oberschelden  
Flächengröße: 16.951 m<sup>2</sup> | 1,7 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 16 %  
Exposition: Süden  
Aktuelle Nutzung: Grünland

## Bekannte Belastungen

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

## Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für die Landwirtschaft

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

## Anbindung &amp; Erschließung

Äußere Erschließung Straße: **ausreichende Erschließung**

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.

## Landschaft | Umwelt | Klima

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel** Wiesenfläche  
Bodenfunktion: **mittel**  
Bodendenkmal: **nein**  
Klimatische Bedeutung: **gering**  
Landschaftsbild/Städtebau: **gering**  
Solareignung: **sehr gut geeignet** Baumschatten beachten

## Bewertung

Eignung: **Sehr gut geeignet**

Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung

Bemerkung: Offenlandbereich in Autobahnnähe

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Niederschelden  
Flächengröße: 10.051 m<sup>2</sup> | 1,01 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 100 %  
Exposition: Eben  
Aktuelle Nutzung: sonstiges  
*Betriebsgelände ESi*

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung Straße: **gut erschlossen**

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: *GIB*  
Darstellung FNP: *Flächen für Versorgungsanlagen*

Innenbereich (§34 BauGB): *ja*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering**

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **sehr gut geeignet**

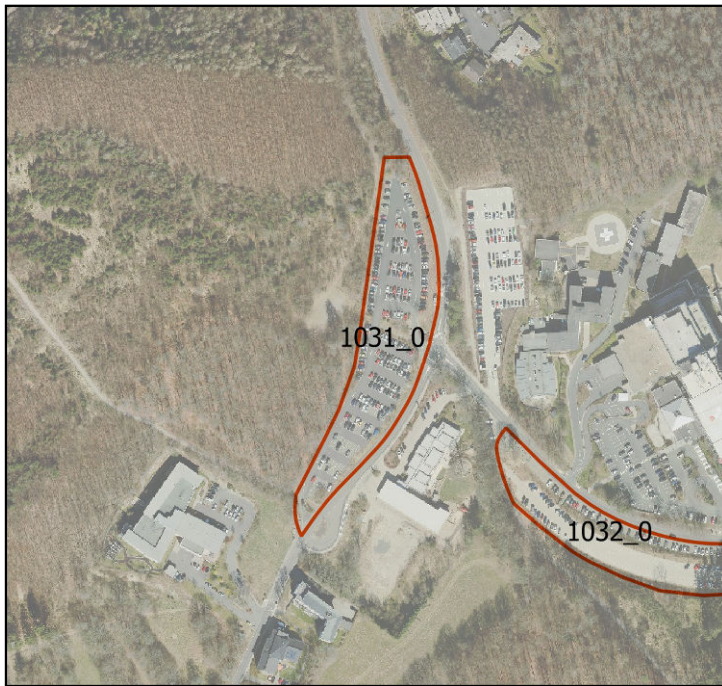
**Bewertung**

Eignung: **Bedingt geeignet**

Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung

Bemerkung: -> Abstimmung ESi erforderlich  
Aufgrund Nutzung und vorhandener Bebauung vermutlich keine PVA möglich





## Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Parkplatz\_ATKIS  
Datenquelle: ATKIS

## Beschreibung der Örtlichkeit

Gemarkung: Eiserfeld  
Flächengröße: 9.307 m<sup>2</sup> | 0,93 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 10 %  
Exposition: Eben  
Aktuelle Nutzung: Parkplatz

## Bekannte Belastungen

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

## Anbindung &amp; Erschließung

Äußere Erschließung: **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.

## Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für die Forstwirtschaft, Sondergebiet

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **ja**  
Bezeichnung BPlan: BPL\_393  
ggf. Festsetzung im BPlan: andere Verkehrsfläche

Planungsbedarf: **ja**

## Landschaft | Umwelt | Klima

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering**

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **sehr gut geeignet**

## Bewertung

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Prüfung auf Errichtung einer baulichen (Neben-)Anlage

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Parkplatz\_ATKIS  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Siegen  
Flächengröße: 6.736 m<sup>2</sup> | 0,67 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 19 %  
Exposition: Norden  
Aktuelle Nutzung: Parkplatz

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung: **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB  
Darstellung FNP: Verkehrsflächen,  
Sondergebiet

Innenbereich (§34 BauGB): *nein*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *ja*  
Bezeichnung BPlan: BPL\_393  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering**

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **gut geeignet**

**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Prüfung auf Errichtung einer baulichen (Neben-)Anlage

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Obersdorf, Eisern  
Flächengröße: 52.582 m<sup>2</sup> | 5,26 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 7 %  
Exposition: Süden  
Aktuelle Nutzung: Grünland

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung Straße: **ausreichende Erschließung**

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für die Forstwirtschaft / Landwirtschaft

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **hoch** Geschützter Landschaftsbestandteil LB 06.

Bodenfunktion: **hoch**

Bodendenkmal: **ja**

Klimatische Bedeutung: **mittel**

Landschaftsbild/Städtebau: **hoch**

Solareignung: **sehr gut geeignet**

**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: GLB





### Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

### Beschreibung der Örtlichkeit

Gemarkung: Oberschelden  
Flächengröße: 22.064 m<sup>2</sup> | 2,21 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 1 %  
Exposition: Südwesten  
Aktuelle Nutzung: Wald  
Höchstspannungsfreileitung

### Bekannte Belastungen

Altlasten: **nein**  
Altbergbau: **nein**

### Anbindung & Erschließung

Äußere Erschließung Straße: **gut erschlossen**  
Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.

### Planungsrecht

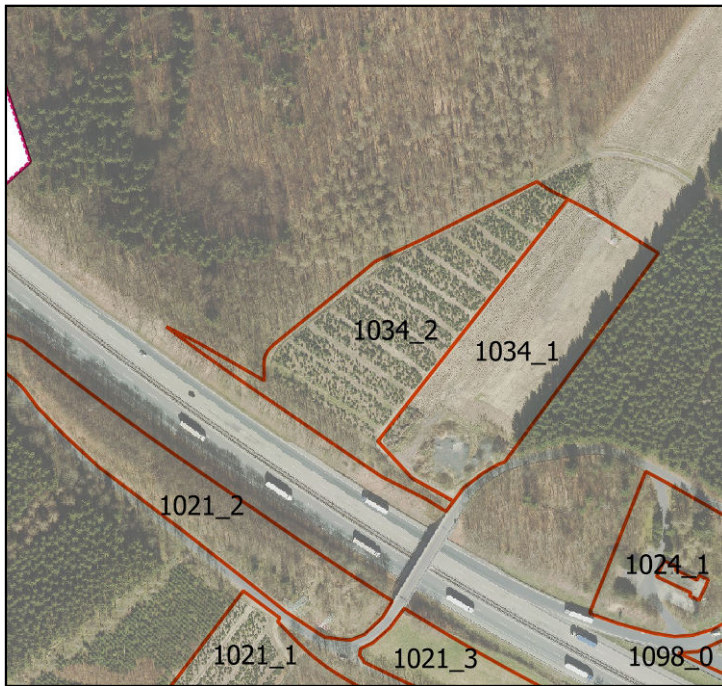
Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für die Forstwirtschaft  
Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:  
Planungsbedarf: **ja**

### Landschaft | Umwelt | Klima

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel**  
Bodenfunktion: **mittel**  
Bodendenkmal: **nein**  
Klimatische Bedeutung: **gering**  
Landschaftsbild/Städtebau: **gering**  
Solareignung: **mäßig geeignet** teilweise bewaldet

### Bewertung

Eignung: **Bedingt geeignet**  
Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung  
Bemerkung: durch Freileitung bedingt geeignet; Planung Höchstspannungsfreileitung berücksichtigen

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Oberschelden  
Flächengröße: 22.064 m<sup>2</sup> | 2,21 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 3 %  
Exposition: Südwesten  
Aktuelle Nutzung: Wald  
Höchstspannungsfreileitung

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung Straße: **gut erschlossen**

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für die Forstwirtschaft

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel**

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **mäßig geeignet** teilweise bewaldet

**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Wald ungeeignet

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Niederschelden  
Flächengröße: 59.541 m<sup>2</sup> | 5,95 ha  
Anteil städtisches  
Eigentum: 85 %  
Exposition: Eben  
Aktuelle Nutzung: sonstiges  
*Betriebsgelände ESi*

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB/GIB  
Darstellung FNP: Flächen für  
Versorgungsanlagen

Innenbereich (§34 BauGB): ja  
Rechtsverbindlicher BPlan: nein  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster  
Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im  
Nachgang vom Netzbetreiber  
ergänzt.*

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering**

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **sehr gut geeignet**

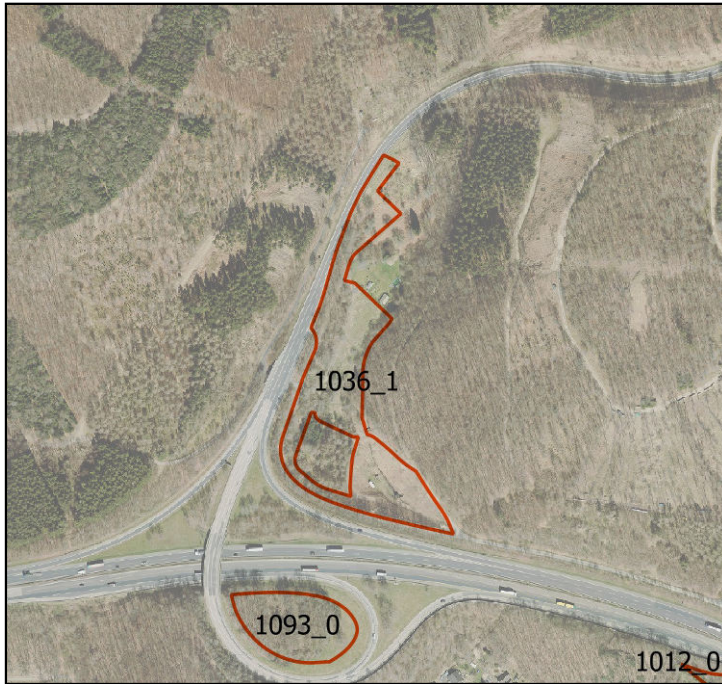
**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: -> Abstimmung ESi erforderlich  
Aufgrund Nutzung und vorhandener Bebauung vermutlich keine PVA möglich



**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Eisern  
Flächengröße: 18.955 m² | 1,9 ha  
Anteil städtisches  
Eigentum: 34 %  
Exposition: Süden  
Aktuelle Nutzung: Wald  
*Nutzung: Wald, Weide,  
querender Bachlauf*

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**  
  
Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für die  
Forstwirtschaft

Innenbereich (§34 BauGB): *nein*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung **ausreichende Erschließung**  
Straße:  
  
Entfernung nächster  
Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im  
Nachgang vom Netzbetreiber  
ergänzt.*

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel**

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **mittel**

Solareignung: **sehr gut geeignet**

**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Wald, Weide, querender Bachlauf



**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Siegen  
Flächengröße: 12.022 m<sup>2</sup> | 1,2 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 9 %  
Exposition: Nordosten  
Aktuelle Nutzung: Weide

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung Straße: **schlecht erschlossen**

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für die Forstwirtschaft

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel**

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **gut geeignet**

**Bewertung**

Eignung: **Gut geeignet**

Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung

Bemerkung: Privatbesitz mit Pferdenutzung auf angelegtem Grundstück

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Konversionsflächen  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Siegen  
Flächengröße: 5.590 m<sup>2</sup> | 0,56 ha  
Anteil städtisches  
Eigentum: 2 %  
Exposition: Eben  
Aktuelle Nutzung: Parkplatz

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster  
Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im  
Nachgang vom Netzbetreiber  
ergänzt.*

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB/GIB  
Darstellung FNP: Sondergebiet-S

Innenbereich (§34 BauGB): ja  
Rechtsverbindlicher BPlan: ja  
Bezeichnung BPlan: BPL\_298  
ggf. Festsetzung im BPlan: andere  
BPlan: Sondergebiet

Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering** Parkplatz mit Einzelbäumen

Bodenfunktion: **keine**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **keine**

Landschaftsbild/Städtebau: **keine**

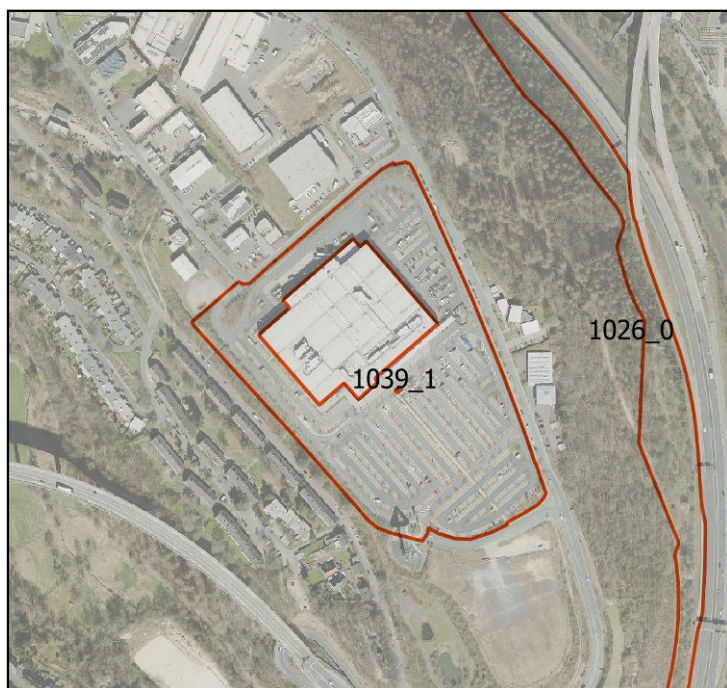
Solareignung: **gut geeignet**

**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Prüfung auf Errichtung einer baulichen (Neben-)Anlage



## Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Konversionsflächen, Bahn\_  
Datenquelle: ATKIS

## Beschreibung der Örtlichkeit

Gemarkung: Siegen  
Flächengröße: 52.639 m<sup>2</sup> | 5,26 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 0 %  
Exposition: Südosten  
Aktuelle Nutzung: Parkplatz  
*Parkplatz mit Baumreihen*

## Bekannte Belastungen

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **ja** Schächte "Alte Dreisbach"  
im SO-Bereich

## Anbindung &amp; Erschließung

Äußere Erschließung **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

## Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: ASB/GIB  
Darstellung FNP: Sondergebiet-S

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **ja**  
Bezeichnung BPlan: BPL\_298  
ggf. Festsetzung im BPlan: *Gewerbe, Industrie*  
*Beurteilung durch 4/5-2 erforderlich*  
Planungsbedarf: **nein**

## Landschaft | Umwelt | Klima

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering** Parkplatz mit Baumreihen  
Bodenfunktion: **gering**  
Bodendenkmal: **nein**  
Klimatische Bedeutung: **gering**  
Landschaftsbild/Städtebau: **gering**  
Solareignung: **sehr gut geeignet**

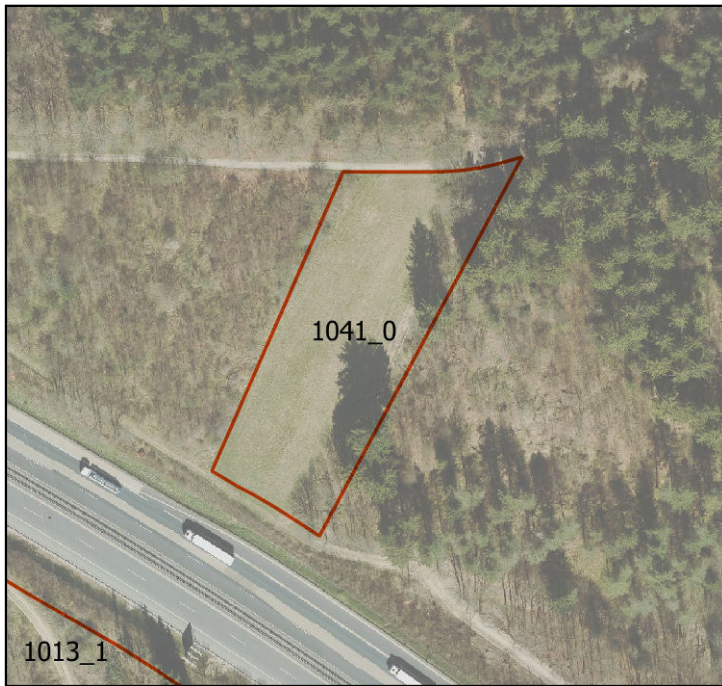
## Bewertung

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: GE-Fläche, Prüfung auf Errichtung einer baulichen (Neben-)anlage



**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Siegen  
Flächengröße: 4.574 m<sup>2</sup> | 0,46 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 53 %  
Exposition: Südwesten  
Aktuelle Nutzung: Grünland

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung Straße: **ausreichende Erschließung**

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für die Forstwirtschaft

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel**

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

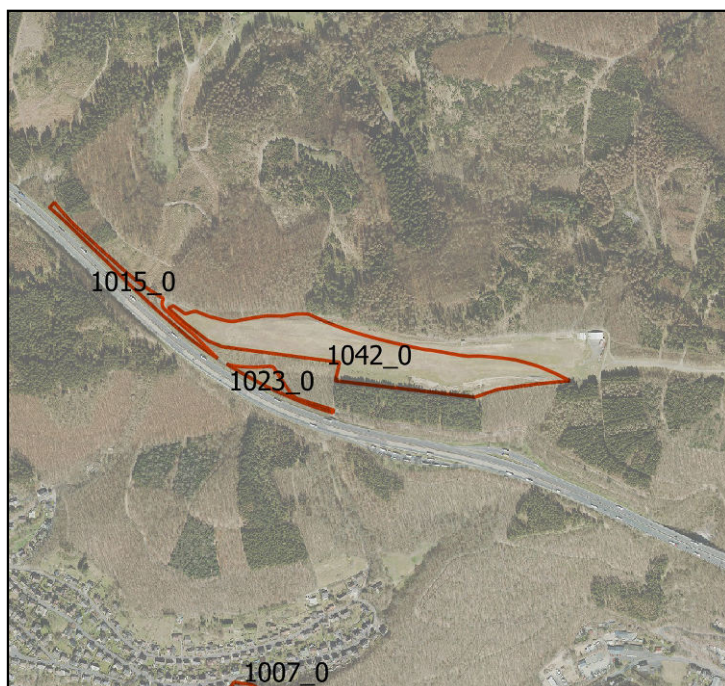
Solareignung: **gut geeignet** teilweise verschattet

**Bewertung**

Eignung: **Gut geeignet**

Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung

Bemerkung: Offenlandfläche in Autobahnnähe; Waldabstand beachten

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Eiserfeld  
Flächengröße: 66.187 m<sup>2</sup> | 6,62 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 0 %  
Exposition: Süden  
Aktuelle Nutzung: sonstiges  
*Flugplatzgelände*

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung: **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: *Flächen für den Luftverkehr, Flächen für die Forstwirtschaft*

Innenbereich (§34 BauGB): *nein*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel**

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **mittel**

Solareignung: **sehr gut geeignet**

**Bewertung**

Eignung: **Sehr gut geeignet**

Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung

Bemerkung: Teilfläche in Absprache mit Flugplatznutzung denkbar

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Parkplatz\_ATKIS  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Siegen  
Flächengröße: 11.216 m<sup>2</sup> | 1,12 ha  
Anteil städtisches  
Eigentum: 97 %  
Exposition: Eben  
Aktuelle Nutzung: Parkplatz

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **ja**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB  
Darstellung FNP: Grünflächen

Innenbereich (§34 BauGB): *nein*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster  
Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im  
Nachgang vom Netzbetreiber  
ergänzt.*

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering** Parkplatz mit Baumreihen

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **sehr gut geeignet**

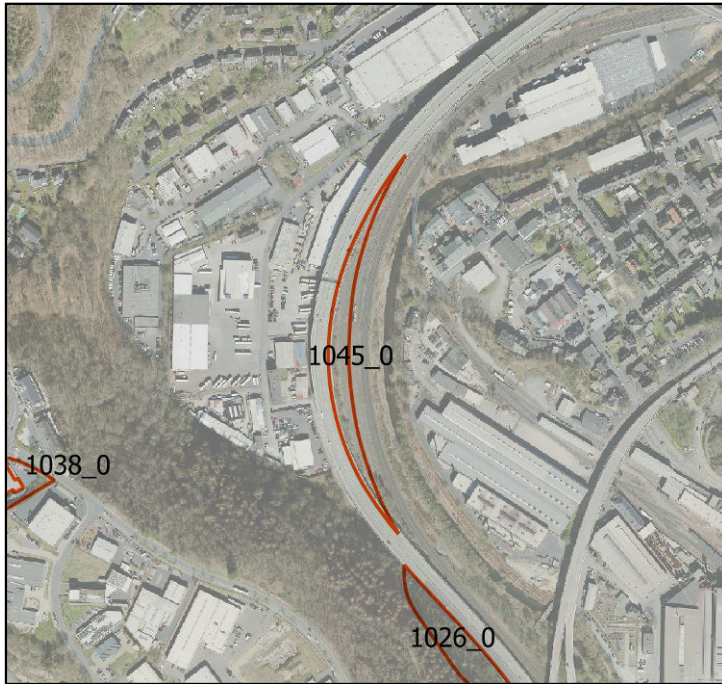
**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Prüfung auf Errichtung einer baulichen (Neben-)Anlage



**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Siegen  
Flächengröße: 6.416 m<sup>2</sup> | 0,64 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 0 %  
Exposition: Osten  
Aktuelle Nutzung: sonstiges  
vorhandene Bahngleise

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung: **schlecht erschlossen**  
Straße: Auf Bahngleisen

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für Bahnanlagen

Innenbereich (§34 BauGB): ja  
Rechtsverbindlicher BPlan: nein  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering**

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **mäßig geeignet** Hochstraße im Westen

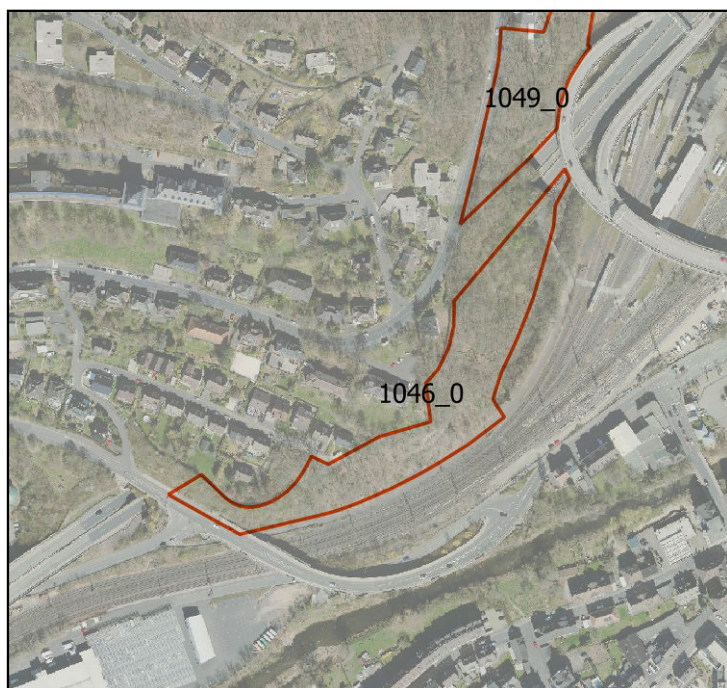
**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Fläche entfällt weil Bahnanlage!!



**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Siegen  
Flächengröße: 12.097 m² | 1,21 ha  
Anteil städtisches  
Eigentum: 62 %  
Exposition: Südosten  
Aktuelle Nutzung: ungenutzt

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB  
Darstellung FNP: Wohngebiet-WA, Grünflächen

Innenbereich (§34 BauGB): teilweise  
Rechtsverbindlicher BPlan: nein  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung **schlecht erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster  
Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im  
Nachgang vom Netzbetreiber  
ergänzt.*

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **hoch**

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **hoch**

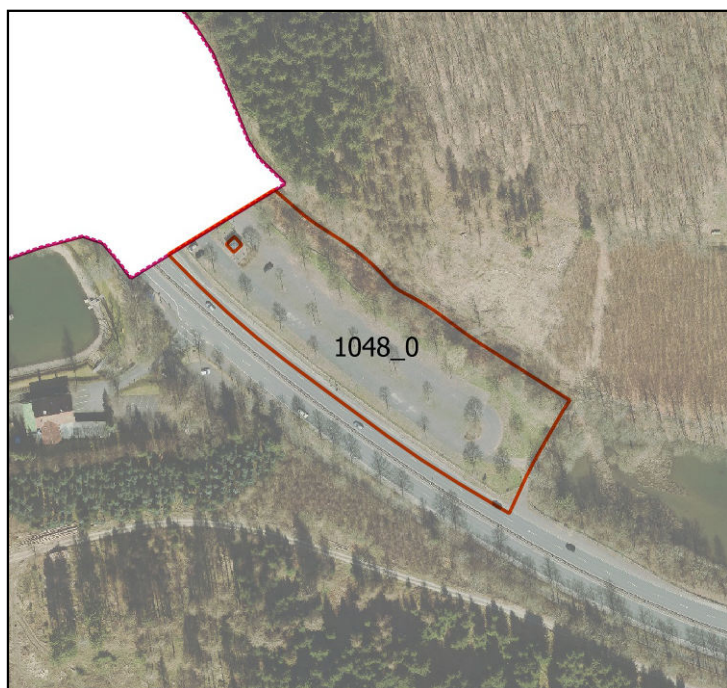
Solareignung: **mäßig geeignet**

**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: bewaldeter Steilhang

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Parkplatz\_ATKIS  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Seelbach, Lindenberg  
Flächengröße: 9.007 m<sup>2</sup> | 0,9 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 88 %  
Exposition: Eben  
Aktuelle Nutzung: Parkplatz  
*Nutzung: P+R-Parkplatz*

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Grünflächen

Innenbereich (§34 BauGB): *nein*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster  
Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im  
Nachgang vom Netzbetreiber  
ergänzt.*

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering** Parkplatz mit Baumreihen

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **keine**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

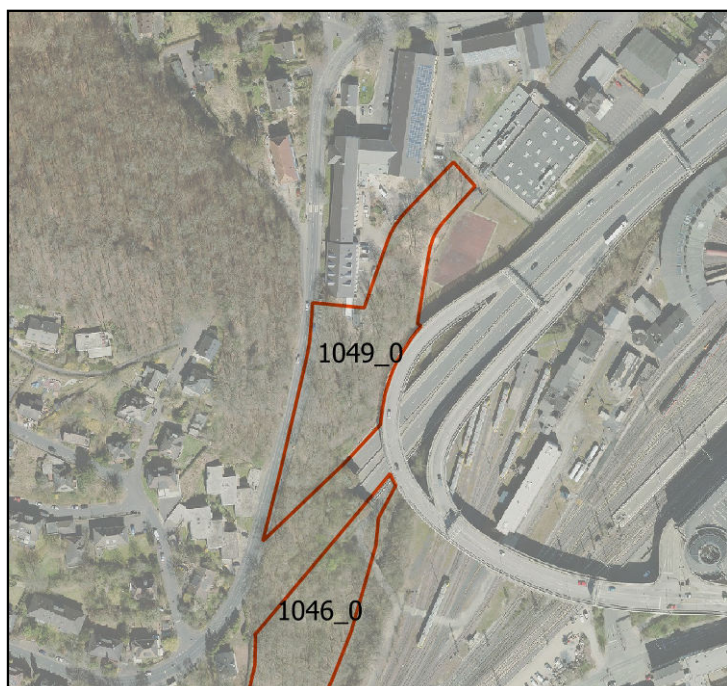
Solareignung: **mäßig geeignet** viele Bäume

**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Prüfung auf Errichtung einer baulichen (Neben-)Anlage

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Siegen  
Flächengröße: 7.280 m<sup>2</sup> | 0,73 ha  
Anteil städtisches  
Eigentum: 88 %  
Exposition: Osten  
Aktuelle Nutzung: Wald

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster  
Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im  
Nachgang vom Netzbetreiber  
ergänzt.*

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB  
Darstellung FNP: Forstwirtschaft, Grünflächen,  
Gemeinbedarf

Innenbereich (§34 BauGB): *ja*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **hoch**

Bodenfunktion: **hoch**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **mittel**

Landschaftsbild/Städtebau: **mittel**

Solareignung: **mäßig geeignet**

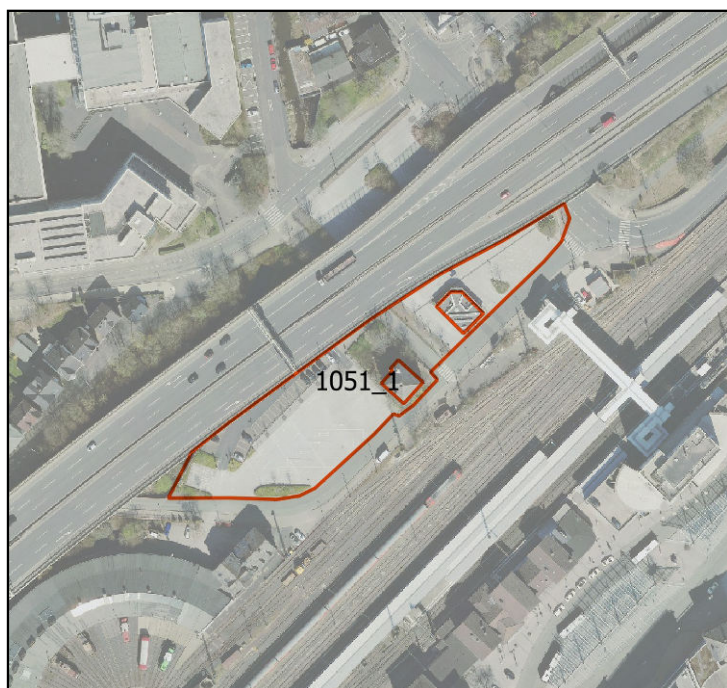
**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: bewaldeter Steilhang



**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Parkplatz\_ATKIS,Bahn\_Puffe  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Siegen  
Flächengröße: 4.535 m<sup>2</sup> | 0,45 ha  
Anteil städtisches  
Eigentum: 93 %  
Exposition: Eben  
Aktuelle Nutzung: sonstiges  
*Nutzung: besondere Verkehrsfläche*

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB/GIB  
Darstellung FNP: Verkehrsflächen

Innenbereich (§34 BauGB): *nein*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *ja*  
Bezeichnung BPlan: *BPL\_287*  
ggf. Festsetzung im BPlan: *andere besondere Verkehrsfläche*

Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster  
Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering** Problem: Baumreihen!

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **gut geeignet**

**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: keine Freiflächenanlage möglich; Prüfung auf Errichtung einer baulichen (Neben-)Anlage



### Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

### Beschreibung der Örtlichkeit

Gemarkung: Kaan-Marienborn  
Flächengröße: 60.163 m<sup>2</sup> | 6,02 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 29 %  
Exposition: Nordosten  
Aktuelle Nutzung: Weide  
*Nutzung: Weide, Grünland; kreuzende Freileitung*

### Bekannte Belastungen

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

### Anbindung & Erschließung

Äußere Erschließung Straße: **gut erschlossen**

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

### Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für die Forstwirtschaft / Landwirtschaft

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

### Landschaft | Umwelt | Klima

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel**

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **mittel**

Landschaftsbild/Städtebau: **hoch**

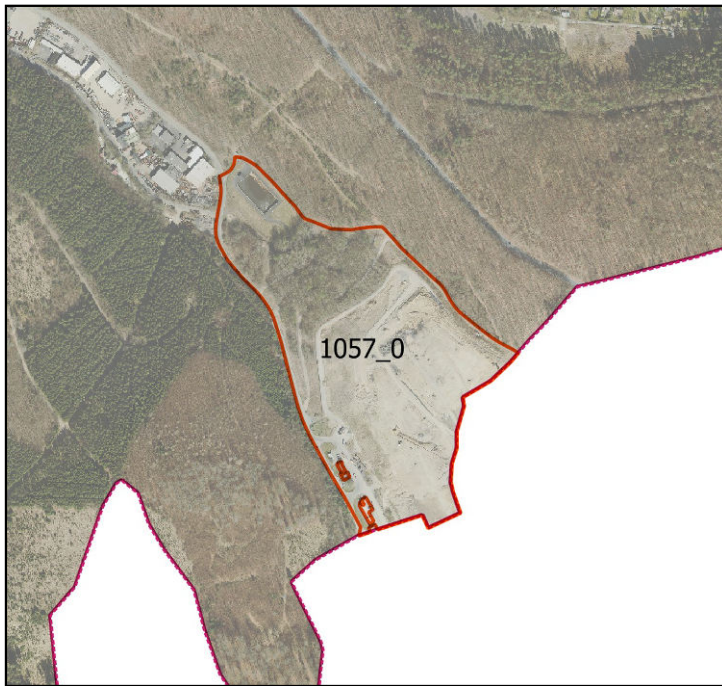
Solareignung: **gut geeignet**

### Bewertung

Eignung: **Gut geeignet**

Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung

Bemerkung: Offenlandbereich

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Deponie\_ATKIS  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Kaan-Marienborn, Siegen  
Flächengröße: 122.731 m<sup>2</sup> | 12,27 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 79 %  
Exposition: Südwesten  
Aktuelle Nutzung: Deponie  
*Deponie Fludersbach*

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung: **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für Versorgungsanlagen, Flächen für die Forstwirtschaft

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **ja**  
Bezeichnung BPlan: BPL\_062, BPL\_085  
ggf. Festsetzung im BPlan: andere  
BPlan: Mülldeponie, Regenrückhaltung,  
Planungsbedarf: **nein**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering**

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **sehr gut geeignet** Nördlicher Teil bewaldet

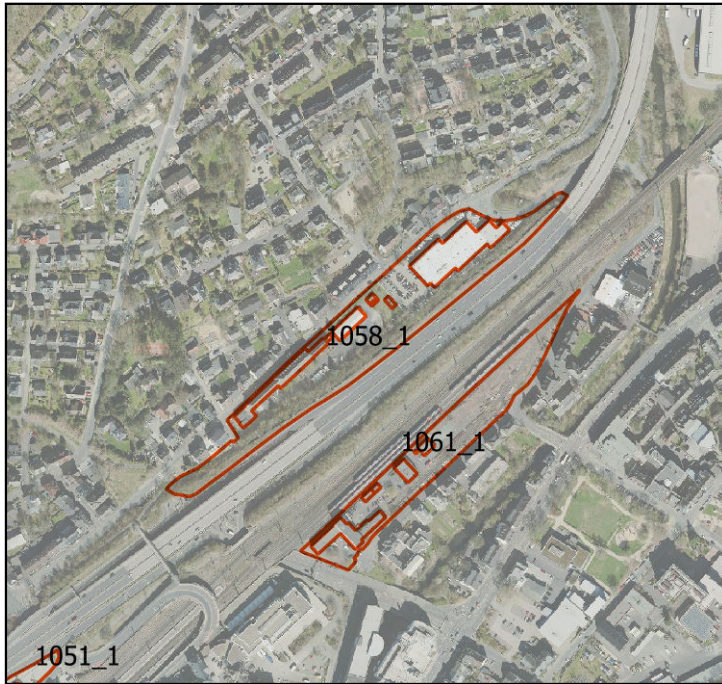
**Bewertung**

Eignung: **Gut geeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Nach Aufgabe der Deponienutzung PVFA sinnvoll.



**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Siegen  
Flächengröße: 17.965 m² | 1,8 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 1 %  
Exposition: Eben  
Aktuelle Nutzung: sonstiges  
*ehem. Kreiswehrrersatzamt, Autohaus, Bahndamm*

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB/GIB  
Darstellung FNP: Flächen des Gemeinbedarfs, Mischgebiet

Innenbereich (§34 BauGB): ja  
Rechtsverbindlicher BPlan: nein  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung: **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel** Gehölzbestandener Lärmschutzwall

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **mäßig geeignet**

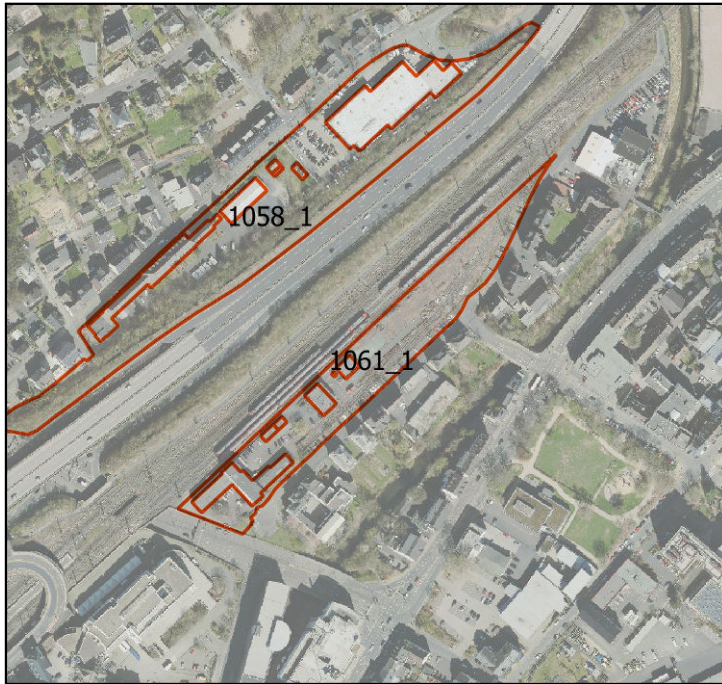
**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: anderweitige Nutzung geplant; Gehölzbestandener Lärmschutzwall





### Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

### Beschreibung der Örtlichkeit

Gemarkung: Siegen  
Flächengröße: 10.659 m² | 1,07 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 16 %  
Exposition: Südosten  
Aktuelle Nutzung: sonstiges  
*Gleisanlage, Abstellfläche*

### Bekannte Belastungen

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

### Anbindung & Erschließung

Äußere Erschließung Straße: **ausreichende Erschließung**

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

### Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: ASB  
Darstellung FNP: *Mischgebiet-MI, Flächen für Bahnanlagen*

Innenbereich (§34 BauGB): *teilweise*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

### Landschaft | Umwelt | Klima

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering**

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

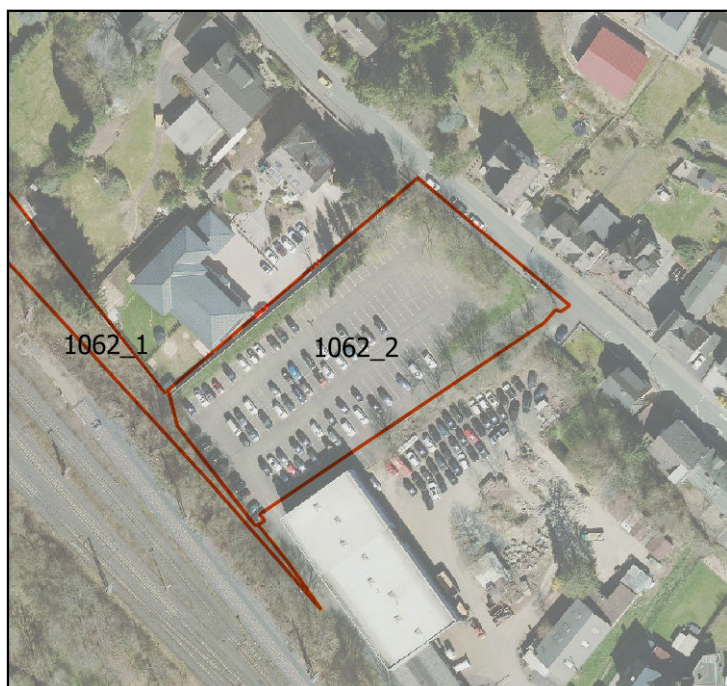
Solareignung: **gut geeignet**

### Bewertung

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Bahnanlage, Fläche kann entfallen!

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Kaan-Marienborn, Siegen  
Flächengröße: 10.070 m<sup>2</sup> | 1,01 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 1 %  
Exposition: Eben  
Aktuelle Nutzung: Parkplatz  
*Parkplatz*

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: *ASB/GIB*  
Darstellung FNP: *Mischgebiet-MI*

Innenbereich (§34 BauGB): *ja*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung **ausreichende Erschließung**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Landschaft | Umwelt | Klima**

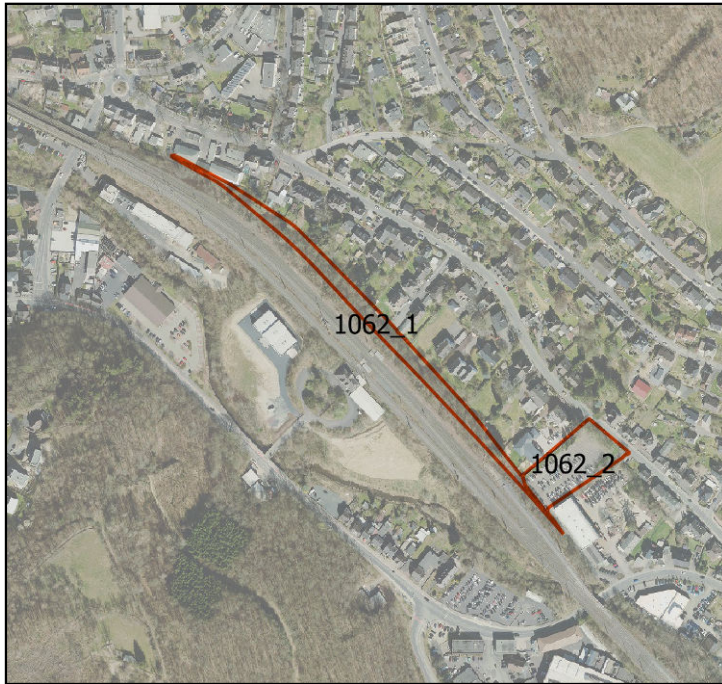
Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering** Gehölzbestandene Bahnböschung  
Bodenfunktion: **gering**  
Bodendenkmal: **nein**  
Klimatische Bedeutung: **gering**  
Landschaftsbild/Städtebau: **gering**  
Solareignung: **mäßig geeignet** nur Parkplatzbereich, Rest bewaldet

**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Prüfung auf Errichtung einer baulichen (Neben-)Anlage

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Kaan-Marienborn, Siegen  
Flächengröße: 10.070 m<sup>2</sup> | 1,01 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 0 %  
Exposition: Nordosten  
Aktuelle Nutzung: ungenutzt  
*Gehölzstreifen entlang Bahn, (Bahngelände)*

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB/GIB  
Darstellung FNP: Flächen für Bahnanlagen

Innenbereich (§34 BauGB): ja  
Rechtsverbindlicher BPlan: nein  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung Straße: **ausreichende Erschließung**

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering** Gehölzbestandene Bahnböschung  
Bodenfunktion: **gering**  
Bodendenkmal: **nein**  
Klimatische Bedeutung: **gering**  
Landschaftsbild/Städtebau: **gering**  
Solareignung: **mäßig geeignet** nur Parkplatzbereich, Rest bewaldet

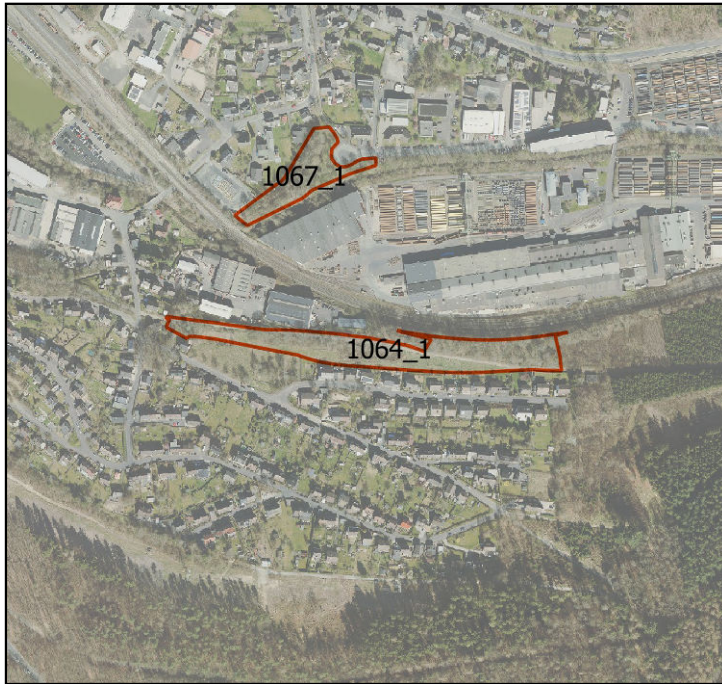
**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: bewaldete Böschung entlang der Bahn



**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Kaan-Marienborn  
Flächengröße: 15.178 m<sup>2</sup> | 1,52 ha  
Anteil städtisches  
Eigentum: 81 %  
Exposition: Norden  
Aktuelle Nutzung: Weide  
z.T. Baumbestand

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB/GIB  
Darstellung FNP: Grünflächen

Innenbereich (§34 BauGB): ja  
Rechtsverbindlicher BPlan: ja  
Bezeichnung BPlan: BPL\_006  
ggf. Festsetzung im BPlan: andere  
BPlan: Umgehungsstraße

Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster  
Einspeisepunkt: **unbekannt**  
Hinweis: Angabe wird erst im  
Nachgang vom Netzbetreiber  
ergänzt.

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel**

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

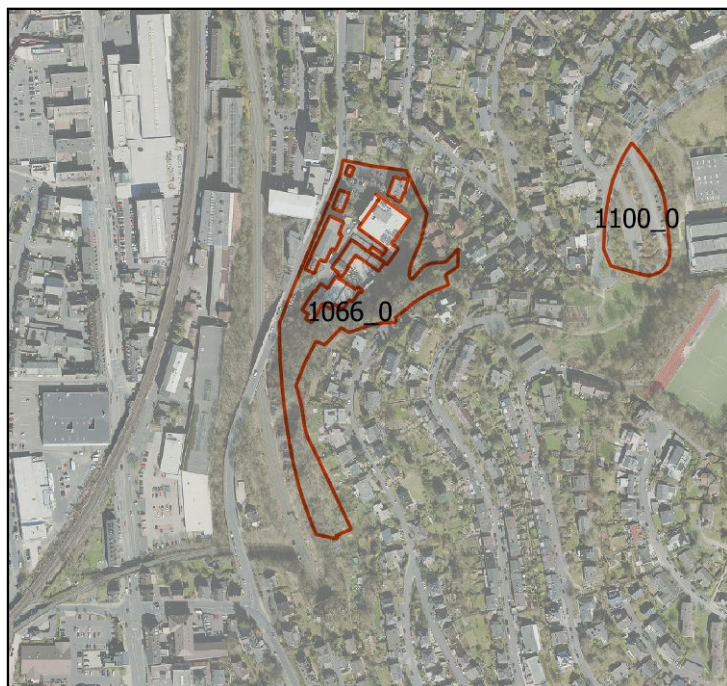
Solareignung: **gut geeignet**

**Bewertung**

Eignung: **Bedingt geeignet**

Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung

Bemerkung: Trasse der gepl. Umgehungsstraße



## Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

## Beschreibung der Örtlichkeit

Gemarkung: Siegen  
Flächengröße: 17.398 m<sup>2</sup> | 1,74 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 6 %  
Exposition: Nordwesten  
Aktuelle Nutzung: Parkplatz

## Bekannte Belastungen

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

## Anbindung &amp; Erschließung

Äußere Erschließung **schlecht erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.

## Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: ASB  
Darstellung FNP: Wohngebiet-WA,  
Mischgebiet-MI,  
Bahnanlagen, Grünflächen  
Innenbereich (§34 BauGB): ja  
Rechtsverbindlicher BPlan: ja  
Bezeichnung BPlan: BPL\_025b, BPL\_036  
ggf. Festsetzung im BPlan: andere  
BPlan: Wohngebiet,  
Grünfläche, Tennisplatz  
Planungsbedarf: **ja**

## Landschaft | Umwelt | Klima

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **hoch** Gehölzbestandene Felsböschung  
Bodenfunktion: **mittel**  
Bodendenkmal: **nein**  
Klimatische Bedeutung: **gering**  
Landschaftsbild/Städtebau: **mittel**  
Solareignung: **mäßig geeignet**

## Bewertung

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: bewaldeter Steilhang, Restflächen zu klein und anderweitig genutzt

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Kaan-Marienborn  
Flächengröße: 5.777 m<sup>2</sup> | 0,58 ha  
Anteil städtisches  
Eigentum: 99 %  
Exposition: Südosten  
Aktuelle Nutzung: Wald

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB/GIB  
Darstellung FNP: Mischgebiet-MI, Grünflächen

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **ja**  
Bezeichnung BPlan: BPL\_091a  
ggf. Festsetzung im BPlan: **andere**  
BPlan: Grünfläche mit  
Anpflanzungen  
Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster  
Einspeisepunkt: **unbekannt**  
Hinweis: Angabe wird erst im  
Nachgang vom Netzbetreiber  
ergänzt.

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **hoch** Fließgewässer Breitenbach!

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **mäßig geeignet**

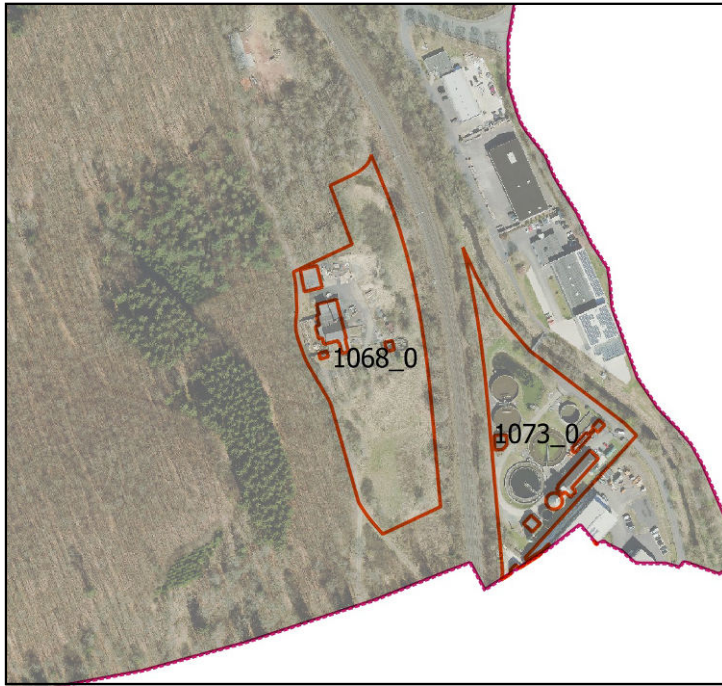
**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Bewaldeter Steilhang



**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Kaan-Marienborn  
Flächengröße: 15.530 m<sup>2</sup> | 1,55 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 15 %  
Exposition: Osten  
Aktuelle Nutzung: Brache  
*Betriebliche Nutzung, z.T. Gehölzbewuchs*

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für die Landwirtschaft

Innenbereich (§34 BauGB): *nein*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung: **ausreichende Erschließung**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel**

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

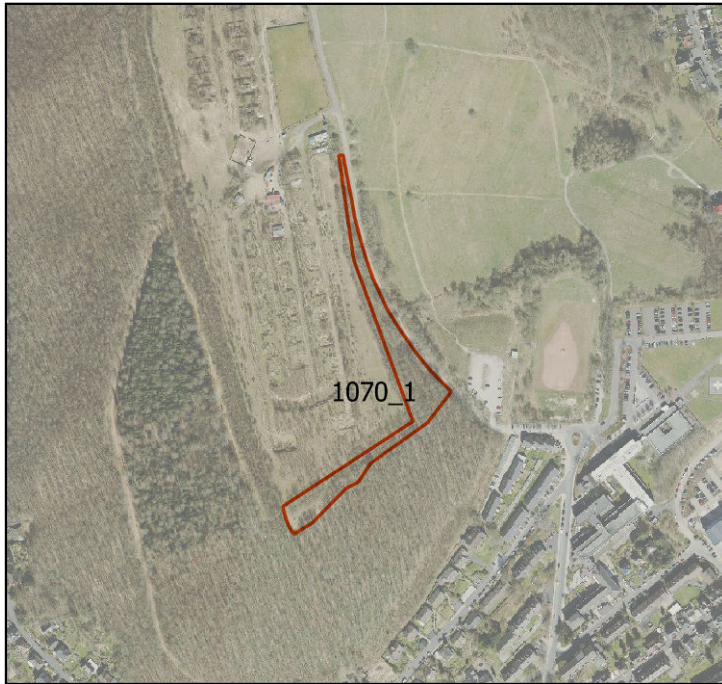
Solareignung: **gut geeignet** Nachmittags ggf. von Talhang verschattet

**Bewertung**

Eignung: **Bedingt geeignet**

Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung

Bemerkung: evtl. Teilfläche nutzbar (Offenland)

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Konversionsflächen  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Siegen  
Flächengröße: 8.548 m<sup>2</sup> | 0,85 ha  
Anteil städtisches  
Eigentum: 14 %  
Exposition: Südosten  
Aktuelle Nutzung: Wald

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB  
Darstellung FNP: Sondergebiet-S, Wohngebiet-W

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**

Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**

Bezeichnung BPlan:

ggf. Festsetzung im BPlan:

*geplante  
Wohnbaulandentwicklung*

Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung **schlecht erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster  
Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im  
Nachgang vom Netzbetreiber  
ergänzt.*

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **hoch**

Bodenfunktion: **hoch**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **mittel**

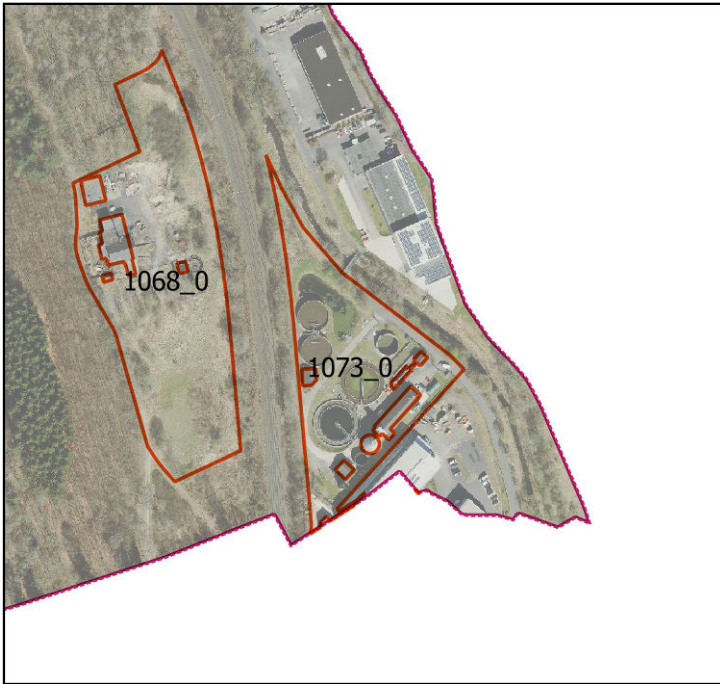
Solareignung: **mäßig geeignet**

**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: geplante Wohnbaulandentwicklung Wellersberg berücksichtigen

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Kaan-Marienborn, Niederdielfen  
Flächengröße: 9.941 m<sup>2</sup> | 0,99 ha  
Anteil städtisches  
Eigentum: 0 %  
Exposition: Eben  
Aktuelle Nutzung: sonstiges  
*Kläranlage*

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für  
Versorgungsanlagen

Innenbereich (§34 BauGB): *nein*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *ja*  
Bezeichnung BPlan: *BPL\_091b*  
ggf. Festsetzung im BPlan: *andere*  
*BPlan: Kläranlage*

Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster  
Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im  
Nachgang vom Netzbetreiber  
ergänzt.*

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering**

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **gut geeignet** stark bebaut

**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Betriebsgelände Kläranlage





## Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Parkplatz\_ATKIS  
Datenquelle: ATKIS

## Beschreibung der Örtlichkeit

Gemarkung: Weidenau  
Flächengröße: 8.848 m<sup>2</sup> | 0,88 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 99 %  
Exposition: Eben  
Aktuelle Nutzung: Parkplatz  
*Nutzung: Parkplatz und Veranstaltungsfläche!*

## Bekannte Belastungen

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

## Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: ASB  
Darstellung FNP: Mischgebiet-MK

Innenbereich (§34 BauGB): *nein*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *ja*  
Bezeichnung BPlan: *BPL\_010a*  
ggf. Festsetzung im BPlan: *andere Verkehrsfläche*

Planungsbedarf: **ja**

## Anbindung &amp; Erschließung

Äußere Erschließung **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

## Landschaft | Umwelt | Klima

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering**

Bodenfunktion: **keine**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

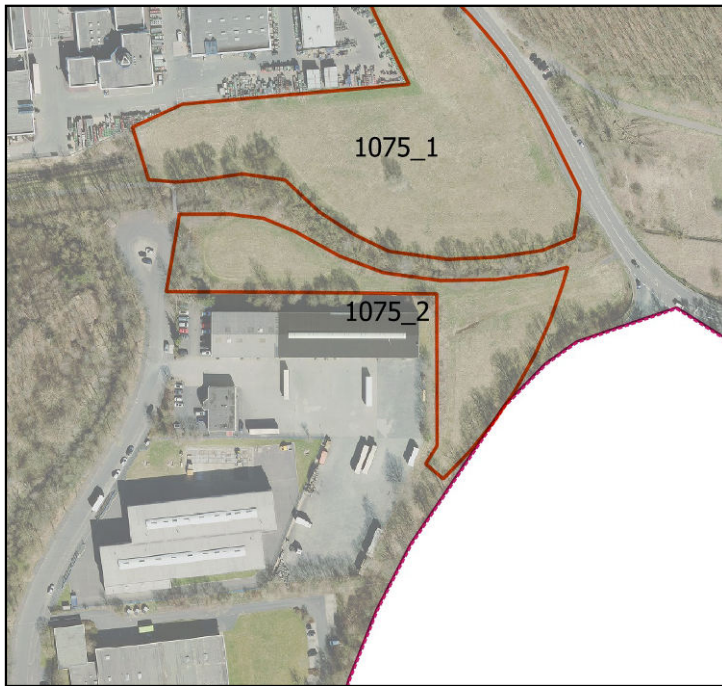
Solareignung: **gut geeignet**

## Bewertung

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Prüfung auf Errichtung einer baulichen (Neben-)Anlage

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Kaan-Marienborn, Feuersbach  
Flächengröße: 6.392 m<sup>2</sup> | 0,64 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 98 %  
Exposition: Eben  
Aktuelle Nutzung: Grünland

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Gewerbegebiet-GI,  
Verkehrsflächen,  
Forstwirtschaft, Grünflächen

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **ja**  
Bezeichnung BPlan: BPL\_091b  
ggf. Festsetzung im BPlan: Gewerbe, Industrie  
BPlan: GI; Trasse  
Umgehungsstraße L719 neu;  
Planungsbedarf: **nein**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **hoch** Geschützter Ameisenbläuling

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **mittel**

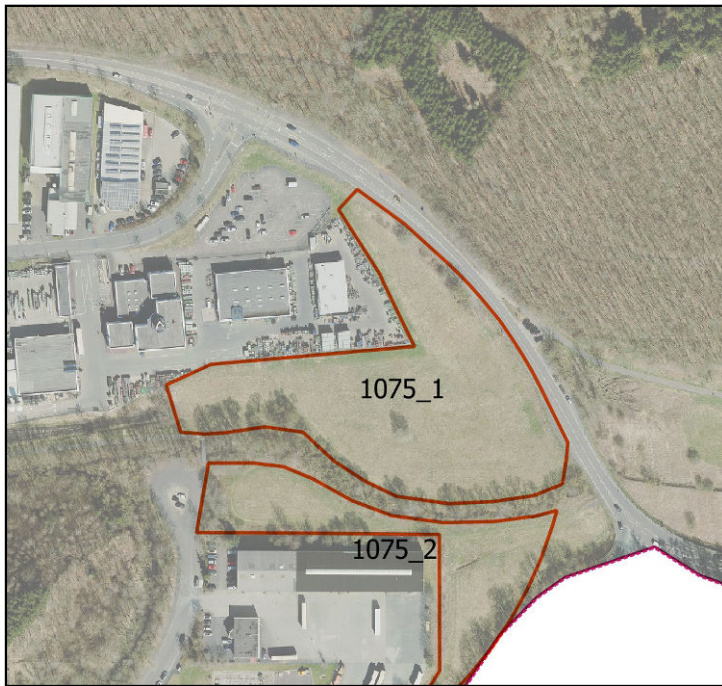
Solareignung: **sehr gut geeignet**

**Bewertung**

Eignung: **Bedingt geeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Klärung Artenschutz!

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Kaan-Marienborn, Feuersbach  
Flächengröße: 14.399 m<sup>2</sup> | 1,44 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 94 %  
Exposition: Eben  
Aktuelle Nutzung: Grünland

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Gewerbegebiet-GI,  
Verkehrsflächen, Grünflächen

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **ja**  
Bezeichnung BPlan: BPL\_091b  
ggf. Festsetzung im BPlan: Gewerbe, Industrie  
BPlan: GI; Trasse  
Umgehungsstraße L719 neu;  
Planungsbedarf: **nein**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **hoch** Geschützter Ameisenbläuling  
Bodenfunktion: **mittel**  
Bodendenkmal: **nein**  
Klimatische Bedeutung: **mittel**  
Landschaftsbild/Städtebau: **mittel**  
Solareignung: **sehr gut geeignet**

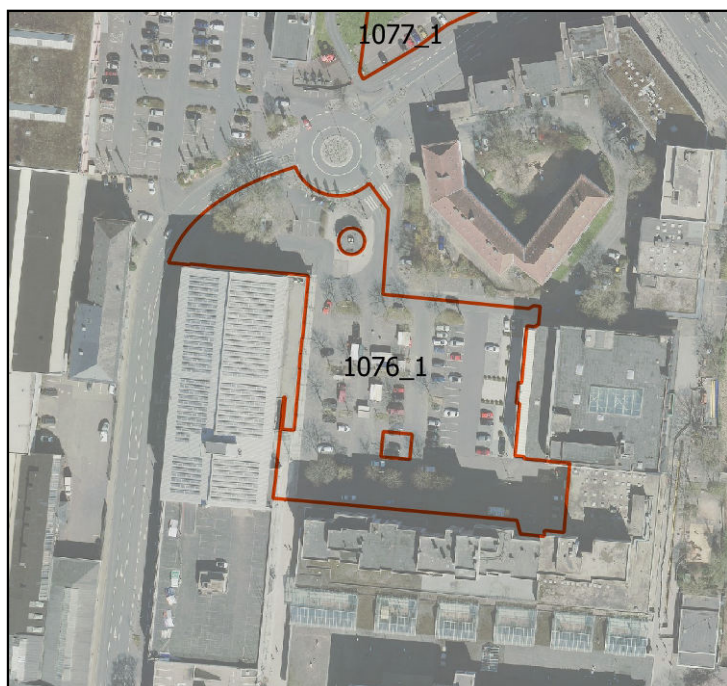
**Bewertung**

Eignung: **Bedingt geeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Klärung Artenschutz!



**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Weidenau  
Flächengröße: 7.302 m<sup>2</sup> | 0,73 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 73 %  
Exposition: Eben  
Aktuelle Nutzung: Parkplatz  
*Nutzung: Parkplatz und Marktplatz*

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB  
Darstellung FNP: *Mischgebiet-MK, Verkehrsflächen*

Innenbereich (§34 BauGB): *nein*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *ja*  
Bezeichnung BPlan: *BPL\_010a, BPL\_302*  
ggf. Festsetzung im BPlan: *andere besondere Verkehrsfläche*

Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering** Problem mit Baumreihen

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

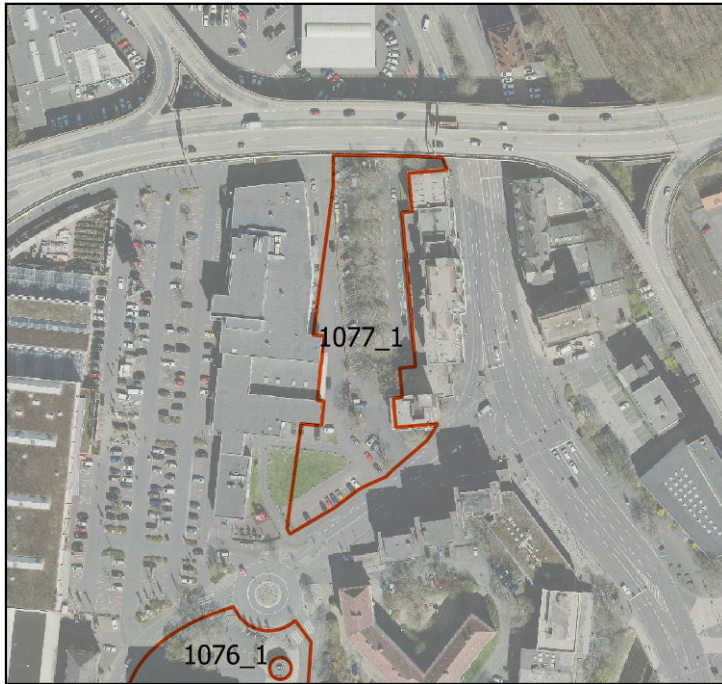
Solareignung: **mäßig geeignet**

**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Prüfung auf Errichtung einer baulichen (Neben-)Anlage

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Weidenau  
Flächengröße: 4.859 m<sup>2</sup> | 0,49 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 10 %  
Exposition: Eben  
Aktuelle Nutzung: Parkplatz  
*Parkplatz, Bäume*

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung: **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB  
Darstellung FNP: *Mischgebiet-MK*

Innenbereich (§34 BauGB): *nein*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *ja*  
Bezeichnung BPlan: *BPL\_010a, BPL\_001*  
ggf. Festsetzung im BPlan: *andere Stellplätze*

Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering** Problem mit Baumreihen

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **mäßig geeignet**

**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Alte Platanen sollen erhalten bleiben  
Prüfung auf Errichtung einer baulichen (Neben-)Anlage



## Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

## Beschreibung der Örtlichkeit

Gemarkung: Weidenau  
Flächengröße: 14.818 m<sup>2</sup> | 1,48 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 11 %  
Exposition: Süden  
Aktuelle Nutzung: Wald  
Nutzung: Betriebsgelände  
Wasserverband

## Bekannte Belastungen

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

## Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: ASB/GIB  
Darstellung FNP: Versorgungsanlagen,  
Grünflächen

Innenbereich (§34 BauGB): ja  
Rechtsverbindlicher BPlan: ja  
Bezeichnung BPlan: BPL\_001  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

## Anbindung &amp; Erschließung

Äußere Erschließung: **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.

## Landschaft | Umwelt | Klima

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **hoch** Nördl. Teil ist Geschützter Landschaftsbestandteil LB 21

Bodenfunktion: **hoch**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **mäßig geeignet** Norden bewaldet

## Bewertung

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: überwiegend bewaldet



**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Weidenau  
Flächengröße: 20.422 m<sup>2</sup> | 2,04 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 1 %  
Exposition: Osten  
Aktuelle Nutzung: Wald

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **ja** Stollen Freizeche

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung **schlecht erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB/GIB  
Darstellung FNP: Verkehrsflächen, Grünflächen

Innenbereich (§34 BauGB): *ja*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *ja*  
Bezeichnung BPlan: *BPL\_001*  
ggf. Festsetzung im BPlan: *Gewerbe, Industrie*

Planungsbedarf: **nein**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **hoch**

Bodenfunktion: **hoch**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **mittel**

Solareignung: **mäßig geeignet**

**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: überwiegend bewaldeter HTS-Hang, Felssporn



### Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Deponie\_ATKIS  
Datenquelle: ATKIS

### Beschreibung der Örtlichkeit

Gemarkung: Feuersbach  
Flächengröße: 68.083 m<sup>2</sup> | 6,81 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 1 %  
Exposition: Nordwesten  
Aktuelle Nutzung: Deponie  
*Deponiefläche in Betrieb*

### Bekannte Belastungen

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

### Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für die Forstwirtschaft

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **nein**

### Anbindung & Erschließung

Äußere Erschließung Straße: **ausreichende Erschließung**

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

### Landschaft | Umwelt | Klima

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel**

Bodenfunktion: **keine**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **gut geeignet**

### Bewertung

Eignung: **Gut geeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Nach Aufgabe der Nutzung sehr guter Standort  
--> Planungsrecht überprüfen (PFV?)

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Weidenau  
Flächengröße: 6.480 m<sup>2</sup> | 0,65 ha  
Anteil städtisches  
Eigentum: 91 %  
Exposition: Nordosten  
Aktuelle Nutzung: ungenutzt

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB  
Darstellung FNP: Grünflächen

Innenbereich (§34 BauGB): *nein*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *ja*  
Bezeichnung BPlan: *BPL\_001*  
ggf. Festsetzung im BPlan: *Wohnen (WA, WR)*  
*BPlan: WA, MI, Grünfläche*

Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung **ausreichende Erschließung**  
Straße:

Entfernung nächster  
Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im  
Nachgang vom Netzbetreiber  
ergänzt.*

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel** Baumbestandene Fläche

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **mäßig geeignet**

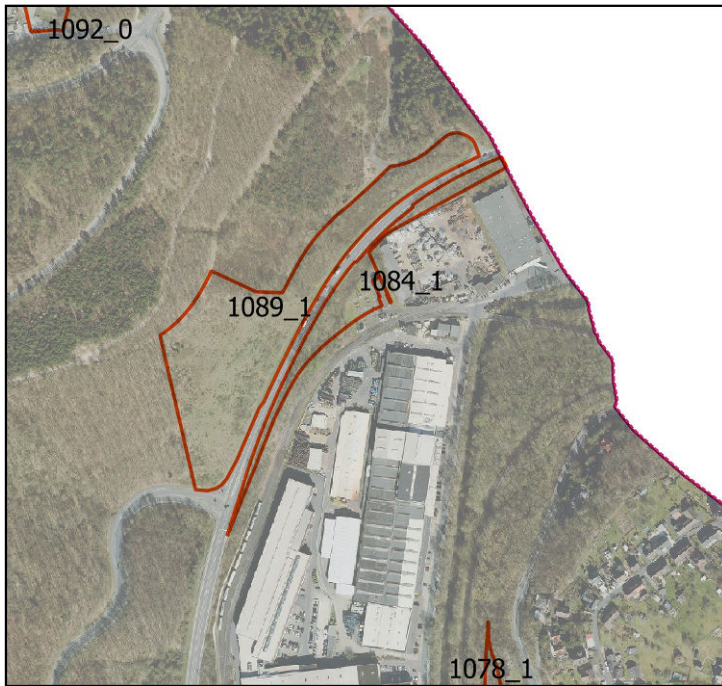
**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: bewaldeter Bereich der HTS-Auffahrt



**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Dreistiefenbach, Weidenau  
Flächengröße: 7.033 m<sup>2</sup> | 0,7 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 0 %  
Exposition: Südosten  
Aktuelle Nutzung: Wald

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: [redacted]

Altbergbau: ja Oberflächennaher Bergbau belegt

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung schlecht erschlossen  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: unbekannt  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Gewerbegebiet-GI, Versorgungsanlagen, Grünflächen

Innenbereich (§34 BauGB): teilweise  
Rechtsverbindlicher BPlan: ja  
Bezeichnung BPlan: BPL\_001  
ggf. Festsetzung im BPlan: Gewerbe, Industrie

Planungsbedarf: nein

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: mittel Gehölzbeständen  
Bodenfunktion: mittel  
Bodendenkmal: nein  
Klimatische Bedeutung: gering  
Landschaftsbild/Städtebau: gering  
Solareignung: mäßig geeignet nur beim Umspannwerk

**Bewertung**

Eignung: Ungeeignet

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: überwiegend bewachsener HTS-Hang; Umspanneinrichtung

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Weidenau  
Flächengröße: 5.379 m<sup>2</sup> | 0,54 ha  
Anteil städtisches  
Eigentum: 8 %  
Exposition: Eben  
Aktuelle Nutzung: Parkplatz  
*Parkplatzfläche in  
Fachmarktzentrum*

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB/GIB  
Darstellung FNP: Sondergebiet,  
Verkehrsflächen

Innenbereich (§34 BauGB): ja  
Rechtsverbindlicher BPlan: ja  
Bezeichnung BPlan: BPL\_394  
ggf. Festsetzung im BPlan: andere  
Sondergebiet für  
Fachmarktzentrum  
Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster  
Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im  
Nachgang vom Netzbetreiber  
ergänzt.*

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering**

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **mäßig geeignet** Viele schattenwerfende Gebäude

**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Prüfung auf Errichtung einer baulichen (Neben-)Anlage



## Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

## Beschreibung der Örtlichkeit

Gemarkung: Geisweid  
Flächengröße: 13.234 m<sup>2</sup> | 1,32 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 8 %  
Exposition: Osten  
Aktuelle Nutzung: Gewerbefläche  
*durch Bauking genutzte Fläche*

## Bekannte Belastungen

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

## Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: ASB/GIB  
Darstellung FNP: Flächen für Bahnanlagen

Innenbereich (§34 BauGB): *ja*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

## Anbindung &amp; Erschließung

Äußere Erschließung **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

## Landschaft | Umwelt | Klima

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering**

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **gut geeignet** derzeit schattenwerfendes Baumaterial gelagert

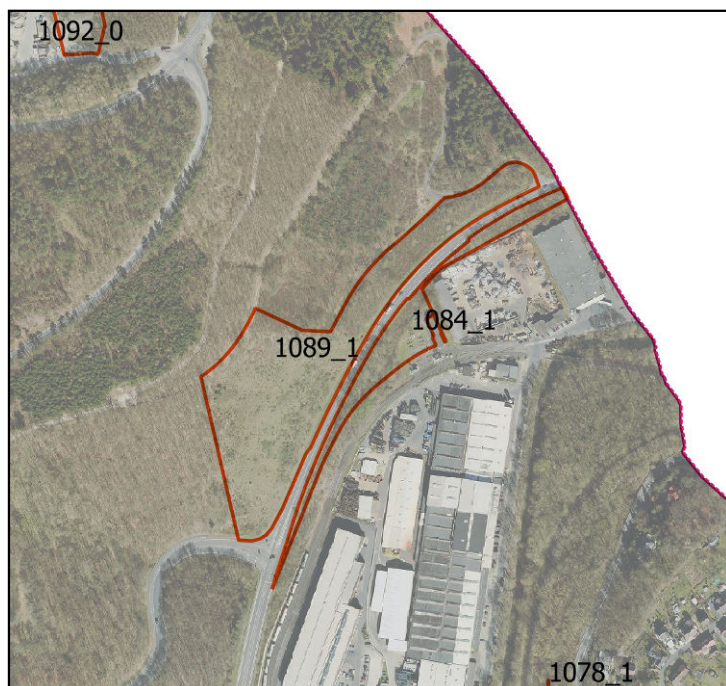
## Bewertung

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Betriebsgelände Bauking --> entfällt





### Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

### Beschreibung der Örtlichkeit

Gemarkung: Weidenau  
Flächengröße: 27.742 m<sup>2</sup> | 2,77 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 2 %  
Exposition: Südosten  
Aktuelle Nutzung: Brache

### Bekannte Belastungen

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **ja** 5 verl. Tagesöffnungen  
Steigerberg, Hermanssegen

### Anbindung & Erschließung

Äußere Erschließung Straße: **schlecht erschlossen**

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.

### Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Verkehrsflächen überörtlicher Verkehr, Forstwirtschaft

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan: **andere**

Planungsbedarf: **ja**

### Landschaft | Umwelt | Klima

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **hoch** Brache mit Gehölzen

Bodenfunktion: **mittel**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **mittel**

Landschaftsbild/Städtebau: **mittel**

Solareignung: **mäßig geeignet**

### Bewertung

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: bewachsener Steilhang

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Geisweid  
Flächengröße: 10.888 m<sup>2</sup> | 1,09 ha  
Anteil städtisches  
Eigentum: 0 %  
Exposition: Süden  
Aktuelle Nutzung: sonstiges  
Nutzung: Kläranlage

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: ASB/GIB  
Darstellung FNP: Flächen für  
Versorgungsanlagen

Innenbereich (§34 BauGB): ja  
Rechtsverbindlicher BPlan: nein  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster  
Einspeisepunkt: **unbekannt**  
Hinweis: Angabe wird erst im  
Nachgang vom Netzbetreiber  
ergänzt.

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering**

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

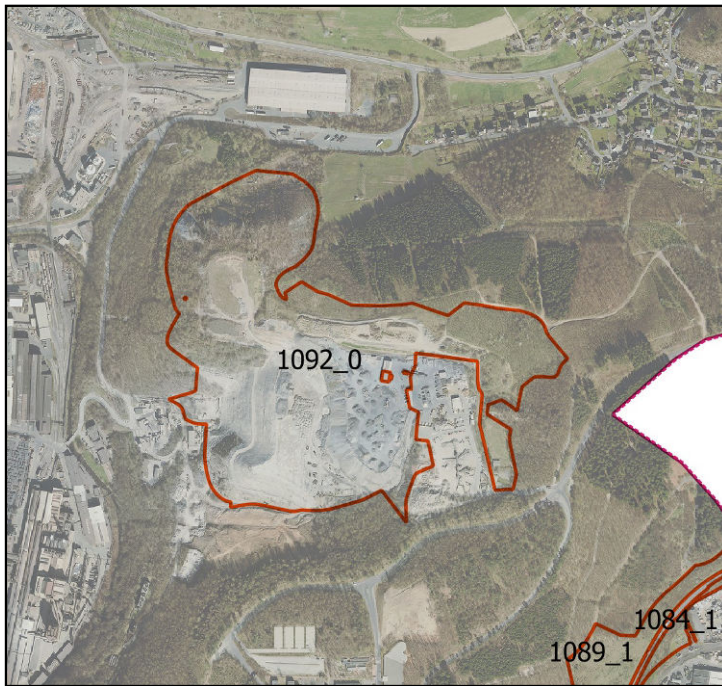
Solareignung: **mäßig geeignet**

**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Nutzung: Kläranlage; nach Aufgabe und Rückbau durchaus geeignet.  
Restflächen für PV geeignet, allerdings < 4.000m<sup>2</sup>

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Deponie\_ATKIS  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Niedersetzen, Geisweid  
Flächengröße: 251.215 m<sup>2</sup> | 25,12 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 0 %  
Exposition: Süden  
Aktuelle Nutzung: Deponie  
*Deponiefläche*

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **ja**  
genehmigte Deponie  
Altbergbau: **ja** im NÖ Teil 3 verlassene Tagesöffnungen (Laudon)

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung: **ausreichende Erschließung**  
Straße:  
Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für Aufschüttungen, Flächen für die Forstwirtschaft  
Innenbereich (§34 BauGB): nein  
Rechtsverbindlicher BPlan: nein  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:  
Planungsbedarf: **ja**

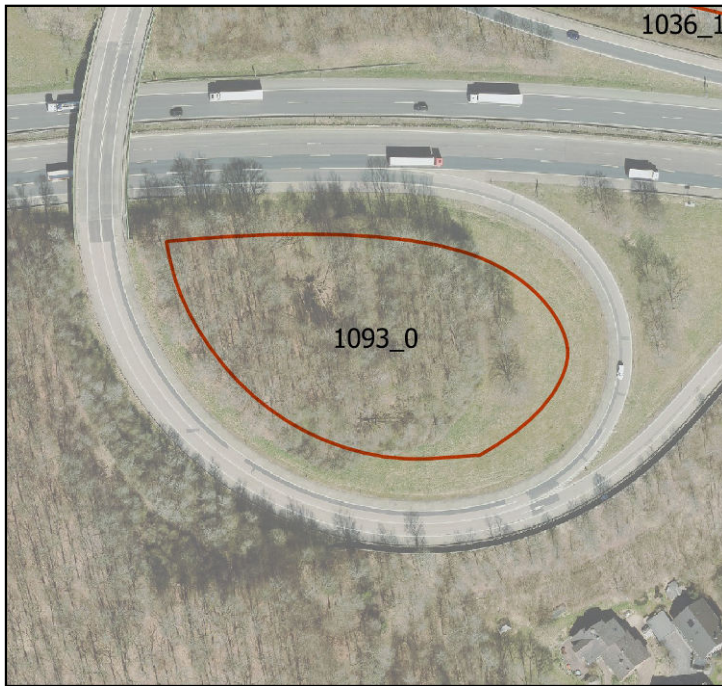
**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering** z.T. Forstflächen  
Bodenfunktion: **gering**  
Bodendenkmal: **nein**  
Klimatische Bedeutung: **mittel**  
Landschaftsbild/Städtebau: **mittel**  
Solareignung: **gut geeignet** außer Waldflächen

**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**  
Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich  
Bemerkung: Deponie in Nutzung; aufgegebenen Bereich wiederbewaldet  
--> perspektivisch guter Standort nach Aufgabe



**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Eiseren  
Flächengröße: 6.508 m<sup>2</sup> | 0,65 ha  
Anteil städtisches  
Eigentum: 0 %  
Exposition: Süden  
Aktuelle Nutzung: Brache  
Autobahnauffahrt

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung **schlecht erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster  
Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im  
Nachgang vom Netzbetreiber  
ergänzt.*

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Grünflächen

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering**

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

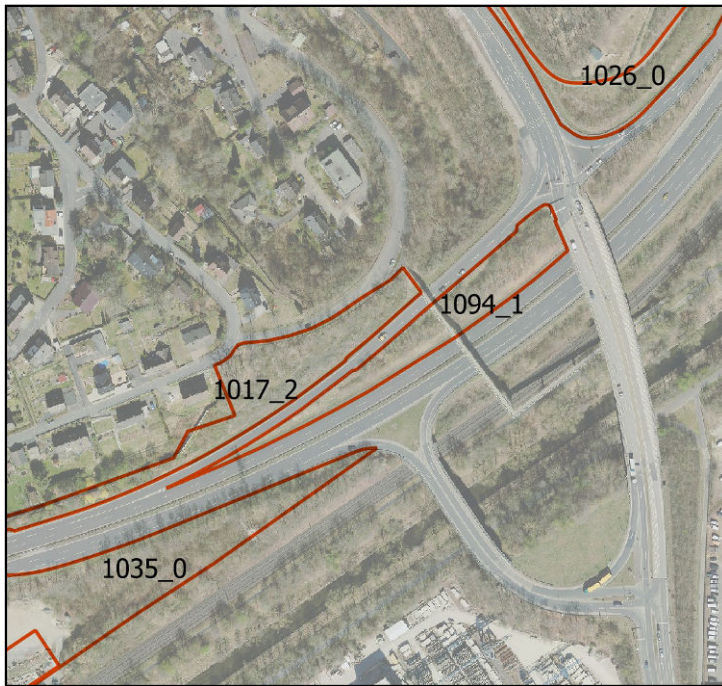
Solareignung: **sehr gut geeignet**

**Bewertung**

Eignung: **Bedingt geeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Laut Stellungnahme Autobahn GmbH nicht aktivierbar.

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Niederschelden, Siegen  
Flächengröße: 4.360 m<sup>2</sup> | 0,44 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 0 %  
Exposition: Südosten  
Aktuelle Nutzung: ungenutzt

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Grünflächen

Innenbereich (§34 BauGB): *nein*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung: **schlecht erschlossen**  
Straße: Ringsherum von Straßen eingeschlossen, unzugänglich

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: *gering*

Bodenfunktion: *gering*

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: *gering*

Landschaftsbild/Städtebau: *gering*

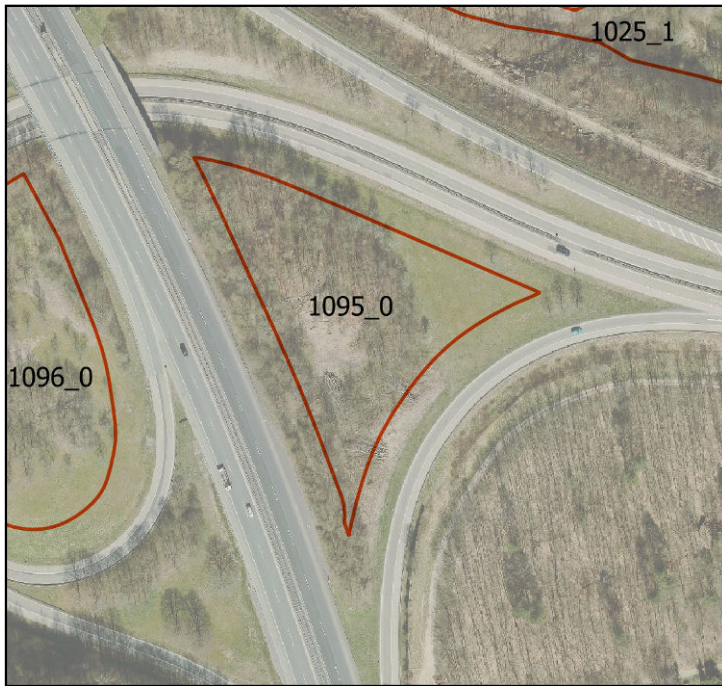
Solareignung: *gut geeignet*

**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: bewaldeter HTS-Hang

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Siegen  
Flächengröße: 6.944 m<sup>2</sup> | 0,69 ha  
Anteil städtisches  
Eigentum: 0 %  
Exposition: Südosten  
Aktuelle Nutzung: Brache  
Autobahnauf-/abfahrt

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung **schlecht erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster  
Einspeisepunkt: **unbekannt**  
Hinweis: Angabe wird erst im  
Nachgang vom Netzbetreiber  
ergänzt.

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Grünflächen

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering**

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **mäßig geeignet** Starker Baumbewuchs

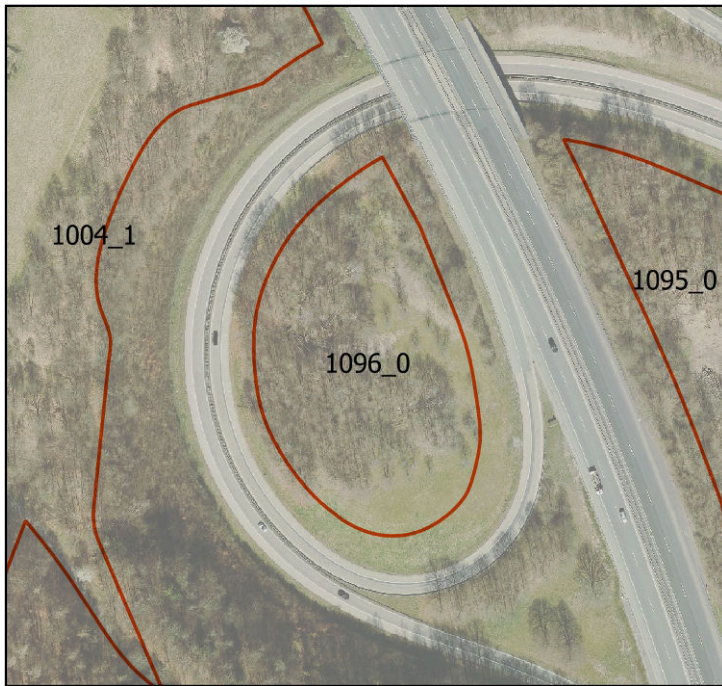
**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: steht laut Aussage Autobahn-GmbH nicht zur Verfügung





### Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

### Beschreibung der Örtlichkeit

Gemarkung: Siegen  
Flächengröße: 8.186 m<sup>2</sup> | 0,82 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 0 %  
Exposition: Süden  
Aktuelle Nutzung: Brache  
Autobahnauf-/abfahrt

### Bekannte Belastungen

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

### Anbindung & Erschließung

Äußere Erschließung Straße: **schlecht erschlossen**

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.

### Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Grünflächen

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

### Landschaft | Umwelt | Klima

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering**

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

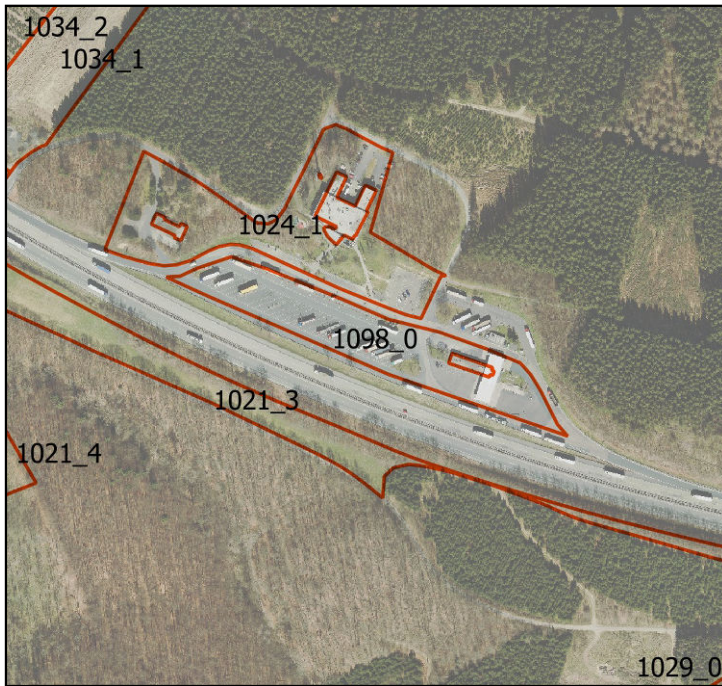
Solareignung: **mäßig geeignet** Starker Baumbewuchs

### Bewertung

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: steht laut Aussage Autobahn-GmbH nicht zur Verfügung

**Datenherkunft / Untersuchungskategorie**

Kategorie EEG: Parkplatz\_ATKIS,BAB Puffer  
Datenquelle: ATKIS

**Beschreibung der Örtlichkeit**

Gemarkung: Oberschelden  
Flächengröße: 12.058 m<sup>2</sup> | 1,21 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 0 %  
Exposition: Südwesten  
Aktuelle Nutzung: Parkplatz  
*Parkplatz Rasthof*

**Bekannte Belastungen**

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

**Anbindung & Erschließung**

Äußere Erschließung Straße: **gut erschlossen**

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

**Planungsrecht**

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Verkehrsflächen überörtlicher Verkehr

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **nein**  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

**Landschaft | Umwelt | Klima**

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **keine**

Bodenfunktion: **keine**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **keine**

Landschaftsbild/Städtebau: **keine**

Solareignung: **gut geeignet**

**Bewertung**

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Prüfung auf Errichtung einer baulichen (Neben-)Anlage



## Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Parkplatz\_ATKIS  
Datenquelle: ATKIS

## Beschreibung der Örtlichkeit

Gemarkung: Siegen  
Flächengröße: 5.917 m<sup>2</sup> | 0,59 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 100 %  
Exposition: Südwesten  
Aktuelle Nutzung: Parkplatz  
Verschattung durch Bäume

## Bekannte Belastungen

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

## Anbindung &amp; Erschließung

Äußere Erschließung: **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.

## Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: ASB  
Darstellung FNP: Wohngebiet-WR, Flächen des Gemeinbedarfs

Innenbereich (§34 BauGB): **nein**  
Rechtsverbindlicher BPlan: **ja**  
Bezeichnung BPlan: BPL\_067,BPL\_100  
ggf. Festsetzung im BPlan: Gemeinbedarf

Planungsbedarf: **ja**

## Landschaft | Umwelt | Klima

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering** Problem mit Baumreihen

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **mäßig geeignet**

## Bewertung

Eignung: **Bedingt geeignet**

Handlungsempfehlung: Änderung BPlan

Bemerkung: Prüfung auf Errichtung einer baulichen (Neben-)Anlage





## Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Bahn\_Puffer  
Datenquelle: ATKIS

## Beschreibung der Örtlichkeit

Gemarkung: Weidenau  
Flächengröße: 11.151 m<sup>2</sup> | 1,12 ha  
Anteil städtisches Eigentum: 1 %  
Exposition: Eben  
Aktuelle Nutzung: Gewerbefläche  
*Parkplatzfläche und Baustoffhandel*

## Bekannte Belastungen

Altlasten: **nein**

Altbergbau: **nein**

## Anbindung &amp; Erschließung

Äußere Erschließung: **gut erschlossen**  
Straße:

Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**  
*Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.*

## Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: GIB  
Darstellung FNP: Flächen für Bahnanlagen

Innenbereich (§34 BauGB): ja  
Rechtsverbindlicher BPlan: ja  
Bezeichnung BPlan: BPL\_001  
ggf. Festsetzung im BPlan: andere

Planungsbedarf: **ja**

## Landschaft | Umwelt | Klima

Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **gering**

Bodenfunktion: **gering**

Bodendenkmal: **nein**

Klimatische Bedeutung: **gering**

Landschaftsbild/Städtebau: **gering**

Solareignung: **gut geeignet**

## Bewertung

Eignung: **Ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Bemerkung: Prüfung auf Errichtung einer baulichen (Neben-)Anlage

## Flächensteckbrief Gewerbe Nr. 1 | Kaiserschacht



### Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Brachfläche eines Gewerbe-/  
Industriebetriebes  
Datenquelle: Abt. Wirtschaftsförderung

### Allgemeine Angaben

Gemarkung: Eiserfeld  
Flächengröße: 9.135 m<sup>2</sup> | 0,91 ha

### Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: *Freiraum*  
Darstellung FNP: *Gewerbe-GI/GE*

Innenbereich (§34 BauGB): *ja*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: *offen*

### Bewertung

Eignung: **unklar**

Handlungsempfehlung: Klärung: Einfügen einer  
baulichen Anlage nach §34  
BauGB

### Anmerkung:



### Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Brachfläche eines Gewerbe-/  
Industriebetriebes  
Datenquelle: Abt. Wirtschaftsförderung

### Allgemeine Angaben

Gemarkung: Eiserfeld / Eisern  
Flächengröße: 2.530 m<sup>2</sup> | 0,25 ha

### Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: *ASB*  
Darstellung FNP: *Gewerbe-GI*

Innenbereich (§34 BauGB): *ja*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: *offen*

### Bewertung

Eignung: **unklar**

Handlungsempfehlung: Klärung: Einfügen einer  
baulichen Anlage nach §34  
BauGB

### Anmerkung:





### Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Brachfläche eines Gewerbe-/  
Industriebetriebes  
Datenquelle: Abt. Wirtschaftsförderung

### Allgemeine Angaben

Gemarkung: Eisern  
Flächengröße: 3.410 m<sup>2</sup> | 0,34 ha

### Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: *ASB*  
Darstellung FNP: *Gewerbe-GI*

Innenbereich (§34 BauGB): *ja*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: *offen*

### Bewertung

Eignung: **unklar**

Handlungsempfehlung: Klärung: Einfügen einer  
baulichen Anlage nach §34  
BauGB

Anmerkung:



## Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Brachfläche eines Gewerbe-/  
Industriebetriebes  
Datenquelle: Abt. Wirtschaftsförderung

## Allgemeine Angaben

Gemarkung: Eisern  
Flächengröße: 4.181 m<sup>2</sup> | 0,42 ha

## Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: ASB  
Darstellung FNP: Gewerbe-GI

Innenbereich (§34 BauGB): ja  
Rechtsverbindlicher BPlan: nein  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **offen**

## Bewertung

Eignung: **unklar**

Handlungsempfehlung: Klärung: Einfügen einer  
baulichen Anlage nach §34  
BauGB

## Anmerkung:

## Flächensteckbrief Gewerbe Nr. 5 | Wolfsbach



### Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Brachfläche eines Gewerbe-/  
Industriebetriebes  
Datenquelle: Abt. Wirtschaftsförderung

### Allgemeine Angaben

Gemarkung: Eisern  
Flächengröße: 4.359 m<sup>2</sup> | 0,44 ha

### Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: *Freiraum*  
Darstellung FNP: *Gewerbe-GI*

Innenbereich (§34 BauGB): *ja*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: *offen*

### Bewertung

Eignung: **unklar**

Handlungsempfehlung: Klärung: Einfügen einer  
baulichen Anlage nach §34  
BauGB

### Anmerkung:



## Flächensteckbrief Gewerbe Nr. 6 | Freudenberger Straße Ost



### Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Brachfläche eines Gewerbe-/  
Industriebetriebes  
Datenquelle: Abt. Wirtschaftsförderung

### Allgemeine Angaben

Gemarkung: Trupbach  
Flächengröße: 2.809 m<sup>2</sup> | 0,28 ha

### Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: *ASB*  
Darstellung FNP: *Gewerbe-G*

Innenbereich (§34 BauGB): *ja*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **offen**

### Bewertung

Eignung: **unklar**

Handlungsempfehlung: Klärung: Einfügen einer  
baulichen Anlage nach §34  
BauGB

Anmerkung: 1/2 verhandelt über  
gewerbliche Nutzung

## Flächensteckbrief Gewerbe Nr. 7 | Freudenberger Straße Mitte



### Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Brachfläche eines Gewerbe-/  
Industriebetriebes

Datenquelle: Abt. Wirtschaftsförderung

### Allgemeine Angaben

Gemarkung: Trupbach

Flächengröße: 823 m<sup>2</sup> | 0,08 ha

### Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: ASB

Darstellung FNP: Gewerbe-G

Innenbereich (§34 BauGB): ja

Rechtsverbindlicher BPlan: nein

Bezeichnung BPlan:

ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **offen**

### Bewertung

Eignung: **unklar**

Handlungsempfehlung: Klärung: Einfügen einer  
baulichen Anlage nach §34  
BauGB

### Anmerkung:

## Flächensteckbrief Gewerbe Nr. 8 | Gosenbacher Hütte



### Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Brachfläche eines Gewerbe-/  
Industriebetriebes  
Datenquelle: Abt. Wirtschaftsförderung

### Allgemeine Angaben

Gemarkung: Gosenbach  
Flächengröße: 994 m<sup>2</sup> | 0,1 ha

### Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: ASB  
Darstellung FNP: Gewerbe-GE

Innenbereich (§34 BauGB): *nein*

Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*

Bezeichnung BPlan:

ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

### Bewertung

Eignung: **ungeeignet**

Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan und Änderung  
FNP

### Anmerkung:

## Flächensteckbrief Gewerbe Nr. 9 | Heidenberg\_1



### Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Brachfläche eines Gewerbe-/  
Industriebetriebes  
Datenquelle: Abt. Wirtschaftsförderung

### Allgemeine Angaben

Gemarkung: Siegen  
Flächengröße: 2.952 m<sup>2</sup> | 0,3 ha

### Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: *GIB*  
Darstellung FNP: *Gewerbe-GE*  
Innenbereich (§34 BauGB): *nein*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *ja*  
Bezeichnung BPlan: *Bpl\_298*  
ggf. Festsetzung im BPlan: *Gewerbe-GE, Grünfläche, Fuß-/Radweg*  
Planungsbedarf: *ja*

### Bewertung

Eignung: **ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung empfohlen

Anmerkung: andere Festsetzung im BPlan  
(tlw. Pflanzbindung) ->  
Planungsbedarf





### Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Brachfläche eines Gewerbe-/  
Industriebetriebes  
Datenquelle: Abt. Wirtschaftsförderung

### Allgemeine Angaben

Gemarkung: Siegen  
Flächengröße: 1.025 m<sup>2</sup> | 0,1 ha

### Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: *GIB*  
Darstellung FNP: *Gewerbe-GE*  
Innenbereich (§34 BauGB): *nein*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *ja*  
Bezeichnung BPlan: *Bpl\_298*  
ggf. Festsetzung im BPlan: *Gewerbe-GE, Grünfläche, Fuß-/Radweg*

Planungsbedarf: **ja**

### Bewertung

Eignung: **ungeeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung empfohlen

Anmerkung: andere Festsetzung im BPlan -> Planungsbedarf



## Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Brachfläche eines Gewerbe-/  
Industriebetriebes  
Datenquelle: Abt. Wirtschaftsförderung

## Allgemeine Angaben

Gemarkung: Siegen  
Flächengröße: 14.431 m<sup>2</sup> | 1,44 ha

## Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: *GIB*  
Darstellung FNP: *Gewerbe-GE*

Innenbereich (§34 BauGB): *nein*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *ja*  
Bezeichnung BPlan: *Bpl\_298*  
ggf. Festsetzung im BPlan: *Gewerbe-GE*

Planungsbedarf: *nein*

## Bewertung

Eignung: **geeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

Anmerkung: Fläche verkauft für andere  
Nutzung



## Flächensteckbrief Gewerbe Nr. 12 | Karl-Barth-Straße



### Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Brachfläche eines Gewerbe-/  
Industriebetriebes  
Datenquelle: Abt. Wirtschaftsförderung

### Allgemeine Angaben

Gemarkung: Siegen  
Flächengröße: 2.976 m<sup>2</sup> | 0,3 ha

### Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: *ASB*  
Darstellung FNP: *Gewerbe-GE*

Innenbereich (§34 BauGB): *ja*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: *offen*

### Bewertung

Eignung: **unklar**

Handlungsempfehlung: Klärung: Einfügen einer  
baulichen Anlage nach §34  
BauGB

Anmerkung: Achenbach quert die Fläche  
von NW nach SO



## Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Brachfläche eines Gewerbe-/  
Industriebetriebes  
Datenquelle: Abt. Wirtschaftsförderung

## Allgemeine Angaben

Gemarkung: Eiserfeld  
Flächengröße: 1.764 m<sup>2</sup> | 0,18 ha

## Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: *Freiraum*  
Darstellung FNP: *Gewerbe-GE*

Innenbereich (§34 BauGB): *ja*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: *offen*

## Bewertung

Eignung: **unklar**

Handlungsempfehlung: Klärung: Einfügen einer  
baulichen Anlage nach §34  
BauGB

## Anmerkung:



## Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Brachfläche eines Gewerbe-/  
Industriebetriebes  
Datenquelle: Abt. Wirtschaftsförderung

## Allgemeine Angaben

Gemarkung: Eiserfeld  
Flächengröße: 1.696 m<sup>2</sup> | 0,17 ha

## Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: *Freiraum*  
Darstellung FNP: *Gewerbe-GE*

Innenbereich (§34 BauGB): *ja*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: *offen*

## Anmerkung:

## Bewertung

Eignung: **unklar**

Handlungsempfehlung: Klärung: Einfügen einer  
baulichen Anlage nach §34  
BauGB



## Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Brachfläche eines Gewerbe-/  
Industriebetriebes  
Datenquelle: Abt. Wirtschaftsförderung

## Allgemeine Angaben

Gemarkung: Eiserfeld  
Flächengröße: 1.096 m<sup>2</sup> | 0,11 ha

## Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: *Freiraum*  
Darstellung FNP: *Gewerbe-GE*

Innenbereich (§34 BauGB): *ja*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **offen**

## Bewertung

Eignung: **unklar**

Handlungsempfehlung: Klärung: Einfügen einer  
baulichen Anlage nach §34  
BauGB

## Anmerkung:





## Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Brachfläche eines Gewerbe-/  
Industriebetriebes  
Datenquelle: Abt. Wirtschaftsförderung

## Allgemeine Angaben

Gemarkung: Eiserfeld  
Flächengröße: 2.305 m<sup>2</sup> | 0,23 ha

## Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: *Freiraum*  
Darstellung FNP: *Gewerbe-GE*

Innenbereich (§34 BauGB): *ja*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: *offen*

## Bewertung

Eignung: **unklar**

Handlungsempfehlung: Klärung: Einfügen einer  
baulichen Anlage nach §34  
BauGB

## Anmerkung:



## Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Brachfläche eines Gewerbe-/  
Industriebetriebes  
Datenquelle: Abt. Wirtschaftsförderung

## Allgemeine Angaben

Gemarkung: Eiserfeld  
Flächengröße: 2.845 m<sup>2</sup> | 0,28 ha

## Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: *Freiraum*  
Darstellung FNP: *Gewerbe-GE*

Innenbereich (§34 BauGB): *ja*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: *offen*

## Bewertung

Eignung: **unklar**

Handlungsempfehlung: Klärung: Einfügen einer  
baulichen Anlage nach §34  
BauGB

## Anmerkung:





## Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Brachfläche eines Gewerbe-/  
Industriebetriebes  
Datenquelle: Abt. Wirtschaftsförderung

## Allgemeine Angaben

Gemarkung: Eiserfeld / Niederschelden  
Flächengröße: 1.835 m<sup>2</sup> | 0,18 ha

## Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: *GIB*  
Darstellung FNP: *Gewerbe-GE, Grünfläche*

Innenbereich (§34 BauGB): *nein*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *ja*  
Bezeichnung BPlan: *Bpl\_015*  
ggf. Festsetzung im BPlan: *Gewerbe-GI (tlw.)*

Planungsbedarf: **ja**

## Bewertung

Eignung: **bedingt geeignet**

Handlungsempfehlung: Änderung BPlan und Änderung  
FNP

Anmerkung: Kanal kreuzt; nur Teilfläche  
geeignet



## Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Brachfläche eines Gewerbe-/  
Industriebetriebes

Datenquelle: Abt. Wirtschaftsförderung

## Allgemeine Angaben

Gemarkung: Niederschelden

Flächengröße: 50.998 m<sup>2</sup> | 5,1 ha

## Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: *GIB*

Darstellung FNP: *Gewerbe-GE, Fläche für  
Aufschüttungen*

Innenbereich (§34 BauGB): *teilweise*

Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*

Bezeichnung BPlan:

ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **ja**

## Bewertung

Eignung: **ungeeignet**

Handlungsempfehlung: Ansprache Eigentümer

Anmerkung: gepl. Entwicklung zu Wohnen/  
Gewerbe berücksichtigen

## Flächensteckbrief Gewerbe Nr. 20 | Alcher Straße



### Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Brachfläche eines Gewerbe-/  
Industriebetriebes  
Datenquelle: Abt. Wirtschaftsförderung

### Allgemeine Angaben

Gemarkung: Seelbach  
Flächengröße: 2.079 m<sup>2</sup> | 0,21 ha

### Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: *Freiraum*  
Darstellung FNP: *Gewerbe-GE, Forstwirtschaft, Grünfläche*  
Innenbereich (§34 BauGB): *ja*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **offen**

### Bewertung

Eignung: **unklar**

Handlungsempfehlung: Klärung: Einfügen einer  
baulichen Anlage nach §34  
BauGB

Anmerkung: Alche quert die Fläche von N  
nach S

## Flächensteckbrief Gewerbe Nr. 21 | Freudenberger Straße West



### Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Brachfläche eines Gewerbe-/  
Industriebetriebes

Datenquelle: Abt. Wirtschaftsförderung

### Allgemeine Angaben

Gemarkung: Seelbach

Flächengröße: 4.532 m<sup>2</sup> | 0,45 ha

### Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: *Freiraum*

Darstellung FNP: *Mischgebiet-MI*

Innenbereich (§34 BauGB): *ja*

Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*

Bezeichnung BPlan:

ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **offen**

### Bewertung

Eignung: **unklar**

Handlungsempfehlung: Klärung: Einfügen einer  
baulichen Anlage nach §34  
BauGB

### Anmerkung:





### Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Brachfläche eines Gewerbe-/  
Industriebetriebes  
Datenquelle: Abt. Wirtschaftsförderung

### Allgemeine Angaben

Gemarkung: Niedersetzen  
Flächengröße: 1.360 m<sup>2</sup> | 0,14 ha

### Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: *GIB*  
Darstellung FNP: *Gewerbe-GE*

Innenbereich (§34 BauGB): *ja*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: **offen**

### Bewertung

Eignung: **unklar**

Handlungsempfehlung: Klärung: Einfügen einer  
baulichen Anlage nach §34  
BauGB

### Anmerkung:





## Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Brachfläche eines Gewerbe-/  
Industriebetriebes  
Datenquelle: Abt. Wirtschaftsförderung

## Allgemeine Angaben

Gemarkung: Geisweid / Niedersetzen  
Flächengröße: 27.797 m<sup>2</sup> | 2,78 ha

## Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: *GIB / Freiraum*  
Darstellung FNP: *Gewerbe-GE*

Innenbereich (§34 BauGB): *ja*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*  
Bezeichnung BPlan:  
ggf. Festsetzung im BPlan:

Planungsbedarf: *offen*

## Bewertung

Eignung: **unklar**

Handlungsempfehlung: Klärung: Einfügen einer  
baulichen Anlage nach §34  
BauGB

## Anmerkung:

Flächensteckbrief Gewerbe Nr. 24 | Industriestraße



Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Brachfläche eines Gewerbe-/  
Industriebetriebes  
Datenquelle: Abt. Wirtschaftsförderung

Allgemeine Angaben

Gemarkung: Weidenau  
Flächengröße: 5.254 m<sup>2</sup> | 0,53 ha

Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: *GIB*  
Darstellung FNP: *Gewerbe-G*  
  
Innenbereich (§34 BauGB): *ja*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *ja*  
Bezeichnung BPlan: *Bpl\_001*  
ggf. Festsetzung im BPlan: *Gewerbe-GI*

Planungsbedarf: *nein*

Anmerkung:

Bewertung

Eignung: **geeignet**

Handlungsempfehlung: Ansprache Eigentümer

## Flächensteckbrief Gewerbe Nr. 25 | Tannenburgstraße



### Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Brachfläche eines Gewerbe-/  
Industriebetriebes  
Datenquelle: Abt. Wirtschaftsförderung

### Allgemeine Angaben

Gemarkung: Geisweid  
Flächengröße: 4.968 m<sup>2</sup> | 0,5 ha

### Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: *ASB*  
Darstellung FNP: *Gewerbe-GI*  
  
Innenbereich (§34 BauGB): *nein*  
Rechtsverbindlicher BPlan: *ja*  
Bezeichnung BPlan: *Bpl\_295*  
ggf. Festsetzung im BPlan: *Gewerbe-GE / Mischgebiet-MI*  
  
Planungsbedarf: *nein*

### Bewertung

Eignung: **geeignet**

Handlungsempfehlung: keine Handlung erforderlich

**Anmerkung:** andere Gebietsentwicklung  
vorgesehen (Wohnen,  
Discounter, KiTa)

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4  
Bereich: Stadtentwicklung  
Bearbeitet von: Herr Daschke, Herr Daub

Siegen, 10.05.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

**Rat** **11.05.2022**

Kurzbezeichnung:

**Errichtung von PV-Freiflächenanlagen als Klimaschutzmaßnahme  
- Abschlussbericht der Potenzialflächenanalyse**

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Abschlussbericht der Verwaltung.

Der Rat der Stadt Siegen beschließt das weitere Vorgehen wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

**Sachverhalt / Begründung:**

Aus der Beratung in den Fachausschüssen AfUKE, BA (beide 27.04.) und AfSWSL (28.04.) wurde die Verwaltung gebeten, bis zur Ratssitzung folgende Punkte auszuarbeiten:

**Errichtung von Freiflächenanlagen auf städtischen Flächen:**

Die geeigneten Flächen der Potenzialanalyse in (überwiegend) städtischem Eigentum werden in einem internen Grundstücksumlauf auf evtl. konkurrierende Planungen der anderen Fachabteilungen überprüft. Anschließend sollen Flächen ausgewählt werden, für die Punkt 5) des weiteren Vorgehens greift.

**Flächen am Bahnhof Eiserfeld (Nr. 1005 und 1010):**

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen regt an, diese Flächen von der vorgeschlagenen Vorgehensweise auszunehmen. Grund hierfür ist die Entwicklungsabsicht der Stadt zur Aufwertung des Bahnhofsumfeldes sowie der Verlust von Gewerbeflächen. Hierzu hat der Rat der Stadt Siegen im Jahr 2021 eine Vorkaufsrechtssatzung erlassen, um in einem möglichen Verkaufsfall die Grundstücke erwerben und umgestalten zu können (vgl. Vorlage 523/2021).

Einschätzung der Verwaltung:

Aus Sicht der Verwaltung erscheint es nicht sinnvoll, diese Flächen aus der objektiven Analyse auszunehmen, da das Vorkaufsrecht nur beim tatsächlichen Verkauf der Grundstücke Anwendung finden könnte. Zudem können auch für andere Untersuchungsflächen konkurrierende Entwicklungsperspektiven existieren.

Es wird daher vorgeschlagen, für gut und sehr gut geeignete Flächen verwaltungsinterne Nutzungs- und Entwicklungsideen abzufragen und auf Basis dieses Ergebnisses die Grundstückseigentümer zu kontaktieren, bei deren Flächen keine wichtigen städtischen Planungen betroffen sind. Der Punkt 2) des weiteren Vorgehens soll daher wie unten stehend angepasst werden.

**Eigentümeransprache zur Aktivierung von Potenzialen:**

Auch wenn die untersuchten Parkplätze in der Analyse aufgrund der bestehenden Nutzung als ungeeignet für die Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage eingestuft wurden, sollen die Eigentümer auf das Potenzial aufmerksam gemacht werden. Da die Auswahl der Untersuchungsflächen in der Kategorie Parkplätze nicht umfassend ist, sollen auch die Eigentümer weiterer Parkplätze und die Eigentümer der Gewerbegrundstücke über die Möglichkeit zur Errichtung einer baulichen Nebenanlage informiert werden. Die Stabsstelle Klimaschutz wird hierzu ein Veranstaltungsformat entwickeln. Der Punkt 2) des weiteren Vorgehens soll daher wie folgt angepasst werden:

Weiteres Vorgehen:

Die durchgeführte Untersuchung ist als Ersteinschätzung einzustufen. Für konkrete Aussagen zu den Einzelflächen müssen ggf. bei konkreten Planungen weitergehende Untersuchungen erfolgen, die sich beispielsweise mit den Themen Ökologie, Erschließung, Einspeisung oder dem Planungsrecht beschäftigen.

Als Beitrag zum Ausbau der Photovoltaik im Siegener Stadtgebiet wird folgendes Vorgehen vorgeschlagen:

1. Abstimmung mit dem Netzbetreiber bezüglich der Einspeisung: Dem Netzbetreiber werden die Ergebnisse der Untersuchung mitgeteilt, verbunden mit der Bitte, geeignete Flächen hinsichtlich der Möglichkeiten zur Einspeisung des erzeugten Stroms ins Netz zu überprüfen.
2. Aktive Ansprache der Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer geeigneter Flächen der Kulisse EEG (Bewertung "gut" und "sehr gut") sowie der Kulisse Gewerbe / **Parkplätze (vorbehaltlich entgegenstehender städtischer Entwicklungsabsichten)** durch die Verwaltung: Die Eigentümer werden auf das vorhandene Potenzial ihrer Grundstücke aufmerksam gemacht und darüber informiert, wie die Errichtung einer PVFA oder einer PV-Aufdachanlage/bauliche Nebenanlage realisiert werden könnten.
3. Ansprache strategischer Partner: Die Verwaltung kommuniziert die Untersuchungsergebnisse gegenüber bekannten Projektierern, um diese auf geeignete Flächen aufmerksam zu machen.
4. Für ein konkretes Vorhaben wird mit den Vorhabentragenden mittels eines städtebaulichen Vertrages das Vorgehen für ein notwendiges förmliches Verfahren zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes (VEP) und der Änderung des Flächennutzungsplans vereinbart. Bei den Flächen der Bewertung "gut geeignet" und "sehr gut geeignet" wird vertraglich geregelt, dass gemäß Ratsbeschluss lediglich notwendige Gutachten und Untersuchungen von den Investierenden beauftragt und bezahlt werden. Das eigentliche Bauleitplanverfahren wird jedoch in städtischer Regie durchgeführt. Anders sieht es bei Flächen der Bewertung „bedingt geeignet“ aus. Hier werden sowohl das Bauleitplanverfahren als auch die Gutachten durch die Vorhabentragenden beizubringen sein. Aufgrund der personellen Ressourcen könnten voraussichtlich maximal 3-5 Verfahren im Jahr durch die AG 4/5-2 Stadtplanung bearbeitet werden.
5. Für die Potenzialflächen im städtischen Eigentum soll nach Auswahl mindestens für eine Fläche eine Machbarkeitsanalyse gemäß der progres.NRW Richtlinie vorangetrieben werden. Das Programm sieht aktuell eine Förderquote der Machbarkeit von 90 % und eine Umsetzungsförderung von 20 % vor.



Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

## Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>  			

i. V.

gez.

Henrik Schumann  
 Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5  
Bereich: Wohnen und weitere soziale Leistungen  
Bearbeitet von: Patrick Zöller

Siegen, 08.02.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

**Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren** **09.03.2022**

**Rat** **11.05.2022**

Kurzbezeichnung:

**Bericht zum öffentlich geförderten Wohnungsbau in der Stadt Siegen**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt den Bericht zum öffentlich geförderten Wohnungsbau in der Stadt Siegen zur Kenntnis.

### Sachverhalt / Begründung:

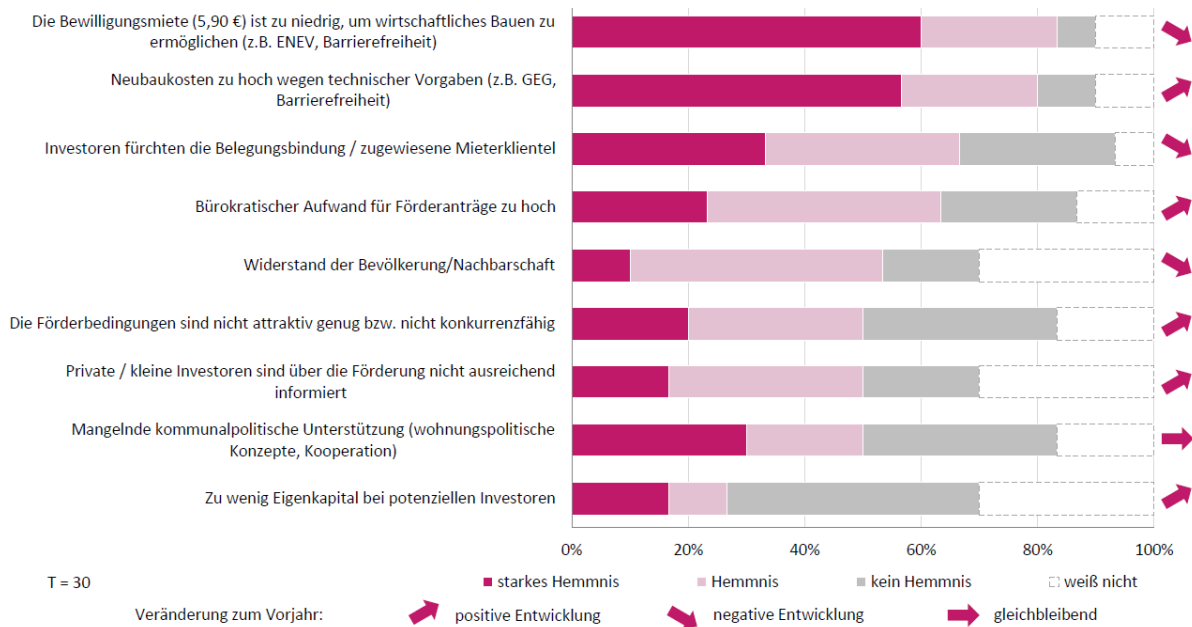
Der Rat der Stadt Siegen hat die Verwaltung in seiner Sitzung am 23.06.2021 beauftragt, einen jährlich zu erstellenden Bericht über den öffentlichen geförderten Wohnungsbau in der Stadt Siegen im 2. Quartal vorzulegen. Zur Thematik wurde zuletzt in der Sitzung des Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren am 26.01.2022 berichtet; auf die entsprechende Niederschrift wird verwiesen.

Aktuelles Zahlenmaterial liefert das Siegener Wohnungsmarkbarometer 2021 sowie Veröffentlichungen der NRW.Bank, deren Ergebnisse in Auszügen wiedergeben werden.

### Wohnungsmarkbarometer 2021

Zunächst sei angeführt, dass ein ganz grundsätzlicher und aktueller Eindruck des Siegener Wohnungsmarktes durch das im Dezember 2021 veröffentlichte „Wohnungsmarkbarometer“ vermittelt wird. Die Ergebnisse beruhen auf Fragen, die an 70 Agierende des Siegener Wohnungsmarktes verschickt wurden.

Es ist bereits dort erkennbar, dass der öffentlich geförderte Wohnungsbau gesonderter Aufmerksamkeit bedarf. Über 80 % der Befragten geben an, dass die Bewilligungsmiete zu niedrig ist, um nach den geltenden Vorschriften wirtschaftlich bauen zu können. Interessanterweise gibt aber nur die Hälfte der Befragten an, dass die Förderbedingungen ein Hemmnis darstellen. Immerhin fast zwei Drittel der Teilnehmenden nennt die Belegungsbindung mit der zugewiesenen Mieterklientel als Hemmnis und bemängelt den bürokratischen Aufwand für Förderanträge (S. 8 f.).



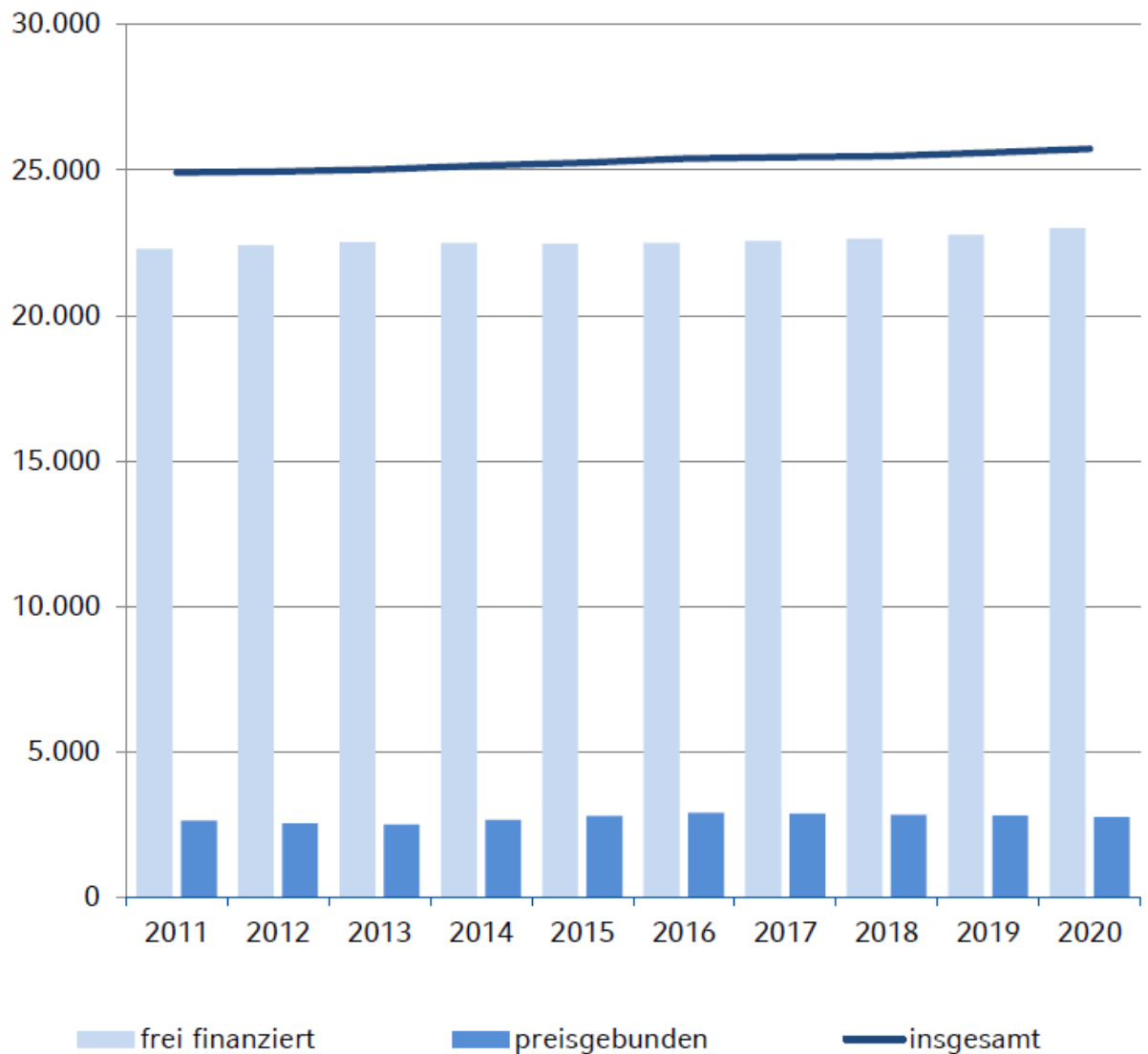
### Wohnungsmarktprofil 2021 – Ausgewählte Wohnungsmarkindikatoren

Die Wohnungsmarktbeobachtung NRW bietet für alle 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen Wohnungsmarktprofile an. Die Profile enthalten ausgewählte Indikatoren aus den Themenfeldern Wohnungsbestand, Bautätigkeit, Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Soziales sowie Preise.

- **Anzahl der preisgebundenen und frei finanzierten Wohnungen in Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen**

Der preisgebundene Wohnungsbestand umfasst Mietwohnungen, die mit Fördermitteln geschaffen oder modernisiert wurden und die für eine bestimmte Zeitdauer Mietpreis- und Belegungsbindungen unterliegen.

Für die Nutzung der Wohnungen ist ein Wohnberechtigungsschein erforderlich. Alle übrigen Wohnungen werden als frei finanziert bezeichnet (NRW.BANK: Bereich Wohnraumförderung. Wohnungsmarktbeobachtung, Düsseldorf, Dezember 2021, S. 9).



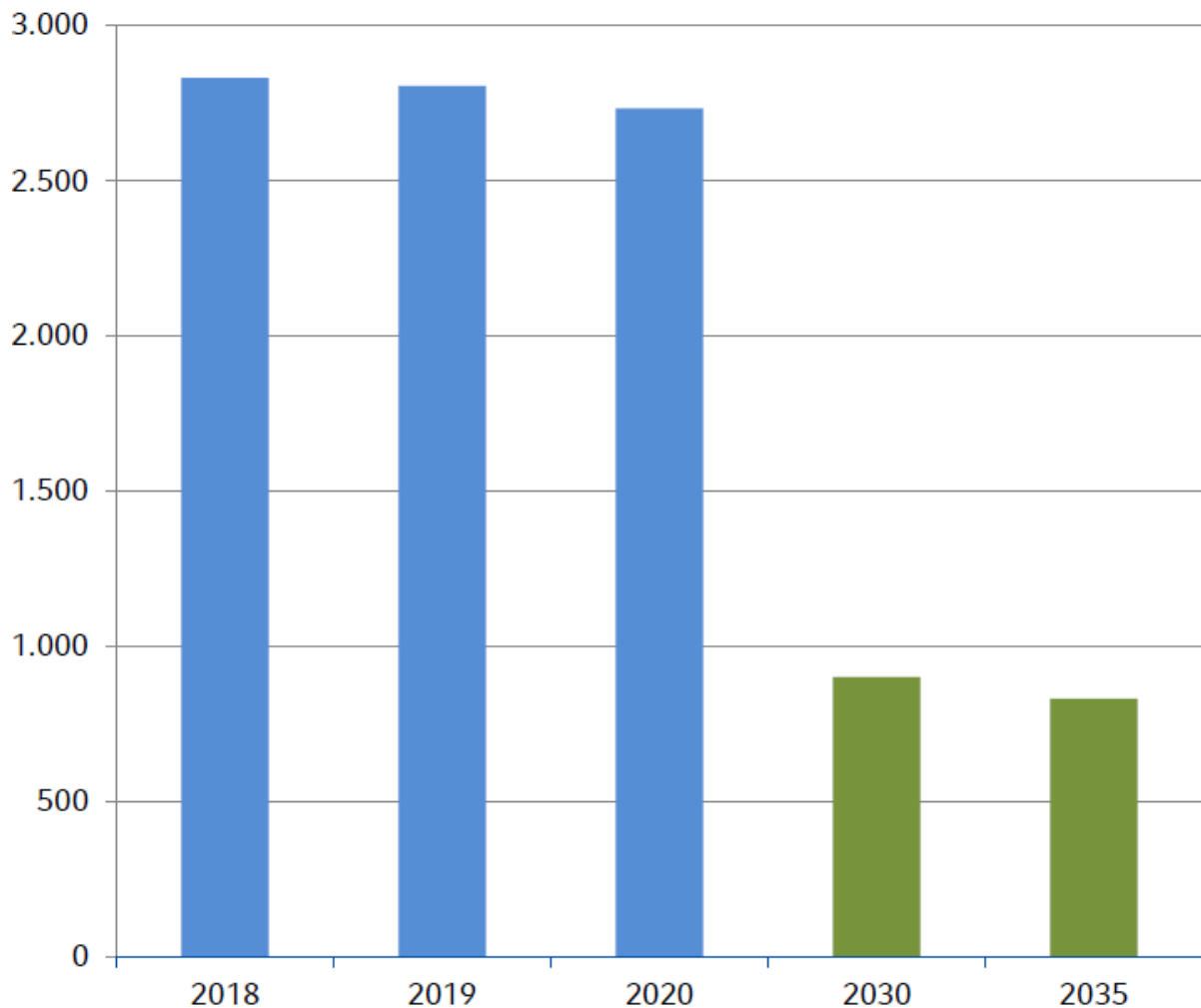
- **Modellrechnung zum preisgebundenen Mietwohnungsbestand (Anzahl Wohnungen ohne Neuförderung)**

Die Entwicklung des preisgebundenen Mietwohnungsbestandes (Einkommensgruppe A & B) wurde auf Basis der Wohnungsbestandszahlen aus dem Jahr 2020 hochgerechnet. Berücksichtigt wurden außerdem Wohnungen, die bis August 2021 bewilligt wurden.

Grundlage sind die der NRW.BANK bekannten Fristen über den Ablauf der Mietpreis- und Belegungsbindungen der bestehenden Wohnungen.

Vorzeitige Rückzahlungen von Förderdarlehen werden die Bindungsdauer zum Teil verkürzen und dadurch den zukünftigen Rückgang des preisgebundenen Mietwohnungsbestandes beschleunigen.

Der Indikator berücksichtigt jedoch nicht den Zuwachs durch die zukünftige Förderung. Die neu geförderten preisgebundenen Wohnungen werden die beschriebenen Rückgänge des Bestandes teilweise kompensieren (S. 10).



Demnach werden in Siegen von derzeit 2.646 im Jahr 2035 nur noch 830 Wohnungen übrig bleiben, was einem **Rückgang auf ca. 30 %** entspricht.

Die gem. Ratsbeschluss jährlich zu aktualisierenden Daten („2. Quartalsbericht“) sind nachfolgend aufgeführt.

- **Anzahl öffentlich geförderte Wohnungen in der Stadt Siegen**

2.723 (Stand 31.12.2020, gefördert über NRW.Bank)

2.646 (Stand 31.12.2021, gefördert über NRW.Bank))

zzgl. 307 KEG-Wohnungen, die seinerzeit vom Bund erworben wurden. Hiervon sind mind. 80 % an den Berechtigtenkreis nach § 5 WohnBindG zu vermieten. Dafür hat die Stadt Siegen ein Belegungsrecht. Zu vereinbaren ist die ortsübliche Vergleichsmiete.

- **Anzahl seniorengerechter/barrierefreier/rollstuhlgeeigneter Wohnungen davon in der Stadt Siegen**

166 Wohnungen gelten als altengerechte, seniorengerechte und barrierefreie Wohnungen bzw. als Wohnung für psychisch beeinträchtigte Menschen

- davon gelten 68 Wohnungen nicht mehr als Altenwohnungen (Zweckbindungsende) und müssen dementsprechend nicht mehr altersgerecht belegt werden
- 25 Wohnungen gelten als behindertengerecht (Bethel-Einrichtung)



- **Dauer der Restbindungszeiten**

Die Restbindungszeit ist abhängig davon, wann das jeweilige Objekt gefördert und welcher Zweckbindungszeitraum gewählt wurde. Objekte, die vor 2002 gefördert wurden, bleiben bis zur vollständigen Rückzahlung der öffentlichen Mittel in der Bindung. Hier besteht jedoch die Möglichkeit, das Bindungsende durch eine vorzeitige vollständige Rückzahlung der öffentlichen Mittel zu verkürzen. Die „Nachwirkungsfrist“ beträgt in diesem Fall in der Regel 10 Jahre (jeweils zum 31.12.).

Bei Förderungen ab 2002 kann der Zeitraum der Zweckbindung von 15, 25 und 30 Jahren gewählt werden. Eine vorzeitige vollständige Rückzahlung der öffentlichen Mittel verkürzt das Ende der Zweckbindung nicht.

Aus der folgenden Übersicht kann entnommen werden, wie viele Wohnungen bis 2030 aus der Belegungsbindung fallen:

2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
43	352	351	206	201	309	129	29	63

- **Anbieter von gefördertem Wohnraum**

Es handelt sich hauptsächlich um Wohnungsbaugenossenschaften und private (Wohnungs-)Bauunternehmen, sowie wohlfahrtsverbandliche Organisationen wie z. B. Bethel e.V., Arbeiterwohlfahrt und Diakonie.

- **Anzahl der Wohnberechtigungsscheine**

Jahr	gesamt ausgestellte WBS	davon gez. WBS	davon über 60- jährige	davon allg. WBS NRW	öffentlich geförderte Wohnungen
2019	242	207	34	35	2.747
2020	238	209	37	29	2.723
2021	245	176	30	69	2.646

- **Anzahl der im letzten Kalenderjahr öffentlich gefördert neu entstandenen Wohnungen**

1 (12 WE) (Stand 31.12.2021)

- **Summe der abgerufenen Fördermittel**

560.000,00 €

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

## Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>			

i. A.

gez.

André Schmidt  
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4 Siegen, 13.04.2022  
Bereich: Technische Gebäudewirtschaft Baunterhaltung/ Umbau  
Bearbeitet von: Marion Busch

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

**Rat** 11.05.2022

Kurzbezeichnung:

**Überplanmäßige Bereitstellung für Mehrkosten bei der Baumaßnahme "Ausbau der Albert-Schweitzer-Schule zur Erfüllung des Raumbedarfs", hier Neubau Containeranlage  
hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung**

### Beschlussvorschlag:

1. Die Unterzeichner beschließen, weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, gem. § 60 Absatz 1 Satz 2 GO NW:

Die überplanmäßige Mittelbereitstellung von 135.000,00 € zur Durchführung des Projektes „Ausbau der Albert-Schweitzer-Schule zur Erfüllung des Raumbedarfs“, Neubau Containeranlage.

Die Bausumme erhöht sich von bisher 1.640.000,00 € brutto mit der bereits erfolgten Mittelbereitstellung auf 1.730.000,00 € brutto sowie der nun erforderlichen weiteren Mittelbereitstellung auf insgesamt 1.865.000,00 € brutto. Die Deckung erfolgt aus: H0300102105 „Erweiterung und Sanierung Hallenbad Weidenau“.

Siegen, den 19.04.2022

\_\_\_\_\_  
gez. Steffen Mues  
Bürgermeister

\_\_\_\_\_  
gez. Michael Groß  
Stadtverordneter

2. Der Rat der Stadt Siegen genehmigt vorstehende Dringlichkeitsentscheidung vom 19.04.2022.

**Sachverhalt / Begründung:**

Kosten der Gesamtmaßnahme laut Schätzung:	1.640.000,00 €
Kosten der Gesamtmaßnahme nach Berechnung und Prognose:	1.865.000,00 €
Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel:	1.730.000,00 €
Zusätzliche Kosten laut Berechnung und Prognose:	135.000,00 €
• Zuschussmaßnahme:	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
• Bewilligungsbescheid erteilt:	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
Voraussichtlicher Fertigstellungstermin:	22.07.2022

**Planung:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat am 23.06.2021 auf Basis der Verwaltungsvorlage Nr. VL 391/2021 den Erwerb und die Aufstellung einer Containeranlage am Standort Amselweg zur kurzfristigen Erfüllung des Raumbedarfs beschlossen. Die Anlage wurde mit ca. 3.220 cbm umbautem Raum und ca. 950 qm Nutzfläche seitens der Bauaufsicht im März 2022 genehmigt.

Für die gesamte Maßnahme wurden insgesamt 1.640.000,- € brutto geschätzt. Diese Summe basiert auf Summen und Erfahrungswerten der Containerprojekte am gleichen Standort (AWO). Die Schätzung beinhaltet die

- Herstellung, Lieferung und Aufstellung der Container (Erwerb)
- erforderlichen Tiefbauarbeiten mit Montage von Fertigteilfundamenten (für späteren Standortwechsel der Container erforderlich) und GaLa-Arbeiten
- Elektroarbeiten, HLS-Arbeiten, Blitzschutzarbeiten
- Fassadenaufwertung durch Holzbekleidung und Begrünung
- Baunebenkosten (hauptsächlich Ingenieurleistungen)
- weitere kleinere Leistungen

**Ausschreibung / Vergabe**

Als erstes wurde auf Grund der Dringlichkeit der Erwerb der Containeranlage ausgeschrieben, da die Container komplett vorproduziert werden müssen und diese schon im Juni 2022 aufgestellt werden müssen. Das Submissionsergebnis war deutlich höher als erwartet. Auf Grund der höheren Auftragssumme wurden zusätzliche Mittel in Höhe von 180.000,- € bereitgestellt.

Aktuell (am 12.04.2022) sind die Submissionsergebnisse für die erforderlichen Tiefbauarbeiten eingegangen. Die eingegangenen Angebotssummen sind auf Grund der aktuell stetig steigenden Rohstoffpreise auch hier deutlich höher ausgefallen. Die Differenz zwischen Schätzung und Auftragssumme beträgt **ca. 92.000,00 €**.

Bei den Technischen Anlagen wurden für die Elektroarbeiten 23.800,- € geschätzt. Die bezifferten Arbeiten betrafen nur die Zuleitung des Stroms bis zur Gebäudeaußenkante. Da aber nun die vorhandene Alarmanlage im Bestandsgebäude bauseits erweitert werden muss, eine Netzanschlusserweiterung notwendig wurde und ein neues größeres ca. 120 m langes Zuleitungskabel vom Hausanschluss bis zum Standort der Containeranlage verlegt werden muss sind nun laut Kostenberechnung Mehrkosten in Höhe von **ca. 38.000,00 €** zu erwarten. Die angeschafften Elektromaterialien lassen sich in Teilen bei der Umsetzung der Containeranlage an einen neuen Standort wiederverwenden.

Weiter erforderliche Aufträge, die in der Kostenschätzung für die Ausführung der Containeranlage nicht berücksichtigt wurden, wie die Ausführung der Erdungsanlage, die Montage des Schul-Logos an der Fassade und die Sondierungsbohrungen sind hinzugekommen. Diese summieren sich auf insgesamt **ca. 5.000,00 €**.

### Aktueller Mittelbedarf

Da nun die Grenze der bereitgestellten Mittel erreicht ist, sind aktuell und kurzfristig rund **135.000,00 €** nachzufordern, damit das Projekt zügig fortgeführt und der Tiefbau und der Elektroanschluss pünktlich zur Lieferung der Container (30.05.22 bis 17.06.22) fertiggestellt werden kann.

Es wurde geprüft, ob Einsparungen möglich sind. Jedoch beinhaltet die Planung schon eine reduzierte Ausführung der Außenanlagen, da die Containeranlage nach den genehmigten 5 Jahren Standzeit an einen anderen Standort wechseln muss (nur geschotterte Zufahrt/Stellplätze). Weitere Einsparungen sind aktuell nicht möglich.

Bereitgestellt Mittel nach Kostenschätzung:

Für Vergabe und Ausführung	1.540.000,00 €
Für Ingenieurleistungen	10.000,00 €
Zusätzliche Mittelbereitstellung:	
Für Erwerb Container	180.000,00 €
Weitere Mittelbereitstellung:	
Für Tiefbau-, Elektroarbeiten	135.000,00 €
<b>Neuer Gesamtbetrag</b>	<b>1.865.000,00 €</b>

### Deckung

Die Deckung erfolgt aus H080301100 „Erweiterung und Sanierung Hallenbad Weidenau“. In 2022 werden die Planungskosten für das Projekt in der benötigten Höhe von 135.000,00 € nicht kassenwirksam werden. Deshalb können diese Mittel für das Neubauprojekt der Albert-Schweitzer-Schule zur Verfügung gestellt werden.



**Begründung der Dringlichkeit**

Es ist keine zeitliche Verschiebung zur Errichtung des Neubaus möglich, da die Anlage zum Schuljahresbeginn für zwei neue Eingangsklassen sofort genutzt werden muss. Weiterhin werden aktuell noch höhere Schülerzahlen erwartet, sodass auch dafür Klassen bereitgestellt werden müssen. Um dieses Ziel zu erreichen muss schnellstmöglich die Beauftragung der Tiefbauarbeiten erfolgen und die Vergabe der Elektroarbeiten auf den Weg gebracht werden.

Ein weiterer Verzug der laufenden Baumaßnahme kann mit Mehrkosten durch die gravierende Preisentwicklung der Materialien und Löhne auf dem Bausektor einhergehen und die Verschiebung des festgelegten Montagetermins für die Containeranlage kann ebenfalls zu Mehrkosten führen.

**Finanzielle Auswirkungen** ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
1.835.000,00				

**Veranschlagung**

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode 01130200/H030102105 Sachkonto 0978510
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

**Klimaschutz**

<b>Klimarelevanz</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>  			

i. A.

gez.

Schmidt  
stellv. Geschäftsbereichsleiter

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1  
Bereich: Büro des Bürgermeisters  
Bearbeitet von: Frau Munker / Herrn Werthenbach

Siegen, 05.05.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

**Rat** **11.05.2022**

Kurzbezeichnung:

### **Unterrichtung des Rates über die Ausführung von Beschlüssen**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt den Umsetzungsstand zur Kenntnis und erklärt die entsprechend gekennzeichneten Beschlüsse für erledigt.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat mit Beschluss vom 09.02.2011 die Verwaltung beauftragt, halbjährlich, jeweils vor den Oster- und Herbstferien, den Rat in Form einer schriftlichen Vorlage über noch nicht oder noch nicht vollständig ausgeführte Beschlüsse des Rates zu unterrichten.

Die Fortschreibung der letzten Liste ist als Anlage beigelegt.

gez.

Steffen Mues  
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Zuständig	Beschluss vom	Herkunft	Betreff	Erledigt
4/1			Haushalt 2013 - Gestaltung Siegufer	✓
<b>Beschluss</b>	Der Rat der Stadt Siegen beschließt die konkrete Bepanung des Teilstücks der Sieg/des Siegufers vom Apollo-Theater bis zum Effertsufer im Sinne freier und begehbarer Siegufer im Jahr 2012. Dafür werden 10.000 Euro zusätzlich im Haushalt 2013 eingestellt			
<b>Informationen</b>	<p>Ende 2019 wurde mit einem Grundstückseigentümer am Siegufer, Einigkeit über den Ausbau einer Teilfläche des Grundstücks Gem. Siegen, Flur 30, Parzelle Nr. 659, und die Inanspruchnahme dieser als Fuß- und Radweg erzielt. Für die Umsetzung der Wegeverbindung nur im Bereich o.g. Parzelle sind für Baumaßnahmen nach vorliegendem Angebot 20.121,71 Euro brutto (geplant bislang 10.000,00 Euro) zu veranschlagen. Zusätzlich zu diesen Kosten werden Mittel für den weiteren Wegebau und die Beleuchtung des Weges benötigt.</p> <p>Mit Vorlage Nr. 2916/2020 wurde in der Ratssitzung am 06.05.2020 verwaltungsseitig empfohlen, das Vorhaben aufgrund der unverhältnismäßigen Kosten und Risiken nicht weiter zu verfolgen. Die Vorlage wurde mit der Aufforderung zurückgezogen, weitere Optimierungen zu eruieren</p>			
<b>Aktueller Sachstand</b>	<p><b>Optimierungen für einen Fuß- und Radweg entlang der Sieg zwischen Apollo-Theater und Berliner Straße können nur interdisziplinär betrachtet werden. Ob die Optimierungen möglich sind soll durch eine Machbarkeitsstudie noch überprüft werden. Die Machbarkeitsstudie muss extern erfolgen, da die Verwaltung die notwendigen Fachdisziplinen wie Gewässer- und Naturschutz in Verbindung mit dem Wegebau unter Berücksichtigung einer Abwägung von pro und contra nicht abdecken kann.</b></p> <p><b>Aktuell ist durch verschiedene Fraktionen beantragt, dass die Verwaltung eine Machbarkeitsstudie zur Etablierung von Sieguferwegen in Auftrag geben möge. Die Beschlussfassung darüber erfolgte am 27.10.2021.</b></p>			

Zuständig	Beschluss vom	Herkunft	Betreff	Erledigt
4/6 / STM	20.12.2017	Politik	Baumwipfelpfad und Premiumwanderweg	
<b>Beschluss</b>	Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Anlage eines Baumwipfelpfades mit der Schaffung einer Aussichtsplattform, z. B. im Bereich Wellersberg, zu prüfen und Erkundigungen über Zuschussmöglichkeiten einzuholen (Beispiele: Baumwipfelpfade mit Aussichtsplattformen in Waldbröl und an der Saarschleife)Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Anlage eines Premium-Wanderweges (siehe auch <a href="http://www.wanderinstitut.de">www.wanderinstitut.de</a> ) im Bereich Tiergarten/Trupbacher Heide als Rundwanderweg zu prüfen und die Kosten inklusive etwaiger Zertifizierungsverfahren zu ermitteln.			
<b>Informationen</b>	<p>Der Verlauf des Wanderweges Tiergarten/Trupbacher Heide wurde mit allen beteiligten Akteuren abgestimmt. Derzeit wird das Benehmensverfahren durch den SGV durchgeführt. Danach erfolgt die Markierung bzw. noch kleinteilige Wegebaumaßnahmen durch die Abteilung 4/6. Die Federführung liegt bei der Stadtmarketing Siegen GmbH.</p> <p>Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass aktuell auch die Klärung des Wegeverlaufs inklusive der Abstimmung mit den Grundstückseigentümern zur Fortsetzung des Natursteiges Sieg bis zur Siegquelle erfolgt. Die Federführung liegt hier beim Kreis Siegen-Wittgenstein/TVSW.</p>			
<b>Aktueller Sachstand</b>	<p>Es konnte bisher nicht in allen Fällen Benehmen mit den Grundstückseigentümern im geplanten Wegeverlauf hergestellt werden. Zum Teil wurden alternative Wegeführungen erarbeitet, in einzelnen Fällen laufen noch Gespräche mit beteiligten Grundstückseigentümern, um das Benehmen herzustellen. Die Verwaltung ist zuversichtlich, dass das Verfahren in den nächsten Monaten abgeschlossen und die Wegeführung im Bereich Wellersberg / Trupbacher Heide im Frühjahr 2022 ausgezeichnet werden kann.</p> <p>Es wurden und werden verschiedene Standorte für eine Aussichtsplattform bzw. einen Aussichtsplattturm geprüft. Für einen favorisierten Standort laufen derzeit Vorprüfungen. <b>Weiterhin stehen Zusagen weniger Grundstückseigentümer aus!</b></p>			

Zuständig	Beschluss vom	Herkunft	Betreff	Erledigt
GBL 3	20.12.2017	Politik	Ausweitung der Aktivitäten der KEG, Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH	✓
<b>Beschluss</b>	Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt: Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat der KEG ein Konzept zu entwickeln, mit dem die Aktivitäten der KEG entsprechend des Gegenstandes der Gesellschaft ausgeweitet werden. Dieses soll dem Rat vor der Sommerpause 2018 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.			
<b>Informationen</b>	<p>Die angesprochenen Problemfelder (kommunal- und vergaberechtlichen Prüfung sowie steuerrechtliche Überprüfung) wurden bis auf eine gesellschaftsrechtliche Prüfung sukzessive abgearbeitet. Ebenso wie die vergaberechtliche Prüfung weist die steuerrechtliche Prüfung auf Unwägbarkeiten insbesondere im Zusammenhang mit einer eventuell bestehenden Organschaft und im Zusammenhang mit der Änderung des Umsatzsteuerrechts (§ 2b) hin.</p> <p>Als Ergebnis eines ersten, am 15.01.2020 durchgeführten Workshops kann festgehalten werden, dass die Erweiterung der bestehenden bzw. die Übernahme neuer Geschäftsfelder sukzessive (projektbezogen) erfolgen soll. Von der Terminierung weiterer Workshops hat der Aufsichtsrat abgesehen.</p> <p>Bis auf die in o.a. Beschluss genannten Geschäftsfelder „Erschließung von Gewerbegebieten“ und „Verwaltung und Vermarktung von städtischem Grundbesitz“ hat die KEG ihre bisherige Kernkompetenz um die Geschäftsfelder „Bau von Kindertageseinrichtungen“, „Schaffung von sozialem Wohnraum“ und „Schaffung von Wohnraum für Studierende“ erweitert.</p> <p>Aktuell stehen sieben zusätzliche (Groß-)Projekte auf der Agenda, welche, die entsprechenden Beschlüsse der zuständigen Gremien vorausgesetzt, sukzessive umgesetzt werden sollen.</p> <p>Damit einher geht eine Aufstockung des Personals.</p>			
<b>Aktueller Sachstand</b>	<p>Mit der Einstellung einer Architektin können die definierten Betätigungsfelder abgearbeitet werden. Mit dem Umbau des Bahnhofes Weidenau und den dann gegebenen Arbeitsplatzkapazitäten ist ein weiterer Meilenstein in Angriff genommen worden. <b>Darüber hinaus sind Projekte mit dem Neubau der Kitas Eiserfeld, Oase Schießberg, Eisern in der Planung bzw. Umsetzung. Auch die Planungen für den Neubau der Rettungswache Niederschelden sind am Laufen. Weiterhin wird der soziale Wohnungsbau in der Siegtalstraße und der Tiergartenstraße, zusammen mit einer Kita, vorangetrieben. gleiches gilt für die Schweriner Straße 17/19 die Sanierung von Bestandsgebäuden umgesetzt. An steht auch die Betonsanierung des PH Rathaus/Markt .</b></p>			



<b>Zuständig</b>	<b>Beschluss vom</b>	<b>Herkunft</b>	<b>Betreff</b>	<b>Erledigt</b>
1/2	21.11.2018		Parkraumbewirtschaftung	
<b>Beschluss</b>				
<b>Informationen</b>	<p>Der Beschluss des Rates wurde in Teilen umgesetzt. Mit der 2. Änderungssatzung zur Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen vom 09.10.2019 wurden die beschlossenen Tarife und Zonen umgesetzt bzw. festgelegt. Die Anschaffung der für die Ausweitung der Parkzonen erforderlichen Parkscheinautomaten ist noch nicht erfolgt. Für die Besucher des Museums wurde eine Erstattungsregelung für Parkgebühren gefunden. Die Möglichkeit zum „Handy-Parken“ konnte zum 01.10.2019 realisiert werden. Die Tarife für Dauerparker wurden umgesetzt, ein Verweis der Dauerparker auf unattraktivere Stellplätze ist mit der derzeitigen Erfassungstechnik nicht möglich. Zur Implementierung eines Sensorsystems laufen Gespräche mit potentiellen Anbietern.</p>			
<b>Aktueller Sachstand</b>	<p>Die Bündelung der Aktivitäten zur Parkraumbewirtschaftung ist inzwischen erfolgt und liegt bei 4/1. Derzeit noch weiterer interner Abstimmungsbedarf.</p>			

Zuständig	Beschluss vom	Herkunft	Betreff	Erledigt
2/2-3	06.03.2019	Politik	Abbiegeassistenten zur Nachrüstung und bei Neuanschaffung städtischer Fahrzeuge	✓
<b>Beschluss</b>	Die Verwaltung wird beauftragt, bei Neuanschaffungen von LKW und anderen Großfahrzeugen für die Stadt Siegen und deren Eigenbetriebe einen Abbiegeassistenten in das Leistungsverzeichnis aufzunehmen. Die bestehende Flotte soll sukzessive mit Abbiegeassistenten nachgerüstet werden. Die Verwaltung wird zudem beauftragt, in Gespräche mit den Verkehrsbetrieben Westfalen-Süd GmbH einzutreten mit dem Ziel, die VWS-Busflotte ebenfalls mit Abbiegeassistenten auszustatten. Hierzu gibt es seit 2019 ein Programm des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur, das die Aus- und Nachrüstung fördert.			
<b>Informationen</b>	<p>Im Rahmen einer Ausschreibung eines Müllsammelfahrzeugs im Jahr 2019 wurde der Einbau eines Abbiegeassistenten in das Leistungsverzeichnis aufgenommen. Das im Januar 2020 in Betrieb genommene Fahrzeug verfügt neben dem geforderten Abbiegeassistenzsystem auch über einen Rückwärtsfahrassistenten, der das Fahrzeug selbstständig bis zum Stand abbremst, wenn sich ein Hindernis im gefährdeten Rückwärtsfahrbereich befindet. Für die Nachrüstung der bestehenden Flotte sind zunächst im Haushalt 2020 im Bereich der Stadtreinigung 20.000 € eingestellt.</p> <p>Die Nachrüstung der vorhandenen Fahrzeugflotte innerhalb der Stadtreinigung ist bisher noch nicht erfolgt. Im Rahmen einer Markterkundung werden zurzeit Systeme gesucht, die für die jeweiligen Fahrzeugmodelle als Nachrüstsatz angeboten werden. Bei Neufahrzeugen werden überwiegend nur fahrzeug- bzw. herstellerspezifische Systeme verbaut. Derzeit stehen insgesamt 3 Müllfahrzeuge zur Ersatzbeschaffung an. Diese werden standardmäßig mit Abbiege- und Rückwärtsfahrassistenzsystemen ausgeschrieben. Zusätzlich werden 3 Müllfahrzeuge nachgerüstet mithilfe eines Förderprogrammes. Insgesamt werden dafür 4.500 Euro bereitgestellt.</p>			
<b>Aktueller Sachstand</b>	<p>Alle im täglichen Einsatz befindlichen großen Müllsammelfahrzeuge sind mittlerweile mit Abbiegeassistenzsystemen ausgestattet. In 2021 wurden 3 Müllfahrzeuge mit einem entsprechenden System nachgerüstet. Das aktuelle Sperrmüllfahrzeug verfügt nicht über ein Abbiegesystem, wird aber noch in diesem Jahr durch ein neues Fahrzeug mit Abbiegeassistenten ersetzt.</p> <p>Bei Neubeschaffungen wurden und werden die Systeme direkt mit ausgeschrieben. Aktuell sind noch 3 Ersatzmüllfahrzeuge im Einsatz, die nicht über einen Abbiegeassistenten verfügen. Da diese Fahrzeuge in den nächsten Monaten ersetzt werden, ist eine Nachrüstung nicht mehr sinnvoll. Weitere Fahrzeuge, z.B. Winterdienstfahrzeuge, sollen sukzessive nachgerüstet werden.</p>			

Zuständig	Beschluss vom	Herkunft	Betreff	Erledigt
4/6	09.07.2019	Politik	Nutzungskonzept Sieg-Arena	
<b>Beschluss</b>	Der Antrag, Maßnahmen zur Attraktivierung der Siegarena zu erarbeiten und entsprechende Haushaltsmittel bereit zu stellen, wird zur Vorberatung an den Bezirksausschuss *) überwiesen. *) Gem. Einteilung der Stadtbezirke ist der Bezirksausschuss IV - Siegen-Mitte - zuständig.			
<b>Informationen</b>	<p>Der Bezirksausschuss hat sich mit dem Thema befasst und ist übereingekommen, die Beratung auf der Grundlage eines zu erstellenden Konzeptes zu gegebener Zeit fortzusetzen und möchte zunächst einen Überblick erhalten, welche Maßnahmen man sich im Hinblick auf Kosten, Sponsoring und Eigentumsverhältnisse vorstellen kann.</p> <p>Die Grünflächenabteilung hat mit der Planung von Ruhe- und Spielpunkten begonnen. Aufgrund der schmalen Bauflächen zwischen Weg und Siegufer sind die Umsetzungsmöglichkeiten eingeschränkt. Eine Bebauung des Flußprofils ist ausgeschlossen. Die Planung wird mit der Wiederbesetzung der Stelle des Spielplatzplaners/der Spielplatzplanerin fortgesetzt.</p>			
<b>Aktueller Sachstand</b>	Der Sport- und Bäderausschuss hat in seiner 4. Sitzung am 02.02.2022 die Errichtung eines Bewegungsparcours im Bereich der Siegarena mit einer Förderung von mindestens 50 % beschlossen. Eine Vorplanung wurde erstellt, die weiteren Planungen erfolgen nach der finalen Förderzusage aus dem Programm „Moderne Sportstätten 2022“.			

Zuständig	Beschluss vom	Herkunft	Betreff	Erledigt
2/5	25.09.2019	2567/2019	Grundsatzentscheidung über das weitere Vorgehen zu Planung, (Aus-)Bau und Finanzierung des Hallenbades Weidenau	
<b>Beschluss</b>	Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt auf der Grundlage der in seiner Sitzung am 10.04.2019 beschlossenen Bemessung der Hallenbadgröße, die bestandsorientierte Variante der Sanierung des Hallenbades Weidenau inklusive Anbau. Die Verwaltung wird beauftragt, die hierfür erforderlichen Planungsschritte durchzuführen und bereits im jetzigen Planungsstadium eine Projektsteuerung für den gesamten Planungs- und Bauprozess auszuschreiben.			
<b>Informationen</b>	<p>Die erste Entwurfsplanung ist erstellt. Die Ausschreibung wird derzeit vorbereitet. Darüber hinaus hat sich eine Projektgruppe gebildet, die verwaltungsseitig den Prozess steuert.</p> <p>Der Vorentwurf der Verwaltung wurde am 18.08.2020 im Sport- und Bäderausschuss/Bauausschuss präsentiert. Auf dieser Basis sollen die weiteren Planungen fortgeführt werden. Die Ausschreibung der anwaltlichen Fachberatung ist erfolgt. Angebotsabgabe bis 21.08.2020. Danach erfolgt die Ausschreibung der Projektsteuerung.</p> <p>Die Ausschreibung des Projektsteuerers ist erfolgt. Die 3 verbliebenen Unternehmen sind nach dem Verhandlungsgespräch zur Abgabe des finalen Angebotes bis zum 07.09.2021 aufgefordert worden. Danach erfolgt die finale Bewertung und Vergabe. Parallel dazu läuft die Ausschreibung der Objektplanung ( Architekt ) . Teilnahmeanträge konnten bis 27.08. eingereicht werden. Am 20.09. erfolgt die Aufforderung zur Angebotsabgabe. Die Vergaben der Technischen Gebäudeausrüstung ( TGA ) und Tragwerksplanung sind in der finalen Abstimmung.</p>			
<b>Aktueller Sachstand</b>	Mittlerweile hat der Architekt seine Arbeit aufgenommen. Weitere Maßnahmen sind ausgeschrieben bzw. bereits vergeben, wie Tragwerksplanung (Statik) , Technische Gebäudeausstattung ( z.B. Schwimmbadtechnik ) , Betongutachten, Brandschutz.			

Zuständig	Beschluss vom	Herkunft	Betreff	Erledigt
4/1	18.12.2019	2530/2019	Reduzierung der Eingangsgeschwindigkeit in ländlich strukturierten Ortsteilen (Vorlage 896/2011) hier: Ausführung bislang noch nicht verwirklichter Maßnahmen Ergebnis der Prüfung für die noch nicht umgesetzten Maßnahmen Nr. 1, 3, 9-12, 15, 18 und 19	
<b>Beschluss</b>	Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt die Ergebnisse der Prüfung zur Kenntnis und beschließt die Umsetzung der Maßnahme Nr. 3, 11, 12 und 15 wie in der Vorlage beschrieben. Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, mit Umsetzung der Maßnahme Nr. 3 dort auch die Möglichkeit des Aufstellens eines „Starenkastens“ zu überprüfen			
<b>Informationen</b>	<p>Die Umsetzung der Maßnahmen läuft. Die Prüfung hinsichtlich des Aufstellens des Starenkastens erfolgt noch. Zuletzt wurde insgesamt im Verkehrsausschuss am 4. Februar 2020 berichtet.</p> <p>Die Aufstellung eines Starenkastens wurde vom Kreis Siegen-Wittgenstein abgelehnt. Bei der Erarbeitung der Ausführungsplanungen traten Umsetzungsprobleme auf und Stellungnahmen des Landesbetriebs fehlen noch</p>			
<b>Aktueller Sachstand</b>	<p>Die vorgesehenen Standorte liegen zum Teil nicht in der Straßenbaulast der Universitätsstadt Siegen und auch aufgrund von Versorgungsleitungen sind weitere Abstimmungen mit den Beteiligten notwendig. Die Verwaltung schlägt vor die sich ergebenden Änderungen in den jeweils zuständigen Bezirksausschüssen und im Verkehrsausschuss zu besprechen und beschließen zu lassen.</p> <p>Dadurch kann aufgrund der kürzeren Beschlussfolge Zeit für die Umsetzung eingespart werden.</p> <p>Notwendiger Grunderwerb und Anfragen beim zuständigen Baulastträger sind erneut angefragt worden. An den Ortseingangstoren Breitenbach und Langenholdinghausen fehlen noch Abstimmungen mit Versorgern. In Langenholdinghausen ist noch eine Stellungnahme vom Landesbetrieb Straßenbau NRW einzuholen. Der Abschluss der Planung für diese beiden Ortsteile ist für 2021 vorgesehen.</p> <p>Für die noch ausstehenden Maßnahmen zur Reduzierung der Eingangsgeschwindigkeiten (Langenholdinghausen und Breitenbach) war der Landesbetrieb Straßen NRW zu beteiligen. Auf die Vorlagen Nr. 676/2021 und 677/2021 wird verwiesen. Der Bau ist in 2022 vorgesehen. Die Maßnahmen Olper Straße und Buschhütter Straße (Nr. 12 und 15) befinden sich noch in der Abstimmung mit dem Landesbetrieb Straßen NRW.</p>			

Zuständig	Beschluss vom	Herkunft	Betreff	Erledigt
1/1	26.02.2020	2818/2020	Teilnahme am Programm für Langzeitarbeitslose	✓
<b>Beschluss</b>	Der Rat beschließt die Schaffung von je 2 Stellen (§ 16 e und i SGB II) mit dem Stellenplan 2020 im Rahmen des sozialen Arbeitsmarktes sowie die Finanzierung der nicht geförderten Lohnanteile im Haushalt 2020 ff. mit jährlich ca. 37.000 Euro.			
<b>Informationen</b>	<p>Pandemiebedingt konnten längere Zeit keine Gespräche mit der Agentur für Arbeit in der Sache geführt werden, es bestand aber durchgängig Kontakt. So konnte zügig nach den ersten Lockerungen 1 Stelle im Schulhausmeisterbereich besetzt werden, 1 weitere Stelle soll in Kürze ebenfalls im Schulhausmeisterbereich besetzt werden (Bewerber ist bereits bekannt).</p> <p>Im Rahmen der Vorstellungsgespräche „Hauswart Übergangheime“ haben sich Bewerber vorgestellt, die nach einstimmiger Auffassung der Verwaltungsvertreter dieser Vorstellungsrunde gut in ein entsprechendes Förderprogramm passen würden. Weiter laufen Gespräche mit der Stadtreinigung, ob einer der Bewerber als MA in der Stadtreinigung eingesetzt werden kann. Hier besteht die Idee ihm ggf. eine Schweißerausbildung anzubieten (dort besteht ein Engpass), die über das Jobcenter finanziert wird. Da die Lage an potentiellen Arbeitskräften nicht immer passgenau auf die ursprüngliche Idee (Schulhausmeister und Übergangwohnheim) passen kann, wird hier entsprechend flexibel reagiert.</p>			
<b>Aktueller Sachstand</b>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Es sind nach den Vorschriften des § 16 i SGB II inzwischen bereits 2 Schulhausmeister für die AG 4/4-4 eingestellt worden.</li> <li>2. Die Einstellung von zwei weiteren Beschäftigten für die Stadtreinigung, für die die Stellen u. a. eingerichtet wurden, wurde politisch im Herbst 2021 wieder verworfen. Ein weiterer Versuch, für die Kfz-Werkstatt eine Stelle durch Langzeitarbeitslose zu besetzen, scheiterte an dem bei der Agentur für Arbeit nicht verfügbaren Personal mit entsprechender Befähigung.</li> <li>3. Derzeit läuft eine Anfrage bei der Agentur für Arbeit über eine mögliche Beschäftigung von 1 bis 2 Langzeitarbeitslosen nach den Vorschriften nach § 16 i / § 16 e SGB II für eine Beschäftigung als Hauswart/in für die Abteilung 5/1 im Rahmen des akut hohen Bedarfs für die Betreuung ankommender Flüchtlinge. Aktuell prüft die Agentur für Arbeit entsprechende Vermittlungsvorschläge/potentielle Kandidaten/Kandidatinnen. Wir warten auf eine Rückmeldung der Agentur für Arbeit. Hier besteht Aussicht darauf, entsprechende Personen zu finden.</li> </ol>			



Zuständig	Beschluss vom	Herkunft	Betreff	Erledigt
GBL 4	06.05.2020		Platane im Johann Moritz Quartier - Anträge im Verlauf der Aussprache	
<b>Beschluss</b>	Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt: Die Verwaltung wird gebeten Kriterien festzulegen, wie dem Baumschutz bei Planungen und Bauvorhaben frühzeitig und umfassend Rechnung getragen werden kann. Diese sollen dem Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie / dem Rat vorgelegt werden. Zum Ausgleich der aktuell vorgenommenen Eingriffe in den Bestand des Baumes wird sobald möglich ein Ersatzbaum im Quartier gepflanzt. Das Monitoring zur Vitalität und Verkehrssicherheit umfasst einen Zeitraum von 15 Jahren			
<b>Informationen</b>	a.) Die Verwaltung wird gebeten Kriterien festzulegen, wie dem Baumschutz bei Planungen und Bauvorhaben frühzeitig und umfassend Rechnung getragen werden kann. Diese sollen dem Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie / dem Rat vorgelegt werden. b.) Zum Ausgleich der aktuell vorgenommenen Eingriffe in den Bestand des Baumes wird sobald möglich ein Ersatzbaum im Quartier gepflanzt. Das Monitoring zur Vitalität und Verkehrssicherheit umfasst einen Zeitraum von 15 Jahren. b.) Der Durchführungsvertrag zu den Regelungen ist mit Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses wirksam geworden. Die Ersatzpflanzung wird zu gegebener Zeit erfolgen.			
<b>Aktueller Sachstand</b>	zu a): siehe Verwaltungsvorlage 518/2021 b.) Zum Ausgleich der aktuell vorgenommenen Eingriffe in den Bestand des Baumes wird sobald möglich ein Ersatzbaum im Quartier gepflanzt. Das Monitoring zur Vitalität und Verkehrssicherheit umfasst einen Zeitraum von 15 Jahren. c.) Der Durchführungsvertrag zu den Regelungen ist mit Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses wirksam geworden. Die Ersatzpflanzung wird zu gegebener Zeit erfolgen.			

Zuständig	Beschluss vom	Herkunft	Betreff	Erledigt
4/5	03.06.2020	Politik	Förderprogramm für Betreiber von Bürgerhäusern und Versammlungsstätten	

<b>Beschluss</b>	Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung, ein Förderprogramm zu erarbeiten, um gemeinnützige Betreiber von Bürgerhäusern und Versammlungsstätten zu unterstützen.
<b>Informationen</b>	Der Beschluss ist in Bearbeitung
<b>Aktueller Sachstand</b>	In Arbeit. Grundlage ist eine Bestandsaufnahme der städtischen Förderprogramme, um zielgerichtet unterstützen und gleichzeitig eine Doppelförderung vermeiden zu können. Diese Bestandsaufnahme wird zurzeit vom Büro BM durchgeführt. <b>Die Bestandsaufnahme ist soweit abgeschlossen, ein erster Entwurf eines Förderhandbuchs liegt vor und wird derzeit von den Fachabteilungen nochmals überarbeitet.</b>

Zuständig	Beschluss vom	Herkunft	Betreff	Erledigt
4/6	03.06.2020	Politik	Weitere Umgang mit der Fissmer-Anlage	✓
<b>Beschluss</b>	<p>Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Fissmer-Anlage bleibt in ihrer jetzigen Form erhalten, auf die im Rahmen des städtebaulichen Wettbewerbs durch das Atelier Loidl vorgeschlagene Umgestaltung wird verzichtet.</li> <li>2. Nötige Optimierungen der Barrierefreiheit werden vorgenommen, ohne den kleinteiligen Charakter der Anlage zu beeinträchtigen.</li> <li>3. Bei der Bepflanzung von Beeten erfolgte eine Orientierung an stadtökologischen Kriterien, dabei ist auf eine geeignete Auswahl von Pflanzarten zu achten. Dies knüpft als Erweiterung und Fortsetzung an das von der Jamaika-Koalition bereits beantragte Projekt an, welches im vergangenen Herbst begonnen und aus Mitteln des Bezirksausschusses Mitte finanziert wurde.</li> </ol>			
<b>Informationen</b>	<p>Nach einer ersten Bestandsaufnahme sind folgende Aspekte zu bemerken:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Mit insektenfreundlichen Stauden bepflanzbare Beete wurden bereits mit den Mitteln des Bezirksausschusses Mitte bepflanzte. Dort wurden hauptsächlich Wildkräuter mit ungefüllten Blüten gesetzt.</li> <li>2. Weitere Beete sind aufgrund vorhandener Gehölze (Bäume, Bodendecker und Sträucher) stark durchwurzelt. Das Entfernen der Bodendecker und Sträucher ist Voraussetzung für eine Bepflanzung mit Stauden.</li> <li>3. Die Entfernung der Bodendecker und Sträucher wird die Sanierung der Beeteinfassung (Mauern) nach sich ziehen.</li> <li>4. Die Schattenwirkung der über den Beeten stehenden Bäume schränkt die Bepflanzbarkeit mit Blühpflanzen ein.</li> </ol> <p>Die Umsetzung beginnt im Herbst 2020 / Frühjahr 2021. Das vollständige Erreichen des Ratsbeschlusses (Punkt 3) kann aufgrund o. e. Aspekte nicht zugesichert werden.</p>			
<b>Aktueller Sachstand</b>	Es sind bisher zwei Einzelbeete umgestaltet und insektenfreundlich bepflanzte worden, unter Verwendung der Mittel des BezA Mitte. Die Erneuerung der Bepflanzung von drei weiteren Beeten ist geplant, die Ausführung soll im <b>Früh</b> Jahr 2022 erfolgen.			

Zuständig	Beschluss vom	Herkunft	Betreff	Erledigt
4/5	14.04.2021	Politik	Haushalt 2021 - Konzeptionelle Zielsetzung zur Schaffung von zusätzlichem (gefördertem) Wohnraum	
<b>Beschluss</b>		<p>a) Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen für den Bau von mindestens 1.000 zusätzlichen Wohneinheiten in den nächsten fünf Jahren durch Ausweisung neuer Wohnbaugebiete, Nachverdichtung, Vermarktung von Baulücken und anderer geeigneter Maßnahmen in unserer Stadt zu schaffen und darüber jährlich einen Umsetzungsbericht dem Rat und den zuständigen Fachausschüssen vorzulegen. Grundlage dafür sind die bereits getroffenen Entscheidungen zu den geplanten Wohnbaugebieten am Schießberg, am Wellersberg und am Giersberg. Weitere Wohnbaugebiete sollen aus dem Wohnbaulandkonzept 2018 - über das Stadtgebiet verteilt - entwickelt werden. Zusätzliche Wohnbauflächen, wie das ELIH-Gelände in Geisweid, sollen auf ihre Umsetzbarkeit hin untersucht werden.</p> <p>b) In neuen Wohnbaugebieten sollen mindestens 25 % der realisierten Bruttogeschossfläche für den Bau von gefördertem Wohnraum festgesetzt werden. Auf städtischen Grundstücken, die für eine Mehrfamilienhausbebauung vermarktet werden, sollen mindestens 25 % der realisierten Bruttogeschossfläche für den Bau von gefördertem Wohnraum festgesetzt werden. Adäquate Flächen für soziale Infrastruktur wie Spielplätze, Kindertagesstätten oder Grünflächen sollen in neuen Wohnbaugebieten ebenfalls vorgesehen werden. c) Die Verwaltung wird beauftragt, ein Anreizsystem dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen, um den Bau von gefördertem Wohnraum und energiesparenden Gebäuden voranzubringen, z. B. mittels Kaufpreinsnachlässen bei städtischen Grundstücken, finanziellen Zuschüssen und Förderberatung zu KfW-Krediten sowie weiteren Förderprogrammen.</p>		
<b>Informationen</b>				
<b>Aktueller Sachstand</b>		<p>Laufende Umsetzung der Beschlüsse a) und des Beschlusses b) bei Wohnbaulandentwicklung und Grundstücksveräußerung. Beschluss c) ist durch die in Anwendung befindlichen Vergabekriterien beim Verkauf von städtischen MFH-Grundstücken bereits gängige Praxis (vgl. bspw. Vorlage 769/2022): - Grundstück wird zum BRW veräußert und damit unter Verkehrswert (= Kaufpreinsnachlass); - Bewertungskriterien berücksichtigen die Themen geförderter Wohnraum / Städtebau / Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Festgeschrieben ist hier die Errichtung von mindestens 50 % geförderten Wohnungen, für Klimaschutzaspekte gilt bisher das Anreizsystem (höhere Bewertung bei besserem Effizienz-Standard). Hier kann diskutiert werden, ob stattdessen ebenfalls ein Mindeststandard erfüllt sein muss (z. B. KfW40). Beim Verkauf von EFH/ZFH-Grundstücken ist der KfW-Standard 55 vertraglich festgeschrieben, der Verkauf erfolgt ebenfalls zum BRW. Eine Förderberatung zu KfW-Krediten wird verwaltungsseitig als nicht zielführend angesehen, da dies bereits durch Energieberater, Energieverein, Verbraucherzentrale oder die finanzierenden Banken erfolgt.</p>		

Zuständig	Beschluss vom	Herkunft	Betreff	Erledigt
-----------	---------------	----------	---------	----------

4/7	26.05.2021	AT 86/2021	Wiedereinführung eines städtischen Geschirrmobils	✓
<b>Beschluss</b>	Die Verwaltung wird beauftragt, den Ankauf eines Geschirrmobils zu prüfen und die Kosten zu ermitteln. Alternativ zum Kauf sollen die Möglichkeiten zu einer Kooperation mit anbietenden/verleihenden Dritten geprüft werden, um Geschirrmobile zum Beispiel für Vereine kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Der Arbeitskreis Abfallwirtschaft soll sich mit dem Prüfergebnis befassen und einen Vorschlag erarbeiten.			
<b>Informationen</b>				
<b>Aktueller Sachstand</b>	<p>Die Thematik wurde im AK Abfallwirtschaft am 26.10.2022 beraten. Der AK hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, zunächst „mal nur auf die verfügbaren Geschirrmobile anderer Kommunen ausdrücklich hinzuweisen und dessen Nutzung zu empfehlen. Nach einem Jahr soll dann anhand der bis dahin gewonnenen Erkenntnisse erneut über die Einführung eines eigenen Geschirrmobils gesprochen werden. Die Verwaltung soll ermitteln, ob die Nachfrage bzw. der Bedarf bei Siegener Vereinen so hoch ist, dass sich die Anschaffung eines städtischen Geschirrmobils wirtschaftlich bzw. sinnvoll darstellen lässt. Eine entsprechende Vorlage soll im AfUKE beraten werden.“</p> <p>Die Abfrage wird in Kürze erfolgen, zumal aufgrund der Corona-Krise erst jetzt die Veranstaltungen wieder anlaufen.</p>			

Zuständig	Beschluss vom	Herkunft	Betreff	Erledigt
2/4	23.06.2021	AT 101/	Städtische Lichtershow für den Jahreswechsel 2021/2022	✓
<b>Beschluss</b>	<p>Die Verwaltung wird beauftragt, Kosten für eine Lichtershow zu ermitteln und dem Rat zu berichten. Der Rat der Universitätsstadt Siegen richtet den Appell an die Siegener Bevölkerung, auf Feuerwerk zum Jahreswechsel zu verzichten.</p> <p>Die Kulturabteilung prüft aktuell die Möglichkeiten.</p>			
<b>Informationen</b>	Die Verwaltung hat in der Sitzung des Rates am 22.12.2021 berichtet. Im Übrigen ist für diese Angelegenheit das Stadtmarketing zuständig.			

Zuständig	Beschluss vom	Herkunft	Betreff	Erledigt
GBL 4	23.06.2021	AT 98	Etablierung eines städtebaulichen Denkmalschutzes für stadtbildprägende Siedlungsbereiche mit überwiegend historischem Bestand	

<b>Beschluss</b>	
<b>Informationen</b>	Die Verwaltung wurde von den Fachausschüssen beauftragt, Strategien zum städtischen Denkmalschutz und zum Schutz historischer Bauten und Fassaden zu erarbeiten und den Fachausschüssen zum 1. Quartal 2022 zur Beschlussfassung vorzulegen. Eine Abstimmung über den Antrag entfällt daher
<b>Aktueller Sachstand</b>	Die Strategien bzw. ein Gesamtkonzept werden zurzeit erarbeitet. <b>Es ist vorgesehen im 1. Halbjahr 2022 eine Beratungsvorlage dem Bauausschuss vorzulegen.</b>

Zuständig	Beschluss vom	Herkunft	Betreff	Erledigt
4/1	27.10.2021	AT 148/	Machbarkeitsstudie für Geh- und Radwege entlang der Sieg	
<b>Beschluss</b>	Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung, in einem ersten Schritt mittels einer extern zu beauftragenden Machbarkeitsstudie zu untersuchen, welche weiteren Geh- und/oder Radwege entlang der Sieg im Siegener Stadtgebiet gebaut werden können und welche Voraussetzungen für eine Umsetzung erforderlich sind..			
<b>Informationen</b>				
<b>Aktueller Sachstand</b>	<b>Laufende interne Abstimmungen/Vorbereitungen</b>			

Zuständig	Beschluss vom	Herkunft	Betreff	Erledigt
4/5	27.10.2021	AT 145/	Solartechnische Nutzung von Dachflächen in städtischen Gestaltungssatzungen	✓
<b>Beschluss</b>	Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die städtischen Gestaltungssatzungen schnellstmöglich bis spätestens Ende 2023 dahingehend zu überarbeiten, dass die solartechnische Nutzung der Dachflächen stadtbildverträglich in den Satzungsgebieten möglich wird. Im Wissen um die dafür notwendigen Personalressourcen wird die Verwaltung beauftragt, zunächst den in der gemeinsamen Sitzung von Bauausschuss und Kulturausschuss vom 02.06.2021 beschlossenen Arbeitsauftrag (Entwicklung eines Konzeptes zum Erhalt und zur Pflege der historischen Bausubstanz) umzusetzen und dann die städtischen Gestaltungssatzungen sukzessive anzupassen. Begonnen werden soll dort, wo in der jüngeren Vergangenheit die häufigsten Anfragen dieser Art gestellt wurden. Die Verwaltung wird beauftragt, halbjährlich über den Sachstand zu berichten.			
<b>Informationen</b>				
<b>Aktueller Sachstand</b>	Die Satzungen wurden auf mögliche Restriktionen geprüft und Lösungen für vermeintliche Beschränkungen erarbeitet. Im Bauausschuss am 27.04.2022 wurde die Vorlage beraten. Die Anpassungen der betroffenen Satzungen sollen dann in einem nächsten Schritt bis zum o.g. Datum erfolgen.			

Zuständig	Beschluss vom	Herkunft	Betreff	Erledigt
ST-M	27.10.2021	AT 146	Tourismusangebot Siegen	
<b>Beschluss</b>	Der Rat der Universitätsstadt Siegen empfiehlt der Gesellschafterversammlung für Stadtmarketing, ein Konzept für touristische Routen zu entwickeln. Dies soll ein Angebot für Rad- und Wandertouristen darstellen. Eine besondere Route sollte sich der Siegerländer Industriegeschichte bzw. Industriekultur widmen. Der Rat regt an, über die Entwicklung der Routen zeitnah im Kulturausschuss der Stadt zu berichten.			
<b>Informationen</b>				
<b>Aktueller Sachstand</b>	Der Aufsichtsrat der Stadtmarketing Siegen GmbH wurde in seiner Sitzung am 03.05. zum Sachstand informiert. Aktuell wurde aufgearbeitet, welche Angebote es zu diesem Thema gibt. Bis Ende Sommer soll seitens der Stadtmarketing GmbH ein Konzept vorgelegt werden, welches dann nach Abstimmung im AR zu Umsetzung gelangen soll.			



## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: I  
Bereich: Sitzungsdienst  
Bearbeitet von: Frau Meier

Siegen, 11.05.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

**Rat** **11.05.2022**

Kurzbezeichnung:

**Nachbesetzung in Ausschüssen und Aufsichtsrat**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen wählt / benennt

**1. in den Bezirksausschuss I – Siegen-Geisweid**

Herrn Gunter Affholderbach (s. B.) als persönlichen Stellvertreter für Herrn Dr. Thomas Reppel

**2. in den Sport- und Bäderausschuss**

Frau Heike Katz (Beirat für Menschen mit Behinderung) als ordentliches beratendes Mitglied

**3. in den Jugendhilfeausschuss**

Frau Anja Köckritz als ordentliches beratendes Mitglied.

**4. in den Vergabeausschuss**

Herrn Michael Schwarzer als ordentliches beratendes Mitglied und Sarah Gatersleben (s. B.) als stellv. beratendes Mitglied.

**5. in den Bezirksausschuss I – Siegen-Geisweid**

Frau Annette Six als beratendes Mitglied

**6. In den Bezirksausschuss II – Siegen-Weidenau**

Frau Annette Six als beratendes Mitglied und Frau Brigitte Eger-Kahleis (s. B.) als stellv. beratendes Mitglied

**7. in den Bezirksausschuss VI – Siegen-Eiserfeld**

Herrn Michael Schwarzer als stellv. Mitglied

**8. Aufsichtsrat Stadtmarketing GmbH**

Herrn Kenny Schulz (s. B.) als ordentliches Mitglied

**Sachverhalt / Begründung:**

1. Die Fraktion B'90/Grüne bittet um Umbesetzung für Herrn Eckard Wüst.
2. Der Beirat für Menschen mit Behinderung hat den Vorschlag in seiner Sitzung am 21.03.2022 einstimmig beschlossen.
3. Auf Vorschlag der GfS-Fraktion auf Grundlage des § 4 Abs. 3 Buchstabe m) der Satzung für das Jugendamt der Stadt Siegen
4. Nachbenennung gem. § 58 Abs. 1 GO NRW.
5. Nachbesetzung gem. § 58 Abs. 1 GO NRW.
6. Nachbesetzung gem. § 58 Abs. 1 GO NRW.
7. Die Fraktion AfD bittet um Umbesetzung für Sabrina Schmidt.
8. Die Fraktion Volt bittet um Umbesetzung für Frau Chiara Ludewig.

gez.

Mues  
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.